Abstimmung und Zustimmung Drucksache 4/4544	3392	Mirko Schmidt, fraktionslos	3410
		Jürgen Gansel, NPD	3410
		Mirko Schmidt, fraktionslos	3410
Erklärung zu Protokoll	3392	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	3411
Hermann Winkler, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei	3392	Dr. Matthias Röbler, CDU	3412
5 Aufforderung an den Ministerpräsi- denten des Freistaates Sachsen zur Abgabe einer Regierungserklärung über die Auswirkungen der Föderalismusreform auf den Freistaat Sachsen Drucksache 4/4119, Antrag der Linksfraktion.PDS	3393	Änderungsantrag der Fraktion der NPD, Drucksache 4/4666	3412
Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS	3393	Matthias Paul, NPD	3412
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS	3393	Dr. Matthias Röbler, CDU	3412
Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS	3393	Abstimmung und Ablehnung	3413
Marko Schiemann, CDU	3394	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 4/4632	3413
Martin Dulig, SPD	3396	Abstimmung und Ablehnung	3413
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS	3396	Abstimmung und Zustimmung Drucksache 4/4182	3413
Martin Dulig, SPD	3396		
Dr. Johannes Müller, NPD	3396	7 Bundesratsinitiative der Staatsregierung gegen den Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum 1. Januar 2007 zur „Europäischen Union“ Drucksache 4/4203, Antrag der Fraktion der NPD	3413
Holger Zastrow, FDP	3398	Holger Apfel, NPD	3413
Johannes Lichdi, GRÜNE	3398	Peter Schowtka, CDU	3415
Holger Zastrow, FDP	3398	Heiko Kosel, Linksfraktion.PDS	3416
Johannes Lichdi, GRÜNE	3398	Dr. Johannes Müller, NPD	3417
Holger Zastrow, FDP	3398	Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	3418
Antje Hermenau, GRÜNE	3400	Uwe Leichsenring, NPD	3419
Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS	3401	Holger Apfel, NPD	3419
Hermann Winkler, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei	3403	Abstimmung und Ablehnung	3420
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS	3404	8 Realistische Schulkosten ermitteln – Für eine verantwortungsvolle Politik im Umgang mit Schulen in freier Trägerschaft Drucksache 4/4543, Antrag der Fraktion der FDP	3420
Abstimmung und Ablehnung	3404	Torsten Herbst, FDP	3420
6 Bilanz und Entwicklungsperspekti- ven des sächsischen Weinbaus als Wirtschaftsfaktor und Kulturgut Drucksache 4/4182, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung	3404	Rita Henke, CDU	3421
Dr. Matthias Röbler, CDU	3404	Julia Bonk, Linksfraktion.PDS	3422
Michael Weichert, GRÜNE	3406	Martin Dulig, SPD	3423
Dr. Matthias Röbler, CDU	3406	Gitta Schüßler, NPD	3423
Dr. Liane Deicke, SPD	3406	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	3423
Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	3407	Torsten Herbst, FDP	3423
Matthias Paul, NPD	3407	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	3423
Tino Günther, FDP	3408	Steffen Flath, Staatsminister für Kultus	3424
Michael Weichert, GRÜNE	3409	Torsten Herbst, FDP	3424
		Abstimmung und Ablehnung	3425

9	Festlegung der Operationellen Programme für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 Drucksache 4/4538, Antrag der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN	3425	12	Vergabebericht für das Jahr 2004 Drucksache 4/2461, Unterrichtung durch die Staatsregierung Drucksache 4/4562, Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	3448
	Antje Hermenau, GRÜNE	3425		Jutta Schmidt, CDU	3448
	Thomas Hermsdorfer, CDU	3427		Stefan Brangs, SPD	3448
	Heiko Hilker, Linksfraktion.PDS	3428		Sven Morlok, FDP	3448
	Mario Pecher, SPD	3429		Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	3448
	Sven Morlok, FDP	3431		Abstimmung und Zustimmung	3449
	Antje Hermenau, GRÜNE	3432		Erklärungen zu Protokoll	3449
	Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	3433		Jutta Schmidt, CDU	3449
	Antje Hermenau, GRÜNE	3434		Stefan Brangs, SPD	3449
	Abstimmung und Ablehnung	3435		Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	3450
10	Wahl der Vertrauensleute für den Wahlausschuss nach § 23 der Finanzgerichtsordnung für die Wahl der ehrenamtlichen Richter der Finanzgerichtsbarkeit Drucksache 4/4330, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD	3435	13	Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse – Sammeldrucksache – Drucksache 4/4558	3451
	Abstimmung und Zustimmung	3435		Zustimmung	3451
11	Jahresbericht 2005 Drucksache 4/3602, Unterrichtung durch die Sächsische Ausländerbeauftragte Drucksache 4/4541, Beschlussempfehlung des Innenausschusses	3436	14	Beschlussempfehlungen und Berichte zu Petitionen – Sammeldrucksache – Drucksache 4/4559	3451
	Volker Bandmann, CDU	3436		Zustimmung	3451
	Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS	3437		Nächste Landtagssitzung	3451
	Enrico Bräunig, SPD	3439			
	Holger Apfel, NPD	3440			
	Dr. Jürgen Martens, FDP	3442			
	Elke Herrmann, GRÜNE	3443			
	Friederike de Haas, Sächsische Ausländerbeauftragte	3444			
	Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern	3446			
	Abstimmung und Zustimmung	3447			

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 43. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages.

Folgende Abgeordnete, von denen Entschuldigungen zu unserer heutigen Sitzung vorliegen, sind beurlaubt: Frau Klinger, Herr Neubert, Herr Hamburger, Frau Clauß, Herr Schön, Herr Nolle und Herr Baier.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Das Präsidium hat für die Tagesordnungspunkte 4 bis 10 folgende Redezeiten festgelegt: CDU-Fraktion 112 Minuten, Linksfraktion.PDS 84 Minuten, SPD-Fraktion 49 Minuten, NPD-Fraktion 35 Minuten, FDP-Fraktion 35 Minuten, GRÜNE-Fraktion 35 Minuten, fraktionslose MdL jeweils 6 Minuten, Staatsregierung 84 Minuten. Die Redezeiten können von den Fraktionen, den fraktionslosen MdL und der Staatsregierung entsprechend dem jeweiligen Bedarf auf die Tagesordnungspunkte verteilt werden.

Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass Tagesordnungspunkt 15, Kleine Anfragen, zu streichen ist.

Meine Damen und Herren! Gibt es Anträge zur Tagesordnung? – Bitte schön.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen der NPD-Fraktion beantrage ich nach § 81 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Wahlen zum Wahlbewertungsausschuss“.

Präsident Erich Iltgen: Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte schön, Herr Lehmann.

Heinz Lehmann, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die NPD-Fraktion hat uns gestern einen neuen Wahlvorschlag vorgelegt. Nicht zuletzt seit der gestrigen Debatte zum Thema „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ haben gerade die Koalitionsfraktionen erheblichen Beratungsbedarf zu ebendieser Personalie. Wir sehen uns daher außerstande, bereits in dieser Plenarwoche über die Sache zu entscheiden und in den nächsten Wahlgang einzutreten. Das April-Plenum sehen wir als frühesten Zeitpunkt an, den Prozess fortzusetzen.

Wir bitten diesen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung abzulehnen.

Präsident Erich Iltgen: Wird dazu weiter das Wort gewünscht? – Bitte schön.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist eine ziemlich plumpe Ausrede, eine Ungeheuerlichkeit. Für den Fall, dass die Abstimmung ergibt, dass die Wahl nicht heute stattfindet, beantrage ich für meine Fraktion die sofortige Einberufung eines Sonderpräsidiums.

Präsident Erich Iltgen: Wird zu dem Antrag der NPD-Fraktion weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bringe ich den Antrag der NPD-Fraktion, der begehrt, dass heute eine weitere Wahl eines Mitgliedes des Wahlprüfungsausschusses auf Vorschlag der NPD-Fraktion stattfindet, zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmenthaltungen und Stimmen dafür ist dieser Wahlvorschlag mehrheitlich abgelehnt und kann heute nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Ich bitte jetzt, den Antrag auf Sondersitzung des Präsidiums inhaltlich zu begründen. Ein Grund muss angegeben werden. Das ist doch ganz klar. – Bitte.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie selbst, Herr Präsident, haben uns aufgefordert, einen Wahlvorschlag einzureichen, um den vakant gewordenen Posten im Wahlprüfungsausschuss zu besetzen. Das haben wir so gemacht. Wir haben gestern zwei Mal keine Mehrheit für unseren Wahlvorschlag gefunden und dann einen nächsten Wahlvorschlag eingereicht, der – wiederum gegen alle Regeln des Parlamentarismus – einfach von der Tagesordnung abgewählt wurde. Dieses Spielchen wollen wir nicht länger mitmachen. Das muss unbedingt im Präsidium besprochen werden.

Präsident Erich Iltgen: Die Beschlüsse des Präsidiums können durch Abstimmung hier im Landtag verstärkt bzw. neu formuliert werden. Die Abstimmung hat soeben stattgefunden. Dieser Beschluss des Landtages besagt, dass dieser Punkt nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt wird. Ich sehe jetzt keine Veranlassung, aufgrund dieser Ablehnung eine Sondersitzung des Präsidiums einzuberufen.

(Holger Apfel, NPD: Wir haben den Grund genannt und damit findet das statt!)

– Wenn ich es richtig verstanden habe, ist der Grund, darüber zu sprechen, dass Sie heute einen Vorschlag für die Wahl Ihres Kandidaten in den Wahlprüfungsausschuss einbringen wollen. Habe ich das so richtig verstanden?

Uwe Leichsenring, NPD: Nein, Herr Präsident, das haben Sie nicht richtig verstanden. Der Grund ist, dass hier Minderheitenrechte beschnitten werden. Das ist für eine Oppositionsfraktion nicht hinnehmbar.

Präsident Erich Iltgen: Gut. Dann werden wir das tun. Zuvor hat jedoch der Abg. Herr Weckesser gebeten, eine persönliche Erklärung aufgrund des letzten Tagesordnungspunktes der gestrigen Plenarsitzung abzugeben. Danach werden wir eine Präsidiumssitzung durchführen.

Ronald Weckesser, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um Zweifel auszuräumen, möchte ich zur gestrigen Debatte Folgendes erklären: Ich hatte nicht die Absicht, die Schlacht aus dem

Stadtrat über die Beschlussfassung hier im Landtag fortzuführen und habe mich deshalb – –

Präsident Erich Iltgen: Herr Weckesser, könnten Sie bitte ins Mikrofon sprechen.

Ronald Weckesser, Linksfraktion.PDS: Ich habe mich deshalb gestern nicht beteiligt. Meine Ablehnung zu diesem aus meiner Sicht unredlichen Antrag der Kollegen der GRÜNEN wollte ich bei der vorgesehenen namentlichen Abstimmung deutlich machen. Da diese nicht stattgefunden hat, ist meine Gegenstimme sozusagen im allgemeinen Getümmel untergegangen. Da mein Kollege Fröhlich – das ist jetzt der Punkt – wiederholt vorbehaltlose kollektive Zustimmung seitens meiner Fraktion angekündigt hat, bleibt mir nichts anderes übrig, als auf diesem Weg aktenkundig zu machen, dass ich den Antrag der GRÜNEN gestern abgelehnt habe. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren! Bevor wir die Präsidiumssitzung durchführen, frage ich: Gibt es weitere Anträge zur Tagesordnung? – Wenn das nicht der Fall ist, dann gilt die Ihnen vorliegende Tagesordnung mit der Streichung des Punktes 15 als von Ihnen beschlossen.

Ich berufe jetzt die Präsidiumssitzung ein und bitte alle Präsidiumsmitglieder in den Raum 3 zu kommen.

Wann es weitergeht, hängt von der Länge der Präsidiumssitzung ab. Ich vermute aber, dass wir im Anschluss sofort unsere Sitzung fortsetzen werden.

(Unterbrechung von 10:08 Uhr bis 10:23 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Tagesordnung, die wir soeben beschlossen haben. Es ist aufgerufen

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

1. Aktuelle Debatte: Geflügelpest/Vogelgrippe – Überwachungs-, Schutz- und Bekämpfungsmaßnahmen in Sachsen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

2. Aktuelle Debatte: Bedrohung der Schulen in freier Trägerschaft durch die Kürzungspläne der Staatsregierung

Antrag der Linksfraktion.PDS

Die Verteilung der Gesamtredzeit der Fraktionen hat das Präsidium wie folgt vorgenommen: CDU 39 Minuten, Linksfraktion.PDS 31 Minuten, SPD 14 Minuten, NPD,

FDP und GRÜNE je 12 Minuten, Staatsregierung 20 Minuten, wenn gewünscht.

Wir kommen nun zu

1. Aktuelle Debatte

Geflügelpest/Vogelgrippe – Überwachungs-, Schutz- und Bekämpfungsmaßnahmen in Sachsen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Die Debatte ist eröffnet. Ich bitte, dass die Fraktionen der CDU und der SPD ihren Redner jetzt sprechen lassen.

(Kerstin Nicolaus, CDU: Zuerst die Ministerin!)

Ach, die Ministerin zuerst. Frau Orosz, natürlich. Wir hören Sie gern am Anfang.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Geflügelpest hat Europa und, wie wir alle wissen, inzwischen auch Deutschland erreicht. Darüber haben die Medien in den letzten Wochen ausgiebig berichtet. Bevor ich auf die veranlassten Überwachungs-, Schutz- und

Bekämpfungsmaßnahmen eingehe, gestatten Sie mir noch einige grundsätzliche Bemerkungen.

Die Geflügelpest ist eine Tierseuche. Sie ist seit 120 Jahren bekannt und wurde in Deutschland immer wieder erfolgreich bekämpft. Diese Tierseuche stellt unverändert keine größere Gefahr für die Menschen dar. Jede diesbezügliche Panikmache ist deplatziert. Es gibt derzeit weltweit keinen konkreten Anhaltspunkt dafür, dass diese Tierseuche eine Grippepandemie beim Menschen auslösen könnte.

Meine Damen und Herren, Sachsen ist zur Bekämpfung der Tierseuche gut aufgestellt. Das Geflügelpestvirus vom Stamm H5N1 wurde bisher bei Wildwasser- bzw. Greif-

vögeln – es gibt zwei Ausnahmen, die Sie kennen, eine Katze und ein Marder – in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Niedersachsen nachgewiesen. Wir haben keinen Fall in Sachsen. Die Infektion hat unter Wildvögeln zu vermehrten Todesfällen geführt und wurde durch den Vogelzug inzwischen weltweit verbreitet. Das Virus ist für unser Haus- und Nutztiergeflügel hoch ansteckend. Deshalb haben wir uns schnell und umfassend dafür eingesetzt, die landwirtschaftlichen Bestände in Sachsen zu schützen.

Dazu sind folgende Maßnahmen veranlasst worden. Das Wildvogelmonitoring wurde verstärkt und hauptsächlich auf die Wildwasservögel konzentriert. Vom 15.02. bis zum 15.03. dieses Jahres wurden 1 840 verendete Vögel durch die Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen untersucht. Zum Vergleich: Vor diesem Zeitpunkt waren es innerhalb von fünfeinhalb Monaten nur 220 Tiere. Im Rahmen dieser Monitoringuntersuchung wurden serologische Befunde auf Geflügelpestvirus erhoben. Es erfolgte ebenfalls eine Untersuchung durch das nationale Referenzlabor in Riems. Alle Untersuchungen waren jedoch in Bezug auf das H5N1-Virus negativ.

Meine Damen und Herren, seit gestern Abend ist uns bekannt, dass in einem Betrieb mit Nutztierbestand ein positiver Befund vorliegt, der von Riems bestätigt wurde. Fest steht, und das sage ich hier ganz deutlich, dass dies nicht das hochpathogene Virus H5N1 ist, sondern ein so genanntes niedrigpathogenes Virus. Unsere Leute sind im Moment vor Ort, um zu entscheiden, welche Maßnahmen adäquat zu veranlassen sind. Sobald wir Näheres wissen, werden wir heute im Hohen Hause dazu noch informieren.

Als weiteren Risikobereich, meine Damen und Herren, betrachten wir nach wie vor die illegale Einfuhr von Geflügelprodukten. Landesweit gibt es weiterhin verstärkte Grenzkontrollen. Mit diesen Kontrollen werden illegale Einfuhren von Geflügelfleisch und Geflügelfleischerzeugnissen aus betroffenen Ländern, wie zum Beispiel der Türkei, Rumänien, Russland, China, Thailand und weiteren, unterbunden. Bisher wurden 300 Kilogramm Fleisch und Fleischerzeugnisse sowie 300 Gramm Vogelfedern auf den Flughäfen in Sachsen und durch mobile Zeleinsatzgruppen gefunden und unschädlich gemacht. Darüber hinaus sind die Geflügelhalter verpflichtet, bei gehäuften Todesfällen oder sichtbarem Leistungsrückgang in ihren Tierbeständen besonders wachsam zu sein und der Ursache gezielt auf den Grund zu gehen. Für die Diagnostik von Geflügelpest steht die Landesuntersuchungsanstalt mit dem erforderlichen Spezialwissen und ihrer technischen Ausrüstung zur Verfügung.

Die am 17.02.2006 bundesweit eingeführte Stallpflicht wird in Sachsen strikt umgesetzt. Die 18 200 sächsischen Geflügelhalter zeigen dabei eine hohe Eigenverantwortung. Die Anträge auf Ausnahmegenehmigung sind geringer als im Vorjahr. Sie betreffen insbesondere Lauf-

vögel, wie Strauße und Emus, sowie Zoovögel. Alle Geflügelhaltungen unterliegen jetzt seuchenhygienischen Schutzmaßnahmen. Die Ställe müssen regelmäßig gereinigt und desinfiziert werden. Unbefugten ist der Zutritt verwehrt. Größere Stallanlagen dürfen nur in Schutzkleidung betreten werden. Geflügelmärkte, Ausstellungen und Ähnliches sind zunächst bis zum 30.04.2006 verboten.

Ich habe Ihnen bis hierher die Maßnahmen aufgezählt, meine Damen und Herren, mit denen die sächsischen Haus- und Nutzgeflügelbestände vor Ansteckung geschützt werden. Darüber hinaus müssen wir natürlich für den Fall des Falles gerüstet sein, wenn also die Geflügelpest bei Wild- und Haustiergeflügel in Sachsen auftreten sollte.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern: Auch dann sind die zuständigen Behörden in Sachsen gut vorbereitet. Zuständig sind die Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter vor Ort, die Regierungspräsidien, das Sächsische Staatsministerium für Soziales als oberste Veterinärbehörde sowie zur Mithilfe die Städte und Gemeinden.

Die materiell-technische Ausstattung vor Ort, wie zum Beispiel Desinfektionsmittel, Desinfektionsanlagen oder Absperrbänder, wurde komplettiert. Es wurden Absprachen mit Feuerwehr, Polizei und Technischem Hilfswerk getroffen. Spezielle Schutzkleidung steht allerorts bereit. Übungen wurden ebenfalls durchgeführt.

Die Gebietskörperschaften wurden und werden fachlich und informatorisch durch mein Haus unterstützt. Selbstverständlich gibt es eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit meines Hauses mit dem Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft und dem Innenministerium sowie natürlich auch mit den Landkreisen und Kreisfreien Städten.

Sollte es einen Fall von H5N1-infizierten Wildvögeln geben, wird ein Drei-Kilometer-Sperrbezirk im Radius um den Fundort sowie ein Beobachtungsgebiet mit zehn Kilometern Radius eingerichtet. Aus dem Sperrbezirk dürften dann 21 Tage lang kein Geflügel, keine Vögel, keine Eier und kein Geflügelfleisch verbracht werden. Geflügelhaltungen dürfen ausschließlich nur von Befugten betreten werden. Die gleiche Regelung gilt für Geflügel im Beobachtungsgebiet für 15 Tage.

Wegen des Nachweises des H5N1-Virus bei Katzen sind während dieser Zeiten sowohl im Sperrbezirk als auch im Beobachtungsgebiet Hunde an der Leine zu führen und Katzen im Haus zu halten.

Wird H5N1 in einem Nutzgeflügelbestand festgestellt, wird der Bestand sofort getötet und unschädlich beseitigt. Die Ställe werden gereinigt und desinfiziert. Darüber hinaus wird ermittelt, wie der Virus in den Bestand kam und ob er möglicherweise in andere Bestände verschleppt worden sein könnte.

Auch in diesem Fall werden ein Sperrbezirk und ein Beobachtungsgebiet eingerichtet, in denen ein absolutes

Verbringungsverbot für Geflügel, Vögel und deren Fleisch und Erzeugnisse für mindestens 21 Tage gilt.

Darüber hinaus wird eine weitere 15 bis 20 Kilometer reichende Pufferzone eingerichtet, in der das Verbringen von Geflügelfleisch und Eiern für 30 Tage nur unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt ist.

An den großen Zufahrtsstraßen werden Desinfektionsanlagen eingerichtet. Die Einhaltung der Verbote wird in diesen Gebieten besonders kontrolliert. Sollte also die Geflügelpest festgestellt werden, wird ohne Zeitverzug mit den entsprechenden Bekämpfungsmaßnahmen begonnen werden.

Meine Damen und Herren! Geflügelpest ist eine Tierseuche. Mir ist bekannt und auch verständlich, dass es in der Bevölkerung Ängste gibt. Wir kennen diese Ängste aus vielen Telefonaten mit besorgten Bürgerinnen und Bürgern. Ich will deshalb noch einmal meine Hinweise vom Beginn wiederholen: Die Geflügelpest stellt unverändert keine größere Gefahr für die Menschen dar. Es gibt weltweit keinen konkreten Anhaltspunkt dafür, dass diese Tierseuche eine Grippepandemie beim Menschen auslösen könnte.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort.

(Kerstin Nicolaus, CDU: Die SPD!)

– Bitte, die SPD-Fraktion. Frau Deicke, bitte.

Dr. Liane Deicke, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte in meinem heutigen Beitrag zur Vogelgrippe über die Gefahren sprechen, die tatsächlich oder vermeintlich von dieser Tierseuche ausgehen.

Zunächst ist klar: Deutschland ist von dieser Seuche betroffen und Sachsen wird möglicherweise davon nicht verschont bleiben. Bei der Bekämpfung der Vogelgrippe müssen wir uns wegen der Verbreitung des besonders gefährlichen H5N1-Virus über Wildvögel auf eine völlig neue Situation einstellen. Mit früheren Seuchen ist diese Art der Geflügelpest kaum zu vergleichen.

Die verendeten Wildvögel, bei denen dieser Virus nachgewiesen werden konnte, sind in unterschiedlichen, weit auseinander liegenden Teilen der Bundesrepublik gefunden worden, was die Schwierigkeiten einer Eindämmung drastisch verdeutlicht. Wir werden uns höchstwahrscheinlich auch über einen längeren Zeitraum mit dieser Seuche befassen müssen. Die Gefahr kann aber verringert werden. Das Wichtigste sind dabei risikoorientierte Vorsorgemaßnahmen, mit denen das Übergreifen der Seuche auf Nutztierbestände verhindert werden muss.

Eines muss man aber hier noch einmal ganz deutlich betonen: Die Vogelgrippe ist eine Vogelgrippe. Deshalb heißt sie auch Vogelgrippe. Sie ist also eine Tierseuche,

die wir in den Griff bekommen müssen. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Virus bei uns auf den Menschen übergreift, schätzen Fachleute dagegen als sehr gering ein.

Die Bevölkerung braucht vor allem sachliche Informationen, damit Panikmache entgegengewirkt werden kann. Jeder Bürger sollte wissen, welche gesundheitlichen Risiken bestehen und welche Vorsorgemaßnahmen er selbst treffen kann.

Beispielgebend sind die Landkreise, die bereits Vogelgrippeinformationen im Netz bereitstellen, wie zum Beispiel der Landkreis Delitzsch, aus dem ich stamme.

Auf einer solchen Informationsplattform werden neben wesentlichen allgemeinen Informationen auch wichtige Rufnummern bereitgestellt. Auch die Verbraucherzentralen spielen bei der Aufklärung der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Dort wurde dieses Thema mit dem Ziel aufgegriffen, die notwendige Sachlichkeit herzustellen, um vor Panikmache und unseriösen Geschäftemachern zu warnen, die schon jetzt die Angst der Bevölkerung ausnutzen und zum Beispiel Nothilfepakete gegen die Vogelgrippe anbieten.

Im Zusammenhang mit den aufgeregten Diskussionen über die Bevorratung mit antiviralen Medikamenten wie zum Beispiel Tamiflu muss man feststellen: Hier sind Hysterie und populistische Forderungen fehl am Platze. Die Weitergabe des H5N1-Virus von Mensch zu Mensch ist derzeit kein Thema. Die Diskussion darüber muss jedoch Anlass sein, über die Bekämpfung von Pandemien insgesamt ernsthafter als bisher nachzudenken. Denn auch die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt Pandemieplannungen bereits seit 1992.

Sehr geehrte Damen und Herren! Einen Plan in der Schublade zu haben ist aber nur die halbe Miete. Auch das Handeln der Länder untereinander muss gut abgestimmt sein. Fakt ist auf jeden Fall, dass sich kleinstaatliches Denken nicht zur Seuchenbekämpfung eignet, weil es sich bei der Vogelgrippe nicht um ein regional begrenztes, sondern um ein über Staatsgrenzen hinweg auftretendes globales Problem handelt.

In diesem Zusammenhang muss noch ein Wort zur Föderalismusreform gesagt werden. Auf Landesebene sehen wir uns mit dem Reformvorschlag vor etliche schwierige Fragen gestellt. So kann zum Beispiel nicht abgeschätzt werden, wie sich künftig das Auseinandertriften von Lebensmittel- und Futtermittelrecht sowie von Tierseuchen- und Chemikalienrecht in einem solchen Fall auswirken wird.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse bezüglich der Vogelgrippe kann einem vor unklaren Rechtsfragen in diesem Bereich angst und bange werden. Dazu werden in Zukunft noch erhebliche Diskussionen zu führen sein.

Meine Schlussfolgerung aus all dem: Behalten wir einen kühlen Kopf! Vermeiden wir jede Panikmache und informieren die Bürgerinnen und Bürger sachlich. Der Freistaat ist auf den Ernstfall gut vorbereitet.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der
Abg. Kerstin Nicolaus, CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort. Herr Dr. Pellmann, bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung, mit der ich an einen gestrigen Beitrag anknüpfen muss.

Ich denke, wir sollten uns überlegen, ob es künftig in diesem Hause üblich wird, dass die Staatsregierung in Aktuellen Debatten zuerst das Wort ergreift. Ich denke, es ist zu überlegen, ob dies so sein sollte. Ansonsten war ich bisher der Annahme, dass Regierungserklärungen vorher angekündigt werden.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Zum Thema selbst: Die Vogelgrippe hat inzwischen Deutschland erreicht. Noch vor Monaten hätte man sich dies kaum vorstellen können. In Antworten, die ich auf Kleine Anfragen erhielt, bestätigte mir die Staatsregierung, dass die Gefahr, dass diese Tierseuche nach Deutschland bzw. nach Sachsen eingeschleppt werden könnte, relativ gering sei.

Ich sage ausdrücklich – darin schließe ich mich der Frau Staatsministerin an –: Wir haben alles zu diskutieren, was die Gefahren abwendet. Das heißt in keinem Falle, dass wir uns bestimmter Panikmache anschließen. Das weisen wir, sollte es unterstellt werden, weit von uns. Aber man könnte so sagen: Wir dürfen die Gefahren, die bestehen, weder unter- noch überschätzen. Deswegen, meine ich, muss man die Frage beantworten oder zumindest stellen: Sind wir ausreichend auf den Ernstfall eingestellt? Auch hierzu möchte ich ausdrücklich Fragen stellen, um zum weiteren Überlegen anzuregen.

Erstens. Ich bitte die Staatsregierung zu überprüfen, ob sie Tamiflu nicht rascher beschaffen kann, damit wir auf die inzwischen angesagten 20 % kommen und dies nicht erst 2007 erreicht ist. Denn wenn wir – Frau Deicke hatte es erwähnt – solche Dinge über dubiose Anbieter auf dem Markt erhalten, muss es auch möglich sein, dass die staatlichen Behörden rascher mit der Beschaffung vorankommen.

Zweitens. Ich denke, wir sollten die Frage stellen: Sind wir, was den Katastrophenschutz betrifft, ausreichend aufgestellt? Es kommt äußerst selten vor, dass ich die Bemerkung eines CSU-Abgeordneten und Ministers zu überlegen gebe. Aber wenn Bundesminister Seehofer die Frage stellt, ob der Bund in dieser Angelegenheit nicht mehr Kompetenzen haben müsste, dann sollten wir dies zumindest überlegen. Frau Deicke hat völlig Recht: Diese Geflügelpest macht nicht an Ländergrenzen halt, und wir dürfen uns hier nicht in Kleinstaatereistreit begeben.

Drittens. Wir müssen die Frage stellen: Können wir uns gegenwärtig eine Umstrukturierung und gegebenenfalls

Personalabbau in der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen leisten? – Das können Sie. Ich bezweifle es ernsthaft; denn wir haben keinerlei personelle Reserven, wenn es wirklich ernst werden sollte. Es geht nicht um die Verwaltung. Sie wissen genau, dass beispielsweise eine Zentralisierung im Gange ist, die ich prinzipiell ablehne und die zu Neustrukturierungen führt, die sich erst einarbeiten müssen und die die Probleme eher verschärfen.

Viertens. Ich denke, wir können die Dinge nicht allein auf die Kommunen abwälzen. Sie haben immer wieder in der Beantwortung von Anfragen deutlich gemacht, dass die kommunalen Lebensmittel- und Veterinärämter gegenwärtig nicht ausreichend personell besetzt sind. Hier erwarte ich, dass es zu einer Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst kommt, in der die jetzigen Empfehlungen gesetzlich festgeschrieben sind. Das bedeutet, dass wir dann entsprechend unmittelbar in die Verantwortung genommen werden müssen.

Fünftens. Ich bitte darum, dass die Staatsregierung prüfen möge, ob über das, was im Internet steht, vielleicht auch – bei den vielen Broschüren, die herausgebracht werden – eine Aufklärungsbroschüre veröffentlicht wird, in der den Menschen an die Hand gegeben wird, wie sie sich in dieser komplizierten Situation zu verhalten haben.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort; Herr Paul, bitte.

Matthias Paul, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, dass im Mittelpunkt der Problematik die Vorbereitung auf den Ernstfall stehen sollte, das heißt die rechtzeitige Eruiierung dessen, was notwendig ist, sollte es zu einer so genannten Pandemiesituation kommen, oder auch Maßnahmen, die helfen können, ein derartiges Szenario zu verhindern.

Ich möchte betonen, dass es für die Menschen wichtig sein muss und nicht für die Pharma-Industrie und andere Wirtschaftszweige, die momentan von dieser Situation profitieren. Ich betone dies deshalb, weil die öffentliche Debatte zeitweise fast noch davon dominiert ist, welches Bundesland die meisten Vorräte an den antiviralen Medikamenten Tamiflu oder Relenza hortet.

Verschiedene namhafte Forscher haben bereits seit einiger Zeit gefordert, die Mittel und Möglichkeiten für die grundlegende Erforschung des Virus stark aufzustocken. Nur wenn so viele Erkenntnisse wie möglich über die Funktionsweise der verschiedenen Virustypen und die Art und Weise, wie sich diese verändern, vorliegen, werden die Wissenschaftler tatsächlich in der Lage sein, im Ernstfall schnell einen wirksamen Impfstoff zu entwickeln. In diesem Bereich, nämlich bei der Mittelbereitstellung für die Forschungseinrichtungen speziell zu diesem Zweck, hat es in der Vergangenheit erhebliche Defizite gegeben.

Viel wesentlicher ist aber, dass schnellstens ausreichende Kapazitäten für die Produktion der potenziell wirksamen Impfstoffe geschaffen werden. Wenn schon die als Vorsorgemaßnahme durchzuführende Beschaffung des begrenzt wirksamen Impfstoffes Tamiflu für 20 % der sächsischen Bevölkerung nach Auskunft des sächsischen Sozialministeriums erst 2007 abgeschlossen sein soll, frage ich mich ernsthaft, wie lange es dauern soll, im Ernstfall einen neu entwickelten Impfstoff in ausreichender Menge zu produzieren.

Die Staatsregierung sollte sich im Rahmen ihrer Kompetenzen und gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass die notwendigen Kapazitäten schnellstens geschaffen werden. Der Aussage von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, dass bei einer möglichen Pandemie innerhalb von drei bis sechs Monaten genügend Impfstoff für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen soll, kann ich angesichts der schon jetzt bei Tamiflu bestehenden Produktionsschwierigkeiten keinen Glauben schenken. Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem auch, dass die Kompetenzverteilung diesbezüglich klar geregelt werden muss. Für Fälle wie die Gefahr der Vogelgrippe oder andere mögliche Seuchen ist es zwingend notwendig, dass die Kompetenzen ganz klar beim Bund angesiedelt werden, um ein einheitliches Vorgehen sicherzustellen.

Dass sich verschiedene Länder ungeachtet dessen, worum es geht, fast schon reflexartig zur Wehr setzen, wenn der Bund ihnen Kompetenzen abnehmen will, ist gerade in solchen Fällen mehr als kontraproduktiv. Der viel beschworene Föderalismus stößt irgendwann an seine Grenzen, und es ist für mich das Natürlichste der Welt, dass im Falle der Gefahr von Seuchen nicht jedes Bundesland nach eigenem Ermessen handeln kann, sondern die Hauptkompetenzen in solchen Fällen ganz klar beim Bund liegen müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort; Herr Günther.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben es seit Anfang dieses Jahres auch hier in Deutschland mit H5N1 zu tun, und wir haben zwei Phänomene: Seit Anfang März werden die Schutzmaßnahmen verschärft. Es wird beruhigt. Weiten Teilen der Bevölkerung wird suggeriert, dass die Vogelgrippe eine Tierseuche sei, die nicht zur Gefährdung des Menschen beitragen könne.

Seehofers Maßnahmen dagegen drücken etwas ganz anderes aus. Spezialtruppen der Bundeswehr, die mit Hochsicherheitsspezialanzügen tote Vögel einsammeln, tragen eben nicht zu einem Bild bei, das dem Bürger Entwarnung signalisieren kann.

Im Gegensatz dazu, zur Beruhigung der Bürger, kommt Herr Minister Seehofer seiner Vorbildfunktion als

Verbraucherschutzminister nicht ordentlich nach und hat ein schlechtes Krisenmanagement gezeigt. Sein Besuch an der Wittower Fähre, also in einem Hochinfektionsgebiet, ohne strikte Beachtung der Sicherheitsvorkehrungen, wie beispielsweise das Tragen eines Schutzanzuges, lässt seine warnenden Hinweise und die von ihm angeordneten Maßnahmen dem Bürger höchst unglaubwürdig erscheinen.

(Zuruf des Abg. Heinz Eggert, CDU)

Der Präsident des Friedrich-Löffler-Institutes sagte zum Besuch Seehofers, dass ihm das Herz stehen geblieben sei, als er am Morgen zur Wittower Fähre gekommen sei und den Presseandrang gesehen habe, obwohl dort jede Menge Vogelkot gelegen habe und sich möglicherweise auch infizierte Tiere dort befunden hätten. Man soll dabei ein Kind gehört haben, das sagte: „Der hat ja gar nichts an!“

(Heiterkeit)

Dann die Autosperre, wobei Autos über Schutzmatten fahren mussten, um die Räder zu desinfizieren, während über der Schlange die Schwäne gen Festland flogen. Das wirkt schon sehr skurril und beruhigt die Menschen auf keinen Fall.

Das Gleiche gilt für die sehr widersprüchlichen Angaben, Mutmaßungen, Diskussionen und Presseberichte über die Art der Verbreitung der Vogelgrippeviren. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Zugvögel wohl doch nicht die alleinige Schuld an der Infektion tragen. Es mehren sich die Stimmen, die eine Verbreitung der Viren über verseuchtes Futtermittel nicht mehr ausschließen. Wie gründlich wird denn kontrolliert, was über die Futtermittel in die Geflügelhaltung hineinkommt oder was wieder hinausgeht? Der Ausbruch der Vogelgrippe in einer geschlossenen Putenfarm in Frankreich wäre so jedenfalls erklärbar. Die als Dünger verwerteten Exkremente aus der Geflügelhaltung stellen für Virologen derzeit die Hauptquelle der aktiven Viren dar.

In dieser Situation voller Widersprüche und Unklarheiten stellen wir uns die Frage, wozu dann die vielen Beschränkungen und Kontrollen gut sein können. Würden sich Zugvögel oder Wildvögel ausgerechnet über einem Hühnerhof entleeren und frei laufende Hühner infizieren, hätte unser Bundeslandwirtschafts- und -verbraucherschutzminister Seehofer konsequent den Verzehr von Feldgemüse und Obst verbieten müssen, nachdem Tausende Zugvögel unsere Felder überflogen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, es wird höchste Zeit, nach den wirklichen Infektionsquellen zu suchen und zu forschen und hier auch einen finanziellen Schwerpunkt zu setzen. Die Entscheidung der Staatsregierung, die Bestände an antiviralen Medikamenten zum Schutz der Menschen aufzustocken, wie auch wir gefordert haben, war sehr weise. Immerhin will die Staatsregierung bis 2007 für rund 20 % der Bevölkerung einen Medikamentenvorrat zur Verfügung stellen. Die WHO empfiehlt übrigens 25 %. Da im Fall der Fälle weltweit kein weiterer Vorrat

zu beziehen ist, müssen wir uns dieser Forderung auch anschließen.

Nach dem Bekanntwerden weiterer Todesfälle bei infizierten Katzen und aktuell bei einem Steinmarder erfahren wir schon vor ein paar Tagen von unserem Schutzminister Seehofer: Es gibt sie ja doch, die potenzielle Gefahr für die Menschen! Wie diese Gefahr aussieht, ist jedoch noch nicht bekannt. Wir werden uns nicht der Diskussion anschließen, die den Zweck hat, Panik zu verbreiten. Es bleibt die Frage, wie wir alle in Zukunft mit diesem Supervirus umgehen könnten, wenn er denn auftreten würde. Dazu werde ich nachher noch Ausführungen machen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Frau Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Maßnahmen müssen natürlich der realen Gefahr angemessen sein. Darüber, was die reale Gefahr ist, unterscheiden sich offenbar auch hier die Ansichten. Ich möchte deshalb kurz auf die aktuelle Einschätzung der Situation durch Wissenschaftler eingehen.

Mindestens seit Herbst des vergangenen Jahres stand die Frage im Raum, inwieweit Zugvögel die Ausbreitung der Viren verursachen können. Mittlerweile kann die Rolle der Zugvögel neu bewertet werden. Es ist nicht auszuschließen, dass Zugvögel an der Verbreitung beteiligt sind; sie spielen aber in jedem Falle nur eine untergeordnete Rolle. Warum? Die Ausbreitungsmuster der Geflügelpest decken sich bisher kaum mit den Vogelflugwegen, weder geografisch noch zeitlich. Die in Deutschland den Viren zum Opfer gefallenen Höckerschwäne sind keine Zugvögel. Bis heute ist keine ziehende Vogelart bekannt, die das Virus in die Region eingeschleppt haben könnte. H5N1-Viren sind bisher nur bei toten oder sterbenden Wildvögeln festgestellt worden, nie bei gesunden und damit flugfähigen Tieren. Und – ganz wesentlich! – zwischen Juli und Dezember 2005 wurde in der EU ein länderübergreifendes Monitoring von rund 25 000 Wildvögeln vorgenommen. Sie wurden getestet, ohne dass H5N1-Viren nachgewiesen werden konnten. In Südostasien wurden bereits zuvor in zwei Jahren 100 000 klinisch gesunde Wildvögel untersucht. Alle Tests auf das hochpathogene H5N1-Virus verliefen negativ.

Die Vogelwarte Randolfzell des Max-Planck-Instituts für Ornithologie stellt fest: „Aus der derzeitigen Diskussion ist zu folgern, dass eine signifikante Rolle der Wildvögel bei der Übertragung der hochpathogenen Vogelgrippeerreger auf Hausgeflügelbestände nicht erbracht wurde.“ Das heißt, Wildvögel können zwar den Geflügelpestviren zum Opfer fallen, als Täter scheint ihr Einfluss jedenfalls begrenzt.

Wie wandert das Virus also dann? Viel wahrscheinlicher ist – Herr Günther hat es schon angesprochen –, dass für die globale Wanderung des Virus nicht die Wildvögel verantwortlich sind, sondern der Handel mit Abfällen, infiziertem Geflügel, Geflügelprodukten, Futtermitteln usw., unter anderem auch der illegale Handel mit Wildvögeln.

An diesen Tatsachen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen sich unsere Gegenstrategien messen lassen. Da sind zum einen vorbeugende seuchenhygienische Schutzmaßnahmen – Frau Orosz ist auf sie eingegangen – und zum anderen das Wildvogelmonitoring, das weitergeführt werden muss. Auch darauf ist Frau Orosz eingegangen. Nötig ist weiterhin unbedingt ein Importstopp, verbunden mit umfangreichen Kontrollmaßnahmen. Hierbei sollte man überlegen, ob die Kontrollen nicht noch ausgeweitet werden sollten. Der Handel mit Wildvögeln, unter anderem mit Beizvögeln, ist zu unterbinden.

In Bezug auf die Stallpflicht wäre Folgendes zu überlegen: Mit dem Auftreten infizierter Wildvögel in der heimischen Fauna in Deutschland ist jetzt die Möglichkeit des Kontakts zwischen infizierten Wildvögeln und Hausgeflügel entstanden, die es mit Zugvögeln so bisher nicht gab. Deshalb kommt Stallpflicht als Vorsorge infrage, obwohl man natürlich auch die Kehrseite betrachten muss.

Die größte Gefahr besteht eben beim Übergreifen der Vogelgrippe auf große Tierbestände.

Im Zusammenhang damit ist die Frage zu stellen, wie wir mit Tieren umgehen. Artgerecht gehaltene Tiere sind robuster und weniger anfällig. Es kann deshalb nicht angehen, dass die Stallpflicht zur Bekämpfung der Vogelgrippe von Verfechtern der Käfighaltung vorgeschoben wird, um das Verbot der Käfighaltung aufzuheben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tierschutz ist ein Staatsziel und das Verbot der Käfighaltung basiert auf einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Der Verlauf der Ausbreitung legt im Gegenteil nahe, kleineren Strukturen mit geschlossenen Kreisläufen den Vorzug zu geben.

Noch kurz zur Impfung: Derzeit darf in Deutschland Geflügel nicht gegen Vogelgrippe geimpft werden. Dagegen lautet die grüne Devise: Impfen statt töten! Besonders Zuchttiere, Zootiere und Tiere von Hobbyhaltern müssen geimpft werden, so wie dies auch im Jahre 2003 in Nordrhein-Westfalen geschehen ist. Mittlerweile gibt es bessere und effektivere Impfstoffe. Die Vögel scheiden damit kaum noch Viren aus. Impfen trägt somit zur Eindämmung der Seuche bei und ist aus Gründen des Tierschutzes geboten.

Ich möchte noch auf unsere vier Kleinen Anfragen zur Umsetzung des Nationalen Pandemieplanes hinweisen, die in dieser Woche beantwortet worden sind. Dort geht die Staatsregierung auf den Entwurf zu einem Maßnahmenplan zur Umsetzung des Nationalen Influenzapandemieplanes ein.

Da dieser noch in der Abstimmung ist, erwarten wir in der nächsten Zeit von der Staatsregierung weitere Informationen dazu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der CDU-Fraktion das Wort. Herr Heinz, bitte.

Andreas Heinz, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zuerst kurz auf meine Vorredner einzugehen.

Eine Regierungserklärung sieht wohl doch ein wenig anders aus, Herr Pellmann. Das war nur eine kurze Information zum derzeitigen Sachstand.

Das Einschleppen des Virus in den Putenbestand in Frankreich – so kann man dem „Spiegel“ entnehmen – wurde durch Journalisten verursacht, die erst die toten Vögel gefilmt und dann mit denselben Klamotten Aufnahmen in dem betroffenen Bestand gemacht haben.

Zur Verbreitungsmöglichkeit: Hier gibt es in der Tat noch einiges Ungelöstes. Eine weitere Möglichkeit ist, dass auch durch in Baumärkten gehandelte Dünger und Komposte zur Verbreitung beigetragen werden kann.

Wenn man die angesprochene Art der Haltung mit dem Auftreten der bisherigen Fälle in Nutztierbeständen in Zusammenhang bringt, so kann man wohl feststellen, dass das Vogelgrippevirus eher in den Beständen aufgetreten ist, die dem Leitbild der grünen Geflügelhaltung näher kommen, währenddessen die großen industriemäßig betriebenen Anlagen bis jetzt Gott sei Dank davon verschont geblieben sind.

Ich bin erst einmal froh darüber, dass dieses Thema seitens der Politik nicht zur Profilierung missbraucht worden ist, wie wir es vor wenigen Jahren beim Thema BSE erleben mussten, wenn auch manche Maßnahme, die ergriffen worden ist, durchaus fragwürdig erscheint. Ich denke, Herr Günther hat dieses Thema ganz gut dargestellt.

Gestatten Sie mir noch einige kurze Worte zum Gefährdungspotenzial. Die Gefahr für den Menschen besteht wohl grundsätzlich. So wurden in Asien bisher 200 Millionen Stück Geflügel wegen der Geflügelpest getötet. Dort ist das Virus seit Jahren besonders präsent. Wir haben es mit 150 erkrankten Menschen, davon 80 Verstorbenen zu tun. Dies wohl gemerkt unter den typischen asiatischen Bedingungen. Das heißt, das Geflügel verbringt die meiste Zeit seines Lebens auch am Ort des späteren Verzehrs, es handelt sich also im wahrsten Sinne des Wortes um Haustiere.

In diesem Zusammenhang sollte man sich auch einmal die Zahl der jährlich beim Menschen auftretenden Fälle von Virusgrippe verdeutlichen. Den Medien kann man entnehmen, dass in Deutschland jährlich 15 000 Menschen an der Virusgrippe sterben.

Alle bisher untersuchten Fälle wurden dargestellt. Auf eine wissenschaftliche Erkenntnis, die am Rande mit abgefallen ist, möchte ich hier noch verweisen: Sollten Sie, meine Damen, und natürlich auch Sie, meine Herren, beim morgendlichen Blick in den Spiegel Anzeichen von Krähenfüßen entdecken, kann ich Sie beruhigen. Das hat mit Vogelgrippe wenig bzw. gar nichts zu tun.

(Rita Henke, CDU: Na, na, na!)

Die wirtschaftlichen Auswirkungen möchte ich jetzt ein wenig näher beleuchten. Wir haben in Sachsen ungefähr 7 % des deutschen Hühnerbestandes. Das heißt, acht Millionen Stück Geflügel erzeugen ungefähr eine Milliarde Eier. Die Geflügelhaltung spielt sich im Gegensatz zu den asiatischen Verhältnissen zum überwiegenden Teil in großen geschlossenen Anlagen mit einem hohen hygienischen Standard ab.

Ich appelliere von dieser Stelle aus an die Behörden, in diesen gut kontrollierbaren Anlagen nicht ohne Not zu keulen, sondern erst dann, wenn das Virus wirklich in der Anlage ist. Aufgrund der gesamten öffentlichen Debatte mit den angesprochenen Verunsicherungen hat die Geflügelwirtschaft bereits jetzt einen Nachfragerückgang von bis zu 20 % im Vergleich zum Herbst des Vorjahres zu verzeichnen.

Ein zweites Gebiet, das ich an dieser Stelle beleuchten möchte, hat zwar weniger wirtschaftliche Auswirkungen, aber große agrarhistorische und kulturhistorische Bedeutung. Die Rassegeflügelzucht hat auch in Sachsen schon eine sehr lange Tradition. Im Jahr 1852 wurde hier der erste Verein gegründet. Wenn man sich dann einmal damit befasst, mit welchen Tierarten sich diese Vereine beschäftigen – mit zirka 30 verschiedenen Rassen Großgeflügel, über 70 Hühner- und Taubenrassen –, so kann man sehr schnell feststellen, dass hier noch zahlreiche vom Aussterben bedrohte Haustierrassen gehalten werden. Wir finden so den einzigen Bestand von forellenfarbigen Landenten in Deutschland, finden ebenfalls blaugelbe Landenten und Annaberger Haubenstruppgehühner. Davon gibt es in ganz Deutschland noch 16 Stück. Wir finden Deutsche Reichshühner. Davon gibt es ungefähr 30 Stück in Deutschland. Es gibt Sachsenhühner, die ebenfalls in verschiedenen Farbschlägen nur noch selten vorkommen, bis hin zu Vogtländern.

(Heiterkeit – Beifall des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Nicht vorstellbar ist, wenn durch die Keulung ganze Rassen für immer ausgelöscht würden und die Mühe der Züchter zunichte gemacht werden würde.

Über Impfungen von Hobby- und Zootieren sollte weiter nachgedacht werden. Das setzt allerdings die Entwicklung eines Marker-Impfstoffes voraus, der eine Trennung von Feldvirus und Impfvirus ermöglicht. Parallel dazu kann man darüber nachdenken, ob der Lebensraum dieser Restbestände auch in die Vogelschutzrichtlinie aufgenommen werden muss.

Da meine Redezeit zu Ende ist,

(Ach! Oh! bei der FDP)

möchte ich Ihnen, wie meine Vorredner auch, von dieser Stelle aus nur noch einmal mitteilen, dass die Gefahr für den Menschen gering ist, dass es keine Gründe gibt, auf den beliebten Goldbroiler zu verzichten und dass auch Ostern und in diesem Zusammenhang stehende Bräuche wegen der Vogelgrippe wohl nicht ausfallen werden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der SPD-Fraktion noch das Wort gewünscht? – Dann die Linksfraktion.PDS. Frau Altmann, bitte.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meiner Rede auf ein Thema konzentrieren, das bisher ein wenig zu kurz gekommen ist – ich dachte, Herr Heinz würde es ansprechen, er hat es aber nur leicht gestreift –: Welche Auswirkungen hatte denn nun die Vogelgrippe, die die klassische Vogelpest ist, bisher auf die sächsischen Geflügelhalter?

Es wurde schon gesagt, dass das, was man im Volksmund Vogelgrippe nennt, die klassische Geflügelpest ist. Obwohl das öffentliche Szenario – dort gebe ich Herrn Heinz nicht vollkommen Recht –, das auch über die Medien gekommen ist, zum Teil schon ein wenig an das erinnert hat, was seinerzeit im Zusammenhang mit BSE stattgefunden hat, sage ich ganz deutlich: BSE und die Geflügelpest sind nicht miteinander zu vergleichen. Die Geflügelpest ist eine klassische Tierseuche und muss – anders als es damals bei BSE gewesen ist – auch als solche behandelt werden.

Trotzdem bin ich, sind wir der Meinung, dass auch bei der Vogelgrippe, sollte sie in Sachsen auf die Nutzgeflügelbestände übergreifen, sehr vorsichtig – so, wie es inzwischen bei BSE in Sachsen sehr guter Brauch ist – und immer in engem Zusammenwirken mit den betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben sowie verhältnismäßig bei erforderlicher Tötung umgegangen werden sollte. Das wäre eine Forderung, die wir haben.

Wie sehen nun aber die Auswirkungen zurzeit aus, da es diesen Fall zum Glück noch nicht gibt? – In Sachsen gibt es ungefähr 50 Haupterwerbsbetriebe, die sich mit Geflügelhaltung beschäftigen, und dort ist die Geflügelhaltung fast ausschließlich Teil der Produktion. Eine Auswirkung ist heute schon die angeordnete Stallpflicht. Diese wird aber von den Geflügelhaltern schon aus eigenem Interesse, zum eigenen Schutz akzeptiert und wird auch sehr ernst genommen. Vorteile haben bei dieser Stallpflicht die Betriebe, die ihre Stallkapazität nicht im Vorhinein schon sehr knapp bemessen haben. Das betrifft – es ist ganz einfach so – in vielen Fällen Ökobetriebe, die es jetzt gut haben, wenn sie ihre Stallkapazität nicht von vornherein

knapp bemessen haben. Sie haben Spielräume, um ihre Tiere immer noch artgerecht halten zu können.

Die Stallpflicht macht sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sehr bemerkbar. Das ist der Witterung geschuldet. Zurzeit sind die Tiere sowieso zum überwiegenden Teil in den Ställen. Ein Problem wird eintreten, wenn die Stallpflicht über den 30.04.2006 hinaus verlängert werden muss. Dann wird es Auswirkungen nicht nur auf die Legehennenbestände geben, sondern auch auf Enten- und Gänsebestände, denn diese Tiere kommen in der Aufzucht kaum ohne Auslauf aus, ohne dass die Qualität darunter leiden würde.

Ein Problem bei den Legehennen sehen wir heute darin, wenn eine angeordnete Stallpflicht länger als zwölf Wochen dauern muss. Nach dieser Zeit können die dort produzierten Eier nicht mehr als Freiland Eier deklariert werden.

Damit komme ich zu einem zweiten Problem, und zwar zu den sehr umstrittenen und sehr kontrovers diskutierten Impfungen von Nutzgeflügelbeständen als Alternative zur Stallhaltung. Ich halte es zum jetzigen Zeitpunkt für nicht sinnvoll, Nutztierbestände zu impfen; denn derzeit gibt es keinen entsprechenden Impfstoff. Impfstoffe, die es zurzeit gibt, sind keine so genannten Markerimpfstoffe. Geimpfte Tierbestände könnten latent immer noch diesen Virus enthalten und damit verstärkt als Überträger infrage kommen.

Trotzdem stellt Impfen oder Nichtimpfen heute schon ein Problem dar. Die Niederlande und Frankreich haben sich bei der EU eine Ausnahmegenehmigung zum Impfen ihrer Tierbestände geholt. Sie tun es auch trotz des riesengroßen Aufwandes, der damit verbunden ist. Unsere Anregung ist, genau zu beobachten, wie sich der Markt für Freiland Eier europaweit entwickelt, und dann noch einmal neu über Impfungen nachzudenken. Impfen hat unserer Meinung nach nur dann wirklich Sinn, wenn es einen Markerimpfstoff gibt.

Damit bin ich bei dem dritten Schwerpunkt, den ich hier setzen möchte: der Forschung insgesamt auf diesem Gebiet. Wir haben heute mehrfach gehört, dass wir eigentlich so gut wie nichts wissen, wie diese Art von Vogelgrippe/Geflügelpest verbreitet werden kann. Deswegen regen wir an, in die Forschung für einen Markerimpfstoff viel mehr Kapazität und Mittel zu investieren. Wir regen an – über Sachsen hinaus, auf Bundesebene –, dass die Epidemiologie als Wissenschaftsdisziplin wieder mehr gefördert wird und es dafür ein zentrales Forschungszentrum geben sollte, damit wir in Zukunft besser wissen, wie diese Art von Geflügelkrankheit übertragen wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Präsident Erich Iltgen: Wird das Wort von der NPD-Fraktion gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die FDP-Fraktion? – Herr Günther, bitte.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe Ihnen angedeutet, dass ich einige Vorschläge für den wirklich schlimmen Fall der Fälle hätte, was man dann tun muss und was wir vorbereiten können. Ungefähr seit 1997 erwarten Fachleute, dass eine Pandemie auftreten kann. Für uns als Sachsen würde es bedeuten, dass wir für den Fall der Fälle genügend finanzielle Mittel bereitstellen müssen. Ich gehe davon aus, dass das ähnliche Auswirkungen haben kann wie damals die Flut: Andere Dinge müssen dann zurückstehen. Als Hohes Haus muss uns bewusst sein, dass wir dann in unseren Fachbereichen zurückstehen müssten.

Gentechnische Forschungen müssen ohne Wenn und Aber zugelassen und erweitert werden. Nur so wird es gelingen, auf schnellem Wege, falls der Virus aktiv ist, wirksame Impfstoffe zu entwickeln und herzustellen. Neue Wirkstoffe werden nicht mit den alten Methoden hergestellt, wie zum Beispiel mit der Eierbebrütung. Für diese Forschung brauchen wir schnellstmöglich Genforschung. Mit GlaxoSmithKline haben wir in Sachsen – in Dresden – eine Firma, die Impfstoffe entwickelt. Das ist eine Ausnahme deutschlandweit. Es ist ein starker Partner. Wir sollten uns dem nicht verschließen. Forschung, Wissen und neue Technik werden in Zukunft Leben retten können.

Pannenserien, wie sie auf Rügen passiert sind, müssen der Vergangenheit angehören. Deshalb ist der Katastrophenschutz finanziell und technisch so auszustatten, dass wir der neuen Herausforderung gewachsen sind. Kompetenzen müssen klar benannt und vor Ort gestärkt werden. Neben Ärzten und Apotheken sind Berufsverbände und Kammern in die Pandemieplanung einzubeziehen. Ich weiß, dass das läuft. Jeder beteiligte Helfer muss von Anfang an wissen, was er im Fall der Fälle zu tun hat.

Die Vorbereitungen müssen für die Bevölkerung transparent sein, sodass auch jeder weiß, was dann zu tun ist. Wir Sachsen wissen ganz genau: Einen hundertprozentigen Schutz wird es nicht geben. Aber die Sachsen können erwarten, dass es einen hundertprozentigen Einsatz – auch von uns Politikern – geben wird. Die Bekämpfung der Vogelgrippe bzw. Pandemie ist eine absolut überparteiliche Herausforderung.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Tino Günther, FDP: Ja.

Präsident Erich Iltgen: Frau Altmann, bitte.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Herr Günther, ich hatte jetzt eine kurze Denkpause. Ich musste erst einmal richtig hinhören. Haben Sie in dem Zusammenhang wirklich „Gentechnik“ gesagt?

Tino Günther, FDP: Ja.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Ich frage Sie: Wo haben Sie Ihr Wissen her, dass die Erforschung eines wirksamen Impfstoffes über Gentechnik schneller gehen soll als über die herkömmliche immunologische Forschung und Impfstoffherstellung? Wissen Sie, dass alles, was mit Gentechnik zu tun hat, in der Bewilligung und im Einsatz weitaus längere Zeiten benötigt als das, was auf herkömmliche Weise hergestellt wird. Ich halte auch auf diesem Gebiet Gentechnik wirklich nicht für das notwendige und erstrebenswerte Verfahren.

Tino Günther, FDP: Ich halte es dringend für notwendig. In den Gesprächen mit den Experten aus der Pharmaindustrie, die die Wirkstoffe herstellen, wurde klar und eindeutig gesagt, was schneller geht, was jetzt schon angepackt werden kann und wie jetzt schon darauf hingewirkt werden kann. Wenn der Virus dann da ist, muss schnell darauf reagiert werden. Deshalb muss jetzt der Weg für die Forschung freigemacht werden.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Tino Günther, FDP: Gern.

Präsident Erich Iltgen: Bitte, Frau Altmann.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Kann es sein, dass Sie Ihre Informationen nur von einer Seite haben? Mehr Mittel in Forschung bejahe ich, aber ich denke, das sollte nicht einseitig geschehen, sondern auf gefahrlose Art.

Tino Günther, FDP: Nein.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE –
Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte fortfahren. Die Bekämpfung der Vogelgrippe und der Pandemie muss für uns eine absolut überparteiliche Herausforderung darstellen. Die Lösung dieses Problems ist weder konservativ oder sozialistisch noch liberal, sondern nur gut oder schlecht. Ich bin mir mit meiner Fraktion darin einig,

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

dass wir in Sachsen ein Stück weit vorangekommen sind, und wir reichen der Staatsregierung zur Lösung dieses Problems unsere Hand.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der Fraktion der GRÜNEN noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann frage ich die CDU-Fraktion. – Frau Nicolaus, bitte.

Kerstin Nicolaus, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns sehr engagiert und umfänglich mit der Vogelgrippe/Geflügelpest

auseinander gesetzt. Wir konnten aber feststellen – ich denke, ich darf das für alle resümieren –, dass wir gut vorbereitet sind auf ein Szenario, was – so hoffe ich – nie umgesetzt werden muss.

Sie, Herr Günther, haben für die FDP-Fraktion so davon gesprochen, als wenn es schon da wäre oder da sein könnte. Es ist richtig, wir müssen Vorsorge treffen. Das ist gar keine Frage. Auch von der Ministerin wurde vorgetragen, dass wir – falls es so sein sollte, was aber niemand hofft – alle Ebenen einbezogen haben: angefangen vom Bund, für den wir nicht zuständig sind, bis hin zur Landesebene. Auch die kommunale Ebene dürfen wir nicht vergessen. Die Landkreise, die kreisangehörigen Kommunen und die Kreisfreien Städte wissen, was sie zu tun haben.

Ich möchte Folgendes anschließen: Die Gefahr ist natürlich da. Ich will jetzt nicht sagen, sie liegt bei einem Prozent oder bei null Prozent. Man kann sie natürlich nicht ausschließen. Man muss resümieren, dass wir nicht, wie in Asien, gemeinsam mit Tieren leben. Dort existieren ganz andere Lebens- und Wohnverhältnisse, in denen derartige Dinge eher auftreten können. Ich möchte es nur in den Raum gestellt haben.

Herr Heinz hatte es angesprochen: Es betrifft die Nutztierbestände. Da haben wir hier ganz andere Verhältnisse als in den asiatischen Staaten, wo das eher aufgetreten ist und weiter auftreten kann.

Ich mache mir aber Sorgen über die mediale Welt, in der wir leben. Sie ist sehr offen, was sehr viele Vorzüge, aber auch den einen oder anderen Nachteil mit sich bringt. Es ist Verschiedenes eingetreten, von dem wir nicht gedacht hätten, dass es passiert. Es wurden viele überzogene Ängste geschürt.

Mich hat es sehr berührt, dass die allseits beliebte Sendung des MDR „In aller Freundschaft“ ausgerechnet ein Szenario dargestellt hat, bei dem Menschen von der Vogelgrippe betroffen waren. Ich denke – und das sei mir an dieser Stelle erlaubt –, dass das nicht gerade dazu beiträgt, Ängste auszuräumen. Vielleicht sollten wir von diesem Hohen Haus aus einen Appell an die Medien richten, nicht davon zu sprechen, dass Menschen angesteckt werden können. In allererster Linie sollte davon gesprochen werden, dass die Vogelgrippe, wenn sie hier auftreten würde, auf Nutztierbestände übergreifen könnte. Das ist mir an dieser Stelle sehr wichtig.

Hoffen wir also auf das Frühjahr, denn bei einer Temperatur von 20 °C stirbt das Virus. Wenn wir allerdings aus dem Fenster schauen, sehen wir den Schnee, sodass wir noch in Habt-Acht-Stellung bleiben müssen.

Ansonsten möchte ich mich ganz herzlich für diese Debatte bedanken. Ich werde all die Hände, die gereicht worden sind, ergreifen. Ich hoffe und wünsche, dass wir hier gemeinsam mit vereinten Kräften die Herausforderungen meistern können.

In diesem Sinne bedanke ich mich ganz herzlich für die Debatte.

(Beifall bei der CDU und
vereinzelt bei der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

(Frau Staatsministerin Helma Orosz
geht in Richtung Rednerpult. –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Die Staatsregierung.)

– Entschuldigung, Sie standen nicht mehr auf meiner Liste. Bitte, Frau Ministerin.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Danke schön. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal mit zwei Sätzen auf die Aktuelle Debatte eingehen. Ich bin dankbar dafür, dass Herr Günther von der FDP noch einmal darauf hingewiesen hat, dass wir, was die Informations- und Kommunikationspolitik betrifft, alle zuständig sind und entsprechend unseren Erkenntnissen argumentieren sollten.

Ich sehe mich veranlasst, noch etwas zu dem Beitrag der NPD zu erwidern. Vogelgrippe bzw. Geflügelpest war heute das Thema der Aktuellen Debatte. Aber Sie haben in Ihrem gesamten Beitrag über Pandemie gesprochen. Pandemie ist ein anderer Tatbestand. Ich möchte deutlich sagen, dass wir von Pandemie erst dann sprechen, wenn eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung möglich geworden ist.

(Uwe Leichsenring, NPD: Ja.)

Das setzt aber voraus, dass dieses H5N1-Virus mutiert ist. Bei den Vorfällen in der Türkei, die Frau Nicolaus angesprochen hat, handelt es sich um eine Tier-zu-Mensch-Übertragung, die unter kulturellen und hygienischen Voraussetzungen stattgefunden hat, die in Deutschland bzw. Europa nicht realistisch sind. Pandemie hat damit nichts zu tun. Pandemie ist eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung. Dafür gibt es – ich wiederhole noch einmal die Informationen aus meinem Vortrag – derzeit weltweit keinerlei Ansatzpunkte.

Ich würde ganz herzlich darum bitten, dass Sie sich fachlich kundig machen und dann die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit leisten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD,
der FDP und den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Meine Damen und Herren! Damit ist diese Aktuelle Debatte, beantragt von den Fraktionen CDU und SPD zum Thema „Geflügelpest/Vogelgrippe – Überwachungs-, Schutz- und Bekämpfungsmaßnahmen in Sachsen“, abgeschlossen.

Wir kommen nun zu

2. Aktuelle Debatte

Bedrohung der Schulen in freier Trägerschaft durch die Kürzungspläne der Staatsregierung

Antrag der Linksfraktion.PDS

Zunächst hat die Antragstellerin, die Linksfraktion.PDS, das Wort. Danach CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE; Staatsregierung, wenn gewünscht. Die Debatte ist eröffnet. Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort. Herr Dr. Hahn, bitte.

Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selten zuvor hat eine von der Opposition eingereichte Aktuelle Debatte schon vor ihrem eigentlichen Stattfinden derartige Wirkung entfaltet wie die heutige zur Situation der Schulen in freier Trägerschaft. Der aus vielerlei Gründen absolut inakzeptable Referentenentwurf des Kultusministeriums für ein neues Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft ist seit wenigen Tagen vom Tisch, und das ist gut so.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS, der FDP und den GRÜNEN)

Der fragliche Referentenentwurf war seit Monaten heftig umstritten und wurde von den Betroffenen zu Recht rundweg abgelehnt, wie zahlreiche Zuschriften gezeigt haben, die sicher allen Fraktionen hier im Haus zugegangen sind. Wenn man sich die vorgesehenen Regelungen unter fachlichen Gesichtspunkten näher angesehen hat, dann braucht man wahrlich kein ausgesprochener Fan von freien Schulen oder Privatschulen zu sein, um den Protest dieser Schulen nachvollziehen zu können. Dabei ging es beileibe nicht nur, wie vom Kultusminister immer wieder suggeriert, allein um die finanziellen Zuschüsse. Es ging auch um die Zukunft der integrativen Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, die ernsthaft bedroht war. Es ging um zusätzliche soziale Schranken durch den geplanten Wegfall der Schulgelderstattung für sozial Schwache und um die drohende Schließung zahlreicher freier Schulen, insbesondere im Bereich der Berufsbildung.

Herr Dulig von der SPD hat es auf den Punkt gebracht, als er feststellte, das Gesetz sei – Zitat – „ein Entwurf der Administration und kein Entwurf der Bildungspraxis“.

Da wir leider häufig genug Anlass haben, die Sozialdemokraten wegen ihres inkonsequenten Handelns hier zu kritisieren, möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Kollegen von der SPD-Fraktion dafür bedanken, dass sie dafür gesorgt haben, dass dieser Gesetzentwurf schon vor der Einbringung im Landtag beerdigt worden ist.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Selbst Staatsminister Flath kann von seinem Gesetzentwurf nicht sehr überzeugt gewesen sein, wenn er gegenüber der Presse resigniert erklärte – Zitat –: „Besser kein Gesetz als ein vermurkstes.“ Das sagte er über seinen

eigenen Gesetzentwurf. Insofern, Herr Flath, zolle ich Ihnen für den Rückzug des Entwurfes durchaus Respekt. Das ist Ihnen sicher nicht leicht gefallen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Einzig CDU-Fraktionschef Hähle hat in einer Presseerklärung sein Bedauern über das Scheitern des Gesetzentwurfes ausgedrückt und den schwarzen Peter der SPD zugeschoben;

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

aber damit können wir, können die freien Schulen in Sachsen sicher gut leben.

Wer nun aber meint, dass mit dem Zurückziehen des Gesetzentwurfes alle Probleme gelöst seien und die Gefährdung beseitigt wäre, der irrt gewaltig. Deshalb ist unsere Aktuelle Debatte nach wie vor höchst zeitgemäß. Zum einen ist davon auszugehen, dass der Kultusminister versuchen wird, wesentliche Eckpunkte seines Gesetzentwurfes schon im Herbst im Rahmen des üblichen Haushaltsbegleitgesetzes wieder auf den Tisch zu bringen.

Außerdem – und dies ist weit gravierender – gibt es existenzielle Bedrohungen für zahlreiche freie Schulen, für die Steffen Flath gar keine Gesetzesänderung braucht, weil das weitgehend am Landtag vorbei geschieht. Ich denke hier an die Zuschussverordnung für Schulen in freier Trägerschaft, die zwar im Schulausschuss mit beraten, aber nicht im Landtag beschlossen wird. Ich denke ganz aktuell vor allem an die geplanten massiven Eingriffe in die Schulordnung Berufsfachschule, bei der das Parlament überhaupt nicht einbezogen werden muss, durch die aber gravierende Auswirkungen zu befürchten sind.

Kollege Colditz von der CDU hat zu den Plänen seines Ministers erklärt, der Versuch, den Markt freier Schulen zu bereinigen, sei unredlich. „Wir“ – so Colditz wörtlich – „können den Trägern nicht plötzlich in den Rücken fallen.“ Richtig, Herr Colditz!

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Immerhin droht in Sachsen durch die geplanten Neuregelungen der Verlust von bis zu 18 000 Ausbildungsplätzen. Für die Allermeisten davon gibt es keinen Ersatz, und dies geschieht bei dem bekannten Lehrstellenmangel im Freistaat.

Im Kern geht es darum, dass aus Sicht des Kultusministeriums für mindestens fünf Berufe keine anerkannte Ausbildung an Berufsfachschulen mehr zulässig sein soll. Welche konkreten Folgen das hätte, werde ich in meinem zweiten Redebeitrag erläutern.

Niemand bestreitet, dass durch die sinkende Zahl der Schulabgänger auch bei den beruflichen Schulen Handlungsbedarf besteht. Natürlich ist auch uns bekannt, dass die Zahl freier Schulen gerade in diesem Bereich weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, woran nicht zuletzt die 14 Jahre Alleinregierung der CDU schuld sind.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Allerdings!)

Wir werden uns dennoch vernünftigen Reformvorschlägen nicht verschließen. Aber eines sage ich doch als letzten Satz: Wenn der Minister ohne akzeptable Übergangsregelungen, ohne Alternativen für die wegfallenden Ausbildungsplätze und ohne Augenmaß seinen Kahlschlag von den öffentlichen Schulen auch auf die freien Schulen übertragen will, dann wird er auf den entschiedenen Widerstand der Linksfraktion.PDS treffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort. Herr Colditz, bitte.

Thomas Colditz, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gesetzgeber in diesem Land ist und bleibt der Landtag. Insofern mutet es schon ein Stück weit sonderbar an, dass wir eine Debatte über einen Referentenentwurf führen, der offensichtlich nie in die Beratung dieses Hohen Hauses eingebracht werden wird.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass
es nicht nur darum geht!)

Ich kann und will meine zum Teil auch öffentlich geäußerten Aussagen zum Referentenentwurf an dieser Stelle nicht mehr relativieren. Dennoch, meine Damen und Herren, kann man der Staatsregierung nicht unterstellen, das System der freien Schulen pauschal infrage gestellt zu haben. Schauen Sie sich die Entwicklung und die Investitionen, die in diesem Bereich in den letzten Jahren stattgefunden haben, an. Sie sprechen eine andere Sprache. Ich gehe davon aus, dass es nicht Absicht der Staatsregierung war und ist, diese Entwicklung und diese Investitionen im Nachgang infrage zu stellen.

Meine Damen und Herren! Der Staatsregierung eine Bedrohung der Schulen in freier Trägerschaft zu unterstellen, geht an den Problemlagen, die im Rahmen der Diskussion im Referentenentwurf aufgeworfen sind, vorbei.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Keiner, meine Damen und Herren – auch Sie, Herr Kollege Hahn, haben es nicht getan –, kann die Notwendigkeit der Anpassung schulischer Angebote an die demografische Entwicklung leugnen. Dass dabei beide Systeme, nämlich das staatliche und das freie Schulsystem, ihre Daseinsberechtigung erhalten müssen, muss ebenso unstrittig sein. Darauf muss auch eine gesetzliche Rege-

lung, die, wie gesagt, aussteht und noch zu realisieren ist, Bezug nehmen.

Nun kann man sicher nicht zum Gegenstand dieser Debatte den Gesetzentwurf, der, wie gesagt, schon nicht mehr in der öffentlichen Diskussion ist, machen und ihn inhaltlich diskutieren. Handlungsbedarf gibt es dennoch, auch gesetzgeberischen. Ziele, die auch von freien Trägern im Rahmen der Diskussion im Referentenentwurf benannt wurden, bleiben aktuell und bedürfen einer gesetzgeberischen Lösung. Ich will sie nur stichpunktartig benennen:

- die Sicherung und Erweiterung der Gestaltungs- und Handlungsspielräume der freien Schulen und ihrer Träger,
- die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung auch von Schulen im freien Bereich,
- die Gewährleistung gleicher Wettbewerbschancen freier und öffentlicher Schulen,
- die ganz wichtige Frage der Schaffung von Rechtssicherheit für beide Seiten, und zwar für die staatliche und für die Seite der freien Träger und
- schließlich geht es auch in diesem Bereich um Deregulierung und Entbürokratisierung.

Mit der Tatsache, dass Schülerzahlen im freien Schulbereich tendenziell ansteigen, während sie im staatlichen Bereich absinken, werden wir politisch leben müssen, nur darf diese Entwicklung strukturelle Anpassungsprozesse, die wir im staatlichen Bereich schmerzvoll vollziehen, nicht konterkarieren. Das geschieht aber genau dann, wenn freie Angebote staatliche Angebote, deren Mindeststandards nicht mehr erfüllt werden, substituieren wollen. Dem entgegenzuwirken halte ich für gerechtfertigt.

Besonders spannungsreich – es wurde schon angesprochen – erscheint mir die Situation im berufsbildenden Bereich. Aufgrund der angespannten Ausbildungssituation waren die freien Träger bisher willkommene Partner, um dieser Situation entgegenzuwirken. Diese Situation wird sich absehbar vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ändern. Dem jetzigen Defizit an Ausbildungsplätzen werden dann mögliche Überangebote entgegenstehen. Die Entwicklung kehrt sich also gewissermaßen um.

Nun ist es meines Erachtens falsch, dem zu begegnen, indem wir den Markt von freien Trägern bereinigen. Wettbewerbschancen müssen auch unter diesen Bedingungen zwischen freien und staatlichen Einrichtungen erhalten bleiben.

(Beifall des Abg. Torsten Herbst, FDP)

Insbesondere wird dem Rechnung zu tragen sein, wo es bisher für freie Schulen keine staatlichen Alternativen gibt. Ich denke hier insbesondere an den Sozialbereich.

Meine Damen und Herren! Die Gestaltungshoheit für die Schaffung von Rahmenbedingungen, um diese und andere Probleme lösen zu können, liegt bei der Staatsregierung und beim Landtag. Voraussetzung dafür, dass diese

Probleme gelöst werden, ist die Anerkennung vielfältiger Rahmenbedingungen. Insofern geht es nicht um die Bedrohung der Existenz von freien Trägern oder um fantasielose Kürzungsprobleme, sondern um die Abwägung vorhandener Beteiligungsmöglichkeiten bei der Lösung von anstehenden Problemen im Schulbereich.

Unabdingbar bleibt deshalb eine Novellierung des Gesetzes für die Schulen in freier Trägerschaft auf der Tagesordnung. Deshalb danke ich auch dem Staatsminister für Kultus trotz aller stattgefundenen Kontroversen, sich dieses schweren Themas angenommen zu haben. Zudem war und bin ich auch dankbar, dass es nach der Anhörung des Referentenentwurfes Nachbesserungen für diesen Referentenentwurf seitens der Staatsregierung gegeben hat. Wir hatten keine Gelegenheit, darüber inhaltlich tiefer zu diskutieren.

Meine Damen und Herren! Ich habe die Gewissheit, dass auch zukünftig freie Schulträger die Beteiligung an der Erfüllung ihres Bildungsauftrages wahrnehmen können. Ich gehe zudem davon aus, dass wir gemeinsam, also gemeinsam zwischen Landtag und Staatsregierung, einen Gesetzgebungsakt einleiten, der auch den Problemen der freien Träger gerecht wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Herr Dulig, bitte.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS entdeckt als Fraktion die freien Schulen, denen ihre Mitglieder im SLV und in der GEW gern an die Existenz wollen. Damit sich keiner zu Unrecht getroffen fühlt: Ich weiß sehr wohl, dass es einigen der Abgeordneten der PDS ernst war und ist mit den freien Schulen, etwa Frau Schneider, aber als Fraktion hat es die PDS noch nie so richtig interessiert, was mit freien Schulen passiert.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Das ist doch Unsinn! – Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Wer sagt denn so was!)

Der beste Ausweis dafür ist, dass es in den Jahren seit Bestehen des Landtages nicht einen einzigen Antrag zu diesem Thema von Ihnen gab, und das, obwohl Sie insgesamt bald 1 400 Anträge gestellt haben und durchaus nicht zimperlich mit diesem parlamentarischen Instrument umgegangen sind. Es hat Sie bisher auch nicht interessiert, dass die freien Schulen im allgemein bildenden Bereich wenigstens seit 1995 unterfinanziert sind. Es hat Sie auch wenig interessiert, dass wir mit der Finanzierungsverordnung seit 1999 noch mehr als vorher Fehlsteuerungen im berufsbildenden Bereich provozierten, die sich jetzt zu einem Problem entwickelt haben.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Ja!)

Es war Ihnen vor allem auch egal, dass den freien Trägern ihre Freiheit genommen werden sollte, denn das ist für Sie

gar kein Problem. Sie haben ja mit dem letzten Schulgesetzentwurf gezeigt, dass Sie selbst die staatlichen Schulen noch mehr verregelt sehen würden. Ich weiß nicht, worin die PDS vor diesem Hintergrund die Bedeutung der freien Schulen sieht.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Die einzige Chance über die Opposition!)

Anders, wenn Sie sich die Aktivitäten der SPD-Landtagsfraktion anschauen; denn für uns haben freie Träger deshalb einen hohen Wert, weil sie ein inhaltliches Korrektiv zum staatlichen Schulwesen darstellen und weil sie uns nicht nur einen Spiegel vorhalten, sondern auch praktisch zeigen, wie es anders gehen kann. Sie machen uns im allgemein bildenden Bereich vor, wie eine verantwortliche Schule arbeitet. Sie machen uns vor, wie erfolgreich eine schülerorientierte Lernkultur ist. Sie machen uns vor, wie Schule in hoher Qualität auch effizient betrieben werden kann. Sie machen damit auch Schluss mit den typisch deutschen Ausreden, was alles nicht geht. Sie zeigen, dass es geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn sich die Aktuelle Debatte mit dem Zurückziehen des Gesetzentwurfes eigentlich erledigt hat,

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Nein!)

so haben sich die Probleme dennoch nicht erledigt, und zwar insbesondere im berufsbildenden Bereich. Die prekäre Lehrstellensituation der letzten Jahre hat auch dazu geführt, dass eine Vielzahl freier Träger beitrug, das Defizit zu verkleinern. Freilich haben sich im berufsbildenden Bereich damit Trends ergeben, die kritisch zu hinterfragen sind. Insbesondere der Schülerrückgang im Sek-II-Bereich drängt natürlich, diesen Bereich zu gestalten. Wenn heute etwa ein Viertel der jungen Menschen in freien Schulen eine Berufsausbildung erhält, so wäre das in drei Jahren bei gleicher Kapazität die Hälfte. Abgesehen davon, dass dann die Kapazitäten der Berufsschulzentren nicht mehr ausgelastet wären, ist doch auch fraglich, ob dann das Verhältnis von dualer und vollzeitschulischer Ausbildung noch unseren Vorstellungen entspricht und ob nicht auch Wettbewerbsverzerrungen bestehen. Das Letztere ist dort der Fall, wo sich Arbeitgeber aus der dualen Ausbildung zurückgezogen haben und sich diese nicht über eine überbetriebliche Einrichtung, sondern über eine freie Schule in Vollzeit realisieren lassen. Anstatt dass junge Menschen in diesen Branchen einen Lehrvertrag und vielleicht etwas Entgelt erhalten, müssen sie Schulgeld zahlen und stehen den Betrieben dann praktisch ab und zu einmal als Praktikanten zur Verfügung.

Dieses Problem lässt sich aber nicht mit einer generellen Kürzung der Zuschüsse freier Träger im berufsbildenden Bereich lösen. Es gibt eben auch Berufe, die traditionell über freie Schulen ausgebildet werden und für die es gar kein staatliches Angebot gibt. Das ist auch durch das Berufsbildungsgesetz festgelegt. Da die Zuschussätze in der Finanzierungsordnung pauschal und nicht branchen-

spezifisch und nicht nach den tatsächlichen Schulstunden berechnet sind, konnten sich in der Folge einige Träger entwickeln, die so viel Geld angespart haben, dass sie nunmehr die vierjährige Wartezeit für eine neue Schule damit überbrücken. Wenn es dann noch Träger gibt, die ihr Personal schlecht bezahlen oder fast nur auf Honorarkräfte zurückgreifen, scheint es wirklich fraglich, ob die Genehmigungsvoraussetzungen überhaupt noch vorliegen.

Diese Probleme könnten wir also durch eine genaue Rechts- und Fachaufsicht sowie durch eine relativ schnelle Änderung der Zuschussverordnung nach geltendem Gesetz überwinden.

Bei dieser Gelegenheit könnten auch die Zuschüsse der allgemein bildenden Schulen unter Nutzung der vorliegenden Gutachten angepasst werden, so wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Das Problem verzerrten Wettbewerbs und des Ausstiegs aus der dualen Ausbildung lässt sich dagegen kaum über die Kürzung der Zuschüsse, sondern vielmehr über die Änderung der entsprechenden Schulordnungen erreichen. Dies wird in Angriff genommen. Wenn so Fehlentwicklungen im Bereich der beruflichen Bildung korrigiert sind, dann habe ich keinen Zweifel, dass sich der Anteil freier Schulen an der Ausbildung junger Menschen konstant oder rückläufig entwickelt und die Berufsschulzentren keine unlautere Konkurrenz haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort. Herr Gansel, bitte.

Jürgen Gansel, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Ich sehe derzeit keine Möglichkeit, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das dem Anspruch einer Reform genügt.“ So wird Staatsminister Flath in der Pressemitteilung seines Ministeriums vom 9. März dieses Jahres wiedergegeben. Damit ist der Referentenentwurf zu Privatschulen in Sachsen gescheitert, weil der kleine Koalitionspartner die Einsparideen nicht mittragen wollte. Auch wenn die Kürzungspläne des Kultusministeriums nun an innerem Widerstand gescheitert sind, sollte man hinsichtlich der Privatschulen aber einige grundsätzliche Überlegungen anstellen.

Die Zahl der Schüler an Schulen in freier Trägerschaft ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. In Sachsen besuchen derzeit 11 % der Schülerinnen und Schüler eine der 295 Privatschulen. Die Schülerzahlen stiegen von knapp 4 400 im Schuljahr 1992/93 auf derzeit 58 500. Mit 43 000 Jugendlichen besucht die Mehrzahl dieser Schüler eine der 183 Privatschulen im berufsbildenden Bereich, was einem Viertel aller sächsischen Schülerinnen und Schüler im berufsbildenden Bereich entspricht. In Gesamtdeutschland beträgt der Anteil von Schülern auf berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft durch-

schnittlich 7 %; in Sachsen liegt der entsprechende Anteil bei nahezu 25 %.

Was bringt nun Eltern in der heutigen Zeit dazu, ihre Kinder auf eine Privatschule zu schicken? Die knappe Antwort: das oftmals miserable staatliche Schulwesen. Der bildungspolitische Kahlschlag der schwarz-roten Staatsregierung hat zu diesem beklagenswerten Zustand der öffentlichen Schulen das Seine beigetragen. Unterrichtsausfall, durch schulpolitische Zumutungen demotivierte Lehrer, überlange Schulwege und oftmals zerfledderte soziale Strukturen prägen heute das Bild der sächsischen Schullandschaft und haben bei vielen Eltern das Vertrauen in die staatlichen Schulen erschüttert. Deshalb ist es nur natürlich, dass private Schulen gerade dort aus dem Boden sprießen, wo staatliche Schulen geschlossen werden.

Privatschulen als solchen steht die NPD mit gemischten Gefühlen gegenüber. Deren zunehmende Bedeutung ist einerseits bedenklich, weil hier eine soziale Selektion droht, da sich viele Eltern eine Privatschule für ihre Kinder nicht leisten können. Hier muss nicht, aber hier kann das bildungspolitische Gerechtigkeitsideal auf der Strecke bleiben, nach dem jedem Jugendlichen unabhängig von der Einkommensstärke der Eltern bestmögliche Bildungschancen einzuräumen sind.

Andererseits können Privatschulen im Sinne von Ersatzschulen aber auch eine Bereicherung der Schullandschaft darstellen. Die NPD-Fraktion sagt deshalb ganz deutlich, dass ihr Privatschulen viel lieber sind als gar keine Schulen. Wenn sich der Staat durch Schulschließungen aus seiner Verantwortung stiehlt, dann gilt es im Interesse der Eltern und natürlich der Schülerinnen und Schüler dagegenzuhalten und Alternativkonzepte zu entwickeln. Dazu gehört in unserer Situation auch das private Schulwesen.

Die NPD-Fraktion begrüßt es deshalb, dass Kultusminister Flath, wenn auch erst auf massiven Druck hin, von seinem Referentenentwurf Abstand genommen hat. Dieser wäre unserer Auffassung nach nicht tragbar gewesen, weil er das bisherige Netz freier Schulen finanziell hätte ausbluten lassen. Die angedachten Einsparungen hätten in der Endkonsequenz zur Schließung von vielen gut besuchten freien berufsorientierten Schulen geführt.

Wie immer werden die Einsparmaßnahmen im Bildungsbereich – nun auch im Privatschulbereich – mit der demografischen Entwicklung begründet, die zum billigen Allzweckargument für Sparkommissare unterschiedlichster Fachrichtungen geworden ist. Wo aber bleiben die Initiativen der Regierenden, um der demografischen Katastrophe entgegenzusteuern? Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung warnt in seiner neuesten Studie vor einer regelrechten Entvölkerung Mitteldeutschlands. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ veröffentlicht eine Reportage unter dem alarmierenden Titel „Verlassenes Land – verlorenes Land“.

In Sachsen könnte aber, wie anderswo auch, natürlich noch gegengesteuert werden. Es wird von den Altparteien aber nicht gemacht; es wird nicht gewollt. „Deutsches

Geld für Deutsche, das ist das Schlimmste!“ – das war vor nicht allzu langer Zeit der entsetzte Ausruf der CDU-Abgeordneten Pfeiffer, die jetzt – passend zu dem Redebeitrag – das Plenum verlässt.

Wir als NPD-Fraktion wollten damals mit der Initiative für ein Müttergehalt ein deutliches Zeichen für die finanzielle Besserstellung von Müttern setzen, um diesem von Medien und Bevölkerungsexperten angezeigten Entvölkerungstrend entgegenzuwirken. Dem Antrag der NPD auf Einführung eines Müttergehaltes wurde von den Altparteien als bloßen Moderatoren der Krise aber nicht zugestimmt.

Dieser Logik einer demografischen Gleichgültigkeit folgt natürlich auch die Schulpolitik. Die NPD-Fraktion steht trotz gewisser Bedenken zu den Privatschulen und will für diese in Sachsen eine Zukunft, gerade auch angesichts des kaputtgesparten öffentlichen Schulwesens.

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen.

Jürgen Gansel, NPD: Dem Ansinnen der Staatsregierung, wenn es denn als Gesetzentwurf in das Plenum eingebracht worden wäre, hätten wir die Zustimmung versagt, so wie wir generell die Schließungs- und Kürzungspolitik der Sächsischen Staatsregierung ablehnen, weil sie in unseren Augen kurzschlüssig und damit verantwortungslos ist.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort. Herr Herbst, bitte.

Torsten Herbst, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sollte der große Wurf werden – es wurde die größte Blamage der schwarz-roten Koalition.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

Der Referentenentwurf zur Novellierung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft war inhaltlich katastrophal, miserabel vorbereitet und noch schlechter kommuniziert. Ich möchte daher allen danken, die durch ihre Stellungnahmen, durch ihre Argumente dazu beigetragen haben, dass dieser Referentenentwurf – Gott sei Dank! – kein Gesetzentwurf wurde.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

Kultusminister Flath hat gesagt: „Besser kein Gesetz als ein vermurkstes Gesetz!“ Ich weiß, Sie haben das anders gemeint. Dennoch kann ich diesen Ausspruch nur unterstreichen. Ich habe selten einen Referentenentwurf gesehen, bei dem die Zielstellung, die offiziell proklamiert wurde, und die Auswirkungen für die Betroffenen so weit auseinander lagen.

(Beifall bei der FDP und der Linksfraktion.PDS)

Was war denn das offizielle Ziel? Laut Kultusministerium: mehr Handlungsfreiheit für freie Schulen, gleiche Wettbewerbschancen für freie und staatliche Schulen, Qualitätsentwicklung. Nichts von diesen Zielen hätte der Referentenentwurf oder der Gesetzentwurf auch nur annähernd erreicht. So, wie er gestrickt war – Herr Hähle, Sie hätten ihn vielleicht durchlesen müssen –, hätte es eine Gleichschaltung der freien Träger im Bereich staatlicher Bildungsbürokratie gegeben. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir übrigens auch für die staatlichen Schulen wollen. Wir wollen mehr Autonomie, keine Einschränkung und nicht mehr Bildungsbürokratie.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

Pädagogische Konzepte der freien Träger wären durch Vorschriften zu Mindestschülerzahlen und zur Zügigkeit torpediert worden. Was für öffentliche Schulen vielleicht noch Sinn macht, macht für private Schulen keinen Sinn, weil niemand eine Schule mit einer Klasse von drei Leuten betreiben wird. Das rechnet sich nicht, weil es einen Pro-Kopf-Zuschuss im Bereich der freien Träger gibt.

Höchst erstaunlich finde ich den Zeitdruck, mit dem dieses Gesetz auf einmal durchgepeitscht werden sollte. Im letzten Jahr wurde uns immer wieder angekündigt, es würde kommen. Der Zeitplan sah vor, dass das Gesetz jetzt, vor der Sommerpause, verabschiedet wird und zum 1. August in Kraft tritt. Nun frage ich Sie, Herr Flath: Wenn es zur Einschränkung von bis zu 50 % der Einnahmen geführt hätte, wie würden Sie als Kultusminister innerhalb von zwei Monaten Ihre Behörde so umstellen, dass Sie die Hälfte Ihrer Kosten reduzieren? Ich kann mir das nicht vorstellen.

(Beifall bei der FDP und der Linksfraktion.PDS)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion GRÜNE das Wort. Frau Günther-Schmidt, bitte.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das als Referentenentwurf zur Diskussion gestellte Privatschulgesetz war tatsächlich ein Gesetz zur Verhinderung von Schulen in freier Trägerschaft. Herr Flath, mit dem Zurückziehen Ihrer Vorlage haben Sie die bislang schmerzlichste politische Niederlage als Kultusminister erlitten – ich finde, zu Recht.

Am 20. Dezember vergangenen Jahres wurde Ihr Papier zur öffentlichen Anhörung und Diskussion freigegeben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt und glaubt, Sie hätten nicht tatsächlich gehofft, niemand würde merken, welches Paket Sie dort geschnürt hatten. Ich bin mir sicher, Sie waren sehr überrascht, wie massiv die Kritik, die öffentlich laut wurde, dann tatsächlich war. Ich möchte hier gern einige Punkte benennen.

Erstens. Hätten Sie die Streichung des Schulgeldersatzes aus sozialen Gründen durchbekommen, wäre in Zukunft eine Schule in freier Trägerschaft nur noch für Kinder reicher Eltern zugänglich gewesen.

(Staatsminister Steffen Flath: Quatsch!)

– Das ist nicht Quatsch!

Solche Eliteschulen wollen wir nicht.

Wir haben in Sachsen den Vorteil, dass wir natürlich eine soziale Durchmischung an den Privatschulen haben, die beispielgebend ist. Wenn Sie den Schulgeldersatz aus sozialen Gründen streichen, ist diese Schule für bestimmte soziale Gruppen nicht mehr zugänglich. Sie hätten damit natürlich ein Ziel erreicht, das Ihnen ungeheuer wichtig ist, nämlich weniger Eltern melden ihre Kinder in freien Schulen an. Diese sinkenden Zahlen an Schülern bei Privatschulen würden im Bereich der Schulnetzplanung Ihre Politik unterstützen.

Zweitens. Mit dem Quasiverbot, kommunale Zuschüsse an freie Schulen zu gewähren, schränken Sie nicht nur die Rechte der Bürgermeister unzulässig ein; Sie wollten auch die finanzielle Verantwortung des Freistaates zurückschrauben, wiederum zur Rettung Ihrer Schulnetzplanung.

Drittens. Ihr Referentenentwurf hätte durch die vorgesehene Absenkung von Zuschüssen für Förderschulen für Erziehungshilfe und Lernbehinderte sowie berufliche Förderschulen für Sinnesbehinderte, die bei den Berufsbildungswerken angesiedelt sind, deren Existenz gefährdet.

Viertens. Darüber hinaus enthielt die vorgesehene Novelle eine Vielzahl von Einschränkungen der verfassungsrechtlich garantierten Freiheitsrechte für freie Schulen, dass Sie einer Klagewelle nicht mehr hätten ausweichen können.

Fünftens. Ihre geplante Kahlschlagpolitik im berufsbildenden Bereich hätte ganz fatale Folgen. Die Sachkostenzuschüsse wären je nach Schulart und Ausbildungszweig um 40 bis 80 % gesunken. Damit stünde ein großer Teil der privaten Schulen vor wirtschaftlichem Ruin.

Sie und Ihre Kollegen von der CDU-Fraktion haben Ihre Absicht so harmlos klingend umschrieben, indem Sie sagen, Sie wollen das Verhältnis von Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft erhalten. Das heißt tatsächlich nichts anderes, als dass private Schulen im berufsbildenden Bereich in gleichem Maße geschlossen werden sollen wie die öffentlichen BSZ. Ich denke, damit wollten Sie wiedergutmachen, was Sie an Wut und Enttäuschung im vergangenen Jahr mit Ihren massiven Schulschließungen ausgelöst hatten. Hier wollen Sie öffentliche Schulen erhalten. Sie opfern damit die privaten Träger.

Sie geben vor, durch die Schließung privater Berufsschulen die duale Ausbildung stärken zu wollen. Ich würde gern wissen, woher so plötzlich die vielen dualen Partner im betrieblichen Bereich kommen sollen, und selbst wenn dem so wäre, hätten Sie doch mit Ihren öffentlichen Berufsschulen die besten Chancen, in diesem Wettbewerb zu bestehen; denn ein Lehrling in der dualen Ausbildung bekommt eine Ausbildungsvergütung, ein Schüler, der eine vollzeitschulische Maßnahme bei einem privaten

Träger anfängt, muss ein Schulgeld zahlen. Das würden die Privaten nicht lange überstehen. Gerade aufseiten der CDU sollte man ansatzweise ein Verständnis von marktwirtschaftlichen Prinzipien erwarten. Das hätten Sie selbst sehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

Die Konsequenz wäre gewollt, dass private Schulen im berufsbildenden Bereich massiv schließen müssen.

Sechstens. Gemeinschaftsschulen, Ihr Lieblingsfeindbild: Sie wollen keine Gemeinschaftsschulen, und da sind Sie nur konsequent. Sie lassen sie dann auch im privaten Bereich nicht zu und sagen, das wäre aus dem Koalitionsvertrag ableitbar. Der Koalitionsvertrag sieht explizit keine Einschränkung bei den Gemeinschaftsschulen vor.

Meine Fraktion begrüßt es sehr, dass der Referentenentwurf zurückgezogen wurde. Dass Sie diesen auf Eis gelegt haben, lässt mich natürlich frösteln. Das klingt wie eine Drohung. Ich würde in meinem zweiten Redebeitrag die Punkte nennen, die ich jetzt nicht geschafft habe.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort.

Julia Bonk, Linksfraktion.PDS: Herr Colditz, es ist doch notwendig, dass wir darüber diskutieren, weil ein neuer Gesetzentwurf kommen wird, und es steht zu befürchten, dass der Kultusminister einfach die Schulen weiter kaputtsparen will.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Umgang mit freien Schulen muss man differenzieren. Die Problemlagen und der Entstehungshintergrund der beruflichen und allgemein bildenden Schulen sind sehr unterschiedlich. Als Schulpolitische Sprecherin will ich mich im Moment besonders auf die allgemein bildenden Schulen konzentrieren und deutlich machen, Kollege Dulig, dass wir uns natürlich mit dem Schulwesen in freier Trägerschaft beschäftigen. Etwas wird nicht wahrer, wenn man es mit vielen Zahlen unterlegt und lange behauptet. Nein, ich will auch einmal grundlegend auf unser Verhältnis dazu eingehen.

Erinnern Sie sich noch an einen Kultusminister Rößler? Während der ersten Schulschließungswelle im Jahr 2000, als viele Schulen um ihren Erhalt kämpften, war einer seiner markigen Sprüche, dann sollen die Schulen eben in freie Trägerschaft überführt werden.

Viele Initiativen, so zum Beispiel auch die Niederpoyritzer hier, nahmen sich das zu Herzen, schmiedeten Pläne, taten sich zusammen, wollten sich auf den Weg machen, und die Reaktion der Staatsregierung war, dass die Wartezeit von zwei auf vier Jahre hochgesetzt wurde – ein Schlag ins Gesicht derer, die sich auf den Weg machen wollten, und ein deutliches Zeichen dafür, wie die Staats-

regierung hier in diesem Land mit Initiativen vor Ort umgeht.

Tatsächlich ist die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft auch ein Strohalm für diejenigen gewesen, die ihre Schule nicht verlieren wollten, aber auch bereit waren, etwas dafür zu tun. In diesen Initiativen lag die Chance eines gemeinsamen Aufbruchs von Lehrern, Eltern und Schülern.

Meine Damen und Herren! Haben Sie sich darüber hinaus einmal gefragt, warum die freien Schulen so einen Zulauf haben? Ein öffentliches Bedürfnis ist durchaus, eine wohnortnahe Schule, kurze Schulwege und kulturelle Zentren in den Orten zu haben. Aber es ist auch das Bedürfnis nach anderem Unterricht, weg von der Einheitspädagogik vieler öffentlicher Schulen, und das Bedürfnis nach mehr Beteiligung und Einflussmöglichkeiten von Lehrern, Eltern und Schülern. Diese Möglichkeit an freien Schulen vor Ort haben freie Schulen und ich halte das für eine große Chance, die ich im Übrigen auch allen öffentlichen Schulen eröffnen möchte, organisatorisch und pädagogisch frei ihren eigenen Weg gehen zu können.

Um eines klarzustellen: Es gehört zu den Grundpositionen der Linksfraktion.PDS, staatliche Verantwortungsbereiche nicht zugunsten kommerzieller Interessen privater Anbieter aufzuweichen bzw. Risiken und zu erbringende Leistungen nicht zu individualisieren. Das ist auch eine wichtige Auseinandersetzung, wenn wir gerade die Entwicklung im Bereich der europäischen Öffnungen der Märkte für Bildung als Dienstleistung anschauen. Bildung darf nicht nach marktlogischen Gesichtspunkten organisiert werden, etwa Profit zu erwirtschaften oder die Inhalte schulischen Lernens auf Verwertbarkeit in anschließenden Erwerbsbiografien auszurichten. Diese Auseinandersetzung gehört auch in dieses Hohe Haus. Genau dazu beschreibt die Formulierung Bildung als Menschenrecht den Kontrapunkt, für den wir uns einsetzen. Dies meint, die individuelle und selbstbestimmte Entwicklung von jungen Menschen in den Vordergrund zu stellen. Danach muss sich Schule ausrichten.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Bildung als staatliche Aufgabe meint jedoch explizit nicht, dass in einem Haus, in einem Land oder etwa in einem Ministerium zentral bestimmt werden soll, was in allen Schulen im ganzen Land geschieht. Bildung in staatlicher Verantwortung bedeutet für uns, dass der Staat den Rahmen setzen soll, indem die Schulen eigenständig ihren pädagogischen Weg gehen können – ein Weg, der bis zu einem gewissen Grad inhaltlich nach demokratischen Gesichtspunkten an den Schulen bestimmt werden soll. Im bestehenden System können freie Schulen eine Alternative zu Praxis und Ausrichtung des herkömmlichen Schulwesens darstellen. Gemeint sind damit jene freien Schulen, die tatsächlich die individuelle Entwicklung von Schülerinnen und Schülern nach ihren Neigungen, Stärken und Schwächen in den Mittelpunkt stellen. Solche freien Schulen sind sehr oft auch die demokratischen Schulen, die wir in der Diskussion meinen. Sie

leben autonome und gemeinschaftliche Konzeptentwicklungen von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern. Sie lernen mit alternativer Lernmethodik, die die Schülerinnen und Schüler nicht einem Takt in einer Gruppe unterordnen und die eigenverantwortlichen Erwerb von Wissen und Kompetenz ermöglichen. Es ist wünschenswert, diese Alternativen zur bestehenden Philosophie öffentlicher Schulen denjenigen zu ermöglichen, die sie für sich in Anspruch nehmen wollen. Aus linker Perspektive darf der Zugang zu derartigen Konzepten jedoch nicht zum Beispiel an der Zahlung eines Schulgeldes scheitern.

Freie Schulen, die inhaltlich und methodisch einen anderen Weg gehen und soziale Selektion zu verringern suchen, können als Alternative zum System bestehen. Sie haben zudem noch Wirkungen auf das System öffentlicher Schulen, wie selbst zum Beispiel Kultusminister Flath betont und sich zu Nutzen machen sollte. Freie Schulen werden als Motoren der Bildungsreform bezeichnet. Gemeint ist, dass alternative Ansätze der Methodik und Schulorganisation auch auf öffentliche Schulen abfärben können und deren Entwicklung vorantreiben. Natürlich ist dies ein wünschenswerter Effekt und praktisch ist die Existenz freier Schulen neben den staatlichen in diesem Sinne sinnvoll.

Klar, wir wollen die freiheitliche Schulkultur der freien Schulen, aber wir wollen sie für alle Schülerinnen und Schüler an allen Schulen. Darum fasse ich zusammen:

Politische Forderungen, die wir erheben müssen, sind daher mehr inhaltliche und organisatorische Autonomie bei demokratischer Grundverfasstheit jeder einzelnen Schule,

Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte zum Schluss kommen.

Julia Bonk, Linksfraktion.PDS: sind weiterhin Lernbedingungen, Veränderung der Lernpädagogik, die Freiräume für die selbstbestimmte Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Zu einer grundlegenden Förderung gehört auch bei einer anderen Schulkultur die Abschaffung des gegliederten Schulwesens.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es gibt weitere Redewünsche. Herr Dr. Hähle von der CDU-Fraktion, bitte.

Dr. Fritz Hähle, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zu zwei Punkten sprechen. Erstens wundert es mich, dass sich heute diejenigen zu Galshütern der Schulen in freier Trägerschaft aufschwingen, die anfangs, als wir unser erstes Schulgesetz zu Privatschulen im Sächsischen Landtag verabschiedet haben, keineswegs zu den Freunden privater Schulen gehörten.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Wir mussten es damals gegen den immensen Widerstand verschiedener politischer Kreise durchsetzen und hatten zum Glück die Mehrheit dafür.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Das stimmt überhaupt nicht. – Rita Henke, CDU: Natürlich.)

Zweitens frage ich mich, welches Selbstverständnis dieses Parlament inzwischen entwickelt hat und ob es überhaupt noch Abgeordnete gibt, die wissen, wie ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren vonstatten geht. Welchen Zweck hat ein Referentenentwurf? Er wird den Betroffenen mit der Bitte um Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Wenn bei den Betroffenen viel Kritik aufkommt und in den Stellungnahmen Vorschläge enthalten sind, ist es die Aufgabe des Kabinetts, das diesen Entwurf auf den Weg gebracht hat, diese Stellungnahmen zu sichten, zu werten und einzuarbeiten. Das ist geschehen. Sie aber, meine Damen und Herren, weitgehend von der Opposition, reden immer nur vom Inhalt dieses ersten Entwurfs, der aus Ihrer Sicht und vielleicht auch aus unserer Sicht möglicherweise einige Mängel hatte. Das Parlament ist bis dato in keiner Weise damit befasst. Im Gegenteil, ein Referentenentwurf wird noch nicht einmal dem Landtag offiziell zur Kenntnis gegeben.

(Torsten Herbst, FDP: Das ist ja das Schlimme!)

Sie können ihn im Internet lesen, außerdem hat jeder den Entwurf. Sie sprechen ja ununterbrochen über diesen Referentenentwurf. Das ist auch gut so. Wir sollen uns sicherlich vorher Gedanken machen, wie wir damit umgehen, wenn er zu einem Kabinettsentwurf geworden ist. So weit sind wir aber eben nicht gekommen.

Viele Stellungnahmen aus den betroffenen Bereichen der Bevölkerung, auch von Grundschulern, sind bei uns eingegangen, fälschlicherweise, muss ich sagen. Darin stand: Stimmen Sie diesem Referentenentwurf nicht zu. Wir haben noch nie einem Referentenentwurf zugestimmt.

(Vereinzelt Gelächter bei der Linksfraktion.PDS)

Er ist immer im Kabinett qualifiziert und erst dann dem Landtag zugeleitet worden. Wir waren innerhalb der Koalition knapp vor einer Einigung. Natürlich haben wir zur Kenntnis genommen, was an uns geschrieben worden ist. Wir haben der Staatsregierung auch manchen Hinweis gegeben, wie man den Entwurf hätte verbessern können, ohne das Ziel des ursprünglichen Entwurfs aus den Augen zu verlieren. Dass jetzt ein allgemeiner Jubel im Landtag ausbricht, weil er keinen Gesetzentwurf überwiesen bekommen hat, ist ein Armutszeugnis.

(Torsten Herbst, FDP: Für Sie!)

Für Sie alle,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

denn wenn die Staatsregierung dem Landtag einen Gesetzentwurf überweist, dann ist der Landtag an der Reihe

und die Regierung außen vor. Dann können wir hier entscheiden, wie dieser Gesetzentwurf aussieht, wenn wir ihn in 2. und 3. Lesung behandeln. Am Ende steht meist ein ganz anderer Entwurf, als er ursprünglich von der Verwaltung erarbeitet worden ist. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. Ich bitte auch die Öffentlichkeit, das zur Kenntnis zu nehmen. Wenn ich vor einigen Tagen gesagt habe, dass ich zutiefst bedauere, dass dieser Entwurf zurückgezogen werden musste, dann habe ich das in Kenntnis dessen getan, was inzwischen alles eingearbeitet worden ist. Da trifft kaum noch etwas zu, was Sie hier so vehement beklagen.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion.PDS:
Woher wissen Sie denn das?)

– Weil ich ihn gelesen habe.

(Widerspruch bei der Linksfraktion.PDS)

– Er ist zurückgezogen worden, meine Damen und Herren – das muss ich leicht kritisch anmerken –; er ist vom Kultusminister zurückgezogen worden, weil es keine Einigung gab.

Vielleicht noch ein ganz kleiner Seitenhieb auf unseren Koalitionspartner: Es hat mich schon gestört, dass es am Abend noch eine letzte Verhandlungsrunde zwischen Ministern und Staatssekretären gab, während mein Kollege Dulig schon im Fernsehen verkündet hat, der Gesetzentwurf wäre Gott sei Dank endlich vom Tisch.

(Sven Morlok, FDP, meldet
sich zu einer Zwischenfrage.)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Hähle, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Fritz Hähle, CDU: Wir müssen uns hier verbessern. Das kann so nicht gehen. Wenn wir noch verhandeln, kann eine andere Seite nicht sagen, die Verhandlungen sind schon gescheitert. Oder man geht mit dem Ziel hinein, die Verhandlungen scheitern zu lassen, aber das ist keine vernünftige Arbeit.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Hähle – –

Dr. Fritz Hähle, CDU: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie herzlich darum, zu einer vernünftigen Arbeit, so wie sie in diesem Parlament üblich war, zurückzukehren und nicht schon alles zu zerreden, bevor es überhaupt in unsere Hände gelangt. Wenn es dann bei uns liegt, bitte ich darum, es ordnungsgemäß und vernünftig, so wie es unser Land verdient und wie es unser Land voranbringen könnte, zu behandeln. Das ist mein Appell an Sie.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Hähle, da Sie mich nicht hören und nicht auf meine Frage reagiert haben, ob Sie eine Zwischenfrage gestatten, muss ich Ihnen jetzt mitteilen, dass Ihre Redezeit beendet ist. Tut mir Leid.

Dr. Fritz Hähle, CDU: Ich war so konzentriert auf meine Rede. Damit hat sich auch die Zwischenfrage erledigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren, ich frage, ob es aus den Fraktionen noch Redebedarf gibt. – Herr Dr. Hahn von der Linksfraktion.PDS.

Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hähle, Ihr Redebeitrag war beredtes Zeugnis über den Zustand dieser Koalition. Das muss ich schon feststellen. Es wird Ihnen aber nicht gelingen, vom Scheitern dieses Gesetzesentwurfes abzulenken. Ich will auch noch richtig stellen, dass Ihre Aussage zu den freien Schulen und unserer Haltung in der 1. Wahlperiode falsch war. Wir haben fast allen Paragraphen zugestimmt. Es gab zwei konkrete Punkte, zu denen wir eine andere Auffassung hatten, das ist unser gutes Recht. Aber wir haben uns nicht gegen die Einrichtung freier Schulen gewehrt. Das Gegenteil ist der Fall.

Ich möchte jetzt noch zu einem konkreten Fall aus meinem Landkreis sprechen. Dabei geht es nicht um das Gesetz, sondern um die Schulordnung, über die wir hier auch sprechen. Es geht um die Hotelfachschule in Pirna. Sie existiert seit 1994, ist also seit zwölf Jahren staatlich anerkannte Einrichtung. Dort werden Erstausbildungen in folgenden Berufen angeboten: Hotelfachfrau/Hotelfachmann, Fachmann für Gastgewerbe, Köchin bzw. Koch sowie staatlich geprüfter Assistent für Hotelmanagement. Alle diese Ausbildungsberufe sollen nach dem Willen des Kultusministeriums komplett gestrichen werden. Keine Berufsfachschule in Sachsen dürfte dafür künftig noch ausbilden. Wir halten das nicht für akzeptabel. In der Pirnaer Hotelfachschule stünden mit dem Wegfall der genannten Bildungsgänge letztlich 360 Ausbildungsplätze und 42 Arbeitsplätze für Lehrkräfte zur Disposition.

Die Begründung des Kultusministeriums für die geplante Streichung der Berufe ist abenteuerlich. So heißt es im Schreiben des Kultusministers: „Für die existierenden Berufsfachschulen für gastgewerbliche Berufe besteht derzeit und in Zukunft kein Bedarf. Die Bundesagentur für Arbeit registrierte im August 2005 14 460 arbeitslose Köche.“ Fragt man beim Arbeitsamt nach, bekommt man für den gleichen Zeitraum die Zahl 2 800 genannt und nicht 14 400, wie der Minister schreibt. Das SMK hatte einfach die unqualifizierten Hilfskräfte ohne Abschluss eingerechnet. Was tut man nicht alles, wenn man einen bestimmten Zweck verfolgt und Schulen platt machen will!

Entscheidend, Herr Minister, kann doch nicht die Zahl der Arbeit Suchenden in einem Beruf sein; entscheidend müssen die Qualität der Ausbildung an einer konkreten Schule und die tatsächlichen Chancen der Absolventen sein. Bei der Hotelfachschule in Pirna ist festzustellen, dass im Jahr 2005 von 157 Absolventen 153 direkt nach

der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis übernommen wurden. Das entspricht einer Quote von 98 %, und diese Schule soll nach dem Willen des Kultusministeriums dicht gemacht werden. Das kann doch niemand ernsthaft wollen.

Auch andere Argumente des Kultusministers in seinem Schreiben an den Verband Deutscher Privatschulen halten einer näheren Prüfung nicht stand. So wird zum Beispiel gesagt, dass Lehrstellen verdrängt werden, dass es überhaupt keinen Bedarf gebe. Im Raum Pirna, Sebnitz, Freital, Dippoldiswalde, also dem entsprechenden Arbeitsamtbezirk, gab es im letzten Jahr 830 offiziell gemeldete Ausbildungsstellen. Dem standen 1 335 Bewerber gegenüber. Angesichts dieser Situation sind die Arbeitsagenturen regelrecht gezwungen, Alternativen zu betrieblichen Ausbildungsplätzen anzubieten.

Im Berufsfeld Gastronomie waren im September 2005 nach Angaben der IHK Dresden in Sachsen 2 640 betriebliche Ausbildungsplätze eingetragen. Im Bereich Pirna, Sebnitz, Freital, Dippoldiswalde blieb keine einzige Stelle unbesetzt. Die Existenz der Berufsfachschulen in Pirna und Dresden führte also nicht dazu, dass freie Ausbildungsstellen nicht besetzt werden konnten. Im Gegenteil, die Hotelfachschule Pirna stellte zusätzlich 360 Ausbildungsplätze zur Verfügung und bietet damit Jugendlichen eine Chance auf berufliche Erstausbildung.

Ich bin bekanntermaßen selten einer Meinung mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus Brähmig aus meiner Region. Sein Einsatz für die Hotelfachschule findet aber meine Unterstützung. Er hat einfach Recht, wenn er darauf hinweist, dass an dieser Schule vorrangig Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder schlechten Mittelschulabschlüssen eine Chance bekommen, die woanders kaum eine Ausbildungsstelle finden würden. In einer Tourismusregion jetzt gerade die gastgewerblichen Ausbildungsberufe komplett streichen zu wollen, ist einfach absurd, Herr Minister.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Auch die Arbeitsagentur hält es für notwendig, dass die entsprechenden Stellen an der Hotelfachschule Pirna erhalten bleiben.

Letzte Bemerkung. Den Gesetzesentwurf, den Referentenentwurf, haben Sie ja inzwischen schon zurückgezogen. Wenn die heutige Debatte dazu führt, dass Sie auch von den Plänen bei der Änderung der Berufsfachschulordnung ablassen und diese Schule, die eine gute Arbeit leistet, eine Chance hätte, auch in Zukunft zu bestehen, dann hat diese Aktuelle Debatte ihren Sinn erfüllt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Aus den Fraktionen ist kein Redebedarf mehr gemeldet – doch, die Diskussion ist neu entfacht. Dann rufe ich jetzt die FDP auf. Herr Abg. Herbst.

Torsten Herbst, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hähle, Ihr Auftritt hat eines gezeigt: Sie haben den Bezug zur Realität mittlerweile verloren.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Sie wundern sich, dass ein Referentenentwurf diskutiert wird, der beispielsweise einen Großteil von 50 000 Ausbildungsplätzen bei privaten Schulträgern gefährdet. Ich wundere mich darüber nicht, wenn man mit offenen Augen durch Sachsen geht.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS)

Es ist nicht peinlich für dieses Parlament, dass Ihr Referentenentwurf zurückgezogen wurde. Es ist peinlich für Sie als Regierung, als die regierungstragenden Fraktionen und für Ihr Regierungsmanagement, dass Sie so stümperhaft arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

Ich möchte nur ganz kurz noch ein Wort zu den beruflichen Schulen sagen. 50 % Einnahmengkürzungen, das haben uns die meisten vorgerechnet, und zwar nach dem Rasenmäherprinzip. Es ging hier nicht um Qualität. Weder spielte die Qualität des Unterrichts eine Rolle noch die Vermittlungsquote auf dem Ausbildungsmarkt. Auch bei allen Entwicklungen, die man kritisch hinterfragen kann, muss ich doch differenzieren und kann nicht gleich alle Träger in kollektive Sippenhaft nehmen. Das wird es zumindest mit uns nicht geben.

Wir wollen den Blick aber auch nach vorn richten. Dazu haben wir später an diesem Tag Zeit. Die FDP-Fraktion hat einen Antrag zu einer realistischen Schulkostenermittlung eingebracht. Ich glaube, wir sollten uns alle bemühen, dass wir zukünftig eine Novelle des Gesetzes hinbekommen, die kein reines Kürzungs- und Bevormundungspapier ist, sondern die unsere private Schulträgerschaft insgesamt in Sachsen verbessert und unser Land damit voranbringt.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Fraktion der GRÜNEN hatte noch einmal Diskussionsbedarf. Frau Günther-Schmidt.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hähle, Sie haben ein seltsames Demokratieverständnis. Durch Ihre Äußerungen ist mir eine große Diskrepanz zu dem deutlich geworden, was wir darunter verstehen. Für uns ist nämlich der Landtag der Ort der politischen Willensbildung.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Genau! – Frank Kupfer, CDU: Junge Frau! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Kupfer, vielen Dank, dass Sie mich als junge Frau bezeichnen. Es geht nun weiter darum, dass wir hier über Schulpolitik reden.

(Zuruf des Abg. Uwe Leichsenring, NPD)

Der Punkt ist doch der: Sie haben als Minister einen Referentenentwurf in die Debatte eingebracht, der gänzlich am Thema vorbei war. Das war von Ihnen bewusst gemacht. Es war ein Auftragswerk. Sie haben ihn in die Debatte eingebracht und nun sind Sie erschrocken, dass man öffentlich darüber diskutieren möchte.

Ich habe doch gesehen, wie verzweifelt die CDU-Kollegen hier aus der Landtagsfraktion auf öffentlichen Podien gesessen haben, wo sie direkt und unmittelbar darauf angesprochen wurden. Peinlich war es dann noch, wenn es im Wahlkreis war, wo sie die Konflikte sehen. Dann haben sie sich gewunden und gesagt: Ja, das ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss. – Dann haben sie zugegeben, natürlich wollten sie Veränderungen. Sie wollten die „zu maßgebliche Eingriffstiefe“ – wörtliches Zitat – beseitigt sehen. Die Landeskinderregelung haben sie als Problem erkannt. Der Schutz bewährter Träger sollte gewährleistet sein. Die kommunale Förderung sollte möglich sein. Das sind alles Dinge, die wir komplett teilen. Ich finde es gut, dass die CDU hier auch aufgestanden ist. Deshalb weiß ich nicht, Herr Hähle, was Ihre Einlassung in diesem Zusammenhang sollte.

(Zuruf der Abg. Rita Henke, CDU)

Die CDU war hier nicht einig.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Natürlich waren es maßgeblich die Sozialdemokraten. Das würdigen wir hier ausdrücklich. Wir finden es wichtig, dass wir diese Debatte führen. Befremdlich ist natürlich schon, dass die Linksfraktion.PDS sie auf die Tagesordnung gebracht hat; aber egal. Es ist wichtig, dass öffentlich über ein Privatschulgesetz in Sachsen diskutiert wird. Wir haben jetzt die Möglichkeit, eine mehrheitsfähige und konsensfähige Lösung zu finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Prof. Weiss, SPD-Fraktion, hatte sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich bedaure ein wenig den Verlauf dieser Debatte. Es ging doch nie um die Frage, ob es eine Novellierung des Gesetzes zu den Schulen in freier Trägerschaft geben soll oder nicht. Es ging eigentlich auch überhaupt nicht um Personen. Es ging ausschließlich um zum Teil unterschiedliche Standpunkte in der Regierungskoalition zu speziellen, aber wichtigen Sachfragen, die auf der Seite beider Partner der Regierungskoalition nicht absolut einheitlich gesehen wurden.

Ich nenne diese Fragen durchaus noch einmal. Es ging um die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft. Es

ging um die so genannte Sozialklausel, also Stichwort Schulgeld. Wir können uns nicht damit abfinden, eine Reichenschule hier in Sachsen zu etablieren. Es ging um den großen Komplex Gemeinschaftsschule. Und es ging um einige branchenspezifische Differenzierungen bei den berufsbildenden Schulen.

Es war allen klar, auch dem Herrn Kultusminister, dass er eine Mehrheit braucht. Diese war zu dem Zeitpunkt nicht gegeben. Ich gehe trotzdem jetzt sehr optimistisch in die weitere Zukunft. Denn ich bin der Ansicht, dass wir die Diskussion in der Koalition nunmehr in aller Ruhe sachbezogen weiterführen werden. Dann werden wir auch ein entsprechendes Ergebnis vorlegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Der Staatsminister möchte sich auch dazu äußern. Selbstverständlich, Herr Minister Flath.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Zunächst hat es mich natürlich auch verwundert, wer die Debatte beantragt hat. Herr Dr. Hahn, wie auch immer: Aus meiner Sicht ist die Linksfraktion.PDS eine Protestpartei. Immerhin haben Sie das damit wieder unter Beweis gestellt.

Für mich ist auch die NPD eine Protestpartei. Sie versuchen Honig zu saugen aus jeder Situation, die sich im Lande ergibt.

(Beifall des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Deshalb springen Sie auch, je nachdem, was morgens in der Zeitung steht, von Thema zu Thema, bei dem Sie Protest erwarten.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Keine Argumente!)

Es ist nun einmal so. Überall, wo eine nationalsozialistische Partei eine Diktatur errichtet hat, wurden als Erstes die Privatschulen verboten. Und überall, egal ob man es sozialistisch oder kommunistisch nennt, wo Länder mit einer Diktatur regieren, hat es keine Privatschulen gegeben. Das ist nun einmal Fakt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU
und des Abg. Martin Dulig, SPD)

Deshalb kaufe ich Ihnen Ihre vorgetragene Sorge, was Privatschulen betrifft, nicht ab.

(Zuruf des Abg. Alexander Delle, NPD)

Herr Dr. Hahn, dass Sie mit Protest weitermachen, zeigt doch Ihre Einlassung. Darauf will ich gleich einmal eingehen, auf die notwendigen Veränderungen, was die Hotelfachschule in Pirna betrifft.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Die macht gute Arbeit!)

– Sie leistet gute Arbeit, das kann ich unterstreichen. Herr Dr. Hahn, Sie wissen doch genau, dass die Berufsausbildung keine rein staatliche Aufgabe ist. Sie wissen, dass es in erster Linie eine Aufgabe der Wirtschaft ist, und der Staat arbeitet bei der Berufsausbildung in einer Kooperation mit der Wirtschaft zusammen. Die Wirtschaft – so ist es in Deutschland organisiert; ganz gleich, was man davon hält – hat ein Kammersystem. Die Kammern kommen seit längerer Zeit auf unser Ministerium zu, unsere Regelungen so anzupassen, dass wir in zwei Jahren – es geht nämlich nicht um diesen Sommer, es geht um die Zeit in zwei Jahren – in diesem Bereich, in dem die Hotelfachschule Pirna tätig ist, wieder zu einem ausgewogenen Verhältnis kommen, was die duale Berufsausbildung betrifft.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Es gibt doch gar keine Plätze!)

Es ist völlig unstrittig, dass ich weiß, dass die Anpassung dieser Einrichtung Probleme bereitet. Wir sind gegenwärtig im Gespräch, wie wir diese Probleme – über einige Jahre gestreckt – gemeinsam meistern können. In diesem Gespräch sind wir, und dass Sie heute bereits wieder in diesem Hohen Hause verkünden, es gebe da einen Kultusminister, der eine Schule in Pirna platt machen will – dem ist mitnichten so.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Wir haben es schriftlich!)

Damit haben Sie regelrecht den Beweis erbracht, dass es Ihnen nur um Panikmache im Lande geht, Herr Dr. Hahn!

(Beifall bei der CDU)

Damit es in dieser Debatte nicht völlig untergeht, möchte ich – denn das hat niemand getan – kurz die Erfolgsgeschichte schildern. Es ist eine einzige Erfolgsgeschichte, die wir in Sachsen hinbekommen haben. Ich möchte es noch einmal wiederholen: 1990 bei null gestartet, keine einzige Privatschule, folglich auch keine staatlichen Ausgaben für Privatschulen. Wir haben heute 295 Privatschulen, 183 private Berufsschulen, 112 allgemein bildende Schulen. Schauen wir uns den aktuellen Schüleranteil im laufenden Schuljahr an: Bei den Grundschulen lernt ein Anteil von 4,8 % an Privatschulen, bei Mittelschulen 2,2 %, Gymnasien 5,2 %, Förderschulen 5,9 % und Berufsschulen 27,1 %. – Das sind die aktuellen Zahlen; eine einzige Erfolgsgeschichte: Wir haben es in diesem Bereich geschafft, in nur 15 Jahren den Anschluss an Westdeutschland herzustellen. Wir liegen bei den allgemein bildenden Schulen genau im Bundesdurchschnitt und haben bei den Berufsschulen den Bundesdurchschnitt um das Vierfache übertroffen. Dies gilt es zunächst einmal festzuhalten.

Was die Finanzen betrifft, weil ich immer wieder „Einspargesetz“ höre: Die Finanzen lagen 1990 bei null, ganz klar. 2006 liegen sie bei rund 200 Millionen Euro für

Privatschulen, und im nächsten Jahr, so meine Schätzung, bei 213 Millionen Euro. Dort von Einsparungen zu sprechen verbietet sich aus meiner Sicht.

Ich möchte zunächst noch einmal festhalten: Für mich stellt die jetzige Situation keinerlei Problem dar. Ich meine, dass wir durch dieses System – staatliche Schulen, ergänzt durch private Schulen – eine gute Wettbewerbssituation haben, die gute Ergebnisse gebracht hat, und ich bin – ich denke auch, gemeinsam mit der SPD-Fraktion – stolz auf diese Entwicklung.

Aber jetzt haben wir ein Problem. Dieses Problem besteht darin, dass wir eine demografische Entwicklung haben, die die jungen Leute nicht zu verantworten haben. Sie sind entweder auf der Welt, oder sie sind nicht auf der Welt; und ich finde es geradezu schäbig, dass die Generation, die dies verursacht hat – in Westdeutschland sind dies zwei bis drei Generationen –, die jungen Leute heute auf die Straße treibt – ich kann es so deutlich aussprechen, da ich gegenwärtig keinen Gesetzentwurf im Geschäftsgang habe –, um gegen ein Problem, das sie selbst verursacht hat, zu protestieren.

(Beifall bei der CDU)

So viel dazu. Ich bin nicht froh darüber, dass ich den Gesetzentwurf zurückgezogen habe, sondern ich bin in der Sache froh, dass den jungen Leuten erspart geblieben ist, vor dem Landtag in einer Sache zu protestieren, die sie selbst nicht zu verantworten haben.

Nun zum Problem. Wir haben gegenwärtig in Sachsen rund 170 000 Schülerinnen und Schüler an den Berufsschulen, und Ende des Jahrzehnts werden es 74 000 bis 78 000 sein – weniger als 50 %. Nun müssen wir auf zwei Fragen eine Antwort finden. Die erste Frage ist: Was passiert, wenn diese „halbierten“ Jahrgänge auf das jetzt bestehende Berufsschulsystem in Sachsen stoßen? Was geschieht mit der kommunalen, der staatlichen Berufsschule?

Jetzt könnte man die Frage so beantworten, Herr Herbst: Das ist uns gleichgültig. Das kann man tun. Man kann die Entwicklung sich selbst überlassen. Man kann jedoch auch zu dem Ergebnis kommen, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland gute Erfahrungen mit einem staatlichen Bildungssystem gemacht haben, welches privat ergänzt wird. Ich möchte nur sagen: Die Entwicklung mit 27,1 % ist noch nicht beängstigend. In meinem Wahlkreis Annaberg stehen wir bei 53 % in der privaten Berufsausbildung und 47 % in der staatlichen Berufsausbildung. Ich will nicht sagen, dass daraus automatisch ein Problem erwächst. Wir müssen uns jedoch mit der Beantwortung der Frage beschäftigen: Was geschieht in zwei Jahren, wenn die „halbierten“ Jahrgänge auf die Berufsschule stoßen?

Eine zweite Frage, die für mich noch entscheidender ist: Wir haben gegenwärtig in ganz Deutschland das Problem, dass die duale Berufsausbildung mehr als auf der Kippe steht. Wir haben noch etwa knapp 50 % Berufsschüler in der dualen Ausbildung, und wir haben 50 % – in Wirk-

lichkeit ein wenig mehr als 50 % – in der vollzeitschulischen Ausbildung. Wir müssen die Frage beantworten: Wollen wir die duale Ausbildung erhalten? Wenn ja, dann müssen wir uns natürlich damit beschäftigen, wie wir dies steuern und finanzielle Anreize anders setzen als gegenwärtig. Dies ist es im Wesentlichen, was geblieben und nicht damit gelöst ist, indem ich den Gesetzentwurf zurückgezogen habe.

Ich will damit sagen: Nutzen wir die Chance! Das Thema ist benannt. Ich habe auch von niemandem so richtig gehört, dass er das Problem in den nächsten Jahren bestreitet. Also nutzen wir doch diese Chance, tatsächlich zu diskutieren, wie es zu lösen ist. Ich bin offen für Vorschläge, aber ich habe heute wieder nur Kritik gehört.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Ja, natürlich. Bitte schön.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte, Herr Dr. Jähnichen.

Dr. Rolf Jähnichen, CDU: Herr Staatsminister, Herr Kollege Dulig hat vorhin in seinem Beitrag in Bezug auf den zurückgezogenen Referentenentwurf gesagt, den freien Schulen sollte ihre Freiheit genommen werden. – Ich habe es mir notiert. – Teilen Sie diese Meinung?

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Mit dieser Auffassung, Herr Abg. Jähnichen, die Herr Dulig vertreten hat, der sich aus meiner Sicht – dies ist meine persönliche Sicht, Herr Dulig, wir werden uns ja weiter auseinander setzen – nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat, was die Panikmache im Lande betrifft, hat er nicht Recht. Worum es uns in diesem Referentenentwurf ging, ist die Frage: Wie stellen wir im Privatschulbereich die Qualität sicher? Eine Qualitätssicherung ist immer eine Aufgabe des Unternehmens selbst, aber natürlich auch eine Aufgabe der Qualitätskontrolle mit genau dem Thema, mit dem wir uns im staatlichen Bereich beschäftigen. Dass man darin unterschiedlicher Auffassung sein kann, wie die einzelne Regelung lautet, gebe ich gern zu. Ich meine jedoch, dass wir in diesem Bereich insgesamt zur Einigung kommen können.

Was niemandem erspart werden kann, ist der schmerzliche Anpassungsprozess. Ich möchte es hier noch einmal deutlich sagen: Die Chance für dieses Jahr ist vertan. Für das nächste Schuljahr kann keine neue Regelung mehr in Kraft treten. Die nächste Chance gibt es zum Schuljahresbeginn 2007/2008. Der Anpassungsdruck wird im nächsten Jahr größer sein als in diesem Jahr. Das heißt, die Lösung dieses Problems wird im nächsten Jahr nicht einfacher. Ich hoffe jedoch, dass das Problembewusstsein ein größeres ist und es uns eines Tages gelingen wird, dieses Problem hier im Parlament – ganz gleich, auf welche Weise, mittels neuen Gesetzes, Haushaltsbegleitgesetzes oder Verordnungen; ich bin für alle Wege offen –

zu lösen. Ich möchte nur, dass wir uns nicht drücken und die Entwicklung einfach sich selbst überlassen. Denn dann müssen wir auch darüber diskutieren, ob wir mit den Ergebnissen tatsächlich leben können. Aus meiner Sicht wäre das klare Ergebnis, dass die staatliche Berufsschule vor die Wand fährt und die duale Berufsausbildung in Deutschland im Vorreiterland Sachsen – wir haben das Problem zuerst – scheitert. Ich möchte dies jedenfalls nicht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Einige Fraktionen haben noch Redezeit. Ich frage, ob diese noch in Anspruch genommen wird. Die CDU-Fraktion? – Nicht. Die Linksfraktion.PDS? – Frau Abg. Bonk.

Julia Bonk, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Flath, es gibt Dinge, die einfach nicht unwidersprochen stehen bleiben können. Ich verbitte mir in diesem Haus zukünftige Gleichsetzungen der Linksfraktion.PDS mit der NPD-Fraktion. Sie machen damit die Neonazis salonfähig. Das ist politisch nicht verantwortbar. Ich bitte das in Zukunft zu unterlassen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und vereinzelt bei der NPD)

Sie handeln relativ treu nach dem Muster „Gehen die Argumente aus, pack den Dogmatismus aus!“ und versuchen, vom eigenen Versagen mit dem Referentenentwurf dadurch abzulenken, dass Sie Aversionen gegen die Linkspartei schüren.

Wir haben deutlich gemacht, dass wir uns mit dem Thema freie Schulen auseinander setzen. Ich tue dies mit meinen Erfahrungen mit diesem Schulwesen und mit meinem politischen Hintergrund. Ich fordere Sie auf, sich endlich einmal zu den Inhalten und Konzepten zu äußern, dort zuzuhören und Stellung zu beziehen, statt immer nur mit den Argumenten Meinungsmache und Dogmatismus zu reagieren.

Wir haben von Ihnen, Prof. Weiss, gehört, dass Sie die Neuregelung des Schulgesetzes für die Schulen in freier Trägerschaft angehen und dass Sie das im Auge behalten. Auch wir behalten das im Auge. In den vergangenen Jahren haben Sie beispielsweise die Finanzierung immer über Haushaltsbegleitgesetze angepasst. Wir werden sehr deutlich darauf achten, wenn wir uns in Zukunft mit dem

Doppelhaushalt befassen, dass es zu einer ordentlichen Willensbildung im Parlament kommt, dass die Interessenvertreter der Schulen in freier Trägerschaft einbezogen sind. Diejenigen, die für heute eine Demonstration einberufen hatten, haben deutlich gesagt, dass sie die Demonstration verschoben haben. Wenn diesbezüglich irgendetwas geschieht, werden sie da sein. Auch wir werden da sein und darauf achten, dass das nicht einfach so durch die Hintertür passiert.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich wollte noch die SPD-Fraktion fragen; sie hat auch noch Redezeit. – Die NPD-Fraktion? – Dann die Linksfraktion. Herr Dr. Hahn.

Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin, ich mache es gleich von hier. Ich möchte eine Angelegenheit sachlich richtig stellen. Der Minister hat mir im Zusammenhang mit der Hotelfachschule Pirna Panikmache vorgeworfen. Ich habe hier ein internes Protokoll aus dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus vom 18. Januar 2006 vorliegen.

(Zuruf des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

In diesem Protokoll steht wörtlich: „Letztmalige Aufnahme an der Berufsschule für gastgewerbliche Berufe zum Schuljahr 2006/2007.“ Dies ist genau in diesem Jahr, Herr Minister. Insofern ist die Sache akut. Wenn Sie uns Panikmache vorwerfen, dann haben Sie die Unwahrheit gesagt. Sie wollen diese Schule platt machen. Ich bleibe dabei.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: So, meine Damen und Herren, ich kann jetzt keinen weiteren Redebedarf mehr erkennen. Damit ist diese Aktuelle Debatte abgeschlossen und der Tagesordnungspunkt beendet.

Ein Blick auf die Uhr und überzeugende Argumente bringen mich zu der Entscheidung, dass wir an dieser Stelle die Mittagspause einlegen. Wir treffen uns 13:30 Uhr zur Fragestunde wieder. Ich wünsche einen guten Appetit.

(Unterbrechung von 12:34 Uhr bis 13:30 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen unsere Beratung fort. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 2

Fragestunde

Drucksache 4/4535

Ihnen liegen die eingereichten Fragen der Mitglieder des Landtages vor. Diese Fragen wurden auch der Staatsregierung übermittelt. Gleichzeitig ist Ihnen die Reihenfolge der Behandlung der eingereichten Fragen bekannt gemacht worden.

Ich bitte darum, dass der Abg. Kosel, Linksfraktion.PDS, die Frage Nr. 1 stellt.

Heiko Kosel, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Frage bezieht sich auf die Kritik des Europarates an der Umsiedlung sorbischer Dörfer.

Das Expertenkomitee des Europarates zur Überwachung der Umsetzung der Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen hat sich kritisch über die Folgen der Zerstörung sorbischer Dörfer für die Sprache des sorbischen Volkes geäußert.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie steht die Staatsregierung zur Feststellung im Bericht, dass bisher seitens der deutschen Behörden nicht mitgeteilt wurde, ob und welche gezielten Maßnahmen zum Schutz der sorbischen Sprache ergriffen worden sind?

2. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, um Vattenfall von der Druckausübung auf die Bevölkerung und von der Zwangsausiedlung von Bewohnern der vom Braunkohlenabbau betroffenen Gebiete, insbesondere in der Region um Schleife/Slepo, abzuhalten?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es antwortet Staatsminister Jurk.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Herr Abg. Kosel, zu Ihrer ersten Frage: Zu den gemäß der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen geschützten Sprachen gehören das Obersorbische im Freistaat Sachsen und das Niedersorbische im Land Brandenburg. In regelmäßigen Abständen findet eine Evaluierung durch einen Sachverständigenausschuss des Europarates statt. In dem der Staatsregierung vorliegenden aktuellen Bericht vom Komitee der Ministerbeauftragten des Europarates, am 1. März 2006 angenommen, gibt es sowohl zum Obersorbischen als auch zum Niedersorbischen verschiedene Feststellungen.

So stellt der Sachverständigenausschuss in Bezug auf das Niedersorbische fest, dass ihm keinerlei Informationen über die praktischen Maßnahmen zur Abhilfe gegen nachteilige Auswirkungen auf die niedersorbische Sprache im Falle der Gemeinde Horno vorliegen und er weitere Informationen dazu im nächsten periodischen Bericht erbittet.

Ich gehe davon aus, dass sich die mündliche Anfrage darauf bezieht, und bitte um Verständnis, dass sich die Sächsische Staatsregierung zu dieser konkreten Feststellung nicht näher äußert, da sie in die Zuständigkeit des Landes Brandenburg fällt.

Darüber hinaus bittet der Sachverständigenausschuss unter Bezug auf geplante oder geprüfte weitere Umsiedlungen aufgrund des Braunkohlentagebaus in der Region um Informationen im nächsten periodischen Bericht. Konkrete Orte werden vom Ausschuss nicht genannt. Die Staatsregierung wird deshalb prüfen, ob der Sachverständigenausschuss im nächsten periodischen Bericht hierzu auch eine Stellungnahme des Freistaates Sachsen erwartet.

Zur Frage 2: Mit dieser Frage wird ein Thema aufgegriffen, welches ebenfalls auf Initiative von Ihnen, Herr Kosel, bereits in der 35. Plenarsitzung am 11. November 2005 eine Rolle in der Fragestunde gespielt hat, nämlich das Thema der für die Braunkohlenförderung erforderlichen Umsiedlung in der sächsischen Lausitz, insbesondere im Bereich der Gemeinde Schleife. Wie bereits damals erläutert, sind von den zirka 4 000 Einwohnern der Gemeinden Trebendorf und Schleife 238 Einwohner, also zirka 6 % der Bürger, direkt von den notwendigen Teilortsumsiedlungen betroffen.

Das Bergbauunternehmen wurde daher in der 42. Versammlungsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien am 9. Juni 2004 aufgefordert, gemäß Sächsischem Landesplanungsgesetz ein soziales Anforderungsprofil als Angebot für eine sozialverträgliche Umsiedlung vorzulegen. Als Grundlage für die Erarbeitung dieses Vorschlages hat das Bergbauunternehmen mittlerweile eine Sozialbefragung durchgeführt. Das Anforderungsprofil selbst soll durch Vattenfall Europe Mining bis 30. Juni 2006 vorgelegt werden. In diesem Anforderungsprofil werden auch mögliche Umsiedlungsstandorte vorgeschlagen.

Zur Unterstützung des Meinungsbildungsprozesses wird darüber hinaus unter Leitung des Regionalen Planungsverbandes gemeinsam mit der Region und dem Bergbauunternehmen ein Entwicklungskonzept für die Gemeinden Trebendorf, Schleife und Großdüben unter den Bedingungen des langfristigen Braunkohlenbergbaus erarbeitet.

Die Staatsregierung arbeitet in einem Beirat, in dem auch ein Vertreter der Domowina, Regionalbüro Schleife, beteiligt ist, an diesem Projekt mit. Termin für die Fertigstellung des Konzeptes ist der 30. Oktober 2006. Die Staatsregierung ist an diesen Arbeiten des Bergbauunternehmens und der Region sehr interessiert. Nur so ist es möglich, Planungssicherheit zu schaffen. Gleichzeitig ist es so möglich, den betroffenen Einwohnern von Trebendorf und Schleife die Unsicherheiten hinsichtlich ihrer

Zukunft zu nehmen und damit den Druck, der derzeit auf ihnen lastet, zu mindern.

Heiko Kosel, Linksfraktion.PDS: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Dann kann der Abg. Dr. Müller die Frage Nr. 3 stellen.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mir geht es um den geplanten Holzeinschlag im Naturschutzgebiet „Heilige Hallen“ und auf dem Gebiet des Flächennaturdenkmals „Waldflüßchen“, Gemarkung Große Kreisstadt Sebnitz.

Ich frage die Staatsregierung:

1. In welchem Umfang sollen im Naturschutzgebiet „Heilige Hallen“ und auf dem Gebiet des Flächennaturdenkmals „Waldflüßchen“ welche Holzarten eingeschlagen werden, das heißt, wie viele Festmeter Holz pro Holzart sollen geerntet werden?

2. Möchte die Staatsregierung an der Behandlungsrichtlinie für das Naturschutzgebiet „Heilige Hallen“ von 1961 in vollem Umfang festhalten oder sind Veränderungen in der Prioritätensetzung aus wirtschaftlichen oder naturschutzfachlichen Gründen geplant oder zumindest denkbar?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Staatsregierung antwortet Staatsminister Tillich.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Abgeordneter, auf Ihre Fragen möchte ich folgendermaßen antworten.

Zu Frage 1: Im Naturschutzgebiet „Heilige Hallen“ sind in diesem Jahr Durchforstungen mit einer Entnahmemenge von insgesamt zirka 1 140 Festmetern geplant. Davon entfallen zirka 640 Festmeter auf die Rotbuche, 360 Festmeter auf die Gemeine Fichte und zirka 140 Festmeter auf andere Laubbaumarten, wie die Roteiche bzw. die Pappel. Im Flächennaturdenkmal „Waldflüßchen im Sebnitzer Wald“ wird aufgrund des naturnahen Waldumbaus ein Teil der vorhandenen Altfichten in einer Größenordnung von zirka 100 Festmeter entnommen.

Zu Frage 2: Ja, an der Behandlungsrichtlinie für das Naturschutzgebiet „Heilige Hallen“ wird in vollem Umfang festgehalten. Sowohl für das Flächennaturdenkmal „Waldflüßchen im Sebnitzer Wald“ als auch für das Naturschutzgebiet „Heilige Hallen“ sind die geplanten forstwirtschaftlichen Maßnahmen zwischen dem Forstbezirk Neustadt des Staatsbetriebes Sachsenforst und der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Sächsische Schweiz abgestimmt. Es bestehen keine naturschutzfachlichen oder naturschutzrechtlichen Bedenken. Die geplanten forstwirtschaftlichen Maßnahmen unterstützen vielmehr die Ziele des Naturschutzes.

Dr. Johannes Müller, NPD: Ich hätte eine Nachfrage: Wäre es auch möglich, diesen Waldumbau auf natürlichem Weg vonstatten gehen zu lassen und, wenn ja, warum will man das jetzt beschleunigen?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Die Frage ist, was Sie unter natürlichem Weg verstehen. Der Waldumbau, wie er stattfindet, ist der natürliche Weg im forstwirtschaftlichen Sinne und gleichzeitig auch im naturschutzfachlichen Sinne. Der andere Weg, den Sie wahrscheinlich meinen, ist, dass man wartet, bis der Wald abgestorben ist. Ich glaube, das ist nicht der einzige Weg, der machbar ist, sondern der Weg, der jetzt vorgeschlagen worden ist, ist im Sinne des Naturschutzes, und deswegen kann ich die Antwort nicht anders geben.

Dr. Johannes Müller, NPD: Gut, danke.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Bitte schön.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Dann bitte ich Herrn Kosel um seine zweite Frage; Frage Nr. 2.

Heiko Kosel, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Frage bezieht sich auf das Umgebendehausland als Weltkulturerbe.

Über die Aufnahme der Umgebendelandschaft im Dreiländereck in das Unesco-Weltkulturerbe berieten unlängst Teilnehmer einer Konferenz aus Deutschland, Polen und Tschechien.

Daher meine Fragen an die Staatsregierung:

1. Entspricht aus Sicht der Staatsregierung das Umgebendeland den Voraussetzungen als Unesco-Weltkulturerbe?

2. Welche Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beim Schutz und Erhalt der Umgebendehäuser und der Abwendung der akuten Gefahr des Zerfalls von großen Beständen der Umgebendehäuser sieht die Staatsregierung unabhängig von der Beantragung als Weltkulturerbe?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es antwortet Staatsminister Dr. Buttolo.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund des bundesstaatlichen Aufbaus Deutschlands ist es Konsens, dass jedes Bundesland jeweils nach 16 Jahren einen Antrag für die Aufnahme in die Liste des Welterbes nominieren kann.

Nach derzeitigem Stand könnte der Antrag des Umgebendelands auf Eintragung in die Welterbeliste erst für das Jahr 2027 gestellt werden, nachdem für das Jahr 2011 bereits die Montanregion Erzgebirge vom Freistaat Sachsen vorangemeldet ist. Eine Rangliste, auf der das Umgebendeland einen Platz hätte, besteht nicht. Es müsste sich seinerseits gegenüber den anderen sächsischen Bewerbern in einem Rankingverfahren durchsetzen.

Für eine Aufnahme in die Liste des Weltkulturerbes sind die Kriterien der Unesco-Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Menschheit die maßgeblichen Kriterien der Beurteilung. Bei den nunmehr strengeren Bedingungen der Unesco ist der Erfolg eines Antrages des Umgebungslandes sehr ungewiss. Ein zentraler Punkt der in der Unesco geführten Grundsatzdebatte ist die Ansicht, dass der Begriff des außergewöhnlich universellen Wertes einer Welterbestätte bisher zu großzügig interpretiert worden sei. Zu den entscheidenden Empfehlungen der Unesco gehört daher, dass das Konzept des außergewöhnlich universellen Wertes bei der Nominierung stärker zu beachten ist.

(Dr. Johannes Müller, NPD, steht am Mikrophon.)

Vor diesem Hintergrund dürfte ein Antrag des Umgebungslandes die Voraussetzungen der Unesco nicht erfüllen. Vor allem wird die außergewöhnlich universelle Qualität nicht sichtbar, wenn die Anhäufung eines landschaftstypischen Haustyps über sein Verbreitungsgebiet den Wert etablieren soll. Allein ein möglicher Anspruch anderer Landschaften mit einem eigenständigen Haustyp – beispielsweise das mitteldeutsche Bauernhaus, das Haus des Erzgebirges oder auch andere deutsche Haustypen – zeigt, dass hier das Konzept des außergewöhnlichen Wertes verlassen wird.

Zu Frage 2: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Region Umgebungsland wird im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg III A gegenwärtig durch die Erarbeitung eines trinationalen regionalen Handlungs- und Entwicklungskonzepts zur Schaffung informeller, abgestimmter Grundlagen für die Region unterstützt.

Im Rahmen dieses Förderprogramms stehen keine investiven Mittel zur Abwendung der Gefahr des Verfalls der Umgebungs Häuser zur Verfügung. Das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft plant, im Rahmen der Strukturfondsperiode mehrere Fördergegenstände für die ländliche Entwicklung aufzunehmen, die der Erhaltung und Entwicklung unter anderem auch von Umgebungs Häusern dienen können.

Die Aussagen stehen unter Vorbehalt, da die finanzielle Ausstattung des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes derzeit noch nicht endgültig feststeht und die Mittelverteilung auf die einzelnen Förderbereiche auch nicht endgültig abgeschlossen ist. Demnach könnte die Umnutzung auf leer stehende Umgebungs Häuser für angepasste wirtschaftliche Entwicklung oder für die Wiedernutzung von leer stehenden Umgebungs Häusern zu Wohnzwecken sowie die Entwicklung von öffentlich zugänglichen Anlagen des ländlichen Kulturerbes mit ökonomischen Sekundäreffekten unterstützt werden.

Alle investiven Maßnahmen sind dabei auf das sächsische Staatsgebiet beschränkt. Im Bereich der nicht investiven Maßnahmen ist es vorstellbar, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als ein Aufgabenbereich im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung in

Sachsen unterstützt wird, sofern sich eine ländliche Region dieser Zielrichtung in besonderem Maße widmet. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollte jedoch vorrangig im Rahmen von Interreg-III-Projekten unterstützt werden. Darüber hinaus stehen, wenn auch in äußerst geringem Umfang, Mittel aus dem „Landesprogramm Denkmalpflege“ für gefährdete Umgebungs Häuser zur Verfügung.

Heiko Kosel, Linksfraktion.PDS: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Staatsminister, es gibt noch eine Nachfrage eines anderen Abgeordneten. Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Staatsminister, mich würde interessieren, ob diese Anmeldebeschränkung, zu der Sie gesagt haben, dass Sachsen aller 16 Jahre einen Antrag stellen kann, lediglich für das Unesco-Weltkulturerbe gilt, oder ist das Weltnaturerbe auch inbegriffen? Denn mein Heimatlandkreis beispielsweise plant, die Sächsisch-Böhmische Schweiz als Weltnaturerbe anzumelden.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Meines Wissens gilt es für beides: aller 16 Jahre einen Platz.

Dr. Johannes Müller, NPD: Das ist interessant. – Danke.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Dann bitte ich jetzt Herrn Petzold, NPD-Fraktion, seine Frage zu stellen; Frage Nr. 8.

Winfried Petzold, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es handelt sich um Existenzgefährdungen durch Mietnomadentum im Freistaat Sachsen.

Vor dem Hintergrund einer steigenden sozial-ethischen Verwahrlosung infolge andauernder hoher Arbeitslosigkeit werden auch im Freistaat Sachsen mehrfach kurzfristig angemietete Wohn- und/oder Geschäftsräume durch Mieter nach wenigen Monaten ohne Mietzahlung wieder verlassen. Für die Vermieter entstehen durch nicht gezahlte Nebenkosten sowie fehlende Mieteinnahmen Verluste in beträchtlicher Höhe, die oftmals Existenz gefährdend sind.

Meine Fragen an die Staatsregierung lauten:

1. Wie viele Fälle von so genanntem „Mietnomadentum“ im Freistaat Sachsen sind der Staatsregierung bekannt?
2. Welche gesetzgeberischen Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, um bewusster Schädigung von Vermietern durch „Mietnomadentum“ zukünftig vorzubeugen?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es antwortet noch einmal Herr Staatsminister Dr. Buttolo.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das so genannte Mietnomadentum ist im

Freistaat Sachsen zum Glück kein Massenphänomen. Natürlich ist nicht auszuschließen, dass vereinzelt Vermieter mit dieser Problematik konfrontiert sind. Es handelt sich, wie gesagt, um singuläre Schwierigkeiten. Aus diesem Grund erfasst die Staatsregierung derzeit zu dieser Problematik keine statistischen Zahlen – weder in zivilrechtlicher noch in strafrechtlicher Hinsicht. Weder das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen im Rahmen der Haushaltsbefragung oder Gebäude- und Wohnraumzählung noch die Generalstaatsanwaltschaft bei der Erfassung von Betrugs- und Sachbeschädigungsbeständen fragen ausschließlich zur Problematik des Mietnomadentums.

Zur zweiten Frage. Zwingenden Handlungsbedarf für eine gesetzgeberische Initiative sieht die Staatsregierung zurzeit nicht. Natürlich wird die Staatsregierung das Problem weiterhin aufmerksam verfolgen. Meines Erachtens sind die derzeitigen Möglichkeiten, die dem Vermieter zur Verfügung stehen, ausreichend. So kann sich der Vermieter beizeiten ein möglichst umfassendes Bild des Mietinteressenten durch Selbstauskünfte bzw. Anfragen per Auskunft vor Mietvertragsabschluss verschaffen.

Zum Beispiel vermag sich der Vermieter beim Amtsgericht zu erkundigen, ob der zukünftige Mieter in einem Schuldnerverzeichnis geführt wird. Dies ist dann der Fall, wenn die Person in einem anhängigen Zwangsvollstreckungsverfahren eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hat oder eine Haft angedroht worden ist, weil die Person die Pflicht zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nicht erfüllt hat. Auch kann der Vermieter klären, ob bereits ein Mahnverfahren gegen den zukünftigen Mieter läuft oder dieser sich in Konkurs bzw. in Insolvenz befindet.

Natürlich sollte der Vermieter keinesfalls auf eine Mietkaution verzichten. Der Abschluss eines Mietvertrages in der Absicht, die Miete nicht zu zahlen, oder in der Kenntnis, die Miete nicht zahlen zu können, erfüllt den Straftatbestand des Betruges und wird von den Staatsanwaltschaften des Freistaates Sachsen entsprechend verfolgt.

Nach dem Gesagten ist nach meiner Überzeugung eine Gesetzesinitiative des Freistaates nicht erforderlich.

Winfried Petzold, NPD: Danke schön.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Abg. Simon steht schon bereit für ihre Frage; Frage Nr. 4.

Bettina Simon, Linksfraktion.PDS: Der Presse war zu entnehmen, dass im Fachkrankenhaus Großschweidnitz Umbau- und Erweiterungsarbeiten durchgeführt werden.

Meine Fragen an die Staatsregierung lauten:

1. In welchem Umfang sind von den Arbeiten Gebäude oder Flächen betroffen, die bisher nicht ausschließlich im Sinne der medizinischen Aufgaben des Fachkrankenhauses genutzt wurden, sondern auch durch gemeinnützige Vereine?

2. Auf welche Weise und in welchem Umfang erhalten solche Vereine Unterstützung, damit sich für sie keine Existenzgefährdungen bzw. Einschränkungen ihrer gemeinnützigen Tätigkeit aus den Um- und Erweiterungsarbeiten im Fachkrankenhaus ergeben?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Ministerin Orosz antwortet für die Staatsregierung.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Danke schön. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Simon! Im sächsischen Krankenhaus Großschweidnitz sind in der Tat Baumaßnahmen im Gange. „Gott sei Dank“, sage ich an dieser Stelle. Die Erweiterung des Maßregelvollzuges durch den Neubau eines Stationsgebäudes, eines Therapiegebäudes und eines Torhauses mit Sporthalle ist vorgesehen. Zudem wird das Gesamtgelände des Maßregelvollzuges durch eine neue Sicherheitsmauer gesichert. Auf dem vorgesehenen Baufeld stehen untergeordnete Gebäude, von denen eines an den örtlichen Fußballverein vermietet ist. Der Mietvertrag wurde wegen der bevorstehenden Bauarbeiten fristgerecht zum 31.12. gekündigt.

Ich fahre gleich fort mit der Beantwortung der zweiten Frage. Die Räume sind kostenlos an den Verein vermietet. Dem Verein wurde zugesagt, dass für die Einrichtung eines neuen Vereinshauses wiederverwendbares Material vor dem Abbruch aus dem Gebäude unentgeltlich entnommen werden kann. Des Weiteren wurde dem Verein ein Containergebäude angeboten, das sich ebenfalls auf dem Baufeld befindet. Das Containergebäude kann dem Verein zu einem symbolischen Kaufpreis übergeben werden. Die Umsetzungskosten sind durch den Verein zu tragen. Eine weitere finanzielle Unterstützung ist haushaltsrechtlich nicht zulässig.

Bettina Simon, Linksfraktion.PDS: Die Antwort befriedigt mich nicht. Ich wende mich später noch einmal an Sie.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Abg. Petzold ist als Nächstes an der Reihe, seine Frage zu stellen; Frage Nr. 9.

Winfried Petzold, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht um die Vergabe von Eintrittskarten für die Fußball-Weltmeisterschaft in Leipzig zu Sonderkonditionen an Behörden des Freistaates Sachsen.

Meine Fragen an die Staatsregierung lauten:

1. Welche Informationen besitzt die Staatsregierung darüber, dass für Behörden des Freistaates Sachsen ein Sonderkontingent von Eintrittskarten für die Fußball-Weltmeisterschaft in Leipzig zu Vorzugsbedingungen bereitgestellt wird, bzw. in welchem Umfang wurde dies bisher genutzt?

2. Wie bewertet die Staatsregierung angesichts der möglichen Sonderkontingentierung von Eintrittskarten für die Fußball-Weltmeisterschaft in Leipzig für Behörden den Umstand der offensichtlichen Bevorzugung der Nomen-

klatura des Freistaates Sachsen gegenüber dem sächsischen Bürger und Steuerzahler?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Staatsregierung antwortet Herr Staatsminister Winkler.

Hermann Winkler, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf die Anfrage des Abg. Petzold möchte ich wie folgt antworten: Dem Freistaat Sachsen stehen für jedes der fünf Spiele, die in Leipzig stattfinden – vier Vorrundenspiele und ein Achtelfinalspiel –, jeweils 15 Ehrenkarten zur Verfügung. Das sind in der Summe 75 Ehrenkarten. Darüber hinaus ist dem Freistaat angeboten worden, für jedes dieser Spiele in Leipzig bis zu jeweils 60 Kaufkarten zu erwerben. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, 50 Kaufkarten für alle Spiele, die außerhalb Sachsens in ganz Deutschland stattfinden, zu kaufen. Schließlich erhalten der Ministerpräsident und der Landtagspräsident für alle Spiele in ganz Deutschland je eine Ehrenkarte.

Wie wird die Staatsregierung mit den Ehren- und Kaufkarten umgehen? Der Ministerpräsident des Freistaates wird Repräsentanten der Staaten, die Spiele in Leipzig bestreiten, nach Sachsen zu diesen Spielen einladen. Wir wollen das Motto der Weltmeisterschaft „Die Welt zu Gast bei Freunden“ praktisch umsetzen und dabei für Leipzig und für Sachsen werben. Hierfür werden die jeweils 15 Ehrenkarten verwendet. Von den insgesamt 300 Kaufkarten für die Spiele in Leipzig wird die Staatsregierung restriktiv Gebrauch machen.

Sollten für die ausländischen Gäste und für deren Begleiter über die jeweils 15 Ehrenkarten hinaus noch Eintrittskarten benötigt werden, wird das Kaufkartenkontingent in Anspruch genommen. Gleiches gilt für die angemessene protokollarische Betreuung der Gäste durch die Staatsregierung, indem zum Beispiel Vertreter des Parlamentes und Vertreter von Vereinen und Verbänden eingeladen werden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung von dem Angebot der Fifa keinen Gebrauch machen. Insofern gibt es keine Privilegierung von irgendwelchen Personengruppen oder gar Politikern.

Winfried Petzold, NPD: Ich bedanke mich für die Antworten.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Abg. Simon kann die nächste Frage stellen; Frage Nr. 5.

Bettina Simon, Linksfraktion.PDS: Danke, Frau Präsidentin. Ich habe Fragen zur Aufgabe der Kreisfreiheit von Görlitz und Hoyerswerda.

Minister Buttolo schätzte in seiner Antwort auf eine Anfrage ein, dass der von den Städten Hoyerswerda und Görlitz gesetzte Termin für die Aufgabe der Kreisfreiheit zum 1. Januar 2007 aufgrund des Verhandlungsstandes und der notwendigen Fristen des Gesetzgebungsprozesses nahezu ausgeschlossen ist.

Meine Fragen an die Staatsregierung lauten:

1. Hält es die Staatsregierung in dieser Situation für sinnvoll, die „Einkreisung“ von Görlitz und Hoyerswerda nicht im Vorgriff auf, sondern im Zuge der anstehenden Verwaltungs-, Funktional- und Strukturreform zu realisieren?

2. Welche Wirkungen sieht die Staatsregierung bei einer „Einkreisung“ von Görlitz in den Landkreis Löbau-Zittau für das von ihr favorisierte Modell „12 plus 3“, welches auf die Verbindung von Görlitz mit dem Landkreis Niederschlesische Oberlausitz bzw. der beiden Landkreise Löbau-Zittau und Bautzen orientiert?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es antwortet für die Staatsregierung Herr Staatsminister Dr. Buttolo.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur ersten Frage von Frau Simon möchte ich wie folgt antworten: Gemäß dem Beschluss des Kabinetts vom 20.12.2005 zu den Eckwerten der Verwaltungs- und Funktionalreform im Freistaat Sachsen soll spätestens bis um 31.08. ein Vorschlag zur Neustrukturierung der sächsischen Verwaltung unterbreitet werden, wenn eine Neustrukturierung infolge der Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene erforderlich wird.

Zu berücksichtigen ist jeweils, ob und gegebenenfalls wie auf kommunale Initiative zurückzuführende gebietspezifische Neugliederungsvorschläge auf der Ebene der Landkreise und Kreisfreien Städte in das zu erarbeitende Konzept eingebunden werden können und wann diese realisierbar sind.

Die Staatsregierung begrüßt den in den Städten Görlitz und Hoyerswerda in Gang gekommenen Prozess der Willensbildung im Wege einer „Einkreisung“ nachhaltig. Diesem für die Entscheidungsträger vor Ort nicht leichten Findungsprozess gebührt unsere besondere Beachtung. Er sollte nicht deshalb ausgesetzt werden, weil bestimmte Entscheidungen zur Verwaltungs- und Funktionalreform im Freistaat noch ausstehen.

Zu Ihrer Frage 2, Frau Simon, möchte ich wie folgt antworten: Ich verweise auf die eben getroffenen Ausführungen und auf den bisherigen Verfahrensstand. Ob es flächendeckend zu einer Neugliederung der Landkreise und Kreisfreien Städte im Freistaat kommen wird, hängt im Wesentlichen davon ab, welche staatlichen Aufgaben auf die kommunale Ebene verlagert werden. Hieran schließt sich die Frage nach den künftigen Strukturen. Demzufolge ist es noch zu früh, von einem konkreten Modell zu sprechen.

Bettina Simon, Linksfraktion.PDS: Herr Buttolo, ich habe eine Nachfrage. Wäre es Ihnen möglich, mir eine Modellrechnung zu den finanziellen Auswirkungen zur Verfügung zu stellen, und zwar unter dem Gesichtspunkt niedrigerer Zuweisungen an Görlitz bzw. Hoyerswerda im Zuge der Aufgabe der Kreisfreiheit mit der Gegenrechnung des Gewinnes für den entsprechenden Landkreis,

der auf der Grundlage der dann höheren Einwohnerzahl höhere Zuweisungen bekommt? Das hätte ich gern kurzfristig.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Sehr geehrte Frau Simon, da muss ich Sie leider enttäuschen. Die Rechnung, die Sie von mir abverlangen, ist eine Angelegenheit der kommunalen Ebene. Die kommunale Ebene muss rechnen, was sie an Verwaltungsaufwand einspart, wenn sie als Kreisfreie Stadt Görlitz oder Hoyerswerda auf die Kreisfreiheit verzichtet, um zu erfahren, was sich durch die veränderten Schlüsselzuweisungen ergibt. Das ist eine Überlegung, die auf der kommunalen Ebene selbst anzustellen ist. Dass diese Überlegungen offensichtlich schon zum Erfolg geführt haben, kann man daran sehen, dass in den Parlamenten beider Städte bereits die entsprechende Diskussion geführt wurde.

Bettina Simon, Linksfraktion.PDS: Herr Minister Buttolo, mir geht es nur um die Höhe der Zuweisungen des Freistaates, die ich gern erfahren möchte.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Die Höhe der Zuweisungen des Freistaates ist allgemein bekannt: Das sind 50 Euro je Einwohner, gedeckelt bei 50 000 Einwohnern, also maximal 2,5 Millionen Euro.

Bettina Simon, Linksfraktion.PDS: Sie haben meine Frage nicht verstanden. Ich würde dann gern noch einmal individuell mit Ihnen sprechen.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Okay, dann gibt es aber eine andere Antwort.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: An dieser Stelle bitte ich den Abg. Tischendorf, seine Frage zu stellen; Frage Nr. 6.

Klaus Tischendorf, Linksfraktion.PDS: Danke, Frau Präsidentin.

Nach mir vorliegenden Erkenntnissen wurde im Bereich des Straßenbauamtes Zwickau im Zuge des laufenden Arbeitskampfes der Gewerkschaften durch leitende Bedienstete des Amtes wiederholt versucht, auf die Teilnahme von Beschäftigten an den Streiks direkten Einfluss zu nehmen. Es wurden ihnen für den Fall der Streikteilnahme Konsequenzen angedroht. Insbesondere wurde versucht, einzelne Beschäftigte dadurch einzuschüchtern, dass ihnen gegenüber mit Nachdruck sinngemäß geäußert wurde, sich die Streikteilnehmer „zu merken“ und dass die Spitze des Eisberges der Streikenden dann „abgesprengt“ werden würde. Zudem wurde den Beschäftigten vorgeworfen, dass sie befördern, dass das Straßenbauamt eventuell geschlossen werden könnte.

Meine Fragen an die Staatsregierung:

1. Inwieweit erachtet die Staatsregierung derartige Einschüchterungsversuche vonseiten der Leitung des Straßenbauamtes im Rahmen eines zulässigen Arbeitskampfes sowie direkte behördliche Einflussnahmen solcher Art zur

Verhinderung der Teilnahme von Beschäftigten an Streiks für zulässig?

2. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung bzw. die zuständige oberste Aufsichtsbehörde veranlassen, um derartige verfassungs- und gesetzwidrige Einflussnahmen auf den laufenden Arbeitskampf sowie bei künftigen Arbeitskämpfen wirksam zu unterbinden?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Minister Jurk, ich erteile Ihnen das Wort.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Herr Abg. Tischendorf, zu Ihrer ersten Frage möchte ich wie folgt antworten:

Einschüchterungsversuche oder behördliche Einflussnahme durch Leiter sind bei einem rechtmäßigen Streik selbstverständlich nicht zulässig. Dazu steht die Staatsregierung. Natürlich gibt es in der Bevölkerung, im öffentlichen Dienst selbst und auch im Straßenbauamt Zwickau insgesamt geteilte Meinungen zu diesem Streik. Das ist legitim. Jeder kann seine Meinung äußern. Das darf aber keinesfalls in der Form geschehen, dass sich Mitarbeiter bedroht fühlen, wenn sie sich am Streik beteiligen wollen.

Der Leiter des Amtes hat zu solchen Beschuldigungen bereits in der Öffentlichkeit Stellung genommen und ausdrücklich betont, dass jeder das Recht auf Streik hat. Er hat jedem seine Unterstützung angeboten, der an der Ausübung seines Streikrechts gehindert wird. Diese Hilfe hat jedoch bisher niemand in Anspruch genommen.

Zu Ihrer zweiten Frage:

Wenn es Vorwürfe gegen Leiter gibt, bitte ich diese konkret mit Namen zu benennen. Dann wird die Staatsregierung den Dingen konsequent nachgehen. Ich versichere Ihnen, dass niemand, der gegenwärtig streikt, nachher in irgendeiner Form benachteiligt wird.

Klaus Tischendorf, Linksfraktion.PDS: Ich habe eine Nachfrage: Sie wären also bereit, wenn mir die Namen vorliegen, falls sich die Kollegen bereit erklären, diese öffentlich zu machen, darauf in entsprechender Weise zu reagieren und mir dazu eine Antwort zukommen zu lassen?

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Das habe ich Ihnen zugesagt. Wenn Sie mir das übergeben, dann prüfen wir das.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Dr. Külow bekommt das Wort für seine Frage Nr. 7.

Dr. Volker Külow, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe zwei Fragen zur Kulturhauptstadtwerbung.

Das Regierungspräsidium Dresden hat die Stadt Görlitz zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung und der Vorlage eines genehmigungsfähigen Haushaltes unlängst mit massiven Streich- und Kürzungsvorschlägen konfrontiert, die zahlreiche Kultureinrichtungen betreffen und bei ihrer

Realisierung die Kulturhauptstadtbewerbung torpedieren würden.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Wie bewertet das SMWK den vom Innenministerium verordneten Zwangskurs zur Haushaltskonsolidierung mit Blick auf die derzeitigen Chancen für die Kulturhauptstadtbewerbung?

2. Welche Aktivitäten unternimmt das SMWK gegenüber dem Innenministerium und gegebenenfalls anderen Einrichtungen der Staatsregierung, um seiner Verantwortung für eine erfolgreiche Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Görlitz gerecht zu werden?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Es antwortet Minister Jurk für die Staatsregierung.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Herr Abg. Külow, ich antworte in Vertretung der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Barbara Ludwig, die aus Brüssel von der Präsentation der Stadt Görlitz auf dem Weg zurück nach Sachsen ist.

Die Chancen der Bewerbung der Europastadt Görlitz/Zgorzelec für den Titel „Kulturhauptstadt Europa 2010“ hängen in erster Linie von der inhaltlichen Überzeugungskraft der Bewerbungskonzeption ab. Das Konzept der Bewerbung, das auf Kultur, Bildung und die Künste als Grundlage europäischen Zusammenlebens setzt, verkörpert wie kein anderes die Idee der europäischen Einigung und ist ein wesentlicher, nicht zu unterschätzender Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung.

Ich habe mit Frau Ministerin Ludwig telefoniert, und sie hat mir bestätigt, dass es der Delegation während der Präsentation am gestrigen 15. März vor der europäischen Jury gelungen ist, dieses Konzept in beeindruckender Weise vorzutragen. Nach dem, was ich über die Präsentation gehört habe, hat dies die Jury nachhaltig beeindruckt und die Chancen von Görlitz/Zgorzelec, den Titel zugeprochen zu bekommen, wesentlich gesteigert.

Die Staatsregierung hat bisher keinen Zweifel daran gelassen, dass nach ihrer Auffassung der Erfolg eines solchen Kulturhauptstadtjahres auch entscheidend von einer gesunden Haushaltslage der Stadt Görlitz abhängt. Der Vollzug des kommunalen Haushaltsrechts fällt jedoch in die Ressortkompetenz des Staatsministeriums des Innern, sodass Verlauf und Stand der Haushaltsgespräche zwischen der Stadt Görlitz und dem Regierungspräsidium Dresden durch das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst nicht bewertet werden können.

Auf Initiative des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst hat die Sächsische Staatsregierung eine Arbeitsgruppe unter Federführung des sächsischen Innenministeriums eingerichtet, die sich mit Fragen der Stadtsanierung in Görlitz im Zusammenhang mit der Kulturhauptstadtbewerbung befasst und erfolgreich arbeitet.

Dr. Volker Külow, Linksfraktion.PDS: Ich hätte noch eine Nachfrage. Ich würde aber fairerweise einräumen, dass sie schriftlich beantwortet werden kann:

Gibt es im SMWK Überlegungen, wie in Görlitz im Falle eines Scheiterns der Kulturhauptstadtbewerbung – was wir nicht wünschen – Elemente dieser Bewerbung zukünftig unterstützt werden könnten?

Ich räume, wie gesagt, ein, dass Sie das möglicherweise nicht beantworten können.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Das betrifft nicht mein Ressort, aber ich weiß, dass dies hier notiert wird, damit Sie eine Antwort bekommen.

Sehr geehrter Herr Külow, wir wollen aber vorerst nicht vom Scheitern der Bewerbung sprechen. Ich drücke erst einmal die Daumen und bin optimistisch.

Dr. Volker Külow, Linksfraktion.PDS: Ich komme aus einer Stadt, die solch ein Scheitern hinter sich hat. Da gab es keinen Plan B. Ich muss ja jetzt nicht begründen, warum ich diese Frage stelle; sie kommt nicht von ungefähr.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Ich will Ihre zweite Frage jetzt nicht beantworten. Ich habe auch das damals nicht als großes Scheitern verstanden. Aber das ist eine andere Diskussion.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Vielen Dank, Herr Minister.

Wir kommen zu den beiden Fragen der Frau Abg. Roth; zunächst Frage Nr. 10.

Andrea Roth, Linksfraktion.PDS: Danke, Frau Präsidentin.

Bei meiner ersten Frage geht es um den Eingriff in die Schulnetzplanung nach § 23a Schulgesetz als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung.

Staatsminister Flath bereiste am 30. Januar 2006 das Vogtland, um mit dem Landrat des Vogtlandkreises Abstimmungen zum zukünftigen Schulnetz zu treffen.

Bei dieser Gelegenheit verkündete Staatsminister Flath in der Öffentlichkeit – entgegen den vom Kreistag beschlossenen und im genehmigten Schulnetzplan im Jahre 2002 getroffenen Festlegungen zum Bestehen des öffentlichen Bedürfnisses dieser Schulen – die Schließung der Mittelschulen Bad Elster und Elsterberg. Eine derartige öffentliche Erklärung des Kultusministers als des exponiertesten Vertreters der obersten Schulaufsichtsbehörde ist in jedem Fall dazu geeignet, die Schulanmeldungen für die genannten Schulen zu deren Nachteil bzw. zum Nachteil der betroffenen Schulträger zu steuern. Zudem wird damit durch die Exekutive in das Bestimmungs- und Wahlrecht der Eltern für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder in unzulässiger Weise eingegriffen.

Ich frage deshalb:

1. Auf welcher sachlichen und rechtlichen Grundlage hat der Staatsminister für Kultus eine derartige Erklärung zu den Mittelschulen Bad Elster und Elsterberg abgegeben?

2. Inwieweit erachtet die Staatsregierung ein derartiges, Schulanmeldungen unmittelbar lenkendes Eingreifen der Exekutive sowohl in die nach § 23a SchulG den Landkreisen eingeräumte Schulnetzplanungshoheit als auch in das den Eltern nach Artikel 101 Abs. 2 SächsVerf garantierte Wahl- und Bestimmungsrecht für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder als rechtlich zulässig?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Staatsminister Flath, bitte.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Frau Präsidentin! Verehrte Frau Abg. Roth! Eingang ist festzustellen, dass Ihre Darstellung nicht zutreffend ist. Während des genannten Gesprächs mit Herrn Landrat Dr. Lenk, der Schulverwaltung des Landkreises und den zuständigen Mitarbeitern meines Hauses wurden die vorliegenden Schülerprognosen diskutiert und daraus abzuleitende Konsequenzen besprochen. Insbesondere bei den Mittelschulen Elsterberg und Bad Elster war festzustellen, dass die mögliche kommunale Zusammenarbeit bisher nicht zu der gewünschten Stabilisierung der dort befindlichen Mittelschule führte.

Vor diesem Hintergrund nutzte ich bei dem anschließenden Pressegespräch die Möglichkeit, die Eltern im Vogtland über meine Position zu informieren. Nach den vorliegenden Prognosen ist für den Fall, dass die Mittelschulen Elsterberg und Bad Elster ihre Einzugsbereiche im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich erweitern können, wiederum nicht mit der Einrichtung von Eingangsklassenstufen zu rechnen. Ich bin der Meinung, dies sollte den Eltern bereits im Vorfeld der Anmeldung mitgeteilt werden. Eine Festlegung des Staatsministeriums für Kultus war und ist damit nicht verbunden.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage. Die Kultusverwaltung hat nicht in das Anmeldeverfahren eingegriffen. Gleichwohl wurde den Eltern im Vorfeld die aufgrund der vorliegenden Prognosedaten wahrscheinliche Entwicklung dargestellt. Dies beschränkt weder das Wahlrecht der Eltern noch die Schulnetzplanungshoheit des Landkreises, zumal ich meine Position auch im Beisein des Landrates dargestellt habe. Dazu will ich noch Folgendes anfügen: Ich hätte nichts dagegen gehabt – ich hätte es geradezu begrüßt –, wenn sich der Kreistag des Vogtlandkreises in dieser Frage positioniert hätte. Da er es aber nicht getan hat, hielt ich es für meine Pflicht, auch den Eltern vor ihrer wichtigen Entscheidung reinen Wein einzuschenken.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Nachfrage?

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Natürlich.

Andrea Roth, Linksfraktion.PDS: Herr Staatsminister, meinen Sie nicht, dass Sie eben mit dieser öffentlichen Aussage, dass der Schulstandort gefährdet ist, und den

Erfahrungen, die die Eltern mit Schulschließung in den vergangenen Jahren hatten, ganz bewusst Schülerströme gelenkt haben, die Eltern also damit animiert haben, ihr Kind genau in dieser Schule nicht anzumelden, und dadurch die geforderten Schülerzahlen nicht zustande kamen?

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Frau Abgeordnete, wir sind in der nächsten oder übernächsten Woche schlauer, was das betrifft. Ich weiß es nicht. Ich will jetzt auch nicht spekulieren. Ich will aber sagen, dass ich natürlich die Absicht mit meiner Äußerung verbunden habe, Schulen zu stabilisieren. Es ist wohl in der Praxis so, dass das oftmals nur möglich ist, weil die Zahl der Kinder begrenzt ist und sie nur eine Schule besuchen können. Damit ist verbunden, eine andere Schule zu schließen. Das ist ein sehr schmerzlicher Prozess, nur wollte ich mit meinen Äußerungen – so habe ich bis zur Stunde immer noch die Hoffnung – diesen Prozess eher beschleunigen als verzögern. Aber dennoch, da das Recht der Eltern unbeschränkt ist, eine freie Schulwahl vorzunehmen, bleibt abzuwarten, ob es eine Wirkung hinterlassen hat. Ich weiß es nicht. Ich will mich dazu bekennen, dass ich damit die Absicht verfolgt habe. Dessen war ich mir schon bewusst.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Roth, Sie können Ihre nächste Frage stellen, Frage Nr. 11.

Andrea Roth, Linksfraktion.PDS: Es geht noch einmal um das Problem Schule, diesmal in Schneeberg. Mein Anliegen ist die Beendigung der unzulässigen Einflussnahme des Regionalschulamtes Zwickau auf die Anmeldungen der Schüler der Mittelschule für das Schuljahr 2006/2007.

Meine erste Frage – es ist ziemlich schwer, das alles in eine Frage zu packen, doch ich denke, dass es mir trotzdem gelungen ist:

1. Inwieweit ist die Einflussnahme des Regionalschulamtes Zwickau auf die Lenkung der Schülerströme durch seine an die Mittelschulen bzw. deren Schulleitungen in der Bergstadt Schneeberg gerichtete Anweisung, für die bevorstehenden Mittelschulanmeldungen gegenüber den Eltern darauf hinzuwirken, dass diese ihre Kinder ausschließlich in der Pestalozzi-Mittelschule in Schneeberg anmelden, obwohl es derzeit in der Stadt Schneeberg neben diesem Mittelschulstandort eine weitere Mittelschule, die Diesterweg-Mittelschule, existiert und der damit einhergehende unmittelbare Eingriff des Regionalschulamtes in das diesbezügliche von Verfassungen wegen garantierte Wahl- und Bestimmungsrecht der Eltern zulässig?

2. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung ergreifen, um den betroffenen Eltern in der Stadt Schneeberg noch rechtzeitig vor Ablauf des diesjährigen Anmeldetermines – das ist der morgige Tag – das uneingeschränkte Wahl- und Bestimmungsrecht hinsichtlich der Anmeldung ihrer Kinder in einer der beiden vorhandenen Mittelschulen in

Schneeberg wieder einzuräumen und dies vor Ort öffentlich zu machen?

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Minister Flath, Sie haben das Wort.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Frau Präsidentin! Frau Abg. Roth! Die unterstellte Einflussnahme des Regionalschulamtes Zwickau gibt es nicht. Das Regionalschulamt Zwickau hat lediglich zur Kenntnis genommen, dass die künftige Klassenstufe 5, gebildet aus voraussichtlich zwei Klassen, gemäß einem Beschluss des Stadtrates der Stadt Schneeberg an der jetzigen Pestalozzi-Mittelschule eingerichtet werden soll. Dieser Stadtratsbeschluss wurde dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus allerdings noch nicht mit der notwendigen Stellungnahme auf dem Dienstweg vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund bestehen keine Einwände, dass ungeachtet der formal bestehenden Wahlmöglichkeit der Eltern in einem organisatorischen Vorgriff der Schulleiter der Diesterweg-Mittelschule vom Schulträger gebeten

wurde, die von ihm angenommenen Anmeldungen an die Pestalozzi-Mittelschule weiterzuleiten. Die erforderliche Zustimmung des Kultusministeriums zum Stadtratsbeschluss wird in Abhängigkeit von der Zahl der vorliegenden Anmeldungen an der Diesterweg- und der Pestalozzi-Mittelschule erfolgen.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage. Rechtsaufsichtliche Maßnahmen sind aus Sicht der Kultusverwaltung überflüssig, da es zu keiner Einschränkung der Anmeldeöglichkeiten in Schneeberger Mittelschulen kommt. Soweit zur Antwort.

Andrea Roth, Linksfraktion.PDS: Danke.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Bitte schön.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Fragen von Abgeordneten für diese Fragestunde vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 3

1. Lesung des Entwurfs Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz

Drucksache 4/4556, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der SPD

Es liegt keine Empfehlung des Präsidiums vor, eine allgemeine Aussprache durchzuführen. Es sprechen daher nur die Einreicherinnen, die CDU bzw. die SPD.

Frau Windisch, CDU-Fraktion, Sie haben das Wort.

Uta Windisch, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe das Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz für die Koalitionsfraktionen in die parlamentarische Beratung ein.

In Artikel 10 der Verfassung des Freistaates Sachsen heißt es: „Der Schutz der Umwelt als Lebensgrundlage ist auch in Verantwortung für kommende Generationen Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land.“

Dieses Verfassungsziel, das der 1. Sächsische Landtag im Bewusstsein der DDR-Umweltlasten in die Verfassung aufgenommen hat, ist in den vergangenen 16 Jahren mit einem enormen finanziellen Kraftakt in die Realität umgesetzt worden. Es sind erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um die Umweltbedingungen zu verbessern. Dies gilt insbesondere für die Bereitstellung von Trinkwasser in Lebensmittelqualität und den Aufbau eines in Verdichtungsgebieten inzwischen fast flächendeckenden und im ländlichen Raum weit verbreiteten Netzes moderner Abwasserreinigungsanlagen. Ende 2004 hatten wir in Sachsen einen Anschlussgrad von 87,5 %.

23 300 Kilometer neue Abwasserleitungen durchziehen unser Land. Derzeit werden insgesamt 791 öffentliche Kläranlagen betrieben, 714 davon bereits mit biologischer Behandlung der Abwässer und nur noch 77 Anlagen mit mechanischen Reinigungsverfahren. Bei Letzteren wird sich in den kommenden Jahren noch vieles zum Besseren ändern.

Dem besonderen Nachholbedarf durch die DDR-Altlast in Sachen Umweltinfrastruktur wurde durch die EU und den Solidarpakt mit finanziellen Mitteln, aber eben auch durch Sonderregelungen in Gesetzen Rechnung getragen. Eine davon war § 10 Abs. 5 des Abwasserabgabengesetzes des Bundes, der es den Aufgabenträgern in den neuen Ländern erlaubte, die Abwasserabgaben für Schmutzfrachteinleitungen, zu denen auch die Kleineinleitungen gehören, mit Investitionen zur Verbesserung der Gewässerqualität zu verrechnen. Damit wurde quasi auch die Investitionskraft der Aufgabenträger gestärkt.

Diese Regelung ist zum 31.12.2005 unwiderruflich ausgelaufen und hatte keine Chance, über eine Bundesratsinitiative der neuen Länder nochmals verlängert zu werden. Aus diesem Grunde haben die Koalitionsfraktionen die Initiative ergriffen, eine Anschlussregelung für das Sächsische Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz zu schaffen, die die Folgen des Wegfalls der Kompensationsmöglichkeit für die Kleineinleiter auf-

fängt. Die Folgen, hätten wir nicht die Initiative ergriffen, würden insbesondere den ländlichen Raum treffen, wo es infolge des niedrigeren Erschließungsgrades mehr private Kleinkläranlagen gibt. Weil Kommunen und Abwasserzweckverbände durch Bundesgesetz rechtlich verpflichtet sind, für Schmutzwassereinleitungen von Kleineinleitern, also von Kleinkläranlagen, die noch nicht nach dem Stand der Technik arbeiten, in die Vorfluter eine Kleineinleiterabgabe zu erheben, wären ab 01.01.2006 pro angeschlossener Person 17,90 Euro pro Jahr fällig geworden. Dazu können die Aufgabenträger dem Bürger noch ihre Verwaltungskosten in Rechnung stellen. Das würden bei einem Vier-Personen-Haushalt in der Summe etwa 100 Euro ausmachen.

Zudem – das sehen wir auch als Problem – stellen die Bescheiderteilung und die zu erwartende Widerspruchsbearbeitung für die Aufgabenträger einen enormen Verwaltungsaufwand dar.

Oder im anderen Fall: Wenn die Aufgabenträger den Aufwand und den Ärger mit dem Bürger vermeiden wollen – im Regierungsbezirk wären immerhin etwa 80 000 Bescheide zu erwarten –, wäre das eine De-facto-Erhöhung der Abwassergebühr um etwa 50 Cent pro Kubikmeter.

Mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf geben wir den Aufgabenträgern und den Betreibern von Kleinkläranlagen Gelegenheit, sich in den nächsten vier Jahren auf die neue Situation vorzubereiten. Danach wird erstmals 2010 flächendeckend im Freistaat Sachsen die Kleineinleiterabgabe auf den Besitzer einer Kläranlage als Verursacher der Schmutzwassereinleitung abzuwälzen sein.

Um der Opposition von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen: Die Abwasserabgabe ist keine willkürliche Steuer oder Abgabe, um den Bürger zu belasten oder „abzuzocken“, wie der Sprachgebrauch insbesondere der PDS-Fraktion in den vergangenen Jahren war, sondern sie hat eine Lenkungswirkung hinsichtlich der Reduzierung der Schmutzfracht, die unseren Fließgewässern noch immer zugemutet wird. Ich sage deutlich: Wer die Gewässer durch unzureichend gereinigtes Abwasser aus alten Kläranlagen verschmutzt, soll nicht dauerhaft bessergestellt sein als derjenige, der jetzt schon in umweltfreundliche, moderne Anlagen investiert hat.

Bei der Vorbereitung der Gesetzesnovelle haben dennoch zwei Seelen in meiner Brust gewohnt. Der bisherige § 10 Abs. 5 des Abwasserabgabengesetzes und seine De-facto-Verlängerung durch unsere Gesetzesinitiative sind eigentlich umweltpolitisch höchst problematisch; denn diese Regelung hat die Lenkungs- und die Anlastungswirkung der Abwasserabgabe konterkariert. Diese Regelung war in den letzten 15 Jahren allein aufgrund des erheblichen Missverhältnisses des Standes der Abwasserbeseti-

gung zwischen den neuen und den alten Ländern gerechtfertigt.

Das Verursacherprinzip und das Kostendeckungsprinzip gelten auch bei den Wasserdienstleistungen. Artikel 9 der Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet daher die EU-Mitgliedsstaaten, bis spätestens 2010 Kostendeckung zu erreichen. Deshalb unsere Befristung bis zum Veranlagungsjahr 2009. Die Einnahmen, die schon jetzt durch den Anteil der nichtkompensationsfähigen Abwasserabgabe durch die Zweckverbände an den Freistaat abgeführt werden, sind durchaus im Umwelthaushalt willkommen; denn sie sind zweckgebunden und dürfen nicht zum Stopfen anderweitiger Haushaltslöcher verwendet werden. Dieses so vereinnahmte Geld fließt in Form von Fördermitteln zurück in die Verbesserung der Gewässergüte und -struktur. So wird zum Beispiel auch das Durchgängigkeitsprogramm für Fließgewässer daraus finanziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Gesetzentwurf ist aus der Sicht der Koalitionsfraktionen ein nicht unbedeutendes politisches Zeichen. Wir setzen uns damit im Wissen um die umweltpolitischen Aspekte für eine spürbare finanzielle Entlastung der Bevölkerung insbesondere im ländlichen Raum ein. Mit der Terminsetzung des Endes der Verrechnungsregelung im neuen § 9a zum Veranlagungsjahr 2009 machen wir aber auch unmissverständlich klar, dass eine dauerhafte Schonung von Gewässerverschmutzern nicht zu erwarten ist. Derjenige, der in den Schutz der Umwelt investiert, soll auch einen Nutzen davon haben. Schließlich zahlen diejenigen, die bis 2009 auf vollbiologische Klärung umgestellt haben, auch nach 2010 keine Kleineinleiterabgabe.

Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu den Überweisungsanträgen und um eine konstruktive Begleitung der Beratungen zu unserem Gesetzentwurf in den beteiligten Ausschüssen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Das Präsidium schlägt Ihnen vor, den Entwurf Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz an den Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Innenausschuss zu überweisen. Wer dem Vorschlag der Überweisung an diese Ausschüsse zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen worden.

Wir können den Tagesordnungspunkt beenden.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 4**Verbesserungen beim Vollzug von Sanktionen im Jugendstrafrecht****Drucksache 4/4544, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Wir beginnen mit den Fraktionen von CDU und SPD. Danach folgen die Linksfraktion.PDS, die NPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die GRÜNE-Fraktion und die Staatsregierung, wenn gewünscht.

Ich erteile den Einreicherinnen das Wort. Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Schiemann, bitte.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Antrag möchten wir erneut auf ein Problem reagieren, das wir in den letzten Jahren immer wieder, auch hier im Sächsischen Landtag, angesprochen haben. Wir wollen mit diesem Antrag bewirken, dass uns die Staatsregierung Erfahrungswerte vorlegt, wie sich die Jugendkriminalität entwickelt hat, wo ihre Schwerpunkte liegen und welche Maßnahmen der Staat, aber auch Teile der Gesellschaft gegen die Jugendkriminalität ergreifen können, damit sie eingedämmt wird.

Wichtig ist, dass wir uns hierbei einem ernst zu nehmenden Problem einiger weniger Jugendlicher im Freistaat Sachsen widmen. Wichtig ist aber gleichsam, deutlich darauf hinzuweisen, dass die übergroße Mehrheit der sächsischen Jugendlichen nicht mit Gesetzen in Konflikt kommt. Es ist ganz wichtig zu sagen, dass es immer nur eine kleine Anzahl von Jugendlichen betrifft. Dennoch haben wir die Pflicht, ständig zu prüfen, ob die Sanktionsmöglichkeiten und die präventiven Maßnahmen ausreichend und tauglich sind, Jugendkriminalität zu reduzieren oder zu verdrängen.

Für jedes Volk muss es von großem Interesse sein, dass die heranwachsende Generation mit Fleiß und Leistung und ohne Kriminalität in ihre zukünftigen Aufgaben hineinwächst.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem müssen wir uns immer wieder der aktuellen Entwicklung stellen. Deshalb bitten wir die Staatsregierung mit unserem Antrag, uns auch die Zahlen, wie erbeten, vorzulegen. Wir müssen prüfen, ob die Fallzahlen steigen oder ob es neue Schwerpunkte in den Deliktbereichen gibt. Gleichzeitig müssen wir prüfen, ob die präventiven und repressiven Maßnahmen wirkungsvoll und ausreichend sind.

Das gesamte Jugendstrafrecht einschließlich Strafvollzug wird vom Erziehungsgedanken bestimmt. So dienen Erziehungsmaßregeln wie Weisungen und Hilfe zur Erziehung ausschließlich erzieherischen Zwecken. Bei Zuchtmitteln, wie Verwarnung, Auflage und Jugendarrest, steht die neben der Denktzettel-funktion zu erzielende erzieherische Wirkung im Vordergrund. Die Jugendstrafe als einzige echte Kriminalstrafe im Jugendstrafrecht

verfolgt zwar die Ahndung der Tat im Sinne einer vergeltenden Strafe. Aber auch hier spielt der Erziehungsgedanke eine große Rolle. Beim Vollzug der Jugendstrafe spielt dann wieder nur die Erziehung eine entscheidende Rolle.

(Beifall bei der SPD)

Das Abstellen auf den Erziehungsgedanken liegt darin begründet, dass junge Menschen strafrechtlich anders behandelt werden müssen als Erwachsene. Das Einsichts- und Handlungsvermögen ist nicht immer ausgeprägt genug. Es fehlt die notwendige Reife, die Verbotsnorm allumfassend zu verstehen. Die größere Formbarkeit der jungen Menschen spielt eine große Rolle bei der Auswahl der Sanktionsmöglichkeiten.

Diejenigen Abgeordneten, die Kinder erziehen oder erzogen haben oder sich an ihre eigene Kindheit erinnern, wissen, dass es bei Verfehlungen wichtig ist, dass die Strafe auf den Fuß folgt. Die Strafe und ihr Vollzug müssen in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Tat stehen. Der zeitliche Zusammenhang muss auch im Freistaat Sachsen dabei deutlich geringer werden.

Auch in der Anhörung im Verfassungs- und Rechtsausschuss im Mai des letzten Jahres, die eigentlich zum Jugendstrafrecht stattfand, wurde seitens der Sachverständigen darauf hingewiesen, dass das geltende Jugendstrafrecht, insbesondere bei Bagatellstraftaten und Straftaten kleinerer bis hin zu mittlerer Kriminalität, ein flexibles und differenziertes Instrumentarium bietet und ein Abgleiten in eine richtige kriminelle Entwicklung verhindert. Wichtig ist die Anwendung des bereits vorhandenen breiten Sanktionsinstrumentariums. Insbesondere wurde betont, dass ein erzieherisch sinnvoll gestalteter Jugendstrafvollzug das beste Mittel zur Verhinderung von weiteren Straftaten ist und dass damit ein konkreter Opferschutz stattfindet. Dabei müssen die Opfer mehr Rechte erhalten als die Täter.

(Beifall bei der CDU)

Es wurde aber auch dargelegt, dass es hier Defizite in der Praxis gibt. Es wurde dargestellt, dass es beispielsweise nichts hilft, wenn nach sechs Wochen eine Entscheidung des Gerichts vorliegt, die erst nach drei Jahren vollstreckt wird. Wenn Ladungen zum Jugendarrest erst Wochen oder Monate später vollstreckt werden, kann man nicht mehr davon sprechen, dass die Strafe der Tat auf dem Fuß folgt.

Praktiker berichten auch davon, dass der Jugendarrest nicht effektiv genug für die Erziehung genutzt und eher als erholsam von Jugendlichen beschrieben wird.

Insbesondere ist zu beobachten, dass in den weitaus meisten Fällen gemeinnützige Arbeit verhängt wird. Diese gemeinnützige Arbeit muss aber auch vorhanden sein und angeboten werden. Dies ist ebenfalls äußerst problema-

tisch. Hier fordere ich die Gemeinden, aber auch die Landkreise und die Wirtschaft auf, doch ihren Teil dazu beizutragen, damit der Staat bei der Umsetzung nicht allein gelassen wird.

Unser Antrag fordert deshalb Antworten und natürlich davon ausgehend auch Maßnahmen von der Staatsregierung, wie man diese Situation verbessern, eine schnelle und natürlich effektivere Vollstreckung erreichen kann.

Im Bereich der gemeinnützigen Arbeit und des Täter-Opfer-Ausgleiches bietet sich dabei auch die Einbindung der Wirtschaft an. Es gibt Unternehmen, die bereit sind, die entsprechende Unterstützung an den Staat oder an die Betroffenen zu leisten. Hier gibt es beispielsweise den Versuch des Leipziger Antigraffitiprogramms, bei dem sich ein freier Träger gebildet hat, der von der Wirtschaft und den Haus- und Grundbesitzern finanziert wird, die natürlich von Graffitimaßnahmen betroffen sind. In diesem Zusammenhang führen Kooperationsverträge zwischen Jugendamt, Justiz und Leipziger Wohnungsgesellschaft dazu, dass gemeinnützige Arbeit direkt den Geschädigten zugute kommt.

Aber eines will ich nochmals klar und deutlich sagen: Wer anderer Leute Häuser mit teurer Farbe beschmiert, ist kein Künstler und es ist auch keine Bagatelle. Es bleibt die Beschädigung fremden Eigentums und muss deshalb mehr als bisher unterbunden werden.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir müssen aber auch die notwendige Arbeit zur Wiedergutmachung bereithalten.

Problematisch sind versicherungsrechtliche Fragen während der gemeinnützigen Tätigkeit. Leider sagen viele Vereine ihre Hilfe bei gemeinnütziger Arbeit ab, da sie nicht in der Lage sind, junge Straftäter selbst hierfür zu versichern. Das stellt ein Problem dar, wenn der Verurteilte Schäden zulasten Dritter anrichtet. Auch hier ist Abhilfe notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jugendliche wollen ihre Grenzen ausloten. Sie wollen aber auch ihre Grenzen gezeigt bekommen. Es ist besser, die Grenzen werden zeitiger gezeigt, bevor die kriminelle Karriere beginnen kann. Dabei müssen wir aber auch die Fehler der Achtundsechziger-Hätschelgeneration abstreifen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Mehrfach- und Intensivstraftäter müssen an einer Kriminalkarriere gehindert werden. In der Haft dürfen sie nicht nur Gutachtern und sich selbst überlassen bleiben, sie müssen einen gesunden Lebensrhythmus erfahren. Das heißt, dass man früh aufsteht und nicht bis zehn Uhr im Gefängnis im Bett liegt. Sie müssen eine Möglichkeit der Arbeit haben. Sie müssen die Möglichkeit haben, die Schulbildung nachzuholen und sich beruflich weiterzubilden. Das ist die einzige Voraussetzung, um letztlich Kriminalkarrieren zu beenden. Das müssen wir im Prinzip auch in Gefängnissen stabilisieren, damit die Ausbildung stärker möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicherlich haben wir in den letzten Jahren den starken Veränderungsdruck. Das wird für die Menschen, die hier zu Hause und aufgewachsen sind, beim Umbau der Gesellschaft unterschätzt. Ich weiß nicht, ob sich Wissenschaftler einmal damit befasst haben, was in Kindern vorgegangen ist, die die letzten 15 Jahre erlebt haben, in denen Eltern ohne Arbeit und sie psychischem Druck ausgesetzt waren.

Ich glaube kaum, dass sich viele Wissenschaftler an dieses Tätigkeitsfeld herangewagt haben. Kinder und Jugendliche haben diesen Veränderungsdruck am meisten aushalten müssen und konnten sich kaum dagegen wehren. Der Verlust gleichsam angestammter Bindungen, der Werteverlust, die Schwächung der Familie muss uns zum Umdenken in der Gesellschaft drängen. Der politische Ansatz, die Spaßgesellschaft zu begründen, ist längst gescheitert. Ich bin froh, dass die sächsischen Jugendlichen mitbekommen haben, dass das Leben nicht nur aus Spaß besteht, sondern dass man auch Leistung bringen muss. Es gab eine Partei, die die Spaßgesellschaft kreiert hat und die Lüge verbreitet hat, dass das Leben nur aus Spaß besteht.

(Peter Schowtka, CDU: Schluss mit lustig! –
Jürgen Gansel, NPD: Oder aus Kiffen!)

– Das ist richtig. Es sei denn, sie verjübeln das Geld ihrer Eltern. Arbeit ist immer die Grundlage für ein gutes Leben. In der Gesellschaft sollte jede Arbeit stärker anerkannt werden. Jugendliche müssen begreifen, dass das Sprichwort „Ohne Fleiß kein Preis“ oder „Erst die Arbeit, dann das Vergnügen“ auch heute noch ein modernes Lebensmotto darstellt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Widerspruch
des Abg. Rico Gebhardt, Linksfraktion.PDS)

– Ich habe angesprochen, dass Jugendlichen die Chance gegeben werden muss, dass sie arbeiten können und nicht Trübsal blasen müssen.

Jugendliche brauchen Vorbilder. Das sollten wir nicht unterschätzen. Welche Vorbilder? Vorbilder sind nicht die Millionäre, die den Müßiggang pflegen, sondern es sind einfache Leute, die ihre tägliche Arbeit tun. Jugendliche brauchen diese Unterstützung. Sie brauchen gemeinsame Erlebnisse in der Gruppe, in der Klasse. Sie brauchen dabei aber auch die Unterstützung der Erwachsenen. Dabei will die CDU-Fraktion deutlich machen, dass auch die Gemeinden und Landkreise eine Verpflichtung haben, ihre Jugendangebote weiterhin vorzuhalten. Ich warne davor, dass es dort zu starken Reduzierungen kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollten mit diesem Antrag erneut darauf aufmerksam machen, dass wir die Jugendkriminalität nicht unterschätzen. Wir wollen uns mit den Zahlen auseinander setzen und ein ehrliches Gespräch mit betroffenen Jugendlichen führen, das sich gegen diese Form der Spaßgesellschaft wehrt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin gespannt auf die Debatte.

Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Bräunig.

Enrico Bräunig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wesensmerkmal des Jugendstrafrechts ist, und hierzu hat sich die Koalition ausdrücklich bekannt, der Erziehungsgedanke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt
bei der Linksfraktion.PDS)

Jugendstrafrecht und Jugendstrafvollzug stehen sich dabei als gleichwertige Bausteine gegenüber. Der Jugendstrafvollzug ist als wichtiges erzieherisches Element so zu gestalten, dass Jugendliche und Heranwachsende gefördert und gefordert werden, um sie von neuerlichen Straftaten abzuhalten. Die besonderen Instrumente des Jugendstrafrechts geben den Gerichten flexible Möglichkeiten, um einzelfallbezogen auf die individuelle Reifesituation der Jugendlichen und Heranwachsenden zu reagieren.

Herr Schiemann hat die Inhalte unseres Antrages ausführlich begründet. Ich möchte mich deshalb darauf beschränken, die eine oder andere Position zu konkretisieren. Die Koalition ist sich einig, dass Defizite nicht im Bereich des Strafrechts, sondern im Bereich des Strafvollzuges bestehen. Wir wollen diesem in der Gesamtdiskussion um das Jugendstrafrecht vielfach zu kurz gekommenen Aspekt im Vorgehen gegen Jugendkriminalität die notwendige Aufmerksamkeit verleihen. Das ist Hintergrund unseres Antrages. In der Praxis dauert es viel zu lange, bis die erzieherischen Maßnahmen eingeleitet werden. Die Strafe folgt nicht auf dem Fuße und somit geht ein Großteil der erzieherischen Wirkung verloren. Auch können Eindrücke aus Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs, wenn die Erinnerungen an das Geschehen schon lange zurückliegen, nicht mehr in gleicher Weise aufgearbeitet werden und büßen damit viel von ihrer Wirkung ein. Im Zusammenhang mit Wiedergutmachungsmaßnahmen tritt zudem das Problem schwieriger Versicherungsfragen hinzu, sodass auch dieses Instrumentarium nicht immer voll ausgeschöpft werden kann.

Unser Antrag möchte auch und bewusst den Erfolg anderer Strafvollzugskonzepte ergründen. Aus Skandinavien gibt es beispielsweise zahlreiche unkonventionelle und effektive Vollzugsmaßnahmen, deren nähere Einzelheiten es wert sind, gründlich aufgearbeitet zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig erscheint es uns auch, Modelle zu evaluieren, die auf eine bessere Vermittlung gemeinnütziger Arbeit – Herr Schiemann hat darauf hingewiesen – durch die Jugendgerichtshilfen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und freien Trägern setzen.

Gestatten Sie mir abschließend noch einen Hinweis. Gerade im Bereich des Jugendstrafvollzugs dürfen bewährte Maßnahmen der Jugendhilfe, wie soziale Trainingskurse oder Betreuungszuweisungen, nicht aus Kostengründen zur Disposition gestellt werden. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass wir zukünftig weniger präventiven Einfluss auf die jugendlichen und heranwachsenden Täter ausüben können. Die Folge wäre ein Anstieg der Jugendkriminalität. Damit ist weder der inneren Sicherheit noch unserer Jugend gedient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die Linksfraktion.PDS erhält das Wort. Herr Bartl, bitte.

Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst Respekt den beiden Koalitionsfraktionen. Wenn ich in der Vergangenheit eine Vorlage zum Jugendstrafrecht oder Jugendvollzug las, jagte mir ein Schauer über den Rücken, weil ich immer damit rechnen konnte, dass es um die Herabsetzung des Straffälligenalters oder um die Verschärfung und Anwendung des Erwachsenenrechts auf alle Heranwachsenden usw. geht. Das macht der Antrag nicht. Der Antrag hat durchaus einen beachtlichen Modernitätsansatz, sei es die wohltuende Wirkung des Koalitionspartners SPD

(Enrico Bräunig, SPD: Sicher!)

oder vielleicht eine kleine Referenz an den anderen potenziellen Koalitionspartner FDP, der gerade im Bundestag vehement und berechtigt um ein längst ausstehendes Jugendstrafvollzugsgesetz kämpft – wie auch immer.

Von der Anlage her ist der Antrag nur zu begrüßen und unter diesem Aspekt in dem Hohen Haus, wie ich hoffe, als Auftakt, nachdem die Staatsregierung recherchiert und berichtet hat, in einer intensiven Debatte weiter zu begleiten.

Ich will zwei oder drei Aspekte unter dem Blickwinkel hervorheben, dass wir keine Vereinfachungen zulassen. Das Jugendstrafrecht kennt den Begriff der Sanktion nicht. Wenn Sie in die Kommentare zum Jugendgerichtsgesetz schauen, finden Sie den Begriff nicht. Man spricht immer von den Rechtsfolgen des Jugendstrafrechts. Die Rechtsfolgen sind in drei Säulen definiert, also in den Erziehungsmaßnahmen, den Zuchtmitteln und der Jugendstrafe. Nebenbei bemerkt hat sich Herr de Maizière 1990 bei den Zuchtmitteln abbedungen, dass die im Einigungsvertrag nicht so genannt werden darf. Die Überschrift musste für die ehemalige DDR geändert werden, weil de Maizière mit dem Begriff „Zuchtmittel“ nichts anfangen konnte.

Ich will gar nichts unterstellen, da die Redebeiträge von Herrn Schiemann und Herrn Bräunig zum Teil unterschiedlich auf die Problematik der Jugendstrafe eingingen. Die Jugendstrafe hat die Voraussetzung schädlicher

Neigungen oder besonderer Schwere der Schuld. Exakt in den drei Säulen müssen wir versuchen, die Modernität, die sich durch die Entwicklung Europas ergibt und die uns, wenn wir es anwenden, auch finanziell entlasten kann, aufzugreifen. Nach unserer Überzeugung ist das ein Thema – insofern bedauere ich es sehr, verehrte Frau Ministerin, verehrter Herr Minister, vielleicht betrifft es nicht unmittelbar Ihr Ressort –, bei dem sich das Kabinett querbeet um die Problematik Jugendstrafrecht, Jugenddelinquenz und Ähnliches mehr kümmern müsste, weil eine ganze Reihe von Effekten enthalten sind, die mit Erziehungsfragen und Wertefragen im Kontext stehen.

Zu der Problematik aus unserer Sicht noch folgenden Gedanken; Kollege Schiemann hat es anklingen lassen. Jugendliche befinden sich aufgrund biologisch-sexueller und psychischer Entwicklungsprozesse im Allgemeinen in einem Übergangsstadium, was mit bestimmten Unsicherheiten im Verhältnis zu ihrer eigenen Persönlichkeit, Identität und ihrer Rolle im Verhältnis zu Verhaltensregeln verbunden ist.

Dementsprechend – das ist die andere Seite – besteht in dieser Zeit eine größere Beeindruckbarkeit als beim erwachsenen Straftäter und damit eine größere Bedeutung eines möglichst breiten Angebots von Erziehungsmaßnahmen; also Erziehungsangebote im wahrsten Sinne des Wortes.

Ich komme noch einmal darauf zurück. Kollege Schiemann wird mir vielleicht gleich wieder Recht geben können. Als wir vor zwei Jahren mit dem Verfassungs- und Rechtsausschuss drei Tage in London waren, um Erfahrungen des britischen Strafrechtssystems zu studieren, generell des Rechtssystems, also eines Richterspruchsrechts, cash law etc., war es für uns tatsächlich zunächst einmal – das gebe ich gern zu – so, dass wir mit der ideologischen Vorbelastung hin fuhren und gesagt haben: Die führen uns jetzt zu den Briten, weil die Briten schon ab dem 12. Lebensjahr Strafmündigkeit haben, weil Law and Order generell großgeschrieben wird, viele Überwachungskameras etc. pp.

Ich sage einmal, unser Aha-Effekt war, als wir am ersten Tag im Ministerium erklärt bekamen, dass der Haushalt vor zehn Jahren umsortiert worden ist. 25 % der Mittel, die bei der Justiz waren, sind – zu Kultus würden wir sagen – in den Bildungsbereich hineingenommen worden. Im Bildungsbereich ist ein umfangreiches Ressort aufgebaut worden zur Intervention bei delinquenten Jugendlichen. Sie machen dort 60 bis 70 % der Jugendstrafaten mit Interventionsmaßnahmen wett, mit einem ganz intensiven System der Betreuung von straffällig gewordenen Jugendlichen oder straffällig hochgradig gefährdeten Jugendlichen, das die Eltern einbezieht, das – wie wir sagen würden – Vereine, den Freizeitbereich, Kulturmaßnahmen und Ähnliches mehr einbezieht.

Vom 12. bis zum 18. Lebensjahr steht dort absolut die Intervention vor der Strafe, auch vor den Zuchtmitteln, meinethalben auch vor der gemeinnützigen Arbeit. Sie reagieren – deshalb auch im Kultus angesiedelt – mit

Maßnahmen, die vorrangig pädagogischer Art sind, und sagen nach zehn Jahren: Wir haben erhebliche finanzielle Mittel eingespart.

Kollege Schiemann, ich kenne das nicht anders bei Ihnen. Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie alles, was Sie sagen, auch glauben.

(Rita Henke, CDU: Glauben Sie nicht, was Sie sagen?)

Ich weiß nicht, wie Sie es hinbekommen wollen, dass wir es politisch im Parlament noch erleben – ich meine es jetzt biologisch –, jedem unserer Jugendlichen, der in Haft sitzt, eine Arbeit zu geben. Wir haben momentan eine Verteilungsquote mit Arbeit von ungefähr 20 %.

Wenn ich die Justizvollzugsanstalten durchgehe, dann habe ich die Regel, dass der 14-, 15-Jährige, der zum ersten Mal logischerweise wegen schwerer Straftaten in den Vollzug geht, mit 26-, 27-Jährigen auf derselben Station ist, weil gerade noch die Jugendstrafe von Heranwachsenden vollstreckt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Jürgen Martens, FDP)

– Ja, das ist das Problem. Aber ich will jetzt keine aktuellen Beispiele benennen.

Wir haben mitnichten momentan ein Mittel, Einfluss darauf zu nehmen, dass wir im Jugendstrafvollzug ein hinreichendes Bildungsangebot und ein hinreichendes Angebot von Arbeitsplätzen bereithalten können. Das lässt sich im Prinzip meiner Auffassung nach nicht mit der Studie allein machen. Das hat ganz handgreifliche, auch rechtliche Korrekturen zur Voraussetzung. Es geht dann nur mit rechtlichen Festlegungen. Die Anstaltsleiter, die Anstaltsbeiräte oder wer immer sich um die Sache bemüht, werden das mit Sicherheit nicht allein richten können.

Nichtsdestotrotz gibt es eine ganze Reihe von hochgradig brisanten Problemen in der Vollziehung dieser Fragen des Jugendstrafrechts, wiederum in diesen drei Säulen. Ich bestreite überhaupt nicht, dass die Problematik – jetzt nenne ich mal den Begriff – der Zuchtmittel nicht effektiv ist, dass es teilweise viel zu lange dauert, bevor die Arbeit zugewiesen wird, dass es unsinnige gemeinnützige Arbeit gibt, die keinen entsprechenden Effekt bringt oder den Wert von Arbeit nicht erbringt und Ähnliches mehr.

Wir müssen letzten Endes auch sehen, dass wir im Freistaat Sachsen nach wie vor innerhalb der ostdeutschen Länder ganz deutlich, aber auch innerhalb der Bundesrepublik einen vorderen Platz in der Quote der Sanktionen – Ihr Sprachgebrauch – der Rechtsfolgenvollziehung mit Freiheitsentzug haben. Wir haben einen viel zu hohen Grad der Jugendstrafen.

Jetzt kommt nämlich Folgendes: Wenn Sie sich die Rückfallstatistik bei jungen und heranwachsenden Straftätern ansehen, liegt die höchste Rückfallquote bei den jugendlichen Straftätern, die eine Jugendstrafe von mehr als einem Jahr bekommen haben. Dort liegen wir in der höchsten Rückfallquote. Diejenigen, die eine Jugendstrafe

unter einem Jahr bekommen haben, liegen in der Rückfallquote schon um 15 % niedriger. Deutlich niedriger in der Rückfallquote liegen diejenigen, die im offenen Vollzug als Jugendliche ihre Strafe verbüßt haben.

Wenn wir die Frage des Gutachters, des Bediensteten und Ähnliches mehr daneben stellen, ist es letztendlich eine Erfahrung des Wegschließens, dass das Unterbringen im Vollzug, was Rückfallquote, was Delinquenz anbetrifft, mitnichten etwas bringt. Wir brauchen bei Jugendlichen gerade wegen dieser Persönlichkeitsspezifik andere Mittel.

Ich sage und gehe gutwillig davon aus: Das will die Koalition. Deswegen wird in dieser Hinsicht der Antrag von uns ganz wesentlich unterstützt werden.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS,
des Abg. Enrico Bräunig, SPD, und
des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die NPD-Fraktion, Herr Petzold.

Winfried Petzold, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In einer von der damaligen Justizministerin Brigitte Zypries in Auftrag gegebenen und Anfang 2004 veröffentlichten Studie kam zum Ausdruck, dass etwa die Hälfte derjenigen, die eine Jugendstrafe vollständig verbüßt hatten, innerhalb von vier Jahren wieder zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden. 77,8 % derjenigen Täter, die zu einer Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt wurden, begingen zudem unmittelbar nach der Entlassung aus der Haft erneut Straftaten. 45,1 % mussten in den Strafvollzug zurückkehren.

Andere Studien ergaben sogar noch höhere Rückfallquoten von 80 bis 90 % innerhalb des Beobachtungszeitraumes von vier bis fünf Jahren, die zu einer erneuten Haftstrafe führten. Auch die zur Bewährung ausgesetzte Jugendstrafe wartete demnach mit einer allgemeinen Rückfallquote von zirka 75 % auf.

Allerdings ist hier zweierlei zu beachten: zum einen, dass eine Jugendstrafe heute überhaupt nur dann verhängt wird, wenn der Jugendliche entweder zuvor schon mehrmals wegen erheblicher Straftaten verfolgt wurde oder eine besonders schwerwiegende Tat begangen hat, zum anderen, dass dadurch in den Haftanstalten eine Konzentration von sozial, psychisch und kriminell erheblich Vorbelasteten stattfindet.

Auch wenn das Jugendstrafrecht zuallererst dem Erziehungsgedanken verpflichtet ist, ist es unter den gegebenen Umständen klar, dass an die pädagogische Beeinflussbarkeit jugendlicher harter Krimineller trotz aller gutmenschlichen Phraseologie keine hohe Erwartung gestellt werden darf, sondern zum Schutz der Allgemeinheit das repressive Element im Vordergrund stehen muss.

Gerade die Bagatellisierung von Jugendstraftaten in den letzten Jahrzehnten hat gezeigt, dass es so wie bisher nicht

weitergehen kann. Es stößt mittlerweile allseits auf großes Unverständnis, wenn schwere Straftaten ohne eine deutlich ahndende Antwort bleiben und so den Rechtsbruch auch im Umfeld des jugendlichen Straftäters als hinnehmbar erscheinen lassen.

Es muss demgegenüber deutlich gemacht werden, dass neben Erziehung und Hilfe auch die Repression im Jugendstrafrecht einen legitimen Stellenwert hat.

Da mutet es kurios an, dass das Jugendgerichtsgesetz zur Nutzung von so genannten formlosen Erziehungsverfahren ermuntert und dabei den so genannten Täter-Opfer-Ausgleich hervorhebt, der bereits von der Jugendgerichtshilfe eingeleitet werden kann. Damit sollen eine Stigmatisierung des Jugendlichen als kriminell vermieden und ganz nebenbei die Gerichte entlastet werden. Zu weniger Jugendkriminalität hat dies freilich nicht geführt. Im Gegenteil. Diese Art der Erledigung von Strafverfahren hat bisher gerade bei Gewaltdelikten den Tätern ganz unangemessen signalisiert: War ja nicht so schlimm.

Vielmehr kommt es darauf an, jugendlichen Ersttätern mit einer sofortigen kurzen und harten Strafe zu signalisieren: Halt, so nicht!

Insofern ist der Jugendarrest sicher das bessere Mittel. Auch hier sind zwar die Rückfallquoten mit etwa 70 % hoch, jedoch immerhin geringer als bei Haftstrafen. Nicht nur im Sinne eines möglichen Abschreckungseffekts, sondern auch unter dem Aspekt des Schutzes der Gesellschaft vor jugendlichen Gewalttätern ist es notwendig, die längst gescheiterte weiche Welle gegen unbelehrbare Kriminelle aufzugeben.

So haben jüngste Erfahrungen gezeigt, dass es auch nach dem Jugendstrafvollzug schuldfähige Täter gibt, die hoch gefährdet bleiben, ohne dass dieser Gefährlichkeit mangels Krankheitswert durch Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus begegnet werden kann.

Eine Sicherungsverwahrung für Jugendliche und Heranwachsende, auf die Jugendstrafrecht zur Anwendung kommt, ist bisher kaum möglich. Hier muss sich etwas ändern. Anstatt sich also Gedanken über die Haftpflichtversicherung von Kriminellen, die leichtere Vermittlung gemeinnütziger Arbeit durch die Jugendgerichtshilfe und die intensivere Betreuung der Täter zu machen, sollte die Politik endlich das Augenmerk auf den Schutz der Gesellschaft richten und auch schwerere Rechtsbrüche nicht weiter bagatellisieren. – In der Hoffnung, dass den Worten von Herrn Schiemann einmal Taten folgen werden, stimmen wir dem Berichtsantrag zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die FDP-Fraktion erhält das Wort; Herr Dr. Martens.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu meinem Vorredner nur so viel: Was wir gestern an rechtspolitischer Höhlenmale-

rei erleben durften, ist heute fröhlich fortgesetzt worden. Das kommt davon, wenn man vom Wesen des Jugendstrafrechts nicht allzu viel mitbekommen hat!

Der Antrag der Koalitionsfraktionen, der sich mit dem Jugendstrafrecht beschäftigt, ist vom Ansatz her zu begrüßen, meine Damen und Herren. Das Jugendstrafrecht und insbesondere der Vollzug des Jugendstrafrechtes müssen modernisiert und den jetzigen Anforderungen angepasst werden. Dies ist in der Vergangenheit leider zu zögerlich und auch nur unvollkommen getan worden. Richtig, im Mittelpunkt des Jugendstrafrechts steht vor allen Dingen das erzieherische Einwirken auf einen Täter, dessen Tat sich in der Regel als Teil einer kriminellen Episode darstellt; ein Einwirken auf einen Täter, um ihn davon abzuhalten, eine kriminelle Karriere einzuschlagen. Dies ist das Ziel des Jugendstrafrechts. Die Mittel dafür – es ist gesagt worden – sind ein differenziertes Instrumentarium von Sanktionen.

Ich möchte die Diskussionen über die eigentlichen strafrechtlichen Fragen nicht weiter vertiefen. Dies ist im Mai vorigen Jahres bereits in einer Anhörung im Landtag getan worden. Nein, es geht uns darum, dass wir uns der Frage des Systems des Vollzuges widmen. Jugendstrafrecht hat den Vorteil, dass es viele flexible Möglichkeiten zur Verfügung stellt, um auf jugendliche und heranwachsende Straftäter einzuwirken. Dies setzt allerdings einen kompetenten und leistungsfähigen Jugendstrafvollzug voraus. Eine Rahmenregelung zum Jugendstrafvollzug fehlt, meine Damen und Herren.

Obwohl bereits das Bundesverfassungsgericht 1972 zum Strafrecht allgemein gesagt hat, dass die überkommenen Vorstellungen des besonderen Anstaltsverhältnisses nicht ausreichend seien, um Grundrechtseinschränkungen und Maßnahmen im Strafvollzug zu legitimieren, und dies auch für den Jugendstrafvollzug gelte, ist es bis heute nicht gelungen, ein die Rahmenbedingungen insgesamt vorgebendes Strafvollzugsgesetz zu erlassen. Dieser Antrag – das muss ich kritisieren – enthält dazu leider nichts. Wir von der FDP hätten es begrüßt, wenn in diesem Antrag wenigstens die Aufforderung an die Staatsregierung enthalten wäre, sich Gedanken über die Schaffung eines solchen Jugendstrafvollzugsrechtes zu machen. – Dies enthält der Antrag nicht, und das ist zu kritisieren.

Lassen Sie mich zu den einzelnen Punkten so viel anmerken: Es gibt natürlich immer wieder Bedarf, die Maßnahmen und Vollzugsregelungen, die im Jugendstrafvollzug vorhanden sind, zu evaluieren und anzupassen. Allerdings gibt es einige Dinge, die der Antrag fordert, welche die Staatsregierung sicher ohne größeren Zeitverzug erledigen kann. Wenn hier Vergleichsstudien im Bereich der Sanktionsforschung angesprochen werden, ist darauf hinzuweisen: Es gibt solche Studien bereits. Es gibt Studien auf Bundesebene über die Wirksamkeit der verschiedenen Sanktionen im Jugendstrafrecht. Dort – wie auch in anderen Studien von Ländern bereits festgestellt – ist es so, dass die informelle Erledigung der

formellen Erledigung in Verfahren deutlich überlegen ist und ambulante Sanktionen effektiver als stationäre Sanktionen arbeiten. Hierzu wurde bereits mehrfach angesprochen, dass die Insassen von Jugendstrafanstalten hinterher eine wesentlich höhere Rückfallquote zu verzeichnen haben als die Teilnehmer an ambulanten Programmen.

Es gibt auch Vergleichsstudien auf internationaler Ebene, insbesondere die Komiteeempfehlungen der EU-Justizminister zum Umgang mit Jugenddelinquenz, die hier nur angeführt sein sollen. Es geht auch um die Beschleunigung der Vollstreckung, meine Damen und Herren. Hier geht es ebenfalls um Modelle, bei denen sich die Staatsregierung umschauen kann. Insbesondere zu nennen sind dabei die Varianten, mit denen Verfahren in Baden-Württemberg durch die räumliche und organisatorische Zusammenfassung der am Jugendstrafvollzug beteiligten Stellen beschleunigt wurden.

Wir begrüßen diesen Antrag. Gleichzeitig rufen wir die Staatsregierung auf: Warten Sie nicht allzu lange. Prüfen Sie die Haftpflichtversicherungsfragen im Detail, aber lassen Sie sich nicht davon abhalten, die großen Grundlinien, die Rahmenbedingungen des Jugendstrafvollzuges, zu ordnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und des
Abg. Marko Schiemann, CDU)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Herrmann von der Fraktion der GRÜNEN hat das Wort.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anfang Februar dieses Jahres polterte der Hamburger Justizsenator Roger Kusch mit der wohl durchdachten Forderung in die Öffentlichkeit, kurzerhand einmal das Jugendstrafrecht abzuschaffen. Leider wird das öffentliche Bild von Kriminalität eher von solch medienwirksamen Äußerungen und zweifelhaftem Schlagabtausch als von inhaltlichen Diskussionen geprägt. Trotzdem wird an diesem realitätsfernen Bild festgehalten, dem Bild, dass Mord und Totschlag zunehmen, die Täter immer brutaler und jünger werden. Folgerichtig kann es für manchen nur einen Ausweg geben: die Verschärfung des Strafrechts, der Warnschussarrest für Jugendliche und die Abschaffung des Erziehungsgedankens im Jugendstrafrecht.

Für unsere Fraktion ist der Antrag der Koalition, der heute vorliegt, ein Versuch – ich zitiere –: „ein an den modernen Erziehungsgrundsätzen orientiertes Jugendstrafrecht zu stärken“. Deshalb kann der Antrag zur Versachlichung der Debatte beitragen. Wir begrüßen die angestrebte Verbesserung beim Vollzug von Sanktionen als ersten Schritt.

Herr Bartl hat in diesem Zusammenhang bereits Anmerkungen zu Sanktionen gemacht. Zielrichtung des Jugendstrafrechts ist die Erziehung der Jugendlichen und Heranwachsenden, um weitere Straftaten zu verhindern. Strafe steht also nicht im Vordergrund. Ganz konkret geht es um ambulante Maßnahmen, wie zum Beispiel soziale

Trainingskurse, Täter-Opfer-Ausgleich und Erziehungsbeistandschaft, sowie um stationäre Maßnahmen: Jugendarrest, Erziehungshilfe und Jugendstrafe.

Heute wird nach jahrelangen Diskussionen in Wissenschaft und Rechtsprechung überwiegend die Meinung vertreten: Ziel des Jugendstrafvollzuges ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als die zukünftige Bewährung in der Legalität.

Wir müssen den erzieherischen Ansatz des Jugendstrafrechts stärken. Warum? Längsschnittuntersuchungen zum Einfluss einer Haftstrafe auf die Lebensgeschichte von Jugendlichen bestätigen die Untersuchungen zur Wiederholungsquote. Die zu einer Haftstrafe – dies wurde bereits gesagt – verurteilten Jugendlichen weisen ein erhöhtes Wiederholungsrisiko auf. Bei den zu Bewährungsstrafen Verurteilten dagegen sinkt dieses Risiko deutlich.

Für die allermeisten Jugendlichen bleibt die Straffälligkeit ein einmaliges Ereignis in einer häufig turbulenten Lebensphase. Eine Haftstrafe dagegen kann der Beginn einer kriminellen Karriere sein – natürlich nicht zwangsläufig. Unter den Bedingungen des Freiheitsentzuges ist Erziehung zwar schwierig, aber nicht unmöglich. Dazu brauchen wir in Sachsen jedoch dringend ein pädagogisches, erfahrungsgelitetes Grundkonzept, denn der Haftalltag steht häufig im Widerspruch zum Erziehungsgedanken. Nicht die Kompetenzgewinnung der Jugendlichen oder eine selbstverantwortliche Lebensführung stehen im Vordergrund, sondern das Erreichen von Disziplin durch willkürliche Maßnahmen.

Für den Vollzugsalltag mag das positiv sein, für das Leben nach dem JVA-Aufenthalt dürfte es eher schaden. Der Görlitzer Gefängnisseelsorger Diedrich Immer bringt es in einem Zeitungsbericht auf den Punkt: „Sein Leben eigenverantwortlich gestalten lernt hier niemand.“

Was müssen wir also in Zukunft verbessern? Wir brauchen in einem Land mit stetig sinkender Bevölkerung keine zusätzlichen Haftplätze, sondern mehr Trainings- und Beratungsangebote, die helfen, den Weg zurück in die Gesellschaft zu finden. Die JVAs in Zeithain und Zwickau, zukünftig in Regis-Breitingen, benötigen mehr Freiräume und Ressourcen für die pädagogisch sinnvolle Gestaltung des Haftalltages.

Der entscheidende Punkt ist aber – Herr Dr. Martens ist darauf schon eingegangen –, dass in Sachsen wie auch in anderen Bundesländern der Jugendstrafvollzug ohne gesetzliche Grundlage durchgeführt wird. Der Freistaat muss sich deshalb auf Bundesebene für ein eigenständiges Jugendstrafvollzugsgesetz einsetzen, das den Erziehungs- und Fördergedanken des Vollzuges endlich einheitlich regelt und auf einen verfassungskonformen Boden stellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Letztlich kommen wir in der Verbesserung des Vollzuges bei der Jugendstrafe nur dann voran, wenn wir uns für ein bundeseinheitliches Jugendstrafvollzugsgesetz einsetzen. Vor dem Bundesverfassungsgericht wird derzeit eine Verfassungsbeschwerde eines jugendlichen Inhaftierten

verhandelt. In wenigen Monaten wird sich entscheiden, ob eine spezielle gesetzliche Grundlage für den Jugendstrafvollzug verfassungsrechtlich erforderlich ist. Sinnvoll ist sie schon jetzt und die GRÜNEN setzen sich auch schon lange dafür ein.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Vorstoß von Justizminister Geert Mackenroth strikt ab, sich im Rahmen einer Föderalismusreform für die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug vom Bund auf die Länder einzusetzen.

Der vorliegende Antrag ist ein kleiner, aber richtiger Schritt in eine richtige Richtung. Wir werden ihm zustimmen und einen eigenen Änderungsantrag dazu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es aus den Fraktionen noch Redewünsche? – Von der Staatsregierung? – Herr Staatsminister Winkler.

Hermann Winkler, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen Kollegen Geert Mackenroth vertreten und mich zu Beginn meiner Ausführungen gleich freuen, dass es, was das Grundanliegen betrifft, weitestgehende Einigkeit in den Fraktionen gibt. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden darauf achten, dass schnell und eben auch effektiv reagiert wird. Das heißt, dass die Sanktion der Tat wirklich auf dem Fuße folgen muss. Dann wirkt sie auch besser. Genauso wichtig ist es jedoch, eine intensive und vor allem erzieherisch wirksame Betreuung zu erreichen.

Ich möchte sagen, dass ich den Ausführungen besonders der Abg. Schiemann und Bräunig nichts weiter hinzuzufügen habe. Die Staatsregierung wird detailliert zu den einzelnen Punkten berichten. Ich möchte deshalb die weiteren Ausführungen zu Protokoll geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Vielen Dank, Herr Minister. – Wenn es keinen weiteren Redebedarf gibt, kommen wir zum Schlusswort: Herr Schiemann für die Koalitionsfraktionen.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch heute dürfte eine vor 400 Jahren in Shakespeares „Wintermärchen“ durch den alten Schäfer vorgetragene Klage an Bedeutung nicht verloren haben: „Ich wollte, es gäbe gar kein Alter zwischen zehn und 23 Jahren oder die Jungen verschlafen die ganze Zeit; denn dazwischen ist nichts als die Älteren Ärgern, Stehlen und Balgen.“ Das hat der alte Schäfer vor 400 Jahren von Shakespeare im „Wintermärchen“ in den Mund gelegt bekommen.

Was können wir darauf antworten? Nur gut, dass alle Mitglieder dieses Hohen Hauses sagen können: Wir sind

auch einmal zehn und später 23 Jahre alt gewesen, wir haben diese Zeit auch erlebt. Es ist gut, dass wir diese Zeit erlebt haben, und ich glaube, es ist auch gut, dass Jugendliche diese Zeit mit den entsprechenden Erfahrungen erleben. Nur eine Erfahrung sollen sie nicht machen: Sie sollten sich nicht in das Milieu der Kriminalität begeben. Das sollte die Grenze sein. Das sollte das Plädoyer auch an die sächsischen Jugendlichen sein: Die Grenze zur Kriminalität sollte nicht überschritten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für die Debatte, schließt sie sich doch an die Debatten an, die wir Jahre zuvor zu diesen Themen geführt haben. Ich erinnere mich daran, dass die SPD-Fraktion vor Jahren eine Initiative in den Sächsischen Landtag eingebracht hat. Ebenso erinnere ich mich an Initiativen unserer Fraktion und anderer Fraktionen.

Bleibt für mich noch festzustellen, dass es wichtig ist zu wissen, dass all die Aufgaben, die heute auch angesprochen worden sind, nicht nur Aufgaben von Justiz und Polizei sind. Die Justiz ist nicht Reparaturbetrieb der Gesellschaft. Für Fehler, die in der Gesellschaft entstehen, für Verfehlungen Einzelner kann die Justiz nicht der Korrekturbetrieb sein. Deshalb werden, glaube ich, auch weiterhin mehr Kräfte nötig sein. Es ist der Bereich des Sozialministeriums, es ist die Schule, die einen ganz wichtigen Beitrag zur Prägung Jugendlicher leistet.

Ich habe von Vorbildern gesprochen. Ich kann mich auch an Lehrer erinnern, die mir nicht gepasst haben, die mir aber dennoch zum Vorbild geworden sind. Ich würde mir wünschen, dass viele Schüler auch von ihren Lehrern sagen können: Das ist ein gutes Vorbild; an dem will ich mich orientieren. – Die Schule hat einen ganz wichtigen Beitrag zu leisten.

(Beifall des Abg. Volker Bandmann, CDU)

Ich glaube aber auch, die kommunale Ebene sollte ihre Verantwortung wahrnehmen, um Jugendlichen den Raum und die Grenzen zu geben, aber besonders den Raum und die Begleitung der Erwachsenen, um Kriminalität zu verhindern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich ganz herzlich für die Debatte und würde mich freuen, wenn Sie dem Antrag zustimmen würden.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie des Abg. Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Zur Drucksache 4/4544 liegt Ihnen in der Drucksache 4/4633 ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Wer möchte diesen Antrag einbringen? – Frau Herrmann.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns dafür entschieden, einen Änderungsantrag einzubringen, um konstruktiv mit der Koalition auf Verbesserungen im Vollzug der im Jugendstrafrecht verhängten Sanktionen hinzuwirken.

Zu den ersten beiden Punkten unseres Änderungsantrages: Sie wollen Vollzugskonzepte überprüfen. Dazu müssen Sie erst einmal analysieren, welche ambulanten und stationären Maßnahmen Richter und Richterinnen bei welchen Straftaten im bundesweiten Vergleich und im Vergleich zu anderen OECD-Staaten verhängen und wie die Wiederholungsquote aussieht. Letztlich kann nur so ein vernünftiger Vergleich zustande kommen. Bis 2002 haben wir aufgrund einer Großen Anfrage der PDS einige Daten vorliegen. Ab 2002 benötigen wir diese noch, und zwar differenziert nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und Bildung.

Warum wollen wir diese detaillierten Angaben, warum haben wir dieses Auskunftersuchen? Zum einen: Der Trend geht jüngeren Forschungen zufolge zu mehr Jugendstrafe ohne Bewährung, obwohl kein Anstieg der Straftaten, der diesem Verhältnis entspräche, zu verzeichnen ist. Zum anderen: Bei uns im Freistaat hat ein Jugendlicher eine sehr viel höhere Chance, zu einer Strafe ohne Bewährung verurteilt zu werden, als zum Beispiel in Rheinland-Pfalz – und das trotz der hohen Wiederholungsquote, die der Strafvollzug ohne Bewährung mit sich bringt.

Dieses Beispiel soll erläutern, wie wichtig es ist, differenzierte Daten zu erheben und dem Parlament vorzulegen. Wir müssen also auch fragen, ob es eventuell in der Jugendrichterschaft Schulungsbedarf gibt usw.

Zu Punkt 3 des Änderungsantrages: Obwohl ambulante Maßnahmen wie soziale Trainingskurse höhere Erfolge dahin gehend erzielen, dass Jugendliche in der Legalität bestehen, werden immer häufiger Arrest und Jugendstrafvollzug verhängt – und dies, obwohl der Jugendstrafvollzug eigentlich die Ultima Ratio sein müsste, da sich kriminelle Karrieren zumeist eher im Jugendknast als im sozialen Trainingskurs bilden.

Nun ist es so, dass die Finanzierung der ambulanten Maßnahmen alles andere als geklärt ist. Die Länder ziehen sich immer mehr aus ihrer Finanzierungsverantwortung zurück, die Kommunen sind in finanziellen Zwängen. Es macht eben einen Unterschied, ob in einem sozialen Trainingskurs fünf oder 20 Jugendliche geschult werden und ob sich ihre Betreuer und Betreuerinnen in prekären Arbeitsverhältnissen bewegen. Sollte dies auch in Sachsen der Fall sein, haben wir als Parlament die Aufgabe, darauf Einfluss zu nehmen.

Zum Schluss: Wenn wir uns für eine Verbesserung des Vollzugs der ambulanten und stationären Maßnahmen im Jugendstrafvollzug einsetzen wollen, müssen wir genaue Kenntnisse haben. Hierzu gehören die Fragen, welche Maßnahmen bei welchen Straftaten verhängt werden, wie diese finanziert werden und welche Problempunkte dort auftreten.

Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. René Fröhlich, Linksfraktion.PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es Aussprachebedarf dazu? – Herr Abg. Schiemann, CDU-Fraktion.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeschaut und ich möchte darauf verweisen, dass wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Vorfeld auch über eine Erweiterung unseres eigentlichen Antrages nachgedacht haben. Wir haben darauf verzichtet, das Justizministerium, aber auch die Polizei mit Mehraufwand zu belasten. Ich verweise dabei auf einen Antrag, der von der Staatsregierung am 10. Mai 2004 im 3. Sächsischen Landtag beantwortet worden ist.

Damals hat schon einmal eine Gruppe von Mitgliedern des Landtages Anfragen gestellt und ich verweise darauf, dass entsprechend der damaligen Antwort davon auszugehen war, dass 90 000 bis 100 000 Akten einzusehen gewesen wären. Diese Akten wären zu Vergleichen auszuwerten gewesen. Jetzt nehmen Sie noch die internationalen Akten hinzu. Es wären nach damaliger Prognose über 6 000 Stunden nötig gewesen, um ein Material liefern zu können.

Ich bitte Sie einfach, auf Ihren Antrag zu verzichten. Wir haben heute den ersten Schritt getan, indem wir die Staatsregierung bitten, auf diese Fragen zu antworten. Ich würde Sie wirklich bitten, die Justiz in ihrer Tätigkeit jetzt nicht zu überlasten. Wir sollten eines klarstellen: Die Aufgabe, die Jugendkriminalität einzudämmen, ist viel wichtiger, als uns jetzt Zahlen zu liefern. International können wir alles über den Computer abfragen, können wir selbst vergleichen. Bitte, die praktische Arbeit ist wichtiger als jetzt nur Antworten für uns zu finden.

Deshalb wird meine Fraktion, werden die Koalitionsfraktionen dem Antrag nicht zustimmen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die Linksfraktion. PDS Herr Abg. Bartl.

Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Das Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen wir an sich uneingeschränkt.

Im Prinzip brauchen wir normalerweise, wenn wir den neuen Ansatz, den wir dem Antrag von CDU und SPD entnehmen, tatsächlich wagen wollen, die Basisziffern, die Ausgangspunkte, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem erstem und dem zweitem Anstrich von der Staatsregierung abfragen will.

Allerdings ist es tatsächlich folgendermaßen: Wenn wir in diesem Hause eine Anfrage stellen, die zum Beispiel in die Frage hineinreicht, welche Sanktionen im Jugendstrafverfahren verhängt worden sind, hat das zur Konsequenz, dass sich in Chemnitz der Jugendstaatsanwalt hinsetzt – oder drei, je nachdem, wie umfänglich es ist – und dann eine Woche nicht dazu kommt, zur Verhandlung zu gehen, weil er jetzt die Akten einstrichelt und sagt: Da gab es das, da gab es das und das. – Das ist so. Man wird

dann, wenn man ihn irgendwo auf dem Gang trifft, auch belegt und er sagt: Wir hätten vorige Woche schon verhandeln können, ich saß aber über eurer Kleinen Anfrage.

Insofern gebe ich zu, dass bei dem Aufwand, der in den Anstrichen 1 und 2 steckt, im Verhältnis zu dem, was wir damit bewirken wollen, „verhältnismäßig“ tangiert wird. Es wäre besser, wir hätten eine wissenschaftliche Kriminalitätsforschung, die Derartiges im Ministerium erheben würde. Das wäre das Beste. Das sollte man sich überlegen und darüber müsste man nachdenken. Aber wie es im Moment eingerichtet ist und bei der zeitnahen Verfügbarkeit der Sache hätten wir jetzt praktisch die genannte Konsequenz.

Der dritte Anstrich ist mit diesem Aufwand nicht verbunden. Das ist eine ganz wesentliche Frage. Der dritte Anstrich fragt nach der Problematik der Aufbringung der Mittel für die ambulante Betreuung. Da ist die Not: Ein nicht geringer Prozentsatz unserer jugendlichen Straftäter kommt in den Vollzug, weil irgendeine Betäubungsmittelabhängigkeit besteht, sehr oft auch bei ganz normalen Eigentumsdelikten, weil es Beschaffungskriminalität ist.

Das Problem ist normalerweise Folgendes: Diese jugendlichen Straftäter kann man zwei oder drei Jahre lang verwahren, man hat zwar einen kalten Entzug, aber es bringt nichts. Bevor man sie in eine Therapie bekommt, steht das Problem, dass man über Monate treppauf, treppab läuft, um die Finanzierung zu klären, und dass sich dann tatsächlich die Vereine, die sich darum kümmern, hoch verdient machen, aber ein bestimmter Prozentsatz derjenigen, die nicht krankenversichert sind etc. pp., dennoch nicht in die Therapie hineinkommt. Das ist ein maßgeblicher Aspekt, bei dem wir auch wesentlich Prävention betreiben können. Insofern denke ich, der letzte Anstrich ist nicht mit Aufwand verbunden. Er enthält einfach eine Frage, die sich über Land/Kommune sehr schnell recherchieren lässt, und er würde uns in dieser Frage einen wesentlichen Ansatz bringen.

Wir bitten, über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach den Anstrichen getrennt abzustimmen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es dazu weitere Redewünsche? – Das ist nicht der Fall.

Dann, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung. Es ist von der Linksfraktion.PDS beantragt worden, über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 4/4633 punktweise abzustimmen.

Ich rufe den Punkt 1 dieses Antrags auf. Wer diesem Punkt zustimmen kann, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltungen und Stimmen dafür ist dieser Punkt 1 mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe den Punkt 2 auf. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Gleiches Stimmverhal-

ten. Dem Punkt 2 ist mehrheitlich nicht zugestimmt worden.

Ich rufe den Punkt 3 auf. Wer kann diesem zustimmen? – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen und einer größeren Anzahl von Dafür-Stimmen ist der Punkt 3 dennoch mehrheitlich abgelehnt worden.

Damit ist der gesamte Änderungsantrag abgelehnt worden.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Ursprungsantrag in der Drucksache 4/4544 und ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltungen, ohne Gegenstimmen ist dieser Antrag mehrheitlich beschlossen worden. Damit können wir den Tagesordnungspunkt beenden.

Erklärung zu Protokoll

Hermann Winkler, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei: Den vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen begrüße ich. Er trägt der außerordentlichen Bedeutung einer schnellen und effektiven Umsetzung der in Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende getroffenen Entscheidungen Rechnung. Selbstverständlich wird die Staatsregierung zu den einzelnen Punkten des Antrages detailliert berichten. Gestatten Sie mir jedoch vorab einige Worte.

Stärker noch als im allgemeinen Strafrecht gilt die Regel, dass die Sanktion der Tat „auf dem Fuße“ folgen muss. Insbesondere die mit den so genannten Zuchtmitteln oder Erziehungsmaßregeln, also den Sanktionen unterhalb der Schwelle einer Jugendstrafe, angestrebte Wirkung kann nur dann erreicht werden, wenn die Zeit zwischen Straftat und vollzogener Sanktion möglichst kurz ist. Der berühmte „Schuss vor den Bug“ wirkt nur sofort oder gar nicht mehr.

Eine zeitnahe Vollstreckung, insbesondere des Jugendarrestes, ist daher seit jeher unser Anliegen. Durch die zusätzliche Einrichtung von Jugendarrestabteilungen mit jeweils 16 Plätzen in den Justizvollzugsanstalten Dresden im Jahr 2000 und in Bautzen im Jahr 2005 konnte das Kontingent auf insgesamt 52 Plätze erweitert und so eine Verkürzung der Wartezeit bis zum Arrestantritt bewirkt werden. Eine verbesserte Abstimmung zwischen den Justizvollzugsanstalten und den Vollzugsleitern – das sind die Jugendrichter – hat gleichfalls zur Beschleunigung der Arrestvollstreckung beigetragen. Die Zeit zwischen Rechtskraft und Verurteilung und Arrestantritt beträgt gegenwärtig etwa acht Wochen.

Ursache für diese – nach meiner Ansicht immer noch zu lange – Wartezeit ist unter anderem die noch nicht ausreichende Anzahl von Arrestplätzen im Freistaat Sachsen. Eine schnellere Vollstreckung ist nach der Erweiterung dieser Kapazität möglich. In der im Bau befindlichen Jugendstrafanstalt Regis-Breitingen könnten in relativ kurzer Zeit zirka 50 zusätzliche Arrestplätze geschaffen werden. Mit Blick auf die demografische Entwicklung hat das Sächsische Staatsministerium der Justiz eine solche Baumaßnahme bisher nicht forciert. Sollte der Bedarf an Jugendarrestplätzen allerdings gleich bleiben oder gar steigen, würden wir gegensteuern.

Die von Jugendrichtern angeordnete gemeinnützige Arbeit ist eine der am häufigsten verhängten Sanktionen im Jugendstrafrecht. In der Regel werden die Arbeitsleistungen in gemeinnützigen Einrichtungen in kommunaler, freier oder privater Trägerschaft erbracht. Eine Erweiterung der Ableistungsmöglichkeiten auf Wirtschaft, Handel und Handwerk ist wünschenswert.

Ein schnelles Arbeitsangebot bedarf hier einer noch engeren Zusammenarbeit der Jugendgerichtshilfe mit der Wirtschaft und den freien Trägern, denn in der Praxis hat die Jugendgerichtshilfe zunehmend Schwierigkeiten, geeignete Ableistungsstellen zu finden. Diese ergeben sich zum einen daraus, dass eine fachliche Betreuung des Jugendlichen notwendig ist, die momentan unentgeltlich vom Träger geleistet wird; zum anderen macht sich die allgemeine Arbeitsmarktsituation bemerkbar.

Die Vollstreckung von Sanktionen im Jugendstrafrecht müssen wir beschleunigen und so gestalten, dass eine intensive und erzieherisch wirksame Betreuung erreicht wird. Sachsen hat dies frühzeitig erkannt und als erstes Bundesland eine Jugendsozialtherapie eingerichtet. Mit ihren 37 Plätzen ist sie die zweitgrößte im Bundesgebiet.

Ich möchte auch darauf verweisen, dass wir innovative Wege beispielsweise mit der Integration von Therapie in die Behandlungsmaßnahmen gehen. Darüber hinaus bieten wir den Jugendlichen eine Berufsausbildung in modularer Form an. So können sie auch bei einer kürzeren Haftzeit eine Berufsausbildung beginnen, die Module Schritt für Schritt abschließen und nach der Entlassung weiter fortsetzen.

Hat der Jugendrichter auf eine Jugendstrafe erkannt, dann ist die intensive Behandlung und Betreuung der Verurteilten während der Haft unverzichtbar. Über die Haftzeit hinaus muss ein den Jugendlichen unterstützendes Netzwerk entstehen. Dieses muss neben Jugendstrafvollzug, Jugendgerichtshilfe und Sozialem Dienst der Justiz auch die Institutsambulanzen insbesondere für alkoholabhängige, psychisch kranke oder sexuell auffällige Jugendliche einbinden.

In diesem Bereich geht das SMJus mit dem Projekt „Durchgehende Betreuung“ bereits einen ersten wichtigen Schritt. Dieses Vorhaben begründet eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sozialdienst des Justizvollzuges und

der Bewährungshilfe mit dem Ziel, Doppelarbeit zu vermeiden und eine effektive Kommunikation zu gewährleisten. Die Einbeziehung des Jugendvollzugs und die Einbindung der Jugendgerichtshilfe sind geboten. Dafür entstehen mit dem Neubau der Jugendstrafanstalt Regis-Breitungen konzeptionelle Freiräume. Eine intensive Betreuung durch Menschen, die den Jugendlichen über

längere Zeit kennen gelernt haben, ist ganz besonders für die Vorbereitung der Entlassung in der Phase der „Abkopplung“ vom Jugendvollzug wichtig.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 5

Aufforderung an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen zur Abgabe einer Regierungserklärung über die Auswirkungen der Föderalismusreform auf den Freistaat Sachsen

Drucksache 4/4119, Antrag der Linksfraktion.PDS

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: als Einreicherin die Linksfraktion.PDS, dann CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung.

Ich erteile der einreichenden Fraktion das Wort. Herr Abg. Dr. Friedrich.

(Präsidentenwechsel)

Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 10. März dieses Jahres ist im Bundestag und im Bundesrat das Gesetzgebungsverfahren für die Föderalismusreform, oft auch Bundesstaatsreform genannt, gestartet. Nur drei Stunden waren für die 1. Lesung der bisher umfangreichsten Änderung des Grundgesetzes in der Geschichte der Bundesrepublik – immerhin sollen 19 Artikel geändert, zwei gestrichen und vier hinzugefügt werden – vorgesehen. Ein dazugehöriges Föderalismusreformbegleitgesetz sieht die Änderung von weiteren insgesamt 21 Bundesgesetzen vor.

Mehr als genug Stoff also für Debatten, so sollte man meinen, zumal „die Mutter aller Reformen“ – das hat Edmund Stoiber gesagt – die Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern völlig neu ordnen, für klare, auch für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Zuständigkeiten sorgen –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Abg. Friedrich, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS: – und bisherige Blockaden aufbrechen soll. – Wenn mein Satz zu Ende ist, ja.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Bitte schön, Kollege Prof. Porsch.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Herr Kollege Friedrich, halten Sie es der Würde des Hauses angemessen, dass aus Anlass der Forderung einer Fraktion, und zwar der zweitgrößten Fraktion im Haus, nach einer Regierungserklärung von der Regierung einzig und allein der Leiter der Staatskanzlei anwesend ist?

Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS: Selbstverständlich halte ich das nicht für angemessen und es gibt verschiedene parlamentarische Möglichkeiten in der Geschäftsordnung, über die man nachdenken könnte.

Ich schließe nicht aus – ich bin ein notorischer Optimist –: Es könnte sein, dass sich die Plätze der Ministerriege im Verlauf der Debatte etwas füllen und wir vielleicht doch noch die erbetene Regierungserklärung bekommen. Angemessen ist es mit Sicherheit nicht, weil das Thema ausdrücklich jedes Fachministerium angehen sollte, und zwar aus folgendem Grund: Es mehren sich die Zeichen, dass die „Mutter aller Reformen“ zur „Mutter allen Murkses“ mutieren könnte. Das hat der GRÜNEN-Geschäftsführer Volker Beck gesagt. Immer mehr Politiker und Fachexperten warnen davor, die Verfassungsreform als ein reines Prestigeobjekt der Berliner Koalition nur um ihrer selbst willen und noch dazu in einem wahren Schweinsgalopp durchzudrücken, weil dabei wesentliche Inhalte unter die Räder kommen. – Ich komme im zweiten Teil meines Redebeitrages darauf zurück.

In dieser Situation – so sollte man jedenfalls meinen – müsste doch die ergebnisoffene parlamentarische Debatte dieses hoch komplizierten Vorhabens einschließlich entsprechender Expertenanhörungen quer über alle betroffenen Politikfelder das Allerwichtigste sein. Ich sage noch einmal: Es gibt kein Politikfeld, das nicht davon betroffen wäre.

Doch Fehlanzeige! Kaum war die mühsame Einigung zwischen den Koalitionsfraktionen und den Länderfürsten Mitte Februar zustande gekommen, beeilten sich die Spitzen der Koalition – angefangen von der Bundeskanzlerin über die Verhandlungsführer Stoiber und Müntefering bis hin zum CDU-Fraktionsvorsitzenden Kauder – in einer wahren Basta-Politik. Ex-Kanzler Schröder hätte es nicht besser gekonnt. Um Gottes willen dürfe das mühsam geschnürte Gesetzespaket ja nicht wieder aufgeschnürt werden. Der mühsam ausgehandelte Kompromiss zwischen Bund und Ministerpräsidenten, dem die entsprechenden Vorschläge im Anhang der Koalitionsvereinbarung zugrunde liegen, die wiederum auf den Vorschlägen der 38-köpfigen Bundesstaatskommission beruhen,

dürfe nicht wieder aufgedröselst werden, solle es zu einem Erfolg dieses Jahrhundertwerkes kommen.

Leider haben auch Sie sich, Herr Ministerpräsident Milbradt, sofort in den Chor dieser Basta-Sager eingereiht.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wo ist er denn?)

– Ja, wo ist er denn? Ich hoffe, er hört mich trotzdem. – Unmittelbar nach der Einigung mit Ihren Amtskollegen am 6. März haben Sie die Forderung erhoben, über das Gesetzespaket könne nur als Ganzes und nur ohne Änderung abgestimmt werden, ansonsten werde es an den notwendigen Zweidrittelmehrheiten scheitern.

Es ist wie in der Mathematik. Eine notwendige Bedingung ist etwas völlig anderes als eine hinreichende. Natürlich sind notwendige Bedingungen – sprich: die erforderlichen Mehrheiten zu organisieren – einzuhalten. Hinreichend für einen tragfähigen Erfolg des gegenwärtig erzielten Flickenteppichkompromisses ist aber die gegenwärtige Machtkonstellation noch lange nicht. Allein vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Struck und vom ehemaligen Bundestagspräsidenten Thierse waren angesichts des auffälligen Murrens in der eigenen Fraktion nachdenklichere Töne zu vernehmen.

Noch nie habe ein Gesetzentwurf den Bundestag so verlassen, wie er hineingekommen sei – so Struck. Im Übrigen sei es auch kein Unglück, wenn die Föderalismusreform dann eben erst im Herbst und nicht, wie ursprünglich vereinbart, schon im Sommer beschlossen werde.

Ähnlich Thierse, der sehr nachdrücklich an die parlamentarische Verantwortung der Bundestagsabgeordneten appellierte, das Gesetzespaket keinesfalls unkritisch abzunicken, sondern für tragfähige Lösungen zu sorgen.

Trotz der deutlichen Aufrufe dieser beiden prominenten SPD-Politiker zu mehr Besonnenheit hat es im Bundestag bereits den ersten handfesten Skandal gegeben, als die von den Oppositionsfraktionen FDP, GRÜNE und Linke im Bildungsausschuss und im Umweltausschuss beantragten speziellen Sachverständigenanhörungen von der Mehrheit kurzerhand wieder einkassiert worden sind.

Jetzt soll es nur noch eine gemeinsame Sammelanhörung von Bundestag und Bundesrat im Rechtsausschuss geben. Damit wird diesem umfangreichsten Gesetzespaket zur Grundgesetzänderung seit Jahrzehnten im Prinzip nicht viel mehr Zeit gewidmet als jedem noch so kleinen Fachgesetz, was einiges über die tatsächliche Offenheit des Ergebnisses aussagt.

Nun sitzen wir hier im Sächsischen Landtag und nicht im Bundestag oder Bundesrat. Gleichwohl wird die geplante Bundesstaatsreform gravierende Auswirkungen auf den Freistaat Sachsen haben – im Positiven wie im Negativen. Es ist deshalb angezeigt, dass der Ministerpräsident von seinem jederzeitigen Recht Gebrauch macht, eine Regierungserklärung zum Thema abzugeben. Wir fordern diese

Regierungserklärung mit unserem heutigen Antrag ganz bewusst und ganz ausdrücklich nicht irgendwann, nachdem alles andere unabänderlich beschlossen worden ist, sondern hier und heute. Das Grundgesetz ändert man schließlich nicht aller paar Monate.

Dabei ist sich die Linksfraktion sehr wohl der Tatsache bewusst, dass mit dem jetzt im Bundestag und Bundesrat vorliegenden politischen Kompromiss ein sehr fragiles und amorphes Produkt vorliegt; denn es ist ein Kompromiss zwischen vielfältiger Hinsicht: Es ist ein Kompromiss zwischen der Ländergesamtheit und dem Bund, zwischen starken und schwachen Bundesländern, zwischen alten und neuen Bundesländern und es ist ein Kompromiss zwischen CDU/CSU auf der einen Seite und der SPD auf der anderen Seite. Die kleineren Parteien sind leider unter die Räder gekommen. Ich möchte für die PDS – damals hießen wir noch so – ganz klar bemängeln, dass wir zwar im Lübecker Konvent aktiv mitgearbeitet haben, dann aber ausgebootet worden sind. Wir waren aufgrund der Mehrheitsverhältnisse ab einem gewissen Zeitpunkt bedauerlicherweise nicht mehr gefragt.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Ganz unstreitig handelt es sich bei dem Kompromiss um ein Problemfeld der politischen Willensbildung, das sehr wohl diesen Landtag angeht und das nicht nur die Exekutive zu interessieren hat, sondern sehr wohl auch die Legislative. Dies ist umso mehr der Fall, als schon in den Verhandlungen der Bundesstaatskommission die Vertreter der Landtage, wie übrigens auch die der kommunalen Spitzenverbände, buchstäblich am „Katzentisch“ gesessen haben. Erst recht waren sie bei der Aushandlung des jetzt von mir beschriebenen Kompromisspaketes außen vor.

Deshalb ergeht nunmehr zum letzten Mal meine höfliche Aufforderung an den Herrn Ministerpräsidenten, die besagte Regierungserklärung abzugeben und damit den sehr spezifischen sächsischen Verhandlungsbeitrag zur Kompromissfindung hier im Landtag darzustellen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Er sollte sich dabei ein Beispiel am Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit nehmen, der unlängst im Berliner Abgeordnetenhaus für sein Bundesland Ähnliches getan hat. Diese Forderung, denke ich, ist kein Zeichen von Renitenz, sondern eine höchst zeitgemäße Forderung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Schiemann.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir unverständlich, wie es zu solch einem Antrag kommen kann. Zu Beginn der Legislaturperiode haben sich die Fraktionen des Sächsischen Landtages auf eine Geschäftsordnung der 4. Wahlperiode geeinigt. Gerade nicht

geregelt wurde, dass der Sächsische Landtag den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen oder ein Mitglied der Staatsregierung zur Abgabe einer Regierungserklärung zwingen kann.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wir zwingen niemanden!)

Wann der Ministerpräsident eine Regierungserklärung abgibt, liegt allein in seinem Ermessen. Das ist auch gut so. Es ist auch nicht notwendig, den Mitgliedern des Landtages das Recht auf Erzwingung einer Regierungserklärung einzuräumen. Der Landtag hat genügend Instrumente in der Hand, um Informationen von der Staatsregierung zu erhalten. Hier im Hohen Hause muss ich dies wohl nicht erst aufzählen.

Wenn es der PDS-Fraktion wirklich um das Thema der Föderalismusreform und ihrer Auswirkungen auf den Freistaat Sachsen gegangen wäre, hätte sie beispielsweise einen Berichtsantrag zum Thema Föderalismusreform gestellt und darin für Sachsen entscheidende Fragen aufwerfen können. Können kann man.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Der Antrag auf Beschluss des Landtages zur Abgabe einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten erscheint mir doch etwas konstruiert, umständlich und damit populistisch. Deshalb lehnen wir als CDU-Fraktion diesen Antrag ab.

Dennoch erinnere ich mich gern an die Zeit, in der wir auch an den Ergebnissen der Föderalismuskommission, die es in den neunziger Jahren gegeben hat, mitgewirkt haben. Wir haben daran teilgehabt. Das ist ein Hinweis darauf, dass die föderale Struktur davon gelebt hat, dass auch die Länderparlamente sehr stark an den Veränderungen, die in der Föderalismuskommission beschlossen wurden, beteiligt waren. Wir hatten dazu am 22. Mai 1996 eine sehr umfangreiche Debatte geführt.

(Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS:
Das ist schon ein Weilchen her! –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Zehn Jahre!)

– Das ist schon eine Weile her, aber ich glaube, dass wir – jeder auf seine Art und Weise – durchaus Gelegenheit haben werden, in den nächsten Wochen und Monaten nochmals zu dem vorgelegten Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes Stellung zu nehmen.

Mein Vorredner wies bereits darauf hin, dass am 10. März im Deutschen Bundestag die erste Beratung dazu abgehalten wurde.

Wichtig bleibt für die CDU-Fraktion, dass die Ziele und Wünsche, die dem Grundgesetz 1948 und 1949 in die Wiege gelegt wurden, nicht technokratisch ausgehebelt werden dürfen. Die Würde des Grundgesetzes darf letztendlich auch von den nachfolgenden Generationen nicht

verwässert bzw. bis zur Unkenntlichkeit verändert werden.

Ich möchte zum Thema Föderalismusreform sagen, dass die Reform grundsätzlich wichtig ist. Ob alles richtig ist, wird die Zeit zeigen.

Diese Reform wird von breiten Teilen der Bevölkerung gefordert. Die sächsischen Bürgerinnen und Bürger erhoffen sich von dieser Reform wichtige Signale in Richtung der Modernisierung Deutschlands. Sie erhoffen sich aber auch mehr Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern. Die Frage wäre, einmal darzulegen, wo der Bund nicht handlungsfähig war und wo die Länder nicht handlungsfähig waren. Ich habe bisher noch nicht so überzeugend erkennen können, wo die Blockaden in den letzten Jahren lagen. Gab es die Blockaden nicht nur aus politischen Gründen? Die Bürger hoffen natürlich auch, dass die Grundlage für schnellere politische Entscheidungen in wichtigen Bereichen der Gesellschaft gelegt wird.

Die Föderalismusreform soll aus Sicht der Bürger zu Transparenz, zu politischen Entscheidungen und zur Verteilung von Verantwortung führen. Verteilung von Verantwortung klingt sehr gut. Aber ich weiß nicht, ob man die Verantwortung durch eine Grundgesetzänderung so zielgerichtet verteilen kann.

Die Reform soll Freiräume für die Länder und natürlich auch für den Bund bringen. Das sollte man nicht vergessen. Ich weiß nicht, wohin sich die Waage neigen wird, wenn man die Freiräume letztendlich wichten muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bürger hoffen aber auch auf verantwortungsvolles Umgehen des Staates mit den Rechten der Bürger. Das Ergebnis der Reform darf nicht nur eine reine Kürzungspolitik sein. Zwar ist der Wettbewerb zwischen den Ländern notwendig, denn ohne Motivation gibt es keine Erfolge, jedoch müssen die ärmeren Länder – und der Freistaat Sachsen gehört im Kanon der Wettbewerbsländer zu den ärmeren – von vornherein auch eine Chance haben, überhaupt am Wettbewerb teilnehmen zu können. Genau hier liegen die Ursachen für die Ängste der Bürger und für die begründeten Fragen der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Deshalb überrascht es nicht, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag gerade nicht vorliegt.

Die Bürger Deutschlands wollen bei dieser wichtigen Reform mitgenommen und über die Ziele und Inhalte aufgeklärt werden. Es darf dazu keine Diskussion im stillen Kämmerlein stattfinden. Dieses Mitnehmen ist, so glaube ich, das Wichtigste, was wir dem Wähler schuldig sind. Das betrifft natürlich besonders die Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wollen über den Änderungsbedarf diskutieren und ihrer gesetzgeberischen Verantwortung gerecht werden. Das Grundgesetz verdient auch eine solide Befassung mit Veränderungen. Die gerade auch durch Abgeordnete des Bundestages angeschobene öffentliche Diskussion über bestimm-

te Inhalte wie Gesetzgebungskompetenz der Länder zum Strafvollzug, zum Umweltrecht, aber auch zur Beamtensoldung zeigt, dass die Abgeordneten ihre Aufgabe ernst nehmen. Das lässt uns hoffen, dass die parlamentarische Debatte im Deutschen Bundestag mit dem Abschluss einer gelungenen Reform enden kann. Diese Hoffnung sollte man nicht aufgeben.

Ich hoffe aber auch, dass bei der Reform nicht solche Fehler gemacht werden, wie es bei der Hartz-IV-Reform der Fall war.

Die parlamentarische Debatte wird dazu führen, dass die Bürger mitgenommen werden und die Reform akzeptiert wird. Voraussetzung dafür ist aber auch, dass das Gesetzgebungsverfahren zwar in Gang gebracht wurde, aber noch nicht jeder Punkt feststeht. Es müssen immer noch Änderungen möglich sein. Beide Fraktionsvorsitzenden der großen, die Regierung tragenden Parteien im Bundestag haben diese Meinung geäußert, natürlich auch alle anderen Vertreter der im Bundestag vertretenen Fraktionen.

Grundlage für die abschließende Entscheidung muss die im Bundestag vorgesehene Anhörung sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir sollten gemeinsam die Diskussion im Deutschen Bundestag beobachten.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Dulig.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gegenstand der heutigen Debatte ist nicht das Für und Wider einer zukünftigen Föderalismusreform, sondern einzig die Frage, ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt sinnvoll ist, eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu einem nicht abgeschlossenen Reformprozess zu fordern. Diese Frage wird von meiner Fraktion mit einem klaren Nein beantwortet.

Sicherlich kann man sich die Frage stellen, ob und mit welchen Zielsetzungen eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung sinnvollerweise zu verfolgen ist und welches die richtigen Reformvorschläge sind.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Dulig, es gibt das Begehren einer Zwischenfrage. Gestatten Sie diese?

Martin Dulig, SPD: Ja.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Kollege Dulig, stimmen Sie mir zu, dass mit der Bemerkung des Ministerpräsidenten, dass das Reformpaket nicht mehr aufgeschnürt werden darf, und zwar auch nicht während der Debatte des Bundestages, de facto für ihn die Reform abgeschlossen ist und er deshalb eine Regierungserklärung dazu abhalten könnte?

Martin Dulig, SPD: Hören Sie meiner Rede zu, dann werden Sie die Begründung dafür finden, warum die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Sie hätten es jetzt aber einfacher gehabt!)

Die von der PDS aufgeworfene Frage, welche Auswirkungen eine zukünftige Föderalismusreform auf den Freistaat Sachsen haben wird, lässt sich derzeit nicht einmal im Ansatz beantworten. Denn hierzu müsste feststehen, wie die Reform am Ende des Gesetzgebungsverfahrens aussieht. Mit der Anlage zum Koalitionsvertrag in Berlin und den bisher eingebrachten Entwürfen liegt zwar unbestritten eine erste Beratungsgrundlage vor, gleichzeitig haben aber alle Seiten ausdrücklich klargestellt, dass mit der Einbringung des Reformwerks die fachliche Auseinandersetzung mit den Reformvorschlägen erst beginnt.

Es ist daher aus unserer Sicht völlig verfrüht, bevor auch nur eine Anhörung des Gesetzes im Deutschen Bundestag oder im Bundesrat stattgefunden hat, eine und dann auch noch abschließende Bewertung der künftigen Auswirkungen vorzunehmen. Sinn der nun in Berlin stattfindenden Anhörungen ist es gerade zu klären, ob mit dem Reformwerk tatsächlich ein Rückgang zustimmungspflichtiger Gesetze erzielt wird und sich die Kompetenzen von Bund und Ländern sinnvoller gestalten bzw. ein harmonischeres Miteinander der föderalen Strukturen in Deutschland erreicht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer Pressemitteilung beklagt die PDS, dass die Föderalismusreform nicht zum Tauschbasar werden darf. Nun, meine Damen und Herren, die Diskussion jetzt aus dem Bundestag und Bundesrat in den Sächsischen Landtag verlegen zu wollen hieße, die Vorschläge auf einer nach den Vorschriften des Grundgesetzes nicht am Gesetzgebungsprozess beteiligten Ebene zu erörtern und die schwierigen Detailberatungen auf weitere Schauplätze oder – im Sprachgebrauch der PDS – auf weitere Basare auszudehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht wird die Bedeutung des Reformwerks hervorgehoben. Wer aber ungeachtet aller noch zu klärenden und – das sage ich auch für meine Fraktion ganz offen – noch strittigen Einzelfragen eine falsche Herangehensweise wählt, gefährdet schon im Ansatz einen unbestritten notwendigen Konsens und zeigt, dass es nicht um die Reformfähigkeit, sondern um vordergründigen Populismus geht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die NPD-Fraktion – das ist geändert worden – spricht Herr Dr. Müller. Bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Auch wir denken, dass bei diesem wichtigen Thema eine Regie-

rungserklärung des Ministerpräsidenten notwendig wäre, und zwar bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Ansonsten haben wir teilweise andere Kritikpunkte.

(Martin Dulig, SPD: Sie müssen den Antrag lesen, da steht alles drin!)

– Herr Dulig, ich habe den Antrag gelesen. Das lassen Sie einmal unsere Sorge sein.

Ich denke, durch den am letzten Freitag im Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzesantrag der Berliner Koalitionsparteien – Bundestagsdrucksache 16/813 – wurden 25 von 146 Artikeln des Grundgesetzes geändert. Das sind über 17 % der Artikel. Nicht nur aus quantitativer Sicht, sondern auch in inhaltlicher Hinsicht ist es durchaus gerechtfertigt, von einer Staatsreform zu sprechen, von einer Reform, bei der es sich keineswegs um eine Reform zur Verbesserung der Regierbarkeit eines souveränen Nationalstaates handelt, etwa durch die viel zitierte Entflechtung von Kompetenzen. Diesen Eindruck versuchen zwar die herrschenden Parteien dauernd zu erwecken, und es wundert mich nicht, dass die große Masse der von den Medien des- oder uninformatierten Bürger darauf hereinfällt.

Aber auch die Masse der im Politikbetrieb Beschäftigten verschließt die Augen vor der Tatsache, dass es in Wirklichkeit um einen weiteren Staats- und damit auch Demokratieabbau in Deutschland geht. Mit Unwissenheit allein ist dies sicherlich nicht erklärbar, denn so dumm kann man wirklich nicht sein, dass man nicht merkt, dass die vielen einschneidenden Grundgesetzänderungen seit dem Beitritt zum Beispiel zum Maastricht-Vertrag nicht der besseren Regierbarkeit Deutschlands durch Deutsche dienen, was durchaus im nationalen Interesse liegen würde, sondern vielmehr der Demontage der staatlichen Unabhängigkeit und damit den Abbau aller demokratischen Rechte aller Deutschen zur Folge haben.

In der Antragsbegründung äußert der Verfasser, an sich durchaus berechtigt, die Befürchtung, dass „...die bisher im Grundgesetz angestrebte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse infrage gestellt ist und es zu Polarisierungen bzw. strukturellen Verwerfungen zwischen den wirtschaftlich armen und reichen Bundesländern kommen könnte.“ So berechtigt diese Befürchtung an sich auch sein mag, so zeigt doch die im Antrag angegebene Begründung deutlich, dass der Verfasser nicht wirklich verstehen will, was hier gespielt wird. Er scheint nämlich davon auszugehen, dass das indirekte Staatsziel, die Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland, dadurch gefährdet sei, dass in Artikel 72 Grundgesetz die Erforderlichkeitsklausel in Bezug auf die konkurrierende Gesetzgebung zum Teil zurückgenommen werden soll. Das scheint mir eine beinahe Freud'sche Fehlleistung des Verfassers zu sein, die damit zu tun haben könnte, dass ihm die politische Korrektheit einfach nicht gestattet, den wahren Zweck der partiellen Aufhebung der Erforderlichkeitsklausel bewusst zur Kenntnis zu nehmen.

Die Bundesregierung bezweckt da nämlich einzig und allein die Erleichterung weiterer undemokratischer Übernahmen fremdbestimmten, so genannten EU-Rechts in Form von Bundesgesetzen, und zwar unter klarer Verletzung des Demokratiegebotes in Artikel 20 Grundgesetz. Dabei hat man sich einen Trick einfallen lassen. Die Gesetzgebungskompetenzen sollen in Artikel 72 Grundgesetz zum Schein ausgeweitet werden, damit die Umsetzung einer EU-Richtlinie als Bundesgesetz nicht daran scheitern kann, dass die Erforderlichkeit dieses Gesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der BRD oder zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit Deutschlands, wie es in Artikel 72 heißt, nicht nachweisbar ist. Das steht jetzt sogar schwarz auf weiß in der Drucksache 16/813 der Berliner Regierungsparteien zu lesen. Wie perfide dieser Trick ist, wird klar, wenn man bedenkt, dass erst 1993 die so genannte Bedürfnisklausel durch die Erforderlichkeitsklausel ersetzt wurde.

Damit sollte eine ausufernde, konkurrierende Gesetzgebung des Bundes verhindert werden, und zwar auf Gebieten, auf denen Bundesgesetze zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als nicht erforderlich erachtet werden. Jetzt, gerade einmal 13 Jahre später, will man plötzlich in die entgegengesetzte Richtung marschieren, indem man nämlich bei 16 oder 17 alten und sieben neuen Gegenständen der konkurrierenden Gesetzgebung jegliche Bedingung für ein Bundesgesetz streichen möchte, sodass weder ein Bedürfnis noch gar eine Erforderlichkeit für ein Bundesgesetz im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung nachgewiesen werden muss. Natürlich wird dadurch nicht das Regierungssystem der BRD im Sinne demokratischer Transparenz oder nationalstaatlicher Effizienz verbessert. Aber nicht allein dieser beschämende Trick mit Artikel 72 beweist das Vorhaben der Machthaber, die demokratische Einflussnahme des deutschen Volkes zu erschweren und die Einheit Deutschlands mit annähernd gleichen Lebensverhältnissen aufzugeben.

Ein weiteres Beispiel ist der Bildungsbereich, dem selbst die heutigen Machthaber nach eigenem Bekunden ausschlaggebende Bedeutung für die Zukunftsgestaltung beimessen, allerdings bezeichnenderweise nur in rein wirtschaftlicher Hinsicht. Durch die Übertragung aller Kompetenzen der Kultur- und Bildungspolitik auf die Länder wollen sie jetzt ausgerechnet in diesem Bereich jede gesamtdeutsche Prägung auslöschen. Bei der schwindenden Attraktivität der deutschen Bildungstradition soll ein Wettlauf der Länder um die Vollendung des Bologna-Prozesses, das heißt, um das Abstreifen aller gemeinsamen deutschen Bildungstraditionen, veranstaltet werden.

Dazu passt natürlich sehr gut, dass es auf Bundesebene kaum mehr eine Zuständigkeit für die Kultur- und Bildungspolitik geben soll, wenn man von Hochschulzulassungen und Hochschulabschlüssen absieht. Bei diesen soll dem Bund im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung zwar eine Zuständigkeit erhalten bleiben, die aber ausschließlich der demokratiewidrigen Umsetzung von EU-Recht dienen soll. Das beweist das im Artikel 72 Abs. 3

eingeführte so genannte Abweichungsrecht der Bundesländer. Auch hier handelt es sich im gewissen Sinne um eine Manipulation des Grundgesetzes zwecks Abbau der Demokratie und zur Verstärkung der EU-Fremdherrschaft.

Die Manipulation besteht wieder darin, dass das, was im Grundgesetz steht, in gar keiner Weise wiedergibt, was gemeint ist, nämlich die schamlose Aushebelung von demokratischen Selbstbestimmungsrechten und die Übertragung von Gesetzgebungskompetenzen auf demokratisch nicht ausreichend legitimierte Organe im Ausland.

Ich erinnere an meine Ausführungen vor einigen Monaten zu einem Brief von Peer Steinbrück an die Föderalismuskommission, an die damalige, dessen Inhalt Sie damals anzweifeln. Meine Damen und Herren! Inzwischen ist sich die Berliner Koalition einig, dass die Rahmengesetzgebung Artikel 65 Grundgesetz geopfert werden soll, genauso, wie Steinbrück es damals vorgeschlagen hat. Die konkurrierende Gesetzgebung soll zum großen Teil nur der Umsetzung von EU-Richtlinien dienen. Die Entwicklung scheint also durchaus in Steinbrücks Richtung zu gehen. Wenn dem aber so ist und die EU und nicht der Bund für gleichwertige Lebensverhältnisse zuständig ist, dann dürfen wir eines nicht vergessen: Die Brüsseler Bürokraten und Technokraten werden sich im Interesse der hinter ihnen stehenden Kapitalinteressen nicht für gleiche Lebensverhältnisse innerhalb Deutschlands, sondern vielmehr für die Angleichung der Lebensverhältnisse an Länder wie Polen, Tschechien oder demnächst vielleicht Rumänien und die Türkei einsetzen. Das ist ein gewaltiger Unterschied, meine Damen und Herren.

Ich möchte schließen, indem ich alle hier anwesenden Abgeordneten und die Staatsregierung eindringlich bitte, über diese schlichte Wahrheit noch einmal nachzudenken.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die FDP-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende, Herr Zastrow.

Holger Zastrow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Friedrich hat es schon gesagt: Edmund Stoiber hatte diesen genialen Begriff geprägt, dass die Föderalismusreform einmal die Mutter aller Reformen sein soll. Vielleicht ist es aus meiner Sicht die Rabenmutter oder die Stiefmutter, das würde vielleicht besser passen. Wenn ich sehe, wie mutlos, auch wie inkonsequent die Föderalismusreform bisher angepackt worden ist, dann würde ich persönlich dieser Mutter einfach das Sorgerecht entziehen. So sieht es aus meiner Sicht in der Realität aus. Aber das passt ganz gut zu all den anderen Aktionen, die in den letzten Jahren dem armen Begriff „Reformen“ angetan worden sind. Man sprach von der Hartz-IV-Reform, der Gesundheitsreform oder jetzt auch der Rechtschreibreform. Der arme Begriff „Reform“ ist ziemlich vergewaltigt worden.

Das erleben wir nun auch wieder bei der Föderalismusreform.

Wie auch immer: Eigentlich verdient eine Reform, eine Föderalismusreform, die die heißen und wichtigen Themen wie zum Beispiel das Thema Länderneugliederung, aber auch die Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern völlig ausklammert, den Begriff „Reform“ nicht.

(Beifall bei der FDP)

Die Reform der bundesdeutschen Finanzverfassung gehört jetzt – nicht erst ein paar Jahre später – auf die Tagesordnung, wenn wir nicht mit Auslaufen des Solidarpaktes im Jahr 2019 überrascht in die Röhre gucken wollen.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Zastrow, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Holger Zastrow, FDP: Herr Lichdi wieder. Aber selbstverständlich.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege! Sie haben das Thema Länderneugliederung angesprochen. Darf ich Sie so verstehen, dass Sie für eine Zusammenlegung mit Thüringen und Sachsen-Anhalt plädieren?

Holger Zastrow, FDP: Das war eine böse Frage. Ich traue mich nicht darauf zu antworten.

(Heiterkeit)

Nein, Herr Lichdi, das dürfen Sie so nicht verstehen. Ich bin für eine tabufreie Diskussion. Man muss auch darüber nachdenken, ob Länder oder bestimmte Bereiche von Ländern zusammengelegt werden. Es gehört dazu, hier darüber zu sprechen.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Zastrow, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage?

Holger Zastrow, FDP: Selbstverständlich.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Zastrow. Können Sie mir mitteilen, ob die FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag schon zu Ergebnissen dieser Überlegungen gekommen ist?

(Heiterkeit – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: Die arbeiten nur
halbtags! Das dauert!)

Holger Zastrow, FDP: Da wir nur halbtags arbeiten, ist bisher nur die Hälfte der Fraktion zu einem Ergebnis gekommen.

(Fortgesetzte Heiterkeit)

Zu dieser Hälfte gehöre ich. Ich bin der festen Überzeugung, dass Sachsen größer ist.

(Beifall bei der FDP – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: Das ist ja fast
eine Mitteldeutsche Initiative!)

– Darauf komme ich noch zu sprechen, Herr Porsch.

Eine weitere Marke in der bisherigen Diskussion ist aus meiner Sicht die Nichteinigung beim Thema „Steuerwettbewerb“. Warum gibt man den Ländern nicht die Möglichkeit, eigene Hebesätze auf eine zuvor natürlich gesenkte Einkommensteuer festzulegen? Leider ist es so, dass die Begriffe „Wettbewerb“ und „Leistung“ der Mehrheit der politischen Entscheidungsträger in Deutschland nach wie vor relativ suspekt erscheinen.

(Interne Gespräche zwischen Abgeordneten
der FDP, der SPD und der GRÜNEN)

– Das ist eine schöne Debatte dort hinten. Aber vielleicht hören Sie mir zu. Ich gebe Ihnen bestimmt noch die Chance für die eine oder andere Zwischenfrage, Herr Lichdi.

Wir konzentrieren uns am besten auf die positive Seite der Reform, besser gesagt: des Reförmchens. Für uns als FDP ist ganz klar, dass ein erster Schritt – das ist es für uns – immer noch besser ist, als gar nicht zu laufen. Für die FDP ist die Föderalismusreform der Beginn, nicht der Schluss der Debatte. Das Anliegen der Reform ist völlig richtig. Wir müssen dringend über die Effizienz unseres Staatswesens diskutieren. Wir müssen dafür sorgen, dass der Staat für die Bürger wieder erkennbar und vor allem durchschaubar wird. Unsere Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen sind an die neuen finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Gegebenheiten in unserem Land anzupassen. Uns geht es schlichtweg darum, den Staat für unsere Bürger besser zu machen. Dazu gehört, dass wir Strukturen entflechten und klare Zuständigkeiten schaffen. Wir brauchen in unserem Land eindeutige Verantwortlichkeiten und klare Aufgabentrennungen. Es geht uns um Subsidiarität, Wettbewerbsföderalismus und größere Gestaltungsspielräume für die Länder. Wir müssen endlich davon wegkommen, dass alle alles machen und jeder sich mit jedem beschäftigt.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel verwendete in ihrer Regierungserklärung eine uralte liberale Weisheit. Sie sprach davon, dass dieses Land mehr Freiheit wagen müsse.

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Sie hat völlig Recht. Das gilt für alle Gesellschaftsbereiche, aber auch für die Ausgestaltung der Föderalismusreform.

Es war klar, dass sich angesichts solcher Ziele sämtliche Bundesbedenkenträger gleich wieder zu Wort melden mussten. Man sprach von „Rückfall in die Kleinstaaterei“ oder „Zersplitterung der Bildungslandschaft“. Es ist sicherlich richtig, dass man genau hinsehen muss; denn gerade was die Schaffung einheitlicher Grundstandards und die Anerkennung von Bildungsabschlüssen betrifft, liegt in unserem Land noch viel im Argen. Dennoch bin ich froh, dass besonders der Freistaat Sachsen seine föderalen Freiräume, die er schon ein paar Jahre hat, ganz

gut genutzt hat. Ich denke beispielsweise an die sieben Sächsischen Berufsakademien, ein Modell, das es außer in Sachsen nur noch in sehr wenigen anderen Bundesländern gibt – die meisten haben es nicht eingeführt –, das unsere Bildungslandschaft hervorragend ergänzt und für einen sehr guten Wettbewerb gesorgt hat.

(Beifall bei der FDP und des
Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Sachsen ist damit vor allem für die Wirtschaft als Bildungsstandort und als Fachkräftemarkt interessant geworden. Die Entwicklung bei uns zeigt beispielhaft, was man durch Ausnutzung föderaler Regeln in der Praxis bewirken kann.

Andere orakeln jetzt, es werde einen Wettlauf um den härtesten Strafvollzug geben, weil die Länder künftig dafür zuständig seien. Manche befürchten, alle 16 Bundesländer würden 16 verschiedene Regelungen zu Hochwasserschutz erlassen, weil die Länder beim Umweltrecht künftig von Bundesrecht abweichen dürften. Auch da muss man sehr genau hinsehen. Es gibt – auch in unseren Nachbarländern – Entwicklungen, die mich schon nachdenklich werden lassen. Wenn beispielsweise Brandenburg auf der rechten Seite der Elbe die Auen aus Gründen des Hochwasserschutzes aufforstet, aber auf der anderen Elbseite, in Niedersachsen, Sträucher und Bäume gerodet werden, weil auch das für den Hochwasserschutz gut sein soll, dann haut irgendetwas nicht hin. Man sieht sehr deutlich, welche Stilblüten falsch begriffener Föderalismus in unserem Land treiben kann.

Ich erinnere weiterhin an das Mammographie-Screening. Das Thema ist in den letzten Wochen durch die Medien gegangen und betrifft auch uns. Nachdem wir vor anderthalb Monaten einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht hatten, hat gestern die Regierung nachgezogen. Ich frage Sie ernsthaft, wie es sein kann, dass ein Bundesland, zum Beispiel Baden-Württemberg, zu einer Bundesratsinitiative der Meinung ist, die Kassenärztliche Vereinigung sei die optimale Einrichtung, um die zentrale Stelle zu bilden, während der Sächsische Datenschützer einer völlig anderen Meinung ist.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Das ist liberal!)

– Nein, das finde ich eher verantwortungslos und halte es für eine Art Alibiföderalismus, weil es an dieser Stelle wirklich nur um eine Alibimitsprache geht. Durch die Unklarheit einer Bundesratsinitiative vergeuden wir Ressourcen, was am Ende den Menschen sogar schaden kann. Der Umgang mit der Vogelgrippe auf Rügen ist ein Beispiel dafür. Es wäre viel besser gewesen, wenn der Bund von vornherein das Zepter in der Hand gehabt hätte.

Wir sehen: Man kann und muss über die einzelnen Punkte der Föderalismusreform weiter diskutieren, um Fehlentwicklungen jetzt, bevor die Entscheidung in Berlin getroffen ist, zu stoppen. Föderalismus, wie wir ihn uns vorstellen, kennt klare Regeln und Verantwortlichkeiten. Er ist auch nicht, wie es etwa beim Mammographie-

Screening der Fall ist, permanent durch Hinz und Kunz auslegbar.

Ich bin davon überzeugt, dass der Freistaat Sachsen vieles besser als andere Bundesländer kann. Wenn wir mehr Freiheiten bekommen und uns mutig dem Wettbewerb stellen, wird sich unser Bundesland noch schneller und besser entwickeln als andere Länder der Bundesrepublik. In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn uns der Herr Ministerpräsident in diesen Hallen über das Reformpaket, das er für nicht mehr verhandelbar hält, unterrichten würde.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE – Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Wo ist er denn?)

– Herr Porsch, ich bin mir sehr sicher, dass er in seinem Geiste bei uns ist.

(Beifall des Abg. Tino Günther, FDP)

– Er ist bei uns. Er hat den MDR auf Mittelwelle eingeschaltet und hört uns zu. Danach wird er zu einer Regierungserklärung motiviert sein.

Ich komme zum Schluss. Wenn Sie sich erinnern, dann hatten wir in Sachsen schon zwei Mal unsere eigenen kleinen Föderalismusreformen; zum Teil haben wir sie noch. Die erste nannte sich – ich glaube, sie nennt sich immer noch so – „Initiative Mitteldeutschland“.

(Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS:
Die ist aber geplatzt!)

– Man muss sie eher als gescheitert ansehen. Aber dort haben wir uns in Sachsen auch einmal in Föderalismusreform geübt.

Heute ist die Entscheidung gefallen, dass der Großflughafen in Schönefeld gebaut wird. Wie der föderale Ansatz zwischen den drei Ländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt aussah, haben wir erlebt. Jeder versuchte, seine großen Träume vom Fliegen auf kleinen Plätzen in seinem eigenen Land umzusetzen. Es gab einmal die schöne Idee, sich mit dem Großflughafen Leipzig/Halle als Alternative zu Schönefeld zu bewerben, vielleicht – das werden Sie nicht gern hören, Herr Lichdi – mit einer flotten ICE- oder gar Transrapidverbindung von Leipzig nach Berlin. Die Verwirklichung dieses Projektes wäre gelebter Föderalismus gewesen. Wir als Sachsen haben insoweit unsere Hausaufgaben nicht gemacht.

Die zweite kleine eigene Föderalismusreform erleben Sie gerade. Sie heißt Verwaltungs- und kleine Kreisgebietsreform. Ich bin sehr gespannt, was wir da machen. Seien wir im Bund laut, wenn es darum geht, in der Diskussion über die Föderalismusreform sächsische Interessen zu vertreten! Zeigen wir zuvor aber in Sachsen bei der Verwaltungs- und Kreisgebietsreform, wie man eine Reform vernünftig anpackt! Zeigen wir, dass man es hier zügig und besser machen kann als anderswo.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Jetzt eine Fraktionsvorsitzende; Frau Hermenau, für die GRÜNEN, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Kollege Dulig, die Diskussionsdiskussion kann möglicherweise zu diesem Thema verfrüht sein. Aber generell ist es doch so, dass der Vorschlag der Ministerpräsidenten abgeschlossen ist, dass im Bundesrat eine Entscheidung getroffen und das Paket dem Bundestag übergeben wurde. Das muss doch auch logischerweise heißen – da gebe ich der Linksfraktion.PDS Recht –, dass ein Ministerpräsident, der ein solches Paket im Bundesrat mit verabschiedet hat, in der Lage sein muss, sich wenigstens in groben Zügen und prinzipiell über die Folgen seines Tuns im Klaren zu sein. Insofern könnte er auch hier problemlos Rede und Antwort stehen. Ich glaube, Sie zögern das nur hinaus, weil Sie der SPD-Fraktion im Bundestag die Gelegenheit geben wollen, über ein paar Gebiete noch einmal zu diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

Das ist an sich nicht schlimm, aber ich wollte noch einmal klarstellen: Für den Sächsischen Landtag muss das nicht relevant sein, aber es ist sehr wohl relevant, den Ministerpräsidenten zur Diskussion zu bitten, wenn es darum geht, die Folgen seines Tuns hier für das Land deutlich zu machen. Insofern ist der Antrag der Linksfraktion.PDS, der zwar wirklich sehr detailfreudig ist, trotzdem nicht verfehlt.

Ich glaube, dass mehr Macht für die Landesregierungen und Landesparlamente im Kern und prinzipiell in die richtige Richtung geht. Wir unterstützen das durchaus. Das ist natürlich auch mit der Frage der Föderalismusreform angepackt worden. Da kann man nun über die einzelnen Fachgebiete streiten – seien Sie sich gewiss, bei Bildung und Umwelt haben wir eine Menge Diskussionsbedarf –, aber im Kern werden natürlich Landtagswahlen wichtiger werden, wenn eine Föderalismusreform erfolgreich abgeschlossen wird. Wir haben dann wieder Landtagswahlen und nicht irgendwelche verkappten Bundestagswahlen. Ich kann damit sehr viel anfangen, ehrlich gesagt, denn dann werden mehr politische Ideen auf dem Markt sein. Das muss nicht schädlich sein, sondern im Gegenteil, das ist ein positiver politischer Wettbewerb.

Die Begründung des Antrages der Linksfraktion.PDS geht davon aus, dass das Gesetzgebungsverfahren zur Föderalismusreform noch vor der Sommerpause erledigt wird. Das schreiben Sie jedenfalls in Ihrer Begründung. Ich halte das inzwischen für eine außerordentlich kühne Behauptung. Ich gebe gern zu, Sie haben diesen Antrag im Januar geschrieben. Da hat man noch diese Perspektive gehabt. Im Prinzip muss man jetzt davon ausgehen, dass wir wahrscheinlich erst im Herbst wissen, was der Bundestag dazu entscheidet, wenn er auch im Mai eine

mehrtägige Anhörung zu diesem Thema durchführen möchte.

Was an der Föderalismusreform interessant ist, ist zum Beispiel, dass Verwaltungsverfahren nicht per se zustimmungspflichtig sein sollen. Das wird wirklich zur Entbürokratisierung beitragen. Sowohl Bund als auch Länder gewinnen mehr Handlungsfähigkeit.

Problematisch finde ich, dass Geld- und Sachdienstleistungsgesetze, zum Beispiel die Frage der Asylbewerber und der Kitas, weiter zustimmungspflichtig sein sollen. Das ist, glaube ich, verfehlt. Man wird es hinnehmen müssen, wenn man es so beschließt. Aber das ist, glaube ich, ein Diskussionspunkt im Bundestag in Berlin, wenn ich das richtig verstanden habe. Es ist nach meinem Geschmack immer noch viel zu viel konkurrierende Gesetzgebung zustimmungspflichtig.

Die Abweichungsgesetzgebung in den Bereichen Umwelt, Recht und Bildung widerspricht ganz erheblich europarechtlichen und europapolitischen Notwendigkeiten. Das ist das Grundproblem. Da brauchen Sie gar nicht so herumzosehern, Herr Herbst. Ihre Frau Pieper, die Sie einmal für die große FDP-Ostfrau gehalten haben – jedenfalls in der Vergangenheit –, hat deutlich gesagt – in dieser Frage stimme ich ihr auch zu –, dass es natürlich relevant ist, dass Deutschland in der Lage ist, europaweit und innerdeutsch vergleichbare Abschlüsse im Hochschulbereich zu haben. Dort gibt es eine Reihe von erheblichen Problemen. Da fahren die Deutschen mit angezogener Handbremse. Da kann man sich lange über eine so oder so gestaltete Wirtschaftsdynamik morgen unterhalten – wenn wir im Bildungsbereich mit angezogener Handbremse fahren, verfehlen wir eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Was noch interessant ist – zumindest für Ihren Bundestagsabgeordneten Herrn Burgbacher aus Baden-Württemberg –: Die FDP hat Skepsis im Bereich der Beamtenbesoldung angemeldet, was ja eigentlich nach geltendem Recht ein Flächentarifvertrag ist, wenn man so will. Ich finde das deshalb interessant, weil hier wahrscheinlich ein FDP-Klientenschutz greift. Wenn Sie das anders sehen, können Sie das noch einmal darstellen. Für mich ist die Frage der länderspezifischen Beamtenbesoldung durchaus eine der wichtigsten Regelungen, wenn auch eine sehr schwierige Frage. Es ist eben so, dass die Lebenshaltungskosten in München anders sind als in Panschwitz-Kuckau. Deswegen ist es auch normal, dass man überlegt, ob gleichwertige Lebensverhältnisse nicht auch mit unterschiedlichen Besoldungen erreichbar sind. Das ist keine verbotene Debatte.

Genau diese Fragen hätte ich heute furchtbar gern diskutiert. Wir können es auch noch im April, Mai oder Juni tun. Wir haben genügend Zeit. Die Linksfraktion.PDS hat in ihrem Antrag kein Datum genannt. Vor diesem Hintergrund kann man dem Antrag sowieso zustimmen. Wir können die Debatte gern, wenn es der Union oder der

SPD genehm ist, auch noch in einem späteren Plenum führen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Das war die erste Runde. Es ist schon avisiert worden, Herr Dr. Friedrich, Linksfraktion.PDS, dass noch Aussprachebedarf besteht. Sie haben das Wort.

Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS: Vielen Dank, Herr Präsident. – Nun kommt doch noch eine inhaltliche Debatte zustande, was ich begrüße. Auch der Herr Ministerpräsident wurde vor kurzer Zeit gesichtet. Er wird sich im näheren Umfeld aufhalten. Ich gehe davon aus, dass er sich jetzt auf eine Regierungserklärung vorbereitet.

Kurz und gut, Scherz beiseite: Wir müssen höllisch aufpassen, dass aus der Mutter aller Reformen nicht die Schwiegermutter oder gar die Rabenmutter wird. Ich will nicht schwarz malen und hier durchaus ein differenziertes Bild zeichnen.

Natürlich gibt es Licht und Schatten. Ich sehe es wie Kollegin Hermenau, dass diese Reduzierung der Zustimmungspflichtigkeit bei Bundesgesetzen und das Einschränken der Möglichkeit, dass der Bund direkt auf die Kommunen zugreift und Gesetze und Aufgaben, die kostenintensiv sind – Stichpunkt hier Hartz IV und Kita-Betreuung –, für die Zukunft ausgeschlossen sind, ganz unzweifelhaft als einen Erfolg. Auch wenn ich mich schon wundere, dass man nicht klar auf die doch einfache Frage eine Antwort finden kann, welche zentralen Reformvorhaben der verblichenen rot-grünen Regierungskoalition eigentlich nicht mit diesem neuen Paket gestoppt worden wären. Da muss man erst den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages bemühen, um diese doch auf der Hand liegende Frage schlüssig beantworten zu können. Das ist schon etwas komisch.

Was wir bedauern, ist, dass das Konnexitätsprinzip, also die Finanzen folgen den Aufgaben, leider wiederum nicht in das Grundgesetz kommen soll, denn die eigentliche Not der Kommunen ist ja vor allem in dem so genannten Altaufgabenbestand zu sehen. Wenn bei Hartz IV oder bei den Kitas jetzt andere Standards gesetzt werden, nützt das, was jetzt für die Kommunen günstig in das Grundgesetz hineinkommen soll, herzlich wenig. Die Kommunen müssen zum Beispiel bei neuen Standards in der Grundsicherung oder Ähnlichem, die sicherlich angezeigt sind, am Ende draufzahlen.

Auch gibt es leider nicht so etwas, was zum Beispiel in Österreich oder einigen skandinavischen Ländern selbstverständlich ist, nämlich geregelte Anhörungsrechte der kommunalen Seite und geregelte Konsultationsmechanismen, insbesondere bei kostenpflichtigen Gesetzen. Das alles hat man verabsäumt. Kein Wunder; ich sagte es schon, die Kommunen waren wirklich nur vor der Tür.

Sie waren nicht im Verhandlungsraum. Sie waren buchstäblich im Vorraum und damit ausgesperrt.

Weiterhin will – oder besser gesagt: muss – nach dem Kompromiss der Bund auf einige finanziell durchaus bedeutsame Investitionsprogramme verzichten, mit denen er faktisch in die Entscheidungshoheit der Länder eingegriffen hat, zum Beispiel die Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau, Bildungsplanung, aber auch beim Wohnungsbau und bei der Gemeindeverkehrsfinanzierung. Ob dies alles so vernünftig ist, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Aber das sind dann ausführlichere Fachdiskussionen. Denen will ich hier nicht vorgreifen.

Die Länder haben bekanntlich 14 Rechtsmaterien neu übertragen bekommen. Wir sehen vier Bereiche kritisch. Einer wurde bereits angesprochen: die Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Mit der weiteren Verlagerung der Kompetenzen an die Länder verschärft sich unseres Erachtens massiv der Widerspruch zwischen einer zunehmenden Kleinstaaterei in der Ausbildung und dem Anspruch an die Bürger, doch länderübergreifend oder gar europaweit mobil zu sein.

In der Hochschullandschaft würde ein solcher platter Wettbewerbsföderalismus, Kollege Zastrow, dazu führen, dass die bereits jetzt bestehenden massiven Asymmetrien zu finanzkräftigen Bundesländern im Süden und Westen verstärkt werden, auch leider für uns, die wir nicht dazugehören.

Wenn es dem Bund zukünftig untersagt sein soll, den Ländern finanzielle Hilfen für Schulen und Hochschulen zu gewähren, zum Beispiel für das Programm der Ganztagschulen, dann muss man sich ernsthaft fragen, ob das die richtige Antwort auf „Pisa“ ist.

In der Umweltpolitik wird es besonders krud, denn dann soll es dem Bund gestattet sein, einerseits zwar die äußerst zersplitterten Rechtsgebiete in einem einheitlichen Umweltgesetzbuch bis 2009 zusammenzufassen. Zugleich, und das hat Kollegin Hermenau bereits gesagt, sollen die Länder umfangreiche Abweichungskompetenzen bekommen. Das ist nicht nur europarechtlich problematisch, sondern noch schlimmer – ich verweise auf den letzten „Spiegel“, der dieses Problem ausführlich beleuchtet hat –, wenn die Länder sich sogar mit Berufung auf das bekannte Urteil zur Juniorprofessur vor dem Bundesverfassungsgericht Rechtsmaterien zurückholen dürfen, die sich einstmals der Bund aus gutem Grund herangezogen hat. Ich verweise auf die so genannte Erfordernisklausel nach Artikel 72 Abs. 2 Grundgesetz, nämlich als mittelbares Staatsziel die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Wir akzeptieren diese Rechtsprechung zur Juniorprofessur, aber damit wurde dieses mittelbare Staatsziel massiv ausgehöhlt und relativiert.

Es ist zu befürchten, dass Rechtsmaterien eingeklagt werden und Stück für Stück an die Länder zurückgehen. Das würde einerseits ein gigantisches Arbeitsbeschaffungsprogramm für Rechtsanwälte und Sachverständige bedeuten – damit könnte man zur Not noch leben –;

womit man nicht leben kann, ist der Kompetenzwirrwarr im Umwelt- und Planungsrecht. Das hatten wir im Jahr 2002 bei der Hochwasserkatastrophe leidvoll zu spüren bekommen. Dieser Wirrwarr wird nicht überwunden, sondern eher noch verstärkt.

Ich nenne ein konkretes Beispiel aus meiner Heimat. Das nächste Mulde-Hochwasser kommt ganz bestimmt, und es wird sich ganz gewiss nicht darum kümmern, dass in meinem Nachbarlandkreis Bitterfeld in Sachsen-Anhalt in provokativer Weise die Deichdämme zwar erneuert wurden, aber rund ein Meter höher sind als in meinem Landkreis Delitzsch. Natürlich würde bei einem neuen Hochwasser das sächsische Gebiet massiv „absaufen“, um es einmal so deutlich zu sagen, und das nur, damit Bitterfeld gerettet ist. Ich gönne Bitterfeld das, aber solch eine Kurzsichtigkeit ist, wenn es ernst wird, tödlich.

Schlichtweg aberwitzig ist das Vorhaben, den Strafvollzug voll und ganz den Ländern zu überlassen. In den deutschen Gefängnissen soll es künftig nicht mehr einigermaßen einheitlich zugehen – so wie gegenwärtig nach Bundesgesetz –, sondern so verschieden, wie es im Prinzip 16 Landtage nur wollen. Zwölf ehemalige Justizminister und die gesamte Fachwelt haben bisher vergeblich gegen diesen Unfug protestiert, der den Strafvollzug in der Tendenz zwar billiger machen würde, aber eben auch populistischer und – ich sage das so deutlich – gefahrvoller. Wohin die Reise gehen soll, das hat der bayerische Ministerpräsident Stoiber schon angekündigt: Der Strafcharakter soll wieder deutlich hervorgekehrt werden. Die Resozialisierung, das erklärte Ziel nach der Reform in der sozialliberalen Ära im Jahr 1977, wird dann in den Hintergrund treten.

Die Übertragung der Zuständigkeit für Besoldung und Versorgung der Beamten erscheint natürlich auf den ersten Blick logisch und nachvollziehbar, ist es doch einer der größten Posten in unserem Landeshaushalt. Allerdings diese Deregulierung zulasten der Betroffenen – sprechen wir es klar aus: Es wird eine Absenkung der Standards geben, siehe jetzt die Tarifaueinandersetzungen – als Erfolg zu verkaufen, wie es Finanzminister Dr. Metz unlängst getan hat, ist zumindest blauäugig. Sehr schnell wird sich auch Sachsen in einem knallharten Wettbewerb mit den wesentlich finanzkräftigeren Süd- und Westländern wiederfinden, einem Wettbewerb, den wir, anders als die FDP glaubt, mit Sicherheit nicht gewinnen können. Es wird sich der Bayern-München-Effekt einstellen: Nur die finanzkräftigsten Clubs können sich die stärksten Spieler leisten.

Natürlich ist es positiv, dass das Ende des machtpolitischen Missbrauchs des Bundesrates als Ersatz-Opportunitätszentrum der Länderfürsten absehbar ist. Es wäre dennoch ein sehr, sehr großer Fehler, diese umfangreichste Novellierung des Grundgesetzes seit Jahrzehnten allein nach dem Motto eines mittelalterlichen Jahrmarktes „Gibst du mir eins, geb ich dir eins“ durchzuführen. Diese Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen. Es ist deshalb unverantwortlich, nach der Methode Schröder das

Gesetzespaket nicht mehr aufschneiden und ohne Änderungen im Ganzen mit einem Basta-Ruf durchstimmen zu wollen. Da ändern auch die leichten, mahnenden Worte Ihres SPD-Fraktionsvorsitzenden Struck, die dazu dienen, am Ende die Mehrheit zu sichern, herzlich wenig.

Abschließend: Die Linksfraktion.PDS unterstützt den Umbau des Staates mit dem Ziel eines kooperativen solidarischen Föderalismus. Das ist der zentrale Unterschied zur FDP-Fraktion. Bereits beim Lübecker Konvent haben wir gesagt, dass wir uns sehr wohl dem Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Solidarität stellen und mitnichten einer Nivellierung aller Lebensverhältnisse das Wort reden. Genau wie kommunale Selbstverwaltung Unterschiedlichkeit erzeugt, Wettbewerb voraussetzt und auf die Kraft der Vernunft vor Ort setzt, ist das eine Ebene höher auch so. Diese Unterschiedlichkeit – denken wir – darf aber nicht zu Wettbewerbsverzerrungen oder, noch schlimmer, zu einem Wettbewerbsföderalismus führen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass dieses mittelbare Staatsziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet nicht aufgegeben wird. Wir bedauern zutiefst, dass die Reform bei Weitem nicht dem gerecht wird, was an Umbau des kooperativen solidarischen Föderalismus möglich und erforderlich gewesen wäre.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Wir sind in der zweiten Runde der Aussprache der Abgeordneten. Gibt es weiteren Aussprachebedarf? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage die Staatsregierung. – Herr Staatsminister Winkler, bitte.

Hermann Winkler, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute mehrfach gehört, dass sich die Föderalismusreform in der entscheidenden Phase befindet. Es war im November 2005, als die Koalitionspartner auf Bundesebene auf Bundesparteitagen die Koalitionsvereinbarung beschlossen haben. Hierin waren die Regelungen zur Föderalismusreform enthalten. Bund und Länder haben seitdem die Reform in einen konkreten Gesetzgebungsvorschlag umgewandelt. Dieser ist am Freitag, dem 10. März, zeitgleich in Bundesrat und Bundestag eingebracht worden. Es ist geplant, bis zur Sommerpause das Gesetzgebungsverfahren abzuschließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir uns mit Umsetzungsfragen dieser großen Verfassungsreform befassen, sollte nach unserer Auffassung das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sein. Dabei gilt es zu bedenken, dass nach der Reform für Bund und Länder überhaupt kein Zeitdruck für Folgeänderungen besteht. Für die Schaffung eines modernen Dienstrechts etwa, das ich für einen ganz wesentlichen Eckpfeiler dieser Föderalismusreform halte, sollten wir uns wirklich gründlich Zeit nehmen, um die besten Lösungen zu bekommen. Es

soll mit dieser Reform ein Wettbewerb der Bundesländer entstehen. Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, brauchen wir gute Lösungen, die etwas Zeit beanspruchen. Wir haben keinen Zeitdruck, denn zum Beispiel für diesen Fall gilt das bisherige Besoldungs- und Versorgungsrecht des Bundes ohne Abstriche weiter. Das gilt auch für andere Regelungen, die durch die Reform von den Ländern geändert werden müssen.

Im Übrigen möchte ich Sie bei dieser Gelegenheit darin erinnern, dass ich am 20. Dezember 2005 über die Eckpunkte der Föderalismusreform und die Auswirkungen für den Freistaat Sachsen in einem Papier informiert habe. Ich habe das allen Fraktionen zugesandt. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es dem damaligen Stand eigentlich inhaltlich nichts hinzuzufügen. Ich möchte nur noch so viel sagen: Es wird immer gefragt, wer der eigentliche Gewinner oder Nutznießer dieser Reform ist. In meinen Augen sind das ganz klar die Landtage und die Bürger: die Landtage deshalb, weil sie mehr Gesetzgebungskompetenzen erhalten und damit ihre Bedeutung als gesetzgebendes Verfassungsorgan aufgewertet wird, und die Bürger profitieren von einer klaren Aufgabenteilung zwischen Bund und Land, die das System der politischen Verantwortung verständlicher macht.

Meine Damen und Herren, die Umsetzung der Föderalismusreform wird uns gemeinsam in dieser Legislaturperiode noch öfter beschäftigen, ob nun in Form von Regierungserklärungen oder Anträgen ist daher angesichts der inhaltlich zu klärenden Fragen für mich von zweitrangiger Bedeutung.

Wir sollten allerdings die Debatte, wie in diesem neu geordneten Kräftespiel der Sächsische Landtag eingebunden wird, dann führen, wenn diese neuen Zuständigkeiten ganz klar sind. Bis dahin kann ich nur an alle appellieren, mit dem Thema verantwortungsbewusst umzugehen.

Es handelt sich – das ist auch schon gesagt worden –, wirklich um die größte Verfassungsreform seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949. Es geht nicht nur um die Durchsetzung eines ideologischen Lieblingsprojektes wie etwa des Dosenpfandes. Vielmehr soll durch eine grundlegende Entflechtung der staatlichen Ebenen unsere föderale Ordnung wieder handlungsfähig und effektiv gemacht werden. Wir wollen Deutschland fit machen für das 21. Jahrhundert und für die damit im Zusammenhang stehenden Herausforderungen. Ich hoffe, dass uns das gemeinsam auch gelingt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Martin Dulig, SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Ergibt sich daraus noch einmal der Wunsch zur Aussprache? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Schlusswort. Herr Prof. Porsch für die Linksfraktion.PDS.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Dr. Pellmann hat heute früh seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, dass eine Aktuelle Debatte mit einer Regierungserklärung begonnen hat. Kollege Heinz von der CDU-Fraktion hat das kritisch aufgegriffen und zurückgewiesen mit den Worten: Eine Regierungserklärung sieht anders aus.

Ich stelle fest – Dr. Pellmann wird es mir nachsehen –: Herr Heinz hat Recht. Eine Regierungserklärung zumindest in Sachsen ist genau daran zu erkennen, dass sie gar nicht stattfindet.

(Beifall der Abg.
Regina Schulz, Linksfraktion.PDS)

Das ist die Eigentümlichkeit. Obwohl wir uns eine Regierungsbank vorhalten, hat die Anwesenheit und die Besetzung dieser Regierungsbank am Anfang durchaus die Annahme aufkommen lassen, wir hätten gar keine Regierung. Woher soll dann auch eine Regierungserklärung kommen?

Ich muss sagen, offensichtlich waren auch viele Abgeordnete dieser Meinung: Wenn wir keine Regierung haben, können wir auch keine Regierungserklärung hören. Deshalb sind sie gar nicht erst hierher gekommen.

Es hat sich aber – und sie haben etwas verpasst – eine durchaus interessante Debatte entwickelt, nämlich aufgrund der Redebeiträge der Oppositionsparteien. Ich stelle fest: In Sachsen nimmt die Opposition in ihrer ganzen Vielfalt die Problematik der Föderalismusreform wesentlich ernster als die Regierung, und sie hat auch mehr dazu zu sagen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS, der FDP
und der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Ich kann nicht glauben, dass der Ministerpräsident nur deshalb sagt, man darf das Reformpaket nicht aufschneiden, weil er Angst hat, dass es dann nicht gelingen könnte, sondern dazu muss es doch auch irgendwelche inhaltlichen Fragen geben, inhaltliche Begründungen. Die hätte ich hier gern gehört und argumentativ behandelt gewusst.

Wir haben nichts gehört. Damit bleibt unsere Forderung nach einer Regierungserklärung zur Föderalismusreform aktuell. Wir haben heute nur etwas gelernt: Wir haben gelernt, welche Rolle nach Ansicht der Staatsregierung und der CDU-Fraktion das Landesparlament in diesem Zusammenhang spielen soll.

Herr Schiemann hat uns gesagt, wir sind Beobachter. Herr Winkler hat uns gesagt, wir sollten uns Zeit nehmen, abwarten, Tee trinken. Herr Winkler und Herr Schiemann, Sie sollten auch etwas lernen: Uns ist das einfach zu wenig. Deshalb bleiben wir in der Frage am Ball und lästig.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS, der FDP und
des Abg. Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren, das war das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle die Drucksache 4/4119 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Die Stimmenthaltungen? – Bei keiner Stimmenthaltung und vielen Dafür-Stimmen ist das Ganze mehrheitlich abgelehnt worden. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6

Bilanz und Entwicklungsperspektiven des sächsischen Weinbaus als Wirtschaftsfaktor und Kulturgut

Drucksache 4/4182, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Reihenfolge: Die CDU beginnt und dann die gewohnte Folge. Für die CDU spricht Herr Abg. Dr. Rößler; bitte.

Dr. Matthias Rößler, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Deutscher Wein kommt in der Hymne vor!)

Kollege Zastrow, um gleich den Verdacht zu nehmen, dass hier wieder das Marmelietier grüßt, wenn es um den Weinbau geht,

(Zuruf des Abg. Holger Zastrow, FDP)

muss ich einfach im Land der Reformation mit einem Luther-Zitat aus seinen Tischgesprächen einsteigen: „Der

Wein ist göttlich und hat in der Heiligen Schrift Zeugnis. Das Bier dagegen ist nur menschliche Überlieferung.“

Da bin ich eigentlich schon bei der Rolle und Bedeutung des Weinbaus.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

– Sehr gut, Herr Lichdi.

Wein ist für uns eigentlich vor allen Dingen ein wichtiges Kulturgut, untrennbar verbunden mit unserer Region hier im Elbtal. Weinbau prägt Charakter und Identität von Landschaft und Bevölkerung.

Wir wissen alle, Wein ist ein Geschenk des göttlichen Dionysos an die Menschen zusammen mit dem Ölbaum. Wein ist also sehr, sehr alt.

(Zuruf des Abg.

Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Aber Wein ist natürlich auch Wirtschaftsfaktor im Elbtal in Sachsen. Wir haben 450 Hektar. Gut, verglichen mit den über 3 000 vor der Reblaus-Katastrophe ist das vielleicht wenig, aber die Tendenz ist stark steigend. Allein seit 1990 haben wir 25 % zugelegt. Ich würde also sagen: Diese dreizehnte und kleinste Weinbauregion Deutschlands ist auch die dynamischste.

(Beifall bei der CDU, des Abg.

Enrico Bräunig, SPD, und

des Abg. Holger Zastrow, FDP)

Sie ist kein Konkurrent für andere Weinbaugebiete. Die Produktionsmenge ist klein. Wir setzen nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, und sind auch auf ein hohes Preisniveau dieses wichtigen Wirtschaftsgutes angewiesen.

Sächsische Weine räumen regelmäßig bei den Weinprämierungen ab: das Weingut Schloss Proschwitz, Schloss Wackerbarth, die Winzergenossenschaft. Prämierungen für sächsische Weine haben in den letzten Jahren zugenommen. Ein Beispiel: Der sächsische „Traminer“ war bei der letzten Prämierung in der gleichnamigen Stadt Tramin ein totaler Renner.

Wir leben natürlich von der Verflechtung mit der Hotellerie, dem Tourismus, den Gaststätten. Wir leben mit diesen Bereichen in einer Symbiose. Wem es um regionale Wirtschaftskreisläufe geht, der sollte sich anschauen, was hier im Zusammenhang mit dem Weinbau entstanden ist.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Bravo!)

– Herr Lichdi, jetzt komme ich zu Ihnen. Weinbau in Sachsen ist notwendigerweise Terrassen- und Steillagenbau. Weinbau in Sachsen ist also aktiver Denkmalschutz, Landschaftsgestaltung. Wir kultivieren ein Mikroklima, ein einmaliges Biotop mit Tier- und Pflanzenarten, die sonst nur viel weiter im Süden vorkommen; jedenfalls bisher.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Meine Damen und Herren! Weinbau in Sachsen ist nicht nur ein natürliches Biotop, sondern auch ein einmaliges soziales Biotop. Wir sprechen hier immer so viel von der Bürgergesellschaft, dass wir sie stärken und stabilisieren wollen. In keiner anderen Weinbauregion gibt es 3 600 Hobbywinzer wie bei uns. Dieses Zusammenwirken zwischen Erwerbsswinzern und Hobbywinzern funktioniert hier. Die Großen und die Kleinen gehen zusammen. Wir sollten nicht nur das Kulturgut pflegen und das Wirtschaftsgut fördern. Wir sollten vor allem dieses soziale Biotop, dieses Engagement vieler Menschen für eine einmalige Landschaft unterstützen.

Mein Dank geht an dieser Stelle noch einmal an unser Schloss Wackerbarth, das regelmäßig die Hobbywinzer an unseren Weinbautagen zusammenfasst. Gerade auf dem

letzten Weinbautag sind die Themen, die ich hier anspreche, diskutiert worden.

Wir haben aber Probleme, meine Damen und Herren. Das größte Problem im Weinbau sind eben diese Terrassen. Sie waren sehr zerstört. Über 12 000 Quadratmeter Terrassen sind saniert. Das haben wir gehört. Mein Dank vor allem an den Landwirtschaftsminister und sein Ministerium, das sich hier wirklich vorbildlich engagiert. Aber, meine Damen und Herren, 8 000 Quadratmeter müssen noch saniert werden.

Wir wissen es: Das entsprechende Förderprogramm läuft im Jahr 2006 aus. Wir schätzen, dass wir noch die Hälfte dieser Mauern im alten Förderprogramm sanieren können. Aber wir brauchen einen Abschluss, und es wäre ein Jammer, wenn wir so kurz vor dem Ziel anhalten würden. Ich weise noch einmal darauf hin: Wir hatten bereits gute Ansätze. Das neueste große Projekt, Herr Landwirtschaftsminister, unterhalb der Friedensburg in Radebeul hat hier Maßstäbe gesetzt.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen zusätzliche Aufhebung. In anderen Weinbaugebieten gibt es Überproduktion, bei uns in Sachsen eigentlich nicht. Es ist erst einmal ein guter Ansatz, dass wir Aufhebung für 50 Hektar im verflossenen Jahr 2005 genehmigt bekamen. Aber wir brauchen weitere Pflanzrechte, die auch aus anderen Bundesländern erworben werden müssen. Wir könnten in Sachsen noch deutlich mehr von unserem Qualitätswein produzieren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Natürlich, meine Damen und Herren, müssen die Winzer auch selbst Anstrengungen unternehmen, nicht nur bei der Kofinanzierung der Weinterrassen. Wir müssen vor allem die viel zu hohe Sortenvielfalt reduzieren – wir haben über 28 Sorten in ganz kleinen Weinlagen –, um die Qualität zu sichern. Wir müssen natürlich auch die Struktur der Weinberge an eine vernünftige Bewirtschaftung anpassen und, meine Damen und Winzer, – –

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Winzerinnen und Winzer, hoffe ich, wir haben natürlich auch im Weinbau das Problem der alternden Gesellschaft. Wenn Sie die 3 600 Hobbywinzer sehen, so ist der Altersdurchschnitt sehr hoch; und unser Problem – eines der Hauptprobleme wie überall – ist: Wie gewinnen wir in diesem Bereich Nachwuchs?

Es gibt noch ein anderes Problem, das uns sehr bewegt: Wir müssen dieses Wirtschaftsgut, den Wein aus Sachsen, vermarkten und bewerben. Hier arbeiten wir gut mit dem Tourismusverband zusammen und es gibt auch Synergieeffekte. Wenn beispielsweise der Geschäftsführer unseres sächsischen Weinbauverbandes und der Geschäftsführer des Tourismusverbandes „Elbland“ ein und dieselbe Person ist, so ist dies, denke ich, vernünftig.

Wir bewerben unseren Wein in Sachsen. Eine positive Nachricht für alle Fußballfreunde: Der DFB hat sich

bereits positioniert. Zur Weltmeisterschaft wird es nur deutsche Weine geben. Es werden also offiziell nur deutsche Weine ausgeschenkt – ich hoffe, auch Weine aus Sachsen. Unsere Werbestrategie ist jedoch noch eine andere: Wir setzen vor allem auf das Thema „Weine aus Sachsen – eine Rarität aus Sachsen“, also die Seltenheit als besonderer Vermarktungshintergrund.

Meine Damen und Herren! Eine Bitte bzw. Forderung, die wir diskutieren müssten, ist vor allem die Weinbauforschung. Wir haben in Sachsen keine eigene Weinbauforschung, und ich meine, dass wir darin mit anderen Forschungsstandorten kooperieren können. Wir brauchen natürlich so etwas wie anwendungsorientierte Forschung im Weinbaubereich. Deshalb würde ich darum bitten, sehr geehrter Herr Landwirtschaftsminister, dass wir die Landesanstalt für Landwirtschaft mit in die Pflicht nehmen, um diese Lücke zu füllen.

Ich weiß nicht, Herr Präsident, ob ich gleich auf den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehen soll.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Der Fraktion geht es hierbei vor allem darum, dass wir über die Auswirkungen des Klimawandels auf den Weinbau in Sachsen informiert werden; denn in der Begründung wird auf den Vortrag von Herrn Prof. Stock vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung auf dem letzten Weinbautag Bezug genommen. Die Antwort ist relativ simpel: Der Wein gehört zu den Gewinnern im Klimawandel. Das Weinbaugebiet wird sich, wenn sich der Klimawandel so einstellt, wie es die Wissenschaftler vermuten, ausweiten lassen. Es wurde dort formuliert, dass Weinbau in 20, 30, 40 oder 50 Jahren sogar in Südschweden möglich wird. Dies bedeutet für uns in Sachsen, dass wir mehr Wein und andere Sorten anbauen können, wenn wir wollen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Und in Sachsen wachsen Datteln!)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Dr. Rößler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Matthias Rößler, CDU: Ja, bitte.

Michael Weichert, GRÜNE: Herr Dr. Rößler, geben Sie mir Recht, wenn ich sage, dass der Klimawandel nicht nur Einfluss auf die Erwärmung und damit auf die Produktivität und Effizienz des Weinbaus hat, sondern zum Beispiel auch auf das Verhältnis zwischen Schädlingen und Nützlingen?

Dr. Matthias Rößler, CDU: Dies war ein sehr wichtiges Thema des Vortrages von Herrn Prof. Stock. Ich würde Ihnen sogar den Vorschlag machen, dass wir Ihnen den Vortrag zukommen lassen. Das ist überhaupt kein Problem. Es ist so, dass es mehr Schädlinge gibt, aber es gibt natürlich auch im ökologischen Weinbau abgestimmte Bekämpfungsmethoden. Der Einsatz von Nützlingen ist

Ihnen ja bekannt – ein wunderbares Wort. Also, man muss es im Zusammenhang sehen. Wir sollten dies hier nicht vertiefen, und ich biete Ihnen an – ich denke, auch im Namen des Ministeriums –, dass Sie den Vortrag von Herrn Prof. Stock erhalten.

Mir bleibt am Schluss nur eines: der Dank an die sächsischen Winzerinnen und Winzer. Sächsischer Weinbau funktioniert nur im Zusammenspiel der großen Erwerbswinzer und der 3 600 Hobbywinzer. Alle, denen etwas an der Entwicklung der Bürgergesellschaft – gerade in den neuen Ländern – und am Engagement der Menschen für ihre Heimat liegt, sollten diese Gemeinschaft von Winzern, insbesondere auch die Hobbywinzer, unterstützen. Deshalb bitte ich dieses Hohe Haus, in seiner Unterstützung des sächsischen Weinbaus nicht nachzulassen. Ich hoffe, Herr Kollege Zastrow, Sie sind zufrieden. Ich weiß, dass Sie auch ab und zu gern eine Flasche Weißwein „Müller-Thurgau“ trinken; sie sei Ihnen gegönnt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, des Abg. Enrico Bräunig,
SPD, und des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Frau Dr. Deicke spricht für die SPD-Fraktion.

Dr. Liane Deicke, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner ist bereits ausführlich auf die Bedeutung und die besondere Situation im sächsischen Weinbau eingegangen. Das alles kann ich nur unterstreichen. Ich möchte jedoch noch einige Fakten nennen.

Der sächsische Wein spielt in Deutschland zwar nur eine sehr kleine, aber eine feine Rolle. Er ist eine Rarität. Nur 0,2 % der deutschen Weine werden überhaupt in Sachsen gekeltert. Das heißt auch: Im kleinsten deutschen und nordöstlichsten Weinanbaugebiet Europas wird Qualität und nicht Quantität erzeugt, und dies verdanken wir den sächsischen Weinbauern.

Bei deutschen Discountern sehen wir jedoch vor allem Weine aus dem Ausland in den Regalen. Riesling aus Sachsen – hier übrigens eine beliebte Rebsorte – sucht man dort vergeblich. Gott sei Dank, möchte man sagen; denn Qualität hat ihren Preis und kann nicht für 1,50 Euro verramscht werden. Auch ökologisch erzeugter Wein spielt in Sachsen mittlerweile eine Rolle, und hier stellt sich die Qualitätsfrage noch einmal völlig neu. Hierin sehe ich noch viel Potenzial und denke, dass Förderung und Neueinstieg in den ökologischen Anbau auch in diesem Bereich weiterhin möglich sein müssen.

Die Landschaft im Elbtal ist geprägt von den Weinbergen. Dazu gehören auch die im Antrag genannten Trockenmauern, zu deren Erhalt und Förderung der Freistaat sich bereits bekannt hat. Die Diskussion um die zukünftige Förderung ist jedoch insgesamt vor dem Hintergrund der neuen EU-Förderperiode und unter dem Gesichtspunkt „neue Herausforderung für die europäischen Winzer“ zu sehen. Der sächsische Weinbau ist auf einem guten Weg.

Er braucht – auch im Zusammenhang mit der Förderung des Tourismus – unsere Unterstützung, und dies nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Wein kann bekanntlich auch die Gesundheit fördern – und vielleicht sogar den Sport. Zumindest empfiehlt die deutsche Weinkönigin den Fußballern der Nationalmannschaft ein Glas Riesling, um – so lautet die Begründung – vielleicht etwas spritziger zu werden.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Ich füge dem hinzu: Wenn schon, dann sollte es sächsischer Riesling sein.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Für die Linksfraktion spricht Frau Abg. Altmann.

Elke Altmann, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren, ganz besonders meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen! Ich bin wirklich sehr erstaunt, eigentlich schon entsetzt, wie viel mehr Bedeutung als der Föderalismusdebatte Sie dem sächsischen Weinbau beimessen. In der vorangegangenen Debatte haben wir dafür von Ihnen viel weniger Leidenschaft usw. verspüren können als in den letzten beiden Redebeiträgen.

Und trotzdem, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen: Die Linksfraktion.PDS freut sich mit Ihnen gemeinsam über die tolle Entwicklung dieses kleinen, aber feinen sächsischen Weinanbaugebietes, und wir gönnen das auch von ganzem Herzen den sächsischen Winzern. Wir sind durchaus dafür, dass die Staatsregierung auch künftig die sächsischen Weinbauern unterstützt.

Trotzdem, Herr Kollege Rößler, werde ich jetzt einige Tropfen Wasser in den tollen sächsischen Wein gießen müssen; denn wir als Linksfraktion fordern, dass in Sachsen alle regional wichtigen Wirtschaftszweige, zu denen natürlich der sächsische Weinbau im Zusammenhang mit dem Tourismus gehört, gleichberechtigt gefördert werden. Darum sind für uns die drastischen Kürzungen bei den Fördermitteln im ökologischen Landbau in Sachsen nach wie vor inakzeptabel. Sie können sicher sein, dass wir bei den kommenden Haushaltsverhandlungen genau dort wieder den Finger drauf haben werden. Für uns ist nämlich der ökologische Landbau ein für den ländlichen Raum genauso wichtiger Wirtschaftszweig, wie es der Weinbau ohne Zweifel ist.

Meine Damen und Herren, noch ganz kurz aus brandaktuellem Anlass eines: Bei meinen Vorbereitungen auf die heutige Debatte bin ich darauf gestoßen, dass die sächsische Weinkönigin während ihrer Amtszeit von einem Autohaus mit einem VW und von einer Mineralölfirma mit dem nötigen Kraftstoff unterstützt wurde. Dabei ist mir spontan der Gedanke gekommen, dass es doch ein richtig schönes, öffentlichkeitswirksames Zeichen gewe-

sen wäre, wenn es sich bei diesem Fahrzeug um ein mit Biokraftstoff betriebenes Fahrzeug gehandelt hätte.

Ich denke, diese Vorstellung ist seit heute in relativ weite Ferne gerückt. Der Anreiz für ein so schönes positives Zeichen ist, denke ich, mit dem heutigen Tag nahezu auf null gesunken. Die Bundesregierung hat erst vor wenigen Stunden die Besteuerung von Biokraftstoffen beschlossen. Die einzige Ausnahme bleibt zum Glück der Einsatz von reinem Pflanzenöl in der Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, für mich ist dieser kleinstmögliche Kompromiss in dieser Sache ein glatter Schlag ins Gesicht für alle, die sich auch außerhalb der Landwirtschaft auf Steuerfreiheit bis ins Jahr 2009 verlassen haben. Er ist auch ein Rückschlag bei den eben erst in Schwung kommenden Bemühungen um den schrittweisen Umstieg von fossilen auf Biokraftstoffe. In diesem Sinne, Herr Rößler, kann ich Ihre Euphorie über den eintretenden Klimawandel und damit über die Erwärmung hier in Sachsen, die dem Weinbau natürlich zugute kommen würde, überhaupt nicht verstehen und finde sie eher zynisch.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die NPD-Fraktion ist Herr Abg. Paul angekündigt. Bitte.

Matthias Paul, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über die Tradition, die Geschichte und die Wichtigkeit des sächsischen Weinbaus ist einiges gesagt worden. Ich kann mich auch den Ausführungen des Abg. Rößler in dieser Sache voll und ganz anschließen. Auch die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag bekennt sich zu Sachsen als Weinbauland.

Ich möchte mich daher auf ein viel dringenderes Problem konzentrieren. Mit dem neuen Weinhandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA werden die deutschen Winzer im Allgemeinen in den nächsten Jahren sehr stark zu kämpfen haben. Seit In-Kraft-Treten des neuen Abkommens dürfen amerikanische Kunstweine auch ohne Kennzeichnung in deutschen Supermärkten verkauft werden. Die bisher in Deutschland verbotene Zugabe von Eichenchips, granuliertem Kork, Apfelsäure, künstlichen Aromastoffen oder Wasser ist ab sofort legal, weil die Brüsseler EU einmal mehr eingeknickt ist und im Streit um das Weinhandelsabkommen mit den USA kleinlaut nachgegeben hat.

Schon sind auch die ersten gentechnischen Veränderungen geplant und – noch schlimmer! – nach dem Abkommen dürfen die bei der Weinerzeugung verwendeten Verfahren oder Behandlungen und Techniken auf dem Etikett nicht angegeben werden. Damit wird den Verbrauchern in Deutschland und überall in Europa sogar noch die Möglichkeit genommen, sich über die angebotenen Weine und deren Herstellung Klarheit zu verschaffen und sich durch ihr Kaufverhalten bewusst von den jetzt angebotenen Kunstweinen abzugrenzen.

Ich möchte an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit klar machen, dass wir nicht gegen den Import und Export von Wein in alle Welt und aus aller Welt sind. Wir sind jedoch in diesem Zusammenhang für gerechtere Lösungen. Bei den Weinhandelsabkommen mit Chile, Südafrika, Kanada und Australien ist der Schutz deutscher und europäischer Bezeichnungen wesentlich besser verankert worden als bei der neuen Regelung mit den USA. So erleben wir nun, wie Wein aus den USA auf unseren Markt kommt und irreführende Bezeichnungen trägt, wie zum Beispiel „Dieser Riesling wurde wie an der Mosel hergestellt“. Hier wird dem Verbraucher suggeriert, es handele sich um einen Wein, der an der Mosel hergestellt wurde.

Wein ist für uns nach wie vor ein wertvolles Kulturgut und ein landwirtschaftliches Erzeugnis. Er darf nicht nur als reines Handelsobjekt betrachtet werden, welches nun auf dem Altar der Handelsfreiheit geopfert werden soll.

Die NPD-Fraktion möchte mit ihrem heute vorgelegten Änderungsantrag Antworten der Staatsregierung darauf, wie sich Sachsen in der laufenden Abstimmung mit der Bundesregierung über die Einführung eines deutschen Reinheitsgebotes für Wein positioniert, welche Vorschläge bisher unterbreitet wurden und wie das laufende Verfahren weiter begleitet werden soll. Die Einführung eines solchen deutschen Reinheitsgebotes für Wein ist im Übrigen ausnahmsweise nicht von der NPD gekommen. Selbst Bundesminister Seehofer hat sich bereits dafür ausgesprochen, ein entsprechendes Reinheitsgebot gegenüber der EU durchzusetzen. Fraglich dabei ist, ob die CDU/CSU dabei mitzieht. Der CDU-Europaabgeordnete Werner Langen hat sich laut Pressemitteilung vom 10. Februar bereits dagegen ausgesprochen.

Die NPD-Fraktion sieht in der Einführung eines solchen Reinheitsgebotes zumindest eine Möglichkeit, Wein aus traditioneller Herstellung klar von billigen Kunstweinen abzugrenzen. Ergänzend dazu muss es ein nationales Gütesiegel geben, damit der Verbraucher die nach dem Reinheitsgebot hergestellten Weine auch klar erkennen kann. Es sollte meiner Meinung nach alles Erdenkliche dafür unternommen werden, dass die EU-Kommission von der Sinnhaftigkeit nationaler Gütesiegel überzeugt wird und begreift, dass es sich dabei nicht um so genannte wettbewerbsverzerrende Maßnahmen handelt, sondern um regionale und nationale Schutzmechanismen.

Wir werden dem vorliegenden Antrag der Koalition selbstverständlich zustimmen und bitten zugleich um die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Günther spricht für die FDP-Fraktion.

Tino Günther, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der politischen Wende im Jahre 1989 ergaben sich auch für den sächsischen Weinanbau entscheidende Veränderungen.

(Dr. Matthias Rößler, CDU: Ja! – Heiterkeit)

Neben der Einführung der einheitlichen Weingesetzgebung war die Wiedereinführung des Kelterns getrennt nach den einzelnen Weinbergslagen von besonderer Bedeutung. Weinbaubetriebe und Weingüter entstanden neu bzw. wurden wieder neu gegründet. Dass auch ein Großteil der terrassierten Steillagen wieder aufgerebt wurde, ist besonders den vielen Nebenerwerbswinzern zu verdanken. Das Potenzial der Hobbywinzer als Besonderheit im sächsischen Weinanbau ist unbedingt zu nutzen.

Nicht ohne Grund gibt es seit 1992 nun auch die Sächsische Weinstraße. Die Angebotspalette verbreitert sich. Die Qualität verbessert sich kontinuierlich. Bei uns beginnen die Weinberge dort, wo sie am Rhein aufhören, nämlich am 51. Breitengrad. Deshalb bezeichnen sich die sächsischen Winzer selbst als die Eskimos des Weinbaus. Dass hier trotzdem, insbesondere bei den Weißweinen, Spitzenqualitäten gekeltert werden können, ist durch die besonderen klimatischen Verhältnisse bedingt.

Diese besonderen Verhältnisse machen die Region auch zu einem beliebten touristischen Ziel. Dabei wird der Tourist, was den Baum- und Pflanzenwuchs betrifft, von einer fast südländischen Atmosphäre überrascht. So war es ein kluger Gedanke, dass sich im Sommer 2003 die Winzer entschlossen haben, als Weinbauverband Sachsen mit dem regionalen Tourismusverband gemeinsam zu agieren.

Zum einen ist die Einbeziehung der Tourismuswirtschaft notwendig, um eine möglichst ökonomische Eigenvermarktung der Erzeugnisse der Winzer zu erreichen – und ich weiß, was Eigenvermarktung von sächsischen Produkten bedeutet, glauben Sie es mir –, zum anderen ist der Tourismus im Elbland ohne die Verbindung zu der mehr als 800-jährigen Weinbautradition in Sachsen nicht denkbar.

Der Erhalt dieser Kulturlandschaft erfordert aber besondere Anstrengungen. Grundlage für die strategischen Maßnahmen des Landkreises Meißen war eine umfassende Analyse, ermittelt durch Befragung von 180 Steillagenwinzern, Begehungen und Kartierungen der Steillagen sowie die Begutachtung der Trockenmauern. Ein Maßnahmenkatalog für die untersuchten Weinberge enthält Anregungen für die gestalterische Aufwertung des Umfeldes, zum Wegebau, zur Erhaltungssanierung, zur Aufhebung und Neugestaltung; Vorschläge für kurz- und mittelfristige Strategien sollen noch unterbreitet werden, um eine zukunftsfähige Bewirtschaftung der Weinberge zu sichern. Es gibt also noch viel zu tun. Herr Dr. Rößler, Sie haben Recht – im Vergleich zum 18. Jahrhundert mit zirka 3 500 ha sind wir jetzt bei 450 ha –, wir haben noch Potenzial.

Doch nun zum vorliegenden Antrag. Durchaus interessant – geschmacklich meine ich zumindest als bekennder Weinliebhaber –, aber eben wieder nur ein Berichtsantrag.

(Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf,
Linksfraktion.PDS)

Herr Hähle ist nicht im Hause. Wie war das noch? Mir klingt das Wort von der Quatschbude noch in den Ohren. Wer hat denn diesen Antrag unterschrieben? Auch eine Kleine Anfrage oder mehrere Kleine Anfragen hätten das Ergebnis herbeigeführt, das dieser Berichtsantrag herausgefordert hat. Wir stehen gern zur Verfügung, wenn wir helfen sollen, Kleine Anfragen zu verfassen.

(Beifall bei der FDP)

Während die Staatsregierung in ihrer Stellungnahme schon einräumt, dass die Mittel zur umfassenden Sanierung der Weinbergsmauern nicht ausreichen werden, sie sich derzeit aber auch nicht in der Lage sieht, über die zukünftige Finanzierung Auskunft zu geben, fordern Sie hier nur wieder Berichte.

Wie man die sächsischen Winzer unterstützen kann, hat uns kürzlich der Dresdner Wirtschaftsbürgermeister Dirk Hilbert sehr schön demonstriert.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Ist der in der FDP?)

Die Wahl der deutschen Weinkönigin findet nun erstmals nicht in Neustadt an der Weinstraße statt, sondern hier bei uns in Sachsen – ja, Herr Porsch, er ist in der FDP –,

(Beifall bei der FDP – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: 800 Jahre
mussten wir warten!)

eine Marketingglanzleistung, wie ich finde, für ganz Sachsen. Ich denke, der Beifall des Hohen Hauses sollte das jetzt schuldenfreie Rathaus in Dresden doch gern erreichen.

(Beifall bei der FDP –
Holger Zastrow, FDP: Genau!)

Hauptaufgabe muss nun sein,

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Hauptaufgabe!)

für unsere Winzer rechtlich mehr Anbaufläche zur Verfügung zu stellen. Denn die Nachfrage und das Wichtigste, der Absatz unseres sächsischen Weines, sind gesichert. Das ist eines der wenigen Produkte, bei denen der Absatz schon gesichert ist und wir nur mehr anbauen müssen, um bessere Zahlen für uns in Sachsen zu erwirtschaften.

(Zurufe der Abg. Prof. Dr. Peter Porsch
und Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS)

Ich denke, es gibt noch viel zu tun. Packen wir es und stoßen wir mit unserem sächsischen Wein an!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Weichert, Sie sprechen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Michael Weichert, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren, liebe Genießerinnen und Genießer!

(Beifall bei der CDU – Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS: Und Genossen! – Heiterkeit)

– Schön, wie schnell man sich Beifall abholen kann. – Was wäre denn der sächsische Weinbau ohne unsere Koalitionsfraktionen? Etwas abstrahiert kann man auch sagen: Das Leben ist viel zu kurz, um schlechten Wein zu trinken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich habe diese Tatsache und Ihren Antrag zum Anlass genommen, in unserer Fraktion die Bestellung eines önologischen Sprechers zu beantragen, und ich werde mich dafür bewerben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der FDP
und des Abg. Horst Rasch, CDU)

Das ist der Sprecher für Weinbaukunde.

(Prof. Dr. Peter, Porsch, Linksfraktion.PDS:
Er war im früheren Leben eine Reblaus!)

Ich bitte deshalb um Verständnis, dass ich mich dem Antragsgebaren der Koalition abermals nur etwas humoristisch nähern kann, denn für eine ernsthafte parlamentarische Auseinandersetzung fehlt es diesem Antrag an konzeptioneller Substanz. Diese erhoffen Sie sich wie so oft von der Staatsregierung.

Mein Kollege Herr Lichdi hat vorhin schon mit großem Beifall dem Antrag zugestimmt. Herr Rößler hat unseren Ergänzungsantrag dankenswerterweise schon eingebracht. Erlauben Sie mir deshalb dazu noch ein paar Anmerkungen, die etwas ernster sind.

Beim 6. Sächsischen Weinbautag auf Schloss Wackerbarth referierte Herr Stock vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung über die Auswirkungen des Klimawandels auf Sachsen. Allein in den letzten 50 Jahren hat sich die mittlere Temperatur um bis zu 1,5 Grad Celsius erhöht. Bis zu sechs Grad wärmer könnte es in diesem Jahrhundert noch werden. Wenn wir uns also Gedanken über die Zukunft unserer Kulturlandschaft machen, dann dürfen wir den Klimawandel dabei nicht aussparen. Die Folgen des Treibhauseffektes auf die Land- und Forstwirtschaft und damit auch auf die Winzer beschreibt bereits der jüngste Bericht zum Klimawandel in Sachsen.

Um eines vorwegzunehmen – und das ist auch schon angeklungen –: Die Weintrinker unter uns müssen sich noch die geringsten Sorgen machen, denn Wärme – das wissen selbst die Biertrinker – tut dem Wein gut. Ein Temperaturanstieg wird aber weit reichende Folgen für unsere gesamte Tier- und Pflanzenwelt haben. Das betrifft den Weinbau in vielerlei Hinsicht, so zum Beispiel bei der Auswahl künftiger Rebsorten in den sächsischen Anbaugebieten oder auch hinsichtlich eines ausgewogenen Verhältnisses von Nützlingen und Schädlingen – wir hatten das schon angesprochen – oder zum Beispiel durch die Veränderung der Intensität der Niederschläge.

Da der Klimawandel bereits eingetreten ist und wir die Auswirkungen der heutigen Emissionsbelastung erst nach 15 Jahren und später zu spüren bekommen, ist eine Anpassungsstrategie nötig. Gleichmaßen mahnen uns die Veröffentlichungen aus dem Landesamt für Umwelt und Geologie, einen Beitrag zu liefern, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu lindern. An dieser Stelle will ich noch einmal feststellen, dass es auch einen Zusammenhang zwischen der Braunkohlenverstromung hier in Sachsen und der Zukunft des sächsischen Weines gibt.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Ich darf für meine Fraktion sagen, dass wir der Intention Ihres Antrages folgen werden. Es geht auch uns um den Erhalt, zum Teil auch um die Wiedergewinnung von Kulturlandschaft, es geht uns um die Synergieeffekte, die sich aus Weinbau und Tourismus erschließen lassen, und es geht, zum Beispiel bei den Trockenmauern, um ökologisch sinnvolle Nischen innerhalb einer Weinbaukultur, die auf hohe Qualität und ein entsprechendes Verbraucherbewusstsein setzt. Dazu von uns ein d'accord. Und wenn sich schon der Sächsische Weinbautag mit den Folgen des Klimawandels beschäftigt, dürfen wir im Landtag dahinter nicht zurückstehen.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Der fraktionslose Abg. Schmidt erhält jetzt das Wort.

Mirko Schmidt, fraktionslos: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit der Wende haben sich neben den früher wenig etablierten Weinbaubetrieben oder -gesellschaften vor allem neue, privat geführte Betriebe in Sachsen angesiedelt, vereint unter dem Dach des Sächsischen Weinbauverbandes. Der Anbau von bestimmten Rebsorten lässt sich aufgrund der geografischen Lage in Sachsen sicherlich nicht groß erweitern, es sei denn, dass dafür eines Tages die globale Veränderung des Klimas den Weg freigibt.

Lange war man vom sächsischen Wein gewohnt, dass er herber Natur war. Dafür war er sortenrein. Weine ohne Zusätze, Weine in einer 0,7-Liter-Einheitsflasche. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands hat sich in Sachen Vielfalt bezüglich der Geschmacksnoten einiges getan. Unterschiedliches Farbglas und Form der Flaschen bis hin zu ansprechenden Etikettierungen lassen oft schon den Hersteller richtig vermuten.

Gehen wir nun in die Historie. Ich gehe natürlich nicht bis zu den Göttern zurück. Vom Jahr 1066 bis zum Jahr 1106 verwaltete Bischof Benno das Bistum Meißen. Neben seiner Hauptaufgabe, ungläubige Sorben zum christlichen Glauben zu führen, galt er zu seiner Zeit bei seinen Stiftsuntertanen nicht zu Unrecht auch als weiser Regent. Er erkannte die günstigen Getreideanlagen bei Lommatzsch, Schleinitz und Mügeln und ließ reiche Korn-

speicher anlegen. Er schuf Wirtschaftshöfe in Briesnitz, Göda bei Bautzen und Görlitz. Daran erinnern wir uns kaum. Aber wenn es um den Wein geht, wissen wir gleich, dass auch Bischof Benno mit im Spiel war. Ihm verdanken wir wirklich die gelungene Anpflanzung von Weinstöcken. Bei Niederwartha, Kötzschenbroda und Schleina, einem Ortsteil von Meißen, ließ er Weinberge anlegen und führte damit den Weinbau an der Elbe ein. Der erste Weinberg, den Bischof Benno der Sage nach sogar mit eigenen Händen angelegt haben soll, soll sich auf dem Gelände von Müllers Weinberg an der Straße Am Steinberg in Meißen befunden haben.

Wie wir wissen, ist die Arbeit des Winzers nicht unbedingt leicht. Ich kann aus eigener Erfahrung sprechen; denn ich bin Hobbywinzer. Nicht überall ist moderne Technik einsetzbar und so bleibt gerade an Hängen und schmalen Terrassen die Handarbeit.

(Jürgen Gansel, NPD, steht am Mikrophon.)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Mirko Schmidt, fraktionslos: Ja.

Jürgen Gansel, NPD: Herr Abg. Schmidt, ist es zutreffend, dass Ihr ehemaliger persönlicher Referent Eric Weber während der gewöhnlichen Arbeitszeit auf Ihrem persönlichen Weingut handwerkliche, körperliche Arbeit verrichten musste?

Mirko Schmidt, fraktionslos: Das ist nicht zutreffend, weil der Referent Weber zu diesem Zeitpunkt bei mir nicht angestellt war.

(Gelächter bei der NPD – Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Nicht überall ist moderne Technik einsetzbar. So bleibt – gerade an Hängen und schmalen Terrassen – die Handarbeit, zum Beispiel beim Bearbeiten des Bodens, dem Verschneiden, dem Binden, dem Lesen und fachlichen Können beim Erhalt der Weinbauanlagen, deren Terrassen nicht selten von Trockenmauern gestützt werden. Wir empfehlen, bei der Sanierung von Trockenmauern Arbeitskräfte über eine Bürgerschaft einzusetzen, die unter fachlicher Anleitung eine erhebliche Hilfe und Unterstützung sein können – vielleicht aus den Bereichen Bau, Straßenbau und Steinmetzerei. Dies wäre eine Investition in mehrere hundert Jahre.

Wie unlängst der Presse zu entnehmen war, werden bereits in diesem und im folgenden Jahr sächsische Weingüter ihre Rebfläche vergrößern, nachdem man in entsprechenden Archiven nach historischen Anbaugebieten gesucht hatte und fündig wurde. Wir denken, dass das gut ist; denn die Nachfrage nach sächsischen Weinen ist derart angestiegen, dass bei einigen Sorten schon jetzt keine Liefermöglichkeiten mehr bestehen. Bedauerlicherweise könnten hier EU-Richtlinien zum Sand im Getriebe werden, da hierbei die Steuermechanismen liegen.

Bedenken wir aber eines: dass Sachsen einstmals, um die Mitte des 19. Jahrhunderts herum, an die 1 600 Hektar Rebfläche besaß. Während man im Westen Deutschlands die Rebflächen kontinuierlich aufstockte, hat man in der DDR dem Weinbau nicht genügend Augenmerk geschenkt. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands können sich die sächsischen Winzer zu Recht durch die historischen Hintergründe benachteiligt und bestraft fühlen. Dabei würde eine umfangreiche Aufhebung den Wirtschaftsfaktor Weinbau in Sachsen stärken, Arbeitsplätze schaffen und die Nachfrage nach sächsischem Wein decken helfen.

Wir ersuchen daher die Staatsregierung des Landes Sachsen eindringlich, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um den sächsischen Weinbauern weitere Perspektiven in ihrem Vorhaben, ihre Flächen zu erweitern, zu geben. Wir bitten die Sächsische Staatsregierung, sich im Rahmen des EU-Sonderausgleiches für die Rückgewinnung dieser Flächen einzusetzen. Darum stimmen wir dem vorliegenden Antrag in vollem Umfang zu. In diesem Sinne: Es lebe der sächsische Wein!

Danke.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das war die Runde der Abgeordneten. Gibt es seitens der Abgeordneten weiteren Aussprachebedarf? – Ich frage die Staatsregierung. – Herr Staatsminister Tillich, bitte.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Herr Präsident, vielen Dank. Ich denke, es wäre unangemessen, zu einem Fachgebiet meines Ministeriums, das eines der angenehmsten ist, nicht zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU,
der FDP und den GRÜNEN)

Ich bedanke mich sowohl bei den Koalitionsfraktionen als auch bei den Oppositionsfraktionen, dass sie eine durchaus sachliche Debatte zu diesem Thema geführt und die Leistungen unserer sächsischen Winzer allesamt gewürdigt haben. Ich habe im Namen der Staatsregierung dies schriftlich auf den Antrag der Koalitionsfraktionen getan, möchte aber noch einige Fakten nennen bzw. einige Fragen, die gestellt wurden, beantworten.

Es ist richtig, dass sich die Rebfläche fast verdoppelt hat. Es ist auch richtig, dass nicht die Menge das Entscheidende des sächsischen Weines ist, sondern seine Qualität. Es ist erfreulich, dass 53 % der in Sachsen produzierten Weine immerhin Qualitätsweine mit Prädikat und 46 % darüber hinaus Qualitätsweine sind. Nur weniger als 1 % der sächsischen Weine sind Tafelweine.

In der Vergangenheit haben wir die Weinbergsmauern in Steil- und Terrassenlagen, Herr Kollege Rößler, gefördert. Wir haben dies getan, damit die Grundlage des Weinbaus und die Voraussetzungen für eine Wiederurbarmachung brach liegender Anbauflächen hergestellt werden. Wir

haben dies gleichzeitig getan, um ein Stück Kulturgut in Sachsen zu erhalten. Der Sanierungsbedarf ist, wie von Ihnen dargestellt, enorm und wird innerhalb dieser Förderperiode in der Tat nicht abgeschlossen sein. Deswegen wird die Sächsische Staatsregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Sanierung der Weinbergsmauern fortsetzen. Zur finanziellen Ausgestaltung kann ich heute leider noch nichts sagen.

Neben der Sanierung der Mauern haben wir auch die Einwerbung zusätzlicher Pflanzenrechte für unsere Winzer vorangetrieben. So konnten 30 Hektar Neuanpflanzungsrechte an Winzer in diesem Jahr verteilt werden. Damit sind alle fachlich geeigneten Anträge für Neuanpflanzungen berücksichtigt worden. Wir rechnen damit, dass weitere Flächen im Ergebnis der zurzeit stattfindenden Flächenprüfungen in unsere Pflanzenreserve zu überführen sind. Sollten diese Flächen nicht ausreichen, werden wir uns für weitere Pflanzenrechte und die Übertragung nicht genutzter Reserven aus anderen Bundesländern einsetzen.

Einer der wichtigen Schwerpunkte des gemeinsamen Bemühens sowohl der öffentlichen Hand als auch der Winzer ist die Zukunftssicherung des Weinbaus an sich und damit verbunden letztendlich die Verbesserung des Marketings. „Wer nicht wirbt, der stirbt“, heißt es plakativ in einem Zitat unbekannter Herkunft. Ich denke, auch hier hat die Sächsische Staatsregierung den Winzern in der Vergangenheit hilfreich zur Seite gestanden. Wir haben für qualitäts- und absatzfördernde Maßnahmen eine Summe von 282 000 Euro aufgebracht. Letztendlich haben wir dazu beigetragen, dass die gezielte Bewerbung der gemeinsam mit den Winzern entwickelten Dachmarke „Eine Rarität: Weine aus Sachsen“ möglich war und diese Dachmarke zu einer weiteren Steigerung des Bekanntheitsgrades sächsischer Weine beigetragen hat.

Gerade im Bereich Marketing können wir noch weitere Reserven erschließen. Deswegen wird die Sächsische Staatsregierung auch in Zukunft den sächsischen Weinbau unterstützen. Wir wollen dabei helfen, diese über 800-jährige Tradition fortzusetzen. Wir sind dem Weinbauverband gern dabei behilflich, so schnell wie möglich einen neuen Ansprechpartner vor allem für die über 2 600 sächsischen Kleinwinzer auf der behördlichen Seite zu finden. Das ist miteinander verabredet.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass der sächsische Weinbau als Wirtschaftsfaktor weiter stabilisiert wird und gleichzeitig dazu beiträgt, unsere wunderbare Kulturlandschaft in Sachsen am Leben zu erhalten.

Lassen Sie mich zu den Anträgen, zum Beispiel zum Antrag der NPD, kommen. Ich denke, die NPD hat wiederholt versucht, auf ein Thema aufzusatteln, das sowohl längst bei der Staatsregierung als auch bei den Gremien zwischen Bund und Land wie auch der Europäischen Kommission auf der Tagesordnung steht. Deswegen sind diese Anträge im Prinzip ein Nachklapp und nicht der Zustimmung wert.

Gleichzeitig möchte ich zu Frau Altmann – sie ist jetzt nicht am Platz – und zu Herrn Günther eine Bemerkung machen: Ich bin darüber glücklich, dass heute Herr Hesse, Präsident des Sächsischen Weinbauverbandes, und Frau Schilg, Geschäftsführerin von Schloss Wackerbarth, hier anwesend sind; denn der Erfolg hat immer viele Väter. So ist es auch mit der Krönung der deutschen Weinkönigin im Herbst dieses Jahres hier in Dresden. Ich kann mich an Gespräche im vergangenen Jahr erinnern, bei denen Herr Hesse, Herr Niehoff vom Weinbauverband, Frau Schilg, aber auch Prof. Reiter vom Mitteldeutschen Rundfunk Hände ringend darum bemüht waren, eine Lösung zustande zu bringen, um letztendlich die Ausrichtung dieser Veranstaltung in Sachsen zu ermöglichen. Ich freue mich, dass diese Bemühungen in Person von Herrn Hilbert zum Erfolg geführt haben. Wir werden erfreut sein, wenn wir zu dieser Veranstaltung eingeladen werden und die Stadt Dresden die Kosten, die sie jetzt tragen kann, übernehmen wird.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es wird vor allem Prof. Reiter freuen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD,
der FDP und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren, die Aussprache hat gezeigt, dass spontan neue Sprecherfunktionen gewünscht werden. Ich denke, die des Oberwinzers ist vergeben. Herr Dr. Rößler, Sie haben das Schlusswort.

Dr. Matthias Rößler, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man schon eine solch seltene Einmütigkeit in diesem Hause erlebt, will man natürlich nicht nur als Weinfreund, sondern als knochenharter Weinlobbyist die Sache am Schluss festklopfen.

Ich denke, wir wollen nicht nur reden. Wir wollen die Strategien, die uns gemeinsam überzeugt haben, zusammenfassen. Es sind übrigens dieselben Strategien, die der Sächsische Weinbauverband vertritt. Wir müssen den Sanierungstau im Terrassenbereich zügig abbauen. Wir müssen die Umstrukturierung, die Sortenvielfalt und die Aufhebung der Weinberge vorantreiben. Wir müssen die Mechanisierung und Bewässerung forcieren. Das ist ganz wichtig.

Frau Altmann ist leider nicht da. Ich bedaure die Erderwärmung und ich sehe auch die Probleme, die sie bringt. Aber der Weinbau ist einer der wenigen Bereiche, in dem uns das nicht so trifft, sondern eher nützt.

Wir müssen unsere Dachmarke, unser Marketing im sächsischen Weinbau, unsere Qualitätsstandards permanent verbessern. Sächsische Weine werden immer eine Rarität bleiben. Wir wollen die 3 000 Hektar überhaupt nicht wieder erreichen. Damit wollen wir niemandem Angst machen.

Wir müssen die Synergien aus Terrassenweinbau, Tourismus, Hotelgewerbe und anderem in einem regionalen Wirtschaftskreislauf nutzen.

Wir müssen – das ist mir besonders wichtig, deshalb wiederhole ich es – bürgergesellschaftliches Engagement, wie es die vielen, vielen Tausend Hobbywinzer hier pflegen, unterstützen und fördern, damit sich Menschen auch weiterhin für ihre Heimat, für diese Region und dieses Kulturgut engagieren. Darin sind wir uns einig und das werden wir auch in weiteren Diskussionen vertreten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Wir nähern uns der Abstimmung. Es gibt zwei Änderungsanträge, die jeweils das Ziel haben, den vorliegenden Antrag zu ergänzen. Da der eine Antrag drei Ergänzungen umfasst, ist er der weiterführende. Das ist der Antrag der NPD-Fraktion. Dazu gibt es eine nochmalige Einbringung. Bitte schön, Herr Abg. Paul.

Matthias Paul, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden an diesem Änderungsantrag festhalten. Ich habe mich sehr gewundert, dass der Herr Staatsminister leider nicht auf die einzelnen Punkte eingegangen ist. Zurzeit läuft das Abstimmungsverfahren mit der Bundesregierung und auch auf europäischer Ebene. Ich denke, das Staatsministerium würde gut daran tun, dem Sächsischen Landtag über die sächsischen Positionen auf Bundes- und EU-Ebene zu berichten und sich mit der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ein nationales Gütesiegel gegenüber der EU-Kommission durchgesetzt wird. Deswegen werden wir an diesem Änderungsantrag festhalten und bitten weiterhin um Ihre Zustimmung. – Danke.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Gibt es dazu Aussprachebedarf seitens der Fraktionen? – Herr Dr. Rößler, bitte schön.

Dr. Matthias Rößler, CDU: Wir bitten um Ablehnung dieser beiden Änderungsanträge. Der Staatsminister hat dazu Stellung genommen.

Natürlich setzt sich die Sächsische Staatsregierung wie wir alle für die Qualität deutscher und sächsischer Weine ein. Aber trotz des Engagements des Bundesministers Seehofer sind in London die Messen zu diesem Vertrag mit den Vereinigten Staaten gesungen. Es gab mehrere Länder, die dagegen waren, aber eine Mehrheit war eben dafür. Ich denke, dass dieses Thema trotz des eindeutigen deutschen und sächsischen Standpunktes eigentlich erledigt ist. Deshalb bitte ich um Ablehnung dieser beiden Anträge.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich komme zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Ihrerseits Erläuterungsbedarf? – Gibt es seitens der Fraktionen Aussprachebedarf?

Dann stimmen wir über die beiden Änderungsanträge ab. Zuerst rufe ich den Änderungsantrag der NPD-Fraktion, Drucksache 4/4666, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer kleineren Anzahl von Pro-Stimmen ist der Antrag ohne Enthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 4/4632. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Meine Damen und Herren! Ich möchte das Ganze wiederholen und gegebenenfalls die Schriftführer bitten, eine Auszählung vorzunehmen. Denn das Stimmverhalten war nicht eindeutig sichtbar. Ich wiederhole noch einmal: Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 4/4632. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der meldet sich bitte jetzt. –

Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Jetzt dürfte das Ergebnis für uns eindeutig erkennbar geworden sein.

(Uwe Leichsenring, NPD: In welche Richtung denn?)

Der Antrag ist bei einer großen Anzahl von Unterstützern dennoch mehrheitlich abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren! Damit kommen wir zum Originalantrag der Fraktionen der CDU und der SPD unter der Drucksachennummer 4/4182. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Anzahl von Stimmenthaltungen und keinen Gegenstimmen ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgearbeitet.

Meine Damen und Herren! Ihnen liegt vor der

Tagesordnungspunkt 7

Bundratsinitiative der Staatsregierung gegen den Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum 1. Januar 2007 zur „Europäischen Union“

Drucksache 4/4203, Antrag der Fraktion der NPD

Zuerst hat die einbringende NPD-Fraktion das Wort. Danach folgen die Fraktionen in der gewohnten Reihenfolge. Herr Abg. Apfel spricht für die NPD-Fraktion.

Holger Apfel, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es um die Ausweitung der Europäischen Union geht, scheinen die EU-Fanatiker von großem Selbstvertrauen, besser gesagt von beispiellosem Größenwahn geprägt zu sein. Trotz vieler ungelöster Konflikte hält die Kommission an ihrem Plan fest, nach der Mammutterweiterung von 2004 nun auch noch Bulgarien und Rumänien im Schnellverfahren aufzunehmen. Der Größenwahn scheint keine Grenzen zu kennen. Man tut so, als ob es egal wäre, ob die EU nur zehn Länder mit rund 75 Millionen Einwohnern aufnimmt oder zusätzlich noch Rumänien und Bulgarien, die noch weitere 30 Millionen Menschen mitbringen.

Dies alles soll wie immer undemokratisch von oben herab beschlossen werden, ohne dass das Volk dazu befragt wird – ganz genauso wie bei der Einführung des Euro, bei der Masseneinwanderung von Ausländern, bei der ersten und zweiten Stufe der Osterweiterung, beim drohenden EU-Beitritt der Türkei oder auch bei der EU-Verfassung. Wieder einmal setzt sich die herrschende Klasse in einer existenziellen Frage über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger hinweg und verweigert ihnen die dringend gebotene Volksabstimmung.

Meine Damen und Herren! Schauen wir uns einmal die Kandidaten etwas näher an. Selbst die EU-Kommission bemängelt die Kriminalität und die allgegenwärtige Korruption, die diese beiden Länder fest im Griff hat. Die

Antikorruptionseinheit PNA in Rumänien eröffnet immer wieder neue Verfahren gegen Politiker, Angestellte von Sozialämtern und Ministerien oder Erdölunternehmer wegen Finanzmanipulationen, ohne die Probleme wirklich in den Griff zu bekommen. Auf dem Korruptionsindex liegt Rumänien auf Rang 87 und damit auf einer Höhe mit der Dominikanischen Republik. Einem solchen Land will die Europäische Union nun 15 Milliarden Euro Starthilfe zur Verfügung stellen und weitere 44 Milliarden Euro im Rahmen eines gemeinsamen finanziellen Gesamtpaketes, das sich Rumänien und Bulgarien teilen sollen.

Die Hauptleidtragenden in Europa werden wieder einmal die Deutschen sein, die als größter Nettozahler der Europäischen Union wieder ein Viertel der Kosten allein tragen müssen.

Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind ähnlich groß wie die Probleme bei der Justiz und im Bereich der Korruption. Trotz größerer Wachstumsraten liegt der Durchschnittslohn immer noch bei monatlich 177 Euro. Folglich wird es auch weiterhin Millionen von Rumänen zum Arbeiten ins westliche Ausland ziehen. Das 2002 geschaffene Amt für Migration der Arbeitskraft hat innerhalb von zwei Jahren etwa 100 000 Rumänen für zeitlich befristete Stellen nach Deutschland, Spanien, Ungarn und in die Schweiz vermittelt. Aufgrund von bilateralen Abkommen arbeiten sie dort als Krankenpfleger, Waldarbeiter, auf dem Bau und in der Landwirtschaft. Nach offiziellen Angaben schicken sie von ihren Einkünften 274 Millionen Euro nach Hause.

Das, meine Damen und Herren, ist aber nur die Spitze des Eisberges. Nach Angaben der Banken schätzen Beobach-

ter die Zahl der Schwarzarbeiter auf zwei Millionen Menschen, die in Westeuropa arbeiten und jährlich bis zu sieben Milliarden Euro in ihre Heimat überweisen.

Das alles ist aber nur ein Vorgeschmack auf die dramatische Zuwanderungswelle, die nach dem Beitritt der beiden Länder zur EU zu erwarten ist. Die Folge ist klar: Im Zuge der Niederlassungsfreiheit in ganz Europa droht eine beispiellose Welle nach Westeuropa, vor allem nach Deutschland, und wie wir schon bei der EU-Osterweiterung, wie von uns prognostiziert, erleben mussten, kommt es durch die Freizügigkeit der EU zu einem immer stärkeren Export von Arbeitsplätzen ins Ausland und zum Import von Billiglohn-drückern nach Deutschland. Und das, bevor die Niederlassungsfreiheit in Deutschland überhaupt vollends freigegeben wurde.

Was uns nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens erwartet, liegt dabei auf der Hand: einerseits ein noch stärkerer Export von Arbeitsplätzen nach Osteuropa, da auf die Unternehmen dort erheblich niedrigere Löhne und geringere Umweltstandards warten; andererseits wird der Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt durch den weiteren Zustrom von Billiglohnarbeitern noch gnadenloser werden. Die Folge wird ein noch gnadenloseres Lohndumping auf dem Rücken der sozial Schwächsten in dieser Gesellschaft sein.

Meine Damen und Herren! Nach dem Beitritt der Rumänen wollen allein 70 % der 20- bis 40-jährigen Rumänen auswandern. Ich wiederhole es: 70 % der Rumänen. Das Institut für Wirtschaftsforschung befürchtet geradezu eine Völkerwanderung von Rumänen nach Westeuropa. Bulgarien soll noch rasanter entvölkert werden: nach neun Millionen 1990 auf sieben Millionen heute, fünf Millionen im Jahr 2040.

Es liegt auf der Hand, dass es angesichts der bitteren Armut bei Herstellung der Freizügigkeit durch den Beitritt zur EU Millionen Rumänen ins westeuropäische Schlaraffenland ziehen wird. 40 % der Menschen in Rumänien leben von der Landwirtschaft, erwirtschaften aber nur 13 % des Bruttoinlandsproduktes. 2,4 Millionen Rumänen gelten gleichzeitig als extrem arm. Diese Armut, meine Damen und Herren, werden wir aber nicht dadurch bekämpfen können, dass Millionen Rumänen in das ohnehin schon kollabierende deutsche Sozialsystem eingeschleust werden. Selbst der ehemalige Präsident des EU-Parlamentes und langjährige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Herr Hentsch, äußerte sich in einer Debatte des Europaparlaments kritisch über den geplanten Beitritt Rumäniens und Bulgariens, indem er beklagte: „Wir sollen Beitrittsverträgen zustimmen, die nicht wirklich zu Ende verhandelt worden sind. Wichtige Beitrittsanforderungen sind nicht erfüllt. Wir sollen einem Beitritt auf Krücken zustimmen. Mit den Schutzklauseln und Aufzugklauseln leisten Kommission und Rat einen verhandlungspolitischen Offenbarungseid.“ Ergänzt wird dieses Bild, in dem nun wirklich nichts für einen Beitritt Rumäniens spricht,

dadurch, dass der CIA auf dessen Territorium ein geheimes Gefängnis unterhalten haben soll.

Meine Damen und Herren! Wenn man den Blick nach Bulgarien schweifen lässt, stellt man fest, dass es dort nicht besser aussieht, denn trotz eines Rekordwachstums liegt das Durchschnittsgehalt im Staatssektor bei umgerechnet 160 Euro, und jeder zweite Bulgare muss nach Gewerkschaftsangaben mit weniger als 70 Euro im Monat auskommen. Im Sozial- und Gesundheitswesen herrschen Zustände wie in der Dritten Welt. Bis zu 17 % der türkischen Minderheit können darüber hinaus nach den Worten ihrer eigenen Politiker nicht lesen und schreiben. Ein effektives Justizsystem zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität existiert in Bulgarien so wenig wie in Rumänien.

Bulgarien gilt nach wie vor als Drehscheibe für Geldfälscher, Drogen und Frauenhändler. Auch wirtschaftlich stellt sich Bulgariens Situation dramatisch dar. Das Defizit in der Leistungsbilanz erreicht in den ersten elf Monaten 2005 die Schwindel erregende Marke von 12,7 % des Bruttoinlandsproduktes. Dieser Fehlbetrag ist deshalb schon so Besorgnis erregend, weil die bulgarische Währung schon jetzt fest an den Euro gekoppelt ist. Die Zentralbank hat daher keinen Spielraum, durch Zinserhöhung Kapital aus dem Ausland anzulocken, um so die Verbindlichkeiten zu begleichen. Im Extremfall kann dies zu einem Kollaps führen, wie die argentinische Währungskrise im Jahr 2001 unter Beweis gestellt hat.

Meine Damen und Herren! Wenn wir diese datengesättigten Erkenntnisse zusammennehmen, kann man eigentlich nur zu der Erkenntnis kommen, zu der auch der Kollege Andreas Hänel von der CDU-Fraktion gekommen ist: Rumänien und Bulgarien sind für einen Beitritt zur Europäischen Union vollkommen ungeeignet, ganz gleich, welches Kriterium man auch anlegt!

Wenn Herr Patt von der CDU auf die Bedenken seines eigenen Fraktionskollegen mit der Milchmädchenrechnung antwortet, dass die Furcht vor dem Verlust von Fördermitteln unberechtigt sei, da wir in Südwestsachsen doch bis 2013 ausreichend Planungssicherheit hätten, meine Damen und Herren, dann kann ich nur bedauern, dass der Horizont und das Verantwortungsbewusstsein eines Landtagsabgeordneten nicht weiter als magere sieben Jahre reichen.

(Vereinzelt Beifall bei der NPD)

Ich bin einmal gespannt, meine Damen und Herren, wie sich vor allem die CDU-Fraktion heute positionieren wird. Haben Sie wieder nur populistische Phrasen gespuckt, um konservative Wähler zu beruhigen, um letzten Endes doch wieder blindlings eine für Sachsen offenkundig katastrophale Entscheidung zu treffen, oder meinen Sie es ernst? Dann unterstützen Sie bitte den Antrag der NPD-Fraktion.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die Koalition spricht der Herr Abg. Schowtka von der CDU-Fraktion.

(Jürgen Gansel, NPD: Ach, der edle Patriot!)

Peter Schowtka, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser von chauvinistischer Arroganz und Menschenverachtung geprägten Rede fällt es mir schwer, sachlich zu bleiben.

(Proteste bei der NPD)

Herr Apfel, wir hätten gern auf den Zuzug von Ihnen nach Sachsen verzichten können.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS – Holger Apfel, NPD:
Das entscheiden Sie nicht!)

Meine Damen und Herren! Eigentlich gefällt der kleiner gewordenen Fraktion der NPD der gesamte Prozess der europäischen Einigung nicht, der uns immerhin die längste Friedensperiode in der Geschichte Europas gesichert hat. Das wird schon aus dem Titel ihres Antrages deutlich, indem sie den international anerkannten Begriff „Europäische Union“ – ein Subjekt des Völkerrechts übrigens, mit fast einer halben Milliarde Einwohner – in Anführungszeichen setzt. Ich finde das einfach lächerlich. Um diese ungeliebte Europäische Union machen Sie sich plötzlich Sorgen und wollen sie vor dem Beitritt der Balkanländer Rumänien und Bulgarien bewahren. Das ist unheimlich rührend, aber unglaubwürdig.

Wir wissen selbst nur zu gut, dass beide Länder als ehemalige Mitgliedsstaaten des so genannten sozialistischen Lagers ein schweres Erbe mit sich schleppen, von dem sie sich nicht allein und über Nacht befreien können. Das Pro-Kopf-Einkommen beider Länder, beide Länder zusammen mit knapp 30 Millionen Einwohnern, erreicht nicht einmal ein Drittel des EU-Durchschnitts. Verdienen sie nicht deshalb die Solidarität der Europäer, wie sie uns und den anderen früheren Ostblockstaaten zuteil geworden ist? Ich fürchte, hätten 1990 bei der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes allein finanzielle Gründe den Ausschlag gegeben, hätten wir die deutsche Einheit nie erlebt.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Zugegeben, nach dem Beitritt von zehn neuen EU-Mitgliedern im Mai 2004 und der Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages durch die Wähler in Frankreich und den Niederlanden machen sich viele Menschen in Europa Sorgen, eine zu rasche Fortsetzung des Erweiterungsprozesses ginge zulasten der Akzeptanz der europäischen Idee unter den Bürgern, eine geografische Überdehnung der EU gefährde ihre notwendige innere Konsolidierung und würde sie zur bloßen Freihandelszone mutieren lassen oder zu einer Spaltung in eine Kernunion und eine Randunion führen. Die Sorge ist, die Vision der europäischen Wertegemeinschaft könnte auf der Strecke bleiben. Diese Bedenken sollten ernst genommen und nicht leichtfertig beiseite geschoben werden. Darauf

haben die Mitglieder des zuständigen Arbeitskreises meiner Fraktion auch in einem Gespräch mit dem Beauftragten des Erweiterungskommissars, Olli Rehn, im vergangenen Sommer in Brüssel in Bezug auf beide Beitrittskandidaten hingewiesen.

Ihrerseits wurden im Schreiben der Generaldirektion Erweiterung vom Juni 2005 der Stand der Vorbereitungen beider Länder auf den Beitritt kritisiert und die Bereiche, in denen Defizite bestehen, benannt. Im Hinblick auf Bulgarien bestehen demnach ernsthafte Sorgen über den Stand der Vorbereitungen in den Bereichen Dienstleistungsfreiheit, Gesellschaftsrecht, Landwirtschaft, Umwelt sowie Justiz und Inneres, in denen dringend Abhilfemaßnahmen geboten seien.

(Uwe Leichsenring, NPD: Das haben wir ja alles gesagt!)

Im Hinblick auf Rumänien bestehen – das steht im Bericht der Generaldirektion Erweiterung und kommt nicht aus dem Mund von Herrn Apfel! – ernsthafte Sorgen über den Stand der Vorbereitungen in den Bereichen Warenverkehrsfreiheit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerb, Landwirtschaft, Steuern, Umwelt, Justiz und Inneres. Beide Länder haben also noch fleißig Schularbeiten zu machen.

Der gestern wegen Korruptionsvorwürfen erzwungene Rücktritt des rumänischen Parlamentspräsidenten und früheren Ministerpräsidenten Adrian Nastase ist für mich ein Zeichen, dass man die EU-Kritik ernst nimmt.

Meine Damen und Herren! Es geht aber auch um die Glaubwürdigkeit der EU, um die Einhaltung des Vertrages von Nizza und des Verfassungsvertrages. Wie heißt es so schön: „Pacta sunt servanda“. Mit Rumänien und Bulgarien wurde am 25. April 2005 ein Beitrittsvertrag unterzeichnet. Beide Staaten sollen grundsätzlich im Januar 2007 beitreten. Nach dem Beitrittsvertrag kann der Beitritt von Rumänien und/oder Bulgarien um ein Jahr verschoben werden, falls Probleme bei der Vorbereitung eintreten.

Ein solcher Beschluss kann von den Mitgliedsstaaten einstimmig auf der Basis einer Empfehlung der Kommission gefasst werden.

Meine Damen und Herren! Die Kommission wird Berichte und Empfehlungen im Mai dieses Jahres vorlegen. Die Entscheidung des Europäischen Rates ist im Juni 2006 zu erwarten. Es kann und darf keinen Automatismus beim EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien geben.

Auf sächsische Initiative hat am 26. Oktober vergangenen Jahres die deutsche Europaministerkonferenz den Beschluss gefasst, dass ein Beitritt Rumäniens und Bulgariens nur dann infrage kommt, wenn diese Länder die Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllen. Davon wird auch das Votum im Bundesrat zum kommenden Ratifizierungsvertrag beeinflusst sein.

Ich darf noch einmal nachdrücklich darauf hinweisen: Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum 1. Januar 2007 ist an die Erfüllung klar definierter Voraussetzungen gebun-

den. Eine Entscheidung über die Ratifizierung des Beitrittsvertrages mit beiden Ländern wird im Lichte der Fortschrittsberichte und Empfehlungen der Europäischen Kommission zu treffen sein.

Namens der Koalitionsfraktionen bitte ich das Hohe Haus, den Antrag der NPD-Fraktion abzulehnen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die Linksfraktion. PDS Herr Abg. Kosel, bitte.

Heiko Kosel, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die jetzige Einbringung des vorliegenden Antrags durch die NPD-Fraktion ist, gelinde gesagt, in sich widersprüchlich sowie niveau- und sinnlos. Der Antrag selbst ist verlogen und wäre somit nicht der Gegenrede wert, wenn er nicht auch klar kulturfeindlich wäre und eine tief sitzende Menschenfeindlichkeit der Einbringer offenbaren würde. Europäisch dem Geiste nach ist er sowieso nicht, obgleich er ein europäisches Thema aufgreift. Der Geist – besser: der Ungeist –, der diesem Antrag innewohnt, steht unseren Vorstellungen von Europa diametral entgegen.

(Uwe Leichsenring, NPD: Dann müssen Sie einen anderen Antrag vorliegen haben!
Es steht nichts davon drin!)

Meine Damen und Herren! Sinnlos sind der Antrag und auch die heutige Befassung damit schon aufgrund des geplanten weiteren Verlaufs der Aufnahmeprozedur für Bulgarien und Rumänien. Dem Ansinnen des Antragstellers nach soll Sachsen im Bundesrat gegen die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 auftreten. Fadenscheinig wird der Antrag mit den Defiziten begründet, die beiden Ländern noch im letzten Fortschrittsbericht vom 25. Oktober 2005 aufgezeigt wurden. Dabei beruft sich der Antragsteller hier im Hause, wie gesagt, auf den vergangenen Fortschrittsbericht, will aber den nächsten nicht abwarten, der am 16. Mai dieses Jahres, also in zwei Monaten, vorliegen wird.

(Zuruf von der NPD: Weil die Entscheidung vorher fällt!)

– Die Entscheidung fällt nicht vorher. Hören Sie zu!

Eine erstaunliche, eine verräterische Eile, fürwahr, ist doch allgemein bekannt, dass die Entscheidung darüber – jetzt hören Sie zu! –, ob Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 oder erst später, am 1. Januar 2008, der EU beitreten können, auf der Grundlage der neuen Fortschrittsberichte getroffen wird. Dort wird sich zeigen, wie weit Bulgarien und Rumänien mit der Erfüllung der Aufnahmekriterien vorangekommen sind. Dann wird auf der Basis des aktuellsten Datenmaterials über den angemessenen Beitrittszeitpunkt für Bulgarien und Rumänien entschieden. Falls erforderlich, kann er auch nach dem 1. Januar 2007 angesetzt werden.

Wieso also diese nervöse Hast bei der NPD? Augenscheinlich fürchtet man bei Apfel und Co., Bulgarien und Rumänien könnten die EU-Aufnahmefähigkeit im Endspurt erreichen. Vorbei dann die Möglichkeit für das schändliche Spiel der Abschottung und Ausgrenzung!

Meine Damen und Herren! Erst im Juni dieses Jahres entscheidet der Europäische Rat über die neue EU-Erweiterung. Dann erst kommt dies auf die Parlamente der Mitgliedstaaten und damit auch auf Bundestag und Bundesrat zu, realistischerweise wohl erst nach der parlamentarischen Sommerpause. Über den Beitrittszeitpunkt wird aber im Bundesrat nicht entschieden. Also ist der Antrag auch vom zeitlichen Ablauf her sinnlos.

Nochmals gesagt: Die Eile macht den Antragsteller verdächtig, jetzt noch in den alten Fortschrittsberichten enthaltene Kritikpunkte zu missbrauchen, um den Beitrittskandidaten zu unterstellen, sie seien den Aufnahmebedingungen nicht gewachsen. Das ist schädlich und verlogen. Vorsätzlich werden dadurch von der NPD-Fraktion die bekannten Potenziale der Beitrittsverhandlungen ignoriert, hat doch die Politologin Annel Ute Gabanyi in der Studie „Rumänien vor dem EU-Beitritt“ klar herausgearbeitet:

„Die Erfahrung der bisherigen Beitrittsverhandlungen hat gezeigt, dass es gerade die Verbindung von Konditionalität und Anreizen war, die die Regierungen der Beitrittsländer dazu motiviert hat, ihren zur Erreichung der Beitrittsfähigkeit eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.“

Aber darauf kommt es der NPD-Fraktion nicht an.

Verlogen ist der Antrag auch deshalb, weil er nicht auf die Verbesserung der Lage in den Beitrittsländern baut und so tut, als ginge es der NPD – ausgerechnet der NPD! – um die Entwicklung der Korruptionsbekämpfung oder des Umweltschutzes in Bulgarien und Rumänien oder gar um die Erfüllung der Beitrittskriterien, zum Beispiel beim Minderheitenschutz für die Roma. An all dem hat die NPD keinerlei Interesse.

(Uwe Leichsenring, NPD: Das ist ein Märchenonkel!)

Meine Damen und Herren! Menschenfeindlich ist der Antrag deshalb, weil er darauf gerichtet ist, zwei traditionsreiche Staaten und Kulturnationen aus einer der prägenden Regionen Europas von der zivilisatorischen, wirtschaftlichen und, worauf die Linkspartei besonders zielt, der sozialen Entwicklung in Europa abzukoppeln. So wie die NPD mit ihrer Anhängerschaft im Inland „Ausländer raus!“ ruft, so möchte sie die Völker von Bulgarien und Rumänien nicht in die EU lassen,

(Uwe Leichsenring, NPD: Lügner!)

aus rein nationalistischer, aus rassistischer Erwägung.

Kulturfeindlich ist der Antrag der NPD auch deshalb, weil er verrät, dass der Antragsteller mit der Vielfalt und dem damit gegebenen Reichtum der Kulturen nichts im Sinn hat. Wer ein wenig in der rumänischen oder bulgarischen

Kultur, Kunst, Literatur und Volkskunst bewandert und für kulturelle Erlebnisse offen ist, wird mit der Aufnahme der beiden Länder in die EU Hoffnung auch für diese Gebiete verbinden. Die NPD jedoch will nicht den kulturellen Austausch, sondern die Abschottung.

Meine Damen und Herren! Wir lehnen diese Abschottung ab! Wir wollen Europa. Wir wollen die europäische Integration. Wir bejahen die Europäische Union, sehen aber einige Entwicklungstendenzen durchaus kritisch. Unsere Position zu Europa ist klar und eindeutig: Die EU darf nicht zum Bollwerk des Sozialabbaus, zur militanten Großmacht, zum Forum hegemonialer Bestrebungen gegen andere Länder oder zur rein bürokratischen Struktur werden.

Wir möchten ein Europa seiner Bürgerinnen und Bürger, ein Europa, das von unten zusammenwächst, weil es zusammengehört. Wir wollen Europa in guter Verfassung, in einer besseren als der bisher vorgelegten.

Deshalb sehen wir die Erweiterung der EU, die wir dem Grundsatz nach bejahen, in ihrer konkreten Umsetzung teilweise kritisch. Noch allzu oft wird über die Köpfe des Normalbürgers hinweg vieles in eine Passform gebracht. Gleichzeitig fehlt es mitunter am nötigen Maß an Solidarität in der EU. Wir lehnen es deshalb klar und eindeutig ab, Beitrittsstaaten, die den Beitrittsanforderungen entsprechen, durch politische Tricks am EU-Beitritt zu hindern.

Doch das alles geht an der NPD vorbei, wie auch der Antrag zeigt: Destruktiv bis zum Letzten, konstruktiv nicht im Geringsten – also ablehnungswürdig aus jeder vernünftigen Sicht.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Es sind keine weiteren Redner angekündigt. Bleibt das so von denen, die jetzt dran wären? – Dann zur allgemeinen Aussprache Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heute hier geführte Debatte hat wieder einmal gezeigt, wie naiv und fahrlässig in Deutschland über Schicksalsfragen diskutiert wird, die schon aus Gründen der politischen Korrektheit kaum noch als solche angesprochen werden dürfen. Bei Ihnen muss nur das Zauberwort „Europa“ fallen, und schon spielen Rationalität und die berechnete Wahrung eigener Interessen keine Rolle mehr. Anscheinend erwarten Sie von den Bürgern allen Ernstes, dass sie ohne breite öffentliche Diskussion einem EU-Beitritt zweier Staaten zustimmen, deren Geldbedarf – das ist nun einmal unstrittig – einem Fass ohne Boden gleichkommt.

Die Vehemenz, mit der Sie uns hier stets als „Europafeinde“ verketzern, ist erstaunlich; denn Sie messen offensichtlich mit zweierlei Maß. Schließlich hat sich kein Geringerer als der immer noch nicht anwesende Ministerpräsident Prof. Milbradt selbst am 4. Mai vergangenen

Jahres in der Tageszeitung „Die Welt“ gegen die Erweiterung der EU um Rumänien und Bulgarien ausgesprochen. Der Ministerpräsident bejahte damals die gestellte Frage, ob die Unterstützung der Beitrittsakte verfrüht war, und begründete seine Ansicht wie folgt – ich zitiere –: „Wir sehen doch die Konsequenzen der vorigen EU-Osterweiterung, insbesondere das Problem der Dienstleistungsfreiheit. Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass die Politik zunächst die daraus resultierenden Missstände revidiert, bevor jetzt schon wieder die nächste Erweiterung vollzogen wird.“

Genau darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte es uns in dieser Debatte gehen, um eine kühle analytische Abwägung aller mit dem eventuellen Beitritt von Rumänien und Bulgarien verbundenen Probleme. Es darf hier keine Automatismen und Denkverbote geben; denn für Sachsen geht es bei dieser Frage einfach um zu viel. Schon jetzt zählen die mitteldeutschen EU-Regionen Leipzig und Halle durch den Beitritt von zehn neuen Ländern zur EU im Jahre 2001 zu den „reicheren“ Gebieten, die jedoch allein der statistische Effekt über die 75%-Marke des Bruttosozialprodukts in Europa befördert hat.

Das droht mit einem Beitritt von Bulgarien und Rumänien nun auch den Regierungsbezirken Chemnitz und Dresden, denn wenn das Europa der 27 Realität werden sollte, werden sechs der zehn ärmsten Regionen in den Landesgrenzen Rumäniens liegen. Es geht bei der Frage des Beitritts Rumäniens und Bulgariens zur EU also auch für den Freistaat Sachsen ganz konkret um handfeste Zukunftschancen, die immer einen materiellen und finanziellen Aspekt haben.

Es geht in Zukunft auch nicht länger an, dass den Deutschen von der Politik vorgegaukelt wird, sie würden von der EU profitieren. Das ist nachweislich falsch, denn Deutschland gehörte seit den Anfängen der Montanunion und der EU nicht nur immer zu den europäischen Nettozahlern, sondern ist mit einem Nettoüberschuss von mehr als sieben Milliarden Euro pro Jahr auch der Zahlmeister Nummer eins innerhalb der EU. Nur der kleinste Teil dieser deutschen Steuergelder fließt über EU-Programme wieder nach Mitteldeutschland, was allein schon ein politischer Skandal ist, denn Deutschland wäre schon aufgrund der grundgesetzlichen Vorgabe zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Deutschland dazu verpflichtet, zuerst die Jahrhundertaufgabe Wiedervereinigung abzuschließen, bevor es jedes Jahr Milliardensummen an andere europäische Länder verschenkt.

(Beifall bei der NPD)

Wenn bei einem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens nicht einmal mehr dieser kleine Teil der deutschen Gelder nach Mitteldeutschland zurückfließt, wäre der Gipfelpunkt der Ausbeutung des deutschen Steuerzahlers erreicht. Er würde dann seine eigene wirtschaftliche Selbstabschaffung bezahlen, denn mit den Milliardensubventionen könnten Bulgarien und Rumänien ihre Investitionen

erhöhen und sich damit Vorteile auf den Weltmärkten verschaffen.

Ich muss diese Verteilungsfragen hier in aller Deutlichkeit ansprechen. Vergessen wir bitte nicht, dass neben der wegen der EU-Osterweiterung infrage stehenden Ziel-1-Förderung auch die Mittel aus dem Solidarpakt innerhalb der Bundesrepublik bis zum Jahr 2019 deutlich zurückgehen werden und die Haushalte der mitteldeutschen Bundesländer damit auf eine doppelte Zerreißprobe zusteuern. Den schon jetzt leicht abzusehenden Schaden werden auch diesmal wieder die sozial Schwächsten unseres Landes zu zahlen haben. Selbst Mindestlöhne werden unseren Arbeitsmarkt vor dem zu erwartenden millionenfachen Ansturm aus Rumänien und Bulgarien nicht schützen können, zum einen, weil Bußgelder bei Unterschreiten des Mindestlohnes im Ausland kaum eingetrieben werden können, und zum anderen, weil sich immer mehr Ausländer als Selbstständige anmelden und damit jede Mindestlohnregelung umgehen können. Da ist es kein Wunder, wenn Harald Schrörs, Geschäftsführer beim Zentralverband des deutschen Baugewerbes, nur noch feststellen kann, dass wir in Deutschland einen Vollstreckungsnotstand haben. Von diesem Umstand wird die Landespolitik auch dann nicht ablenken können, wenn sie, wie im vergangenen Jahr, eine Debatte über mehr Kontrollen an den sächsischen Landesgrenzen vom Zaun bricht, denn der gesamte Erweiterungsprozess und nicht nur seine Umsetzung oder bestimmte Einzelaspekte dieses Prozesses ist verfehlt.

Wer für die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in die EU ist, der soll sich nicht nur in einer Selbstbeweihräucherung als vermeintlich guter Europäer ergehen, der soll sich auch vor die Menschen des Freistaates, das Volk, also den Souverän, stellen und ganz offen bekennen, dass er mit dieser Entscheidung Europa wieder einen großen Schritt an die soziale und politische Katastrophe bringt. Nur unter dieser Voraussetzung würde die heutige Debatte wieder etwas an Ehrlichkeit gewinnen.

Zu Ihnen, Herr Kollege Schowtka: Ich weiß nicht, wann Sie zuletzt in Bulgarien waren oder ob Sie überhaupt schon einmal dort waren. Ich wage zu bezweifeln, dass die Defizite, die im vorigen Jahr bestanden haben, bis zu diesem Termin je aufzuholen sind – selbst mit bestem Willen nicht.

Kollege Kosel, Ihr Multikulti-Wahn macht die Kultur der Völker kaputt. Nicht die Erhaltung der Völker, sondern dieses multikulturelle Zusammenwerfen macht den Schaden.

(Heiko Hilker, Linksfraktion.PDS:
Blödsinn ist das!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Ich frage die Staatsregierung, ob sie dazu sprechen möchte. – Herr Staatsminister Tillich, bitte.

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abg. Dr. Müller, das war wieder eine Ihrer üblichen ärmlichen Schaufensterreden. Sie brauchen uns nicht den Reflex vorzuwerfen, wenn Sie selbst einen Reflex haben, wenn das Thema „Europa“ zum Gegenstand der Debatte wird, denn dann beschreiben Sie Untergangsszenarien oder Katastrophenszenarien, und ich habe schlichtweg eine Bitte: Unterlassen Sie es, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Ihren Reden zu zitieren und die Zitate als Begründung herbeizuziehen.

(Jürgen Gansel, NPD: Kritisieren Sie Ihren eigenen Ministerpräsidenten! Politische Feigheit!)

– Das habe ich nicht getan. Es geht nicht um politische Feigheit, sondern um Missbrauch von Zitaten bzw. um deren Interpretation.

Lassen Sie mich für die Staatsregierung in drei Punkten auf den vorliegenden Antrag eingehen. Ich bitte die Damen und Herren von der NPD schon, dass sie zuhören.

Einer Bundesratsinitiative bedarf es nicht, weil sich der Bundesrat beim Beitritt von Bulgarien und Rumänien ohnehin mit der Frage der Ratifizierung befassen muss. Diese Beteiligung der Länder ist bereits jetzt sichergestellt und der Freistaat Sachsen würde sich schlichtweg einfach lächerlich machen, würde er dem vorliegenden Antrag zustimmen. Er würde zum Ausdruck bringen, nicht einmal die Verfahrensabläufe im Bund und in den Ländern zu kennen. Herr Dr. Müller, das allein ist naiv und fahrlässig.

Der Antrag ist auch aus einem zweiten Grund unseriös. Die Europäische Kommission wird im Mai dieses Jahres einen Abschlussbericht vorlegen. Diesen wird die Staatsregierung sorgfältig auswerten und dann entscheiden, wie im Interesse des Freistaates Sachsen und der Bundesrepublik Deutschland abgestimmt werden soll. Das ist, glaube ich, seriöse Politik auch im Interesse der Menschen im Freistaat Sachsen.

Auf Initiative Sachsens hat die Konferenz der Europaminister der Länder bestätigt, dass eine Entscheidung über die Ratifizierung im Licht der Fortschrittsberichte und Empfehlung der Kommission getroffen wird. An diesem Vorgehen wird die Sächsische Staatsregierung festhalten. Das bedeutet aber auch, diese Berichte erst einmal zur Kenntnis zu nehmen, will man sich nicht dem Vorwurf der Schaumschlägerei aussetzen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Ich bleibe dabei, dass der Weg nach dem Beitritt durch einen neuen Mitgliedsstaat sicherlich sehr lang ist. Wir sehen das bereits bei den Ländern der Erweiterungsrunde des Jahres 2004. Ich greife das Beispiel der Arbeitnehmerfreizügigkeit heraus. Noch auf Jahre bleibt der Zugang zu unserem Arbeitsmarkt verwehrt, um unsere Arbeitsplätze weitestgehend vor unfairer Wettbewerb zu schützen. Genauso gibt es für die alten Mitgliedsstaaten noch eine Reihe von Möglichkeiten, Schutzmaßnahmen

gegen Bulgarien und Rumänien zu beantragen. Sollten die neuen Mitgliedsstaaten das Funktionieren des Marktes beeinträchtigen, – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: – Nein!

– so kann die EU-Kommission noch drei Jahre nach dem Beitritt unmittelbar eingreifen.

Meine Damen und Herren! Sie sehen also, es ist bereits Vorsorge getroffen. Panikmache ist ein schlechter politischer Stil und er ist heute auch sachlich und fachlich nicht gerechtfertigt.

Auch im Bereich der inneren Sicherheit sind im Übrigen Vorkehrungen getroffen. Mit Europol wächst ein Instrument, um den Herausforderungen offener Grenzen in Europa, für die wir uns gemeinsam vor 1989 und auch heute eingesetzt haben, gerecht zu werden.

Damit komme ich zum dritten Punkt. Ob für oder gegen den Beitritt Rumäniens, eines zeigt der Wunsch vieler Nationen, Mitglied in der Europäischen Union zu werden, doch eindrucksvoll: Sie alle wollen in eine Gemeinschaft demokratischer Länder aufgenommen werden, einer Demokratie, wie sie von der NPD abgelehnt und sogar bekämpft wird.

Die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft unternehmen den Versuch, eine Verständigung bei vielen Herausforderungen zu suchen und den Menschen auf Dauer Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten. Ich weiß auch, dass dies nicht immer gelingt. Ich weiß aber auch, dass Sie, meine Damen und Herren von der NPD, bereits die demokratische Grundhaltung Deutschlands

(Jürgen Gansel, NPD: Sie wissen gar nichts, Herr Minister!)

und der europäischen Mitgliedsländer ablehnen. Dies gefährdet den Frieden, die Sicherheit und den Wohlstand hier in Sachsen und darüber hinaus.

Unsere Aufgabe ist es, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und ihre Probleme zu lösen. Anstifter haben noch nie ein Feuer gelöscht. Deshalb bitte ich das Parlament um ein starkes Signal gegen den populistischen Antrag der NPD.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich frage die NPD-Fraktion, ob sie ihre zwei Minuten Redezeit noch verbrauchen will.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei so viel Müll, den ich im letzten Redebei-

trag gehört habe, muss ich mich wundern, dass das in Sachsen ministrabel ist. Das erschüttert mich zutiefst.

(Beifall bei der NPD)

Schauen Sie sich den Antrag an. Auch Herr Kosel kann noch einmal zuhören. Er scheint viel bei den Gebrüdern Grimm nachgelesen zu haben. In unserem Antrag steht nichts, was sich gegen die Menschen in Rumänien und Bulgarien richtet. Ich war oft dort und kenne die beiden Länder. Ich kann den Wunsch der Länder durchaus nachvollziehen, in die EU zu kommen. Aber dass Länder, in denen es mehr Pferdefuhrwerke als Autos gibt, in die EU einzugliedern sind, halte ich für ein Gerücht. Die EU liegt uns nur insofern am Herzen – –

(Widerspruch des Abg. Martin Dulig, SPD)

– Da haben Sie Recht, es ist nicht unser Kind. Insofern polemisieren wir gegen die EU, um endlich mit dieser Geldverschwendung Schluss zu machen. Was die Einheit Deutschlands mit der EU-Erweiterung zu tun haben soll, Herr Schowtka, das erklären Sie mir mal zu späterer Stunde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Demzufolge kommen wir jetzt zum Schlusswort. Es wird von Herrn Apfel von der NPD-Fraktion gehalten.

Holger Apfel, NPD: Vielleicht hätte noch einmal jemand erwidern wollen, Herr Präsident?

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie brauchen sich wahrlich nicht zu wundern, dass das Vertrauen der Menschen in die Politik zunehmend schwindet und EU-kritische Töne Hochkonjunktur erhalten. Die Sozialsysteme geraten durch die demografische Entwicklung aus den Fugen, Hunderttausende Arbeitsplätze sind durch die Konkurrenz aus Billiglohnländern bedroht. Das monatelange Feilschen um den Finanzrahmen der EU zeigt den Bürgern, wie teuer eine Vergrößerung wirklich ist, weil viele auf Fördermittel zugunsten der ärmeren Regionen verzichten müssen. Von der demografischen Zeitbombe bis zum Geburtenschwund, der Überalterung und der mit ihr verbundenen Masseneinwanderung aus der Dritten Welt ist bei den EU-Gipfeln kein Wort zu hören.

Meine Damen und Herren! Man kann es drehen und wenden, wie man will – die Stimmung der Bürger hat sich seit den Referenden über die EU-Verfassung in Frankreich und Holland im letzten Jahr nicht geändert. Diese Stimmung lässt sich am besten mit den Worten zusammenfassen: Nein zu dieser EU!

Meine Damen und Herren! Werter Herr Schowtka, natürlich mache ich überhaupt keinen Hehl daraus, dass sich die NPD für einen Austritt aus der Europäischen Union stark macht, damit Deutschland endlich wieder seine Kompetenz- und Souveränitätsrechte erhält. Richtig ist

aber: Wir sagen Ja zu Europa, aber eben Nein zu diesem EU-Europa der Technokraten und Bürokraten.

(Beifall bei der NPD)

Herr Kosel, es ist vollkommener Schwachsinn, was Sie hier von sich gegeben haben, denn gerade wir Nationaldemokraten wollen die kulturelle Vielfalt der Völker erhalten,

(Gelächter bei der FDP)

die Völker in ihrer Eigenart, in ihrer Souveränität. Da können Sie lachen, so viel Sie auch wollen. Sie sind diejenigen, die das genaue Gegenteil wollen: Sie wollen einen multikulturellen Einheitsbrei schaffen. Sie wollen einen ethnokulturellen Kastraten schaffen, den man seiner Identität berauben will!

Meine Damen und Herren, wären wir verantwortungslos, dann könnten uns die immer absurderen Erweiterungspläne der Europäischen Union wahrhaft kalt lassen.

(Unruhe bei der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Wir könnten uns gemütlich zurücklehnen und abwarten, bis sich die EU durch den immer hemmungsloseren Größenwahn ihrer EU-Fanatiker selbst zu Tode erweitert, eines Tages kollabieren und den Volkszorn in allen europäischen Völkern gegen das EU-Europa der Technokraten und Konzerne hervorrufen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus Verantwortung für Deutschland und aus Verantwortung für den

Überlebenskampf eines Europas freier und wahrhaft selbstbestimmter, in ihrer eigenen kulturellen Vielfalt erhaltener Völker halten wir jedoch ein Veto im Bundestag,

(Widerspruch bei der CDU – Buh-Rufe von der Linksfraktion.PDS)

halten wir ein Veto des Bundesrates für zwingend geboten. Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, die Geduld der Bürger nicht überbeanspruchen. Stimmen Sie mit uns gegen den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der NPD – Proteste bei der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Somit kommen wir zur Abstimmung. Ich stelle nun die Drucksache 4/4203 zur Abstimmung. Wer diesem Antrag der NPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wir machen die Gegenprobe. – Wer enthält sich der Stimme? – Bei 9 Pro-Stimmen ohne Enthaltungen wurde der Antrag durch das Haus abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgearbeitet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 8

Realistische Schulkosten ermitteln – Für eine verantwortungsvolle Politik im Umgang mit Schulen in freier Trägerschaft

Drucksache 4/4543, Antrag der Fraktion der FDP

Der Einreicher hat das erste Wort und dann wiederum die gewohnte Reihenfolge.

Ich bitte die FDP-Fraktion. Herr Abg. Herbst, bitte.

(Präsidentenwechsel)

Torsten Herbst, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Jahren gibt es im Umgang mit Schulen in freier Trägerschaft einen Knackpunkt: Das ist die Höhe des staatlichen Zuschusses. Wir haben heute Vormittag eine leidenschaftliche Diskussion zum gescheiterten Referentenentwurf erlebt. Kultusminister Flath hat eine grandiose Bauchlandung erlebt, weil er eine Veränderung durchpeitschen wollte, die sich nicht an den Realitäten orientiert. Eine Frage ist damit aber nicht vom Tisch: Was ist eigentlich die angemessene Zuschuss-höhe für Träger freier Schulen?

Der gescheiterte Gesetzentwurf ist deshalb eine Chance, das Problem unter Einbeziehung aller Beteiligten zu lösen. Es gibt in Sachsen bisher Gutachten, wird das Argument des einen oder anderen sein, die sich die Mühe

gemacht haben, Schülerkosten zu bestimmen. Doch je nachdem, wer sie beauftragt hat, kommen die Gutachter zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Bei den Ist-Kosten für die Grundschulen liegen die Schätzungen zwischen 4 216 Euro und 5 478 Euro pro Kopf. Das Statistische Bundesamt spricht von 4 400 Euro und im alten Referentenentwurf der Regierung billigte man den Grundschulen 2 400 Euro zu. Wenn man die letzte Zahl nimmt, dann sind das 60 % der Kosten dessen, was eine vergleichbare öffentliche Schule zur Verfügung hat, auch nach den eigenen Zahlen aus dem Kultusministerium. Das ist von der Messlatte der anerkannten 90 % der vergleichbaren Kosten sehr weit entfernt.

Wie kommen die Unterschiede in den ermittelten Schülerkosten zustande? Wenn man sich einmal anschaut, nach welchen Kriterien ermittelt wurde, sieht man, dass in einigen Gutachten manche Kostenpunkte überhaupt nicht auftauchen. Da gibt es keine Gebäudekosten, keine Personalverwaltungskosten, Kosten für den Ergänzungsbereich findet man auch nicht. Was die Regierung bisher

zum Thema Privatschulfinanzierung als Begründung der Zuschussformeln vorgelegt und mit dem Referentenentwurf geplant hat, gleicht eher einer Blackbox als einem transparenten, objektiv nachvollziehbaren Rechenwerk.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen das verändern. Deshalb sind wir für eine Datengrundlage, die von allen Seiten akzeptiert wird, bevor der Landtag endgültig über eine Neufassung der Zuschussformeln entscheidet. Andere Länder gehen diesen Weg. Bei unserem Nachbarn Thüringen wird gerade ein gemeinsames Gutachten von der Staatsregierung und den Interessenvertretern der freien Schulträger erstellt. Ich glaube, daran kann sich Sachsen ein Beispiel nehmen.

Neben der Kostenermittlung geht es uns aber auch um Kostenkontrolle und um Effizienz. Im Jahresgutachten des Rechnungshofes 2002 wird empfohlen: „Über einen Vergleich der im öffentlichen Schulwesen entstehenden Kosten mit den jeweils entsprechenden Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft sollte der Landtag in regelmäßigen Abständen, etwa einmal je Legislaturperiode, unterrichtet werden.“ Ein solcher Bericht, meine Damen und Herren, würde uns eine bessere politische Bewertung des Zusammenhangs zwischen Ressourceneinsatz und Bildungsqualität ermöglichen. Freie Schulen, meine Damen und Herren, brauchen eine ausreichende, vor allem aber transparente und nachvollziehbare Finanzierungsgrundlage. Der alte Referentenentwurf der Staatsregierung wurde beidem nicht gerecht.

Mit unserem Antrag kann der Sächsische Landtag die Voraussetzung dafür schaffen, dass dieses Problem gelöst wird. In Regierungssprache hieße es dann, die Voraussetzungen für einen „großen Wurf“ zu schaffen. Sie können dabei mithelfen. Ich bitte Sie ganz herzlich um Zustimmung.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich bitte die CDU-Fraktion. Frau Abg. Henke, bitte.

Rita Henke, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Herbst, der Antrag Ihrer Fraktion ist eben nicht zielführend. Sie hatten richtig erwähnt, dass schon mehrere Gutachten erstellt worden sind. Auch was Sie auf die Diskussion von heute Morgen mit einer „Watsche“ und einem „Zurückziehen“ bezogen haben, konnten wir klären. Ich denke, da sind wir auf einem guten Weg.

Der Herr Minister hat das auch ausgeführt. Gerade die Formel, die in diesem Referentenentwurf steht, ist im allgemein bildenden Bereich so gehalten, dass die Schulen in freier Trägerschaft sich besser stellen als bisher.

Es gibt, wie gesagt, drei Gutachten, die den Versuch unternommen haben, Kosten öffentlicher Schulen zu berechnen: eines der TU Dresden, die Steinbein-Studie

und ein Gutachten des Deutschen Instituts für internationale pädagogische Forschung.

Keines dieser Gutachten, Herr Herbst und meine Damen und Herren, konnte trotz erheblichen Aufwandes abschließend verlässliche Aussagen treffen. Alle drei Verfasser haben mittlerweile auch Unsicherheiten einräumen müssen.

So sind beispielsweise nicht nur die Kosten der Schulverwaltung schwer zu berechnen. Auch wurde bei der Begutachtung durch die TU Dresden festgestellt, dass große Abweichungen zwischen den Schulen in Einklang gebracht werden müssen. Die Verzerrung der Ergebnisse durch so genannte Ausreißer ist zu befürchten. Gründe hierfür sind die Über- oder Unterfinanzierung von einzelnen Schulen durch Ineffizienz wie zum Beispiel geringere Auslastung wegen extrem rückläufiger Schülerzahlen oder unterschiedlicher Prioritätensetzung – was jetzt keine Kritik ist – der Kommunen bezüglich der Sachkosten. Es ist also problematisch, Durchschnitts- und Mittelwerte zu definieren.

Auch die Steinbein-Studie ist – wie von den Gutachtern selbst zugegeben – von Unsicherheiten behaftet. Sie geht von offiziellen statistischen Zahlen aus, muss dann aber durch pauschale Zuschläge und Anpassungen Korrekturen vornehmen. Diese Unterschiedlichkeiten können in absehbarer Zeit nicht behoben werden und sicherlich auch nicht dadurch, dass wir ständig diskutieren: Machen wir noch ein Gutachten und noch ein Gutachten.

Deshalb würde ein weiteres Gutachten unter diesen Umständen zu keinen neuen Erkenntnissen führen. Also, meine Damen und Herren, auch die „In-Auftrag-Gebung“ von zehn weiteren Gutachten würde keine abschließende verlässliche Auskunft geben können. Der Sachverhalt ist so weit aufgeklärt, wie er vor dem Hintergrund der Problematik, die ich eben benannt habe, überhaupt aufgeklärt werden kann.

Ein weiteres Gutachten würde – von erheblichen Kosten einmal ganz abgesehen – vom Zeitpunkt der Auftragsgebung bis zur Vorlage des Endberichtes mindestens ein Jahr dauern. Es ist jedoch notwendig – das, meine Damen und Herren, hat die Diskussion heute Morgen gezeigt –, schnell politische Entscheidungen zu treffen. Denn es gibt nicht nur dringenden Handlungsbedarf für die notwendige Anpassung, sondern es stehen auch wesentliche Verbesserungen für Schulen in freier Trägerschaft auf dem Spiel, so zum Beispiel die von vielen freien Trägern geforderte Wartezeitverkürzung.

Wie gesagt, der Referentenentwurf wurde zurückgezogen. Wir haben uns darüber ausgetauscht. Ich bin aber trotzdem überzeugt, dass wir in den nächsten Monaten zu Gesprächen kommen werden, sodass ein Gesetzgebungsverfahren in Gang gebracht werden kann und das Gesetz zum 01.08.2007, so hoffe ich, an unseren Koalitionspartner gerichtet, in Kraft treten kann.

Denn, meine Damen und Herren, das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich betonen: Die CDU-

Fraktion war und ist ein leidenschaftlicher Vertreter der Schulen in freier Trägerschaft.

(Beifall des Abg. Frank Kupfer, CDU)

Wir legen großen Wert auf die Vielfalt im Bildungsbereich, auf die hohe Qualität – mein Kollege Dulig hat das heute Morgen angesprochen –, die gerade von Schulen in freier Trägerschaft erbracht wird.

Der Herr Minister hat heute Morgen ausgeführt, wie wir uns im Freistaat Sachsen entwickelt haben. 11 % der Schüler sind in Schulen in freier Trägerschaft im Moment im Freistaat Sachsen beschult. Ich glaube, gerade vor diesem Hintergrund müssen wir so schnell wie möglich alle politischen Ungereimtheiten ausräumen und ein gutes Gesetz im Sinne unserer Schulen in freier Trägerschaft auf den Weg bringen.

Es bleibt darauf hinzuweisen, dass es die verfassungsrechtliche Lage nicht gebietet, Herr Herbst, Schulen in freier Trägerschaft entsprechend den Kosten öffentlicher Schulen zu finanzieren. Die Ausgestaltung des Finanzsystems obliegt ganz einfach dem Gesetzgeber. Von daher werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Martin Dulig, SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion.PDS. Bitte, Frau Abg. Bonk.

Julia Bonk, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was kostet ein Schüler? Das wollen viele gern wissen. Es ist auch notwendig, das zu errechnen, um verantwortungsvoll finanzplanerisch im Schulbereich tätig zu sein.

Es kommt dabei sehr darauf an, wie man rechnet, ein bisschen für wen und ein bisschen wofür. Sollte man die Kosten pro Schülerin und Schüler nur errechnen, um dann an ein paar Stellschrauben drehen zu können, wäre das fraglich. Praktisch Kennziffern zu variieren, sodass einfacher gespart und die chronische Unterfinanzierung von Schule fortgesetzt werden kann, wäre eine problematische Zielsetzung, die nicht im Sinne verantwortungsvoller Bildungspolitik wäre.

Im vorliegenden Antrag aber geht es einfach um die Bestimmung der Kosten der öffentlichen Schulen, um im Anschluss die Zuschusshöhe für die Schulen in freier Trägerschaft besser bestimmen zu können. So weit erst einmal nicht schlecht.

Gehen wir chronologisch vor. Die Kostenberechnungen müssen her. Schülerkosten zu berechnen ist keine so einfache Angelegenheit. Bei der Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen wurde durch die Vorträge verschiedener Experten vor allem eines deutlich: Entscheidend ist der Rechenweg. Aber auch auf den konnte man in der Schule schon ab und zu Punkte bekommen.

Das ist schwierig, denn die Kosten für Schulen sind auf die unterschiedlichsten Ebenen verteilt. Allein schon die Einteilung in Sachkosten – die der Schulträger trägt – und Personalkosten – die der Freistaat trägt – erschwert die einfache Berechnung; zumal gerade im investiven Bereich Schulhausbauausgaben in großer Höhe einmalig getätigt werden, die auf die verschiedenen Haushaltsjahre umgelegt werden müssen.

Nur einmal dazu. Das Gutachten des Steinbein-Transferzentrums für Sozial- und Wirtschaftsmanagement legte zur Berechnung der Gebäudekosten einfach einmal Mieten vergleichbarer Bürogebäude zugrunde. Der Gutachter Rüdiger Haut bezieht in einem Gutachten für das Bischöfliche Ordinariat des Bistums Meißen nur Personalkosten und Sachkosten ein, weil die anderen Kosten so schwer zu fassen sind. Es gibt nämlich, wie hier auch schon erwähnt, bereits die drei Gutachten. Es zeigt sich: drei Gutachten – drei Ergebnisse.

Eines dieser Gutachten ist sogar vom Kultusministerium bei der TU Dresden in Auftrag gegeben worden. Was die FDP hier fordert, ist eigentlich schon realisiert. Aber sei es drum! Aktuelle Zahlen sind nicht schlecht. Auch die periodische Neuerstellung ist im Interesse der Betroffenen.

Trotz Abhängigkeit jedes Gutachtens von Rechenmethode und Auftraggeber im Hinterkopf zeigt die Vielzahl der Gutachten doch eine Größenordnung der Kosten. Selbst wenn man es genau beziffern würde, kommt am Ende – weiter gedacht – aber der Abschlag des Betrages, den man den freien Schulen setzt. Welchen Prozentsatz der Kosten der öffentlichen Schulen geben wir an die freien Schulen? Der ist verhältnismäßig willkürlich festgesetzt: 80 %, 90 % oder 100 %? Hier muss die Politik nach einer vorher definierten Zielstellung verantwortlich agieren. Es muss vorher klar sein: Welche Schularten, welche freien Träger, welche Konzepte sollen gefördert werden?

Förderschulen erhalten die vollen Kosten. Das ist klar. Berufsbildende Schulen haben im Grunde sogar einen erhöhten Ausstattungsbedarf, wobei man sehen muss, wie man damit umgeht. Man könnte differenziert fördern, zum Beispiel nach der Fragestellung, ob die Schulen tatsächlich einen alternativen methodischen und inhaltlichen Ansatz haben. Wenn man sich für die Konzepte entschieden hat, die man fördern will, dann muss man es auch richtig tun.

Keineswegs kann eine Finanzierung infrage kommen, die von der Anlage her schon Unterfinanzierung ist. Das hätte eine schlechte Ausstattung, eine Schlechterstellung der freien Schulen im Vergleich zu den öffentlichen Schulen, die verfassungsmäßig verboten ist, und zudem höhere Schulgelder und damit eine stärkere soziale Selektion zur Folge. Das ist aber auszuhandeln, wenn das Gutachten vorliegt.

Gegen die Festlegung einer periodischen Erstellung haben wir nichts einzuwenden. Im Gegenteil. Darum stimmen wir dem Antrag zu.

Nur auf einen Zungenschlag im Antrag sei dabei noch eingegangen. Wenn das Kultusministerium in Absprache mit Vertretern der freien Schulen ein Gutachten über die Kosten der öffentlichen Schulen erarbeiten soll, erweckt das den Eindruck, als wollte man die öffentlichen und die privaten Schulen gegeneinander ausspielen. Das kann für uns kein Ansatzpunkt für Politik sein.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD-Fraktion. Herr Abg. Dulig, bitte.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag ist sicher gut gemeint und wir unterstützen die Intention des Antragstellers. Das wird niemanden nach der morgendlichen Aktuellen Stunde verwundern. Aber das Problem liegt doch nicht so sehr in der Ermittlung der Kosten als vielmehr darin, was man als Kosten anerkennt und was man bereit ist zu zahlen.

Wir haben drei Gutachten für Sachsen für annähernd den gleichen Zeitraum. Die Arbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft hat glücklicherweise die Gutachten im Vergleich vorgestellt. Wir wissen, dass einige Kosten nur mit hohem Aufwand und einige Kosten gar nicht exakt ermittelt werden können. Das hängt einfach damit zusammen, dass eine Schule Kosten verursacht, die im kommunalen Haushalt an ganz verschiedenen Stellen verbucht werden, nicht selten undifferenziert mit anderen Kosten.

Wir müssten die Kommunen verpflichten, eine Kosten-Leistungs-Rechnung oder ein ähnliches Controlling einzuführen, um dann sicher sagen zu können, dass der Bauhof so und so viele Minuten an der Schule war usw.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen aber auch, dass die Sachkosten bei 35 % der Personalkosten beginnen und bei Berücksichtigung des Gebäudeunterhaltes nicht unter 40 % liegen. Dies wussten wir 1991 noch nicht, als wir diese mit 20 % pauschaliert haben. Es bleibt am Ende eine politische Entscheidung zu bestimmen, welche Anteile freie Träger selbst aufbringen sollen. Dabei kann kein Gutachten helfen. Dieses kostet nur wieder mehr Geld, und genau das ist knapp.

Wir sind also gehalten, mit den vorliegenden Daten verantwortlich umzugehen und nicht noch mehr Zeit mit der Erstellung immer neuer Gutachten verstreichen zu lassen. Diese können uns, so gut sie auch sein mögen, die politische Verantwortung und Entscheidung nicht abnehmen.

Deshalb stimmen wir Ihrem Antrag nicht zu.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion; Frau Abg. Schübler, bitte.

Gitta Schübler, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Punkt 1 des Antrages ist ja praktisch schon erfüllt, denn der Referentenentwurf wurde zurückgezogen. Zu unseren grundsätzlichen Ansichten zu Schulen in freier Trägerschaft hat sich mein Kollege Gansel heute Morgen bereits geäußert, also kann ich mich kurz fassen. Ich muss mich wegen unserer Redezeit auch kurz fassen.

In Sachsen liegen drei Gutachten vor, dies haben wir heute bereits mehrmals gehört. Wir wären sehr daran interessiert, noch ein weiteres Gutachten unter Einbeziehung von Schulen in freier Trägerschaft zu sehen, und werden deshalb diesem Antrag zustimmen. – Das war mein kurzer Redebeitrag.

Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Fraktion der GRÜNEN, bitte.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kollegen der FDP-Fraktion haben hier offenbar selbst in den Antragswühltisch gegriffen und dort ein vermeintlich wichtiges Thema gefunden.

Lieber Herr Herbst! Wollten Sie und die FDP-Fraktion tatsächlich einen „kundenfreundlichen“ Landtag, hätten Sie uns diesen Antrag erspart. Ihr Anliegen wurde heute Morgen behandelt. Sie hätten es dort gut unterbringen können.

(Beifall bei den GRÜNEN –

Peter Wilhelm Patt, CDU: Das Murmeltier!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Gerne.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Herbst, bitte sehr.

Torsten Herbst, FDP: Liebe Frau Kollegin, wir haben schöne Drucksachen mit entsprechenden Daten über den Eingang der Anträge. Würden Sie mir Recht geben, dass unser Antrag deutlich vor der Beantragung der Aktuellen Debatte, die wir heute Früh geführt haben, eingereicht wurde?

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Neben dem Rechtgeben würde ich Ihnen sogar empfehlen, den Antrag zurückzuziehen.

(Allgemeine Heiterkeit – Zuruf
des Abg. Peter Wilhelm Patt, CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Möchten Sie noch eine Zwischenfrage stellen? – Nein. Gut.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Es wurde bereits mehrfach angesprochen: Es gibt drei Gutachten zum Thema, und alle drei Gutachten kommen, so unterschied-

lich sie sind, zum gleichen Ergebnis: Schulen in freier Trägerschaft in Sachsen sind chronisch unterfinanziert und, Frau Henke, darin haben Sie mit Ihren Äußerungen eben nicht Recht, es gab am 01.03. eine Fachtagung zum Thema –, die FDP glänzte komplett durch Abwesenheit –, dort konnte man sich ausführlich informieren. Ich hätte es begrüßt, wenn die FDP bestimmte Teilaspekte, die nach wie vor wichtig sind, aufgegriffen hätte, was die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft anbelangt, beispielsweise im berufsbildenden Bereich, der Ihnen und uns sehr am Herzen liegt, mit einer branchenspezifischen Differenzierung der finanziellen Zuwendung.

Wichtig erscheint mir festzustellen, dass die vorliegenden Gutachten eine bestimmte Datenbasis präsentieren, dass jedoch die politische Aufgabe darin besteht, diese Daten zu interpretieren und Schlüsse daraus zu ziehen. Ich würde gern auf einen Teilaspekt zu sprechen kommen, der heute Morgen zu kurz gekommen ist. Es geht um die Frage der Vorfinanzierungsfrist. Mit großem Befremden erfüllt mich immer wieder die Rechenart, wenn sich SPD und CDU zusammentun und einen Kompromiss finden müssen. Der eine sagt: zwei, der nächste sagt: null, und das arithmetische Mittel ergibt immer drei. Das ist sehr kurios. Ich hoffe, dass wir hier in der nächsten Vorlage des neuen Gesetzes eine andere Zahl sehen, vielleicht null oder zwei.

Wie gesagt, der FDP-Antrag ist sinnlos. Wir haben die Zahlen. Meine Fraktion wird sich enthalten.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von den Fraktionen noch einmal das Wort gewünscht? – Wenn dies nicht der Fall ist, frage ich die Staatsregierung. – Herr Staatsminister Flath, bitte.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Frau Henke und Herr Dulig haben das Wesentliche gesagt. Erfreulich: Die Koalition steht wieder.

(Heiterkeit bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Antje Hermenau, GRÜNE:
Fragt sich nur, wie lange!)

– Frau Hermenau, es gibt etwas Neues. Nicht, dass sich Ihre Fraktion nun in dieser schwierigen Frage enthält. Aber ich hatte gerade versprochen, Frau Bonk, es auch öffentlich zu sagen und dachte zuerst, Sie hätten meinen Redezettel gehabt, denn die Analyse stimmte. Wie Sie zum Schluss darauf kamen, dass Sie genau deshalb dem FDP-Antrag zustimmen, ist mir allerdings ein Rätsel.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall
bei der CDU und der SPD)

Denn es ist in der Tat so: Es gibt, weiß Gott, genug Gutachten, und es gibt hunderte Gerichtsurteile, die sich mit genau der Frage beschäftigen, ob die privaten Schulen

angemessen finanziert sind oder nicht. Da wir uns nicht versprochen haben, dass wir mit weiteren Gutachten tatsächlich einer Lösung näher kommen, steht im Gesetzentwurf der Lösungsvorschlag – der übrigens auch auf Gutachterempfehlung zurückgeht –, das ganze Problem mit einer völlig neuen Formel ein für allemal zu lösen, völlig unabhängig davon, wie viel das staatliche Schulsystem kostet. Ich weiß, dass auch dagegen wieder Argumente sprechen.

Ich werde auch eines tun – wir arbeiten ja gut mit Thüringen zusammen –: Sollte es in Thüringen gelingen, dass man die Sache mit einem gemeinsamen Gutachten ohne Streit hinkommt, dann will ich auch gern von den Thüringern lernen –

(Lachen der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

gar keine Frage, allein mir fehlt der Glaube; denn ich denke, man kann sehr unterschiedliche Gutachten in Auftrag geben. Man kann auch eines in Auftrag geben, das zu dem Ergebnis kommt, dass private Schulen überfinanziert sind – je nachdem, von welcher Seite man das Ganze betrachtet.

Herr Herbst, ich empfehle, den Antrag abzulehnen. Es steht Ihnen frei, Sie können natürlich auch als Fraktion ein Gutachten in Auftrag geben. Das Ergebnis würde ich mir mit Interesse anschauen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des
Abg. Martin Dulig, SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich rufe zum Schlusswort auf. Herr Herbst, bitte.

Torsten Herbst, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde den letzten Vorschlag sehr interessant. Wir verfassen demnächst also Gutachten für die Staatsregierung. Ich würde vorschlagen: Wenn Sie uns das zutrauen, machen wir auch die Gesetze und bringen die Gesetzentwürfe ein. Vielleicht kommt am Ende mehr für Sachsen heraus.

(Beifall bei der FDP – Antje Hermenau, GRÜNE:
Wir machen die Legislative, was wollen
Sie?! Wir wollen Geldmittel sehen!)

– Wir verbinden das, wir haben ja die praktische Erfahrung.

Ganz kurz noch einmal zu den Argumenten. Es liegen Gutachten vor, das ist richtig. Jedoch wurden diese Gutachten natürlich immer mit einer bestimmten Intention gefertigt. Was fehlte, war vorher der Konsens, dass man gemeinsam Kriterien festlegt. Es scheint jetzt in Thüringen der Fall zu sein, dass dies funktioniert. Da gibt es die Bereitschaft des Privatschulverbandes in Sachsen. Es gibt die Bereitschaft, sich gemeinsam zusammzusetzen, sich vorher über die Kriterien zu unterhalten und danach das Ergebnis zu akzeptieren.

Zu Punkt 2, Frau Henke, Kosten könne man nicht ermitteln, wenn es sich beispielsweise um Verwaltungskosten handelt: Es ist sicher nicht einfach, aber es ist auch kein Teufelszeug. Ich bin von Hause aus Betriebswirtschaftler und kenne den Begriff „kalkulatorische Kosten“. Ich kann mir ungefähr vorstellen, wie beispielsweise ein Unternehmen mit verschiedenen Betriebsstätten in unterschiedlichen Ländern, mit verschiedenem Steuerrecht und verschiedenen Arbeitskosten die Kosten eines Produktes, zum Beispiel eines Autos, durchschnittlich errechnen kann. Das funktioniert. Warum soll es bei Schülern nicht funktionieren? Im Übrigen wäre es sehr hilfreich, wenn beispielsweise auch Leistungen der öffentlichen Hand und der Verwaltung einmal mit einem bestimmten Betrag bemessen werden; denn dann würden wir uns vielleicht bei dem einen oder anderen überlegen, ob wir es besser und effizienter in öffentlicher Hand machen oder ob wir es günstigerweise an Private auslagern. – Also, es ist machbar, es ist lösbar, und dies kann nicht das Argument für die Ablehnung sein.

Zum Dritten: Als Bildungspolitiker würde mich natürlich schon interessieren, wie die Kostenentwicklung im Bereich des Schulwesens in Sachsen ist. Es ist für uns nämlich sehr intransparent, was wirklich an Geld hinein-

fließt. Wir kennen zwar die Kosten für die Lehrer – das haben wir im Haushalt, das ist richtig –, aber wir wissen nicht, was, über das Land gesehen, beispielsweise von der kommunalen Ebene hineinfließt. Das würde mich aber ganz einfach interessieren, weil wir hier die entsprechende Politik, die Bildungspolitik, machen.

Dieser Antrag – darin muss ich den GRÜNEN klar widersprechen – ist eben nicht sinnlos, sondern er ist zielführend. Im Gegensatz zur Debatte heute Früh ist er sehr konkret. Es ist ein konkreter Vorschlag. Von Ihnen gibt es bis jetzt keinen. Deshalb können Sie diesem Antrag zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Ich lasse nun über die Drucksache 4/4543 abstimmen und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gibt es Stimmen dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen und einer großen Anzahl von Stimmen dafür ist der Antrag knapp mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf

Tagesordnungspunkt 9

Festlegung der Operationellen Programme für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013

Drucksache 4/4538, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stellungnahmen erfolgen in der Reihenfolge GRÜNE, CDU, Linksfraktion.PDS, SPD, NPD, FDP; Staatsregierung, wenn gewünscht.

Ich erteile der einreichenden Fraktion das Wort. Frau Abg. Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Landtagspräsident Iltgen, es gab vor einiger Zeit zwischen uns beiden ein Gespräch. Wir haben uns darüber unterhalten, ob wir nicht die Rechte des Parlaments stärken sollten. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen, zum Beispiel anhand dieses Antrages, den wir heute vorlegen. Darin geht es um die Stärkung der Rechte jedes Parlamentariers und um die Stärkung der Rechte des Parlaments im Ganzen.

Wir haben als Antragsbeschlussgegenstand einen sehr kurzen Satz vorgelegt. Er heißt: „Die Staatsregierung wird ersucht, im Rahmen der Festlegung der Operationellen Programme für die nächste EU-Förderperiode ab 2007 dem Landtag bis zum 30. April dieses Jahres einen Entwurf vorzulegen.“

Das ist nicht besonders kompliziert. Die Staatsregierung soll nur einen Entwurf vorlegen und Operationelle Pro-

gramme sind im Prinzip Dreijahrespläne zur Umsetzung der EU-Fördermittel. Warum wollen wir das?

Wir wollen das, weil wir glauben, dass das Budgetrecht des Parlaments beschnitten wird, wenn die Operationellen Programme, die Umsetzung der EU-Förderung, nicht in diesem Landtag besprochen werden. Wir werden im Herbst über einen Haushalt diskutieren, der im Dezember zu verabschieden ist und der einen Zweijahreshaushalt darstellt. Die ersten Operationellen Programme gelten für drei Jahre. Wir haben also eine Parallele und es geht darum, dass das Land aus dem Landshaushalt natürlich Kofinanzierungsmittel bereitstellen muss. Ich werde das noch im Detail erläutern. Aber die hohe Fördermittelabhängigkeit des Haushalts des Freistaates Sachsen ist ein wichtiger Punkt, mit dem wir uns befassen müssen. Das ist eine besondere Situation im Osten.

Die Strukturfonds nehmen in ihrem Gesamtvolumen ungefähr so viel ein wie die disponiblen Mittel des Haushalts insgesamt. Das ist erheblich; denn bei den Haushaltsberatungen können wir eigentlich im Parlamentsverfahren nur über die disponiblen Mittel wirklich entscheiden. Dort können wir sagen, was wir umschichten und für andere Zwecke ausgeben wollen als die Staatsregierung.

Wir werden für die Periode 2007 bis 2013 ungefähr 4,0 bis 4,2 Milliarden Euro von der Bundesebene bekommen. An Landesmitteln bedeutet das mindestens ungefähr 630 Millionen Euro, wenn man bei der jetzigen Schwerpunktsetzung bleibt. Wenn man Forschung und Entwicklung als einen wesentlichen neuen Investitionsschwerpunkt setzen möchte, würde das sogar entsprechend mehr bedeuten. Die Strukturmittel nehmen in ihrem Gesamtvolumen dann ungefähr 5 % des Landeshaushalts ein, während die disponiblen Mittel 6 bis 7 % ausmachen. Das ist eine Daumenpeilung, weil es einen degressiven Verlauf gibt.

Das heißt, wir sprechen über die wenigen Mittel im Haushalt des Freistaates Sachsen, bei denen Politikgestaltung überhaupt noch möglich ist, weil diese Mittel eben nicht durch Gesetze, Verträge und Personalausgaben gebunden sind. Das ist ganz wesentlich und für jeden einzelnen Parlamentarier interessant, auch wenn Sie mir das bis jetzt offensichtlich noch nicht glauben wollen.

Wir werden im Haushaltsverfahren im Herbst mit ungeklärten Kofinanzierungsfragen konfrontiert werden, wenn man sich dazu entschließt, den Investitionsschwerpunkt zu verändern. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Haushaltsberatungen; denn es gibt eine breite Mehrheit in diesem Haus, die eine höhere Neuverschuldung nicht haben will. Das heißt, man muss das Geld innerhalb des Haushaltes umschichten und anderswo wegnehmen, um es zur Kofinanzierung von EU-Mitteln zur Verfügung zu haben.

Die Zeitleiste der Entscheidung ist folgende: Im Sommer sollen die Operationellen Programme für die EU-Fördermittel in Brüssel angemeldet werden. Im Herbst bekommen wir den Haushaltsentwurf. Im Dezember werden wir ihn wahrscheinlich beschließen. Das ist zu knapp. Wir werden dann offensichtlich nicht mehr richtig relevant in die Operationellen Programme eingreifen können. Ich erinnere mich an die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2005/2006. Es war so, dass immer gesäuselt wurde: Das können wir nicht mehr mit Ihnen besprechen und verändern; wir haben das in Brüssel gemeldet; es ist ganz schwer, eine Änderung an den Operationellen Programmen vorzunehmen. – Das heißt, uns sind im Herbst wahrscheinlich die Hände gebunden, und das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Sven Morlok, FDP)

Vergleichen wir einmal, wie in der Förderperiode von 2000 bis 2006 die Straßenfinanzierung aus EU-Mitteln gewesen ist: Es gab insgesamt ein Volumen von 990 Millionen Euro für Straßenbau in Sachsen. Davon kamen 75 % – über 700 Millionen Euro – von der EU, 16 % – reichlich 150 Millionen Euro – vom Bund, aber nur 0,6 %, also sechs Millionen Euro, vom Land, und die Kommunen haben 9 %, nämlich 88 Millionen Euro, beigesteuert.

Das ist ein besonderer Sachverhalt. Er hat damit zu tun, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in Deutschland eine Kofinanzierung von Bund und Kommunen zusätzlich erlaubt. Ansonsten wäre nämlich das Land mit 25 % und nicht mit 0,6 % beteiligt gewesen. Das heißt, ganz klar gesprochen, es ist für den Landeshaushalt Sachsen außerordentlich günstig, Straßen zu bauen.

Das Argument, man verlöre Bundesmittel, wenn man statt Straßen beispielsweise den Schwerpunkt Forschung und Entwicklung finanzieren wollte, ist allerdings wohlfeil, weil diese Kofinanzierung des Bundes eigentlich nur Geld aufgrund des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes ist und einen deutschen Sondersachverhalt darstellt. Das sollte uns nicht daran hindern, darüber nachzudenken, wo die Zukunft des Freistaates Sachsen liegt.

Forschung und Entwicklung haben in der letzten Förderperiode 728 Millionen Euro bekommen, wiederum 75 % von der EU, 1 % vom Bund und 24 % vom Land. Forschung und Entwicklung sind also ungefähr vierzigmal teurer als Straßenbau, wenn man es von der Kofinanzierung des Landeshaushaltes her betrachtet. Wenn wir einen neuen Schwerpunkt setzen wollen – und die Diskussion in den verschiedenen Parteien ist eigentlich so –, zum Beispiel in Forschung und Entwicklung, dann werden wir uns überlegen müssen, wo wir aus dem Landeshaushalt das Geld hernehmen, um es kofinanzieren zu können, denn so billig wie die Straße sind Forschung und Entwicklung nicht zu haben.

Die Zukunft Sachsens liegt nicht darin, die Straßendichte weiter zu erhöhen. Es sind nach vielen Studien, auch vom IWH, daraus keine wirklich relevanten weiteren Wachstumseffekte mehr zu erwarten. Ich zitiere: „Mit 737 m überörtlicher Straße pro Quadratkilometer hat Sachsen eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Straßendichte.“ Ich zitiere übrigens amüsanterweise aus „Sachsen“, der Faktenbroschüre der Staatskanzlei 2004. Das kann man auch downloaden.

Forschung und Entwicklung haben ganz wesentlich etwas damit zu tun, dass wir die Exportfähigkeit der eigenen Unternehmen in Sachsen stärken. Warum wollen wir sie stärken? Wenn man egoistisch aus Landessicht schaut, ist es natürlich wichtig, die Eigeneinnahmen, die wir für unseren Landeshaushalt erhalten, zu erhöhen. Wir sind in unserem Landeshaushalt viel zu sehr fördermittel- und zuschussabhängig. Wir leben davon, dass andere Leute Mitleid mit uns haben und uns Geld geben. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Spätestens 2019 müssen wir Sachsen auf eigenen Füßen stehen.

Wo soll das, bitte schön, herkommen, wenn wir uns nicht endlich darum bemühen, mehr Eigeneinnahmen zu gerieren? Aus dem Straßenbau kommen sie nicht. Aber mehr Eigeneinnahmen können durchaus aus einer stärkeren Exportorientierung in Sachsen kommen. Die durchschnittliche Exportquote von Unternehmen mit Orientierung auf den Export beträgt im Bund 40 %, in Sachsen 30 %. Wir liegen also noch ein Viertel unter dem, was bundesdeutscher Durchschnitt ist. Das kann nicht zufrieden-

den stellen. Bei Straßen liegen wir über dem Durchschnitt, bei Forschung und Entwicklung sowie Exportorientierung der Unternehmen unter dem Durchschnitt. Dieses Missverhältnis ist mit den Händen zu greifen.

Die Erhöhung der Eigeneinnahmen und die Senkung der Abhängigkeit von Geld von außen ist ein wichtiger Aspekt auch bei der Frage der demografischen Entwicklung. Bislang treten hier immer nur einzelne Vorhaben an die Oberfläche. So wird zum Beispiel heute der Kultusminister Flath zitiert. Dabei geht es um den Einsatz der Mittel des Europäischen Strukturfonds für Ganztagschulen. Das mag vielleicht im Einzelnen möglich sein, worüber wir noch diskutieren müssen. Aber wo, bitte schön, ist das Entwicklungsgesamtkonzept? Ganz offensichtlich streiten Sie sich noch innerhalb der Koalition. Das kann aber nicht unser Problem sein; denn wir wollen hier im Landtag natürlich Politik entwerfen, die auch einmal über eine Legislaturperiode hinausgeht. Das muss gemacht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Meinung des Parlaments ist dabei relevant.

Was würde es denn bedeuten, wenn wir zum Beispiel im Herbst hier beraten, wiederum feststellen, dass die Operationellen Programme vielleicht in der Fortführung der alten Förderschwerpunkte liegen, also wieder viel Geld in Straße und wenig in Forschung und Entwicklung, wenn wir dann aber nicht mehr die Möglichkeit haben, das im Landeshaushalt zu ändern? Wie wollen wir das denn dann machen? Am besten ist es doch, wenn Sie jetzt mit den Parlamentariern öffentlich abklären, wo die Förderschwerpunkte in Sachsen sein sollen, und so klare Verhältnisse schaffen.

Die EU-Kommission hat im Vorschlag für die Verordnung des Rates über die Förderperiode ausgeführt: „Der Mitgliedsstaat organisiert im Rahmen seiner einzelstaatlichen Regelungen und seiner einschlägigen Praxis eine Partnerschaft mit den Behörden und Organen, die er benennt, insbesondere kompetente Einrichtungen, die für die Zivilgesellschaft repräsentativ sind.“

Am Umgang mit dem Operationellen Programm wird deutlich, wie sehr die Staatsregierung den Landtag missachtet, ihn ganz offensichtlich für nicht kompetent hält und die repräsentative Demokratie jedenfalls nicht für wichtig genug befindet, daran teilzunehmen, wenn es darum geht, diese Zukunftsfragen zu diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das mag hier jahrelang geübte Praxis sein, sozusagen Gewohnheitsrecht, es bleibt trotzdem skandalös.

Wir sind der Auffassung, dass es für alle Parlamentarier relevant und interessant ist, diese Frage hier zu diskutieren, denn es würde bedeuten, dass wir unsere Möglichkeiten der Politikgestaltung als Parlament quasi verdoppeln könnten. Ich habe vorhin gesagt, dass die EU-Mittel in der Summe ungefähr so viel Finanzvolumen haben wie die disponiblen Mittel des Landeshaushalts insgesamt.

Für uns würde das eine Verdopplung unserer Möglichkeiten zur Politikgestaltung bedeuten. Das muss jeden Parlamentarier interessieren.

Wie gesagt, Gewohnheiten der Regierungsfaktionen müssen kein Erbpachthof sein. Prinzipiell wird man wohl lernen müssen zu unterscheiden zwischen der aktuellen Rolle, die man gerade mal einnimmt, zum Beispiel als Koalitionsfraktion, einer Macht auf Zeit, und der Frage, welches Recht Parlamentarier und Fraktionen in diesem Landtag auf Dauer haben. Diese Fragestellung werfen wir hier auf.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion, bitte. Herr Hermsdorfer.

Thomas Hermsdorfer, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Hermenau, ich denke, keine der Koalitionsfraktionen würde Ihrem Anspruch nicht Rechnung tragen wollen, das Parlament an einer ausführlichen Debatte über inhaltliche Zielstellungen der Operationellen Programme innerhalb der nächsten Förderperiode der Europäischen Union teilhaben zu lassen.

Dem Grundanliegen Ihres Antrages, dass wir uns hier intensiv mit den Mitteln und Möglichkeiten auseinandersetzen, die die EU-Kommission den Mitgliedsländern in verschiedenen inhaltlichen Bereichen zur Verfügung stellt – und dort die Möglichkeit, die meisten Mittel und Projekte in Sachsen auch umsetzen zu können –, wollen wir alle Rechnung tragen. Nur in Ihrem Antrag formulieren Sie, dass die Staatsregierung die Vorlage der Operationellen Programme bis zum 30. April dieses Jahres fertig stellen bzw. dem Parlament einen Entwurf vorstellen soll.

Bis heute hat nach Information, auch uns vorliegend, in der Europäischen Kommission noch nicht einmal die Beschlussfassung der drei Partner innerhalb des Haushaltsbudgets – des Rates, der Kommission und des EU-Parlaments – stattgefunden. Es gibt eine Fristsetzung des EU-Parlaments bis 31. März dieses Jahres, innerhalb der sich die drei Partner an einem Tisch zu finden haben. Ansonsten ist der bislang zwischen allen Beitrittsländern ausgehandelte Budgetkompromiss erst einmal wieder infrage gestellt. Dies zieht nach sich, dass, wenn die Haushaltsregelungen zwischen den drei Partnern getroffen sind, die Programme bzw. die Leitlinien der EU-Kommission entsprechend erstellt werden. Dies ist – so konnten wir auch von Vertretern der EU-Kommission erfahren – bis etwa zur Sommerpause dieses Jahres vorgesehen.

Sie stellen also mit Ihrem Antrag die Forderung an die Staatsregierung, auf der Grundlage bisher geführter Gespräche, bisheriger Vermutungen bzw. auch aufgrund von Ansprüchen von uns oder von anderen Beitrittsländern Operationelle Programme zu entwickeln, die mehr auf Wünschen unsererseits basieren denn auf Vorgaben der EU-Kommission. Wir würden hier in eine Falle

hineinlaufen, in der wir in letzter Zeit schon einige Gesetzentwürfe behandelt haben. Wir haben auf der Grundlage von Referentenentwürfen, von Vorstellungen, von Hinweisen und von Wünschen unsererseits Dinge diskutiert, die noch gar nicht zur Debatte standen, geschweige denn dem Parlament zur Beschlussvorlage vorlagen und entsprechend diskutiert werden konnten.

Sie haben in Ihrem Antrag einige Punkte dargelegt, auf die ich inhaltlich kurz eingehen möchte.

Zum Punkt 1, Forschung und Entwicklung. Auch hier haben wir selbstverständlich Übereinstimmung. Die Koalitionsfraktionen, insbesondere die CDU-Landtagsfraktion, setzen einen Schwerpunkt in der zukünftigen inhaltlichen Politik auf Forschung und Entwicklung, dies aber nicht losgelöst. Da komme ich zu Ihrer Kritik zur Infrastruktur. Der Freistaat Sachsen hat sich in den letzten Jahren deshalb so gut herausgebildet, weil er eine überdurchschnittlich gute Infrastruktur aufweisen konnte. Diese konnten wir den Investoren, die sich insbesondere hier in Dresden angesiedelt haben, zur Verfügung stellen. Sie hat immer wieder Unternehmer dazu bewogen, sich in Sachsen anzusiedeln.

Erst diese Ansiedlungen, insbesondere auch die Großansiedlungen, haben kleine- und mittelständische Unternehmen im F+E-Bereich in Sachsen hervorgebracht, weil sie sich an den Großen orientieren konnten. Nehmen Sie einfach das Beispiel: Microsoft aus den USA, aus Kalifornien, ist dadurch entstanden, dass Intel ein Softwareproblem hatte. Ich denke, auch dort ist von uns vorgegeben, durch die Großansiedlungen weiterhin den Mittelstand zu stärken, dort F+E-Gelder einzusetzen. Dies ist aber nur möglich, wenn wir die Infrastruktur in Sachsen weiter ausbauen.

Infrastruktur umzusetzen heißt auch Unterstützung für die ländlichen Räume in Sachsen. Wir werden eine wirtschaftliche Entwicklung in unserem Flächenland vorwiegend in den Ballungszentren zu verzeichnen haben. Es wäre nicht gerade fair gegenüber den Landkreisen in dünn besiedelten Gebieten, sie von dieser wirtschaftlichen Entwicklung abzukoppeln. Ich denke, noch nicht jede Staatsstraße, jede Bundesstraße in Sachsen, abgesehen von den fehlenden Umgehungsstraßen, ist auf dem Niveau, um an diese Ballungszentren ankoppeln zu können und der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, dort entsprechend um Arbeitsplätze nachzusuchen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

So gern wir das Rederecht und die Diskussionsmöglichkeiten des Parlaments ausschöpfen möchten, sehen wir doch den von Ihnen vorgegebenen Zeitrahmen als nicht machbar, nicht realistisch an. Auch wenn sich das Kabinett am Wochenende zu einer Klausur zurückzieht und dort über derartige Budgetfragen diskutiert, bleibt letztendlich festzustellen, dass erst die Vorgaben der EU-Kommission vorliegen müssen, dass wir den entsprechenden Bescheid über die Programme abwarten müssen, um darauf reagieren zu können.

Wenn unsere Gespräche in Brüssel eines gezeigt haben, dann wohl doch einen wichtigen Punkt, den ich auch der Staatsregierung mit auf den Weg geben möchte: Seitens der Bediensteten der EU-Kommission ist eine weitaus größere Flexibilität zutage getreten, als wir bislang immer vermutet haben oder als uns suggeriert worden ist. In diesem Punkt können wir mit der Unterstützung der EU-Kommission rechnen. In diesem Punkt ist sie auch während der Förderperioden flexibel. Wir sind dort immer wieder auf offene Ohren gestoßen, wenn es um ESF- und EFRE-Mittel ging, in Diskussionen um Einzelfördermaßnahmen einen Kompromiss zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Dass dieser möglich ist und dass die bislang geführten Diskussionen Erfolg gezeigt haben, zeigt die Möglichkeit, in der kommenden Förderperiode ESF- und EFRE-Mittel deckungsfähig bzw. in gleichen Projekten einsetzen zu können.

Ich möchte mich nicht wiederholen, will aber noch einmal zusammenfassen. Wir werden sicherlich in Haushaltsberatungen bzw. in Einzelanträgen – wobei auch die CDU-Landtagsfraktion nicht zurückstecken wird – genügend Möglichkeiten haben, diese inhaltlichen Fragen der Operationellen Programme zu beraten. Aber diesem Parlament eine Vorgabe bis 30.04. auf der Grundlage von Vermutungen und Mutmaßungen zuzumuten und dann vielleicht, weil man daneben gelegen hat, später im Jahr einen Rückzieher machen zu müssen, das halte ich nicht für der Sache dienlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion.PDS. Herr Abg. Hilker, bitte.

Heiko Hilker, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die GRÜNEN haben einen Antrag mit der Thematik vorgelegt, dass uns die Staatsregierung ihren Entwurf für die Operationellen Programme vorlegen soll. Frau Hermenau hat nun ausgeführt, dass es eher um die Stärkung der Parlamentsrechte geht, und sie kämpft nicht nur im Parlament um die Stärkung der parlamentarischen Rechte, sondern sie macht das auch vorab gegenüber den Medien und ist dort zitiert, dass sie, wenn sie den entsprechenden Bericht bis zum 30.04. nicht bekommt, wenn ich es richtig verstanden habe,

(Antje Hermenau, GRÜNE: Nein, nicht ganz!)

gegen die Staatsregierung klagen will.

Dann ist das Zitat falsch. Ich wollte Sie natürlich fragen, mit wem Sie denn klagen wollen und vor allen Dingen wogegen. Ich sage Ihnen, im Umgang mit dem Thema wird eines deutlich: Ihnen geht es um die schnelle Nachricht. Ihnen geht es um die dicke Schlagzeile. Aber Sie verfügen kaum über Vorstellungen darüber, wie Sie mit den neuen EU-Strukturfondsförderungen umgehen wol-

len. Genau deshalb fordern Sie einen Bericht, um dann im Bericht der Staatsregierung in dem einen oder anderen Punkt etwas zu verändern. Aber über grundsätzliche Konzepte verfügen Sie nicht, sonst hätten Sie ja ein entsprechendes eigenes Operationelles Programm oder einen Entwurf eingebracht.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Das können Sie besser, Herr Hilker!)

Frau Hermenau, der Landtag ist die Stätte der Gesetzgebung, der Kontrolle und der Willensbildung. Der Landtag ist nicht die Stätte des Berichtswesens. Dieser Antrag geht zumindest in diese Richtung. Sie haben gesagt, Ihnen geht es um einen Politikentwurf, vor allem um einen Entwurf der Staatsregierung. Ich frage Sie: Wo ist denn Ihr Entwurf? Ihre Begründung, die vollkommen verquer ist – zumindest in einigen Punkten –, kann es wohl nicht sein.

Frau Hermenau, ich sage Ihnen: Sie verwechseln den Landtag mit einem Schnellsprechwettbewerb. Ich kämpfe mit Ihnen hier nicht um den Titel „Häuptling schnelle Lippe“. Mir geht es um Lösungen und um Veränderungen.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Frau Hermenau, ich habe es gesagt: In Ihrer Begründung gehen einzelne Dinge durcheinander. Sie können natürlich behaupten, dass man bei der EU, wenn ein Operationelles Programm einmal festgelegt ist, nicht mehr viel ändern kann. Dies mag vielleicht in der Vergangenheit gestimmt haben – zumindest aus Ihrer Sicht. Jedoch waren, wenn wir uns den Umgang mit dem EU-Mikrodarlehen anschauen, sehr schnelle Änderungen möglich. Die neue EU-Strukturfondsperiode ermöglicht ein ganz anderes Vorgehen. Änderungen sind sogar innerhalb eines Jahres möglich. So steht es in den entsprechenden Entwürfen.

Sie behaupten, wenn wir nicht sofort im Landtag darüber sprechen, wie die Mittel verwendet werden, und einen Konsens herstellen, werden wir im weiteren Verfahren Änderungen vornehmen, sodass dann Mittel verfallen würden. Dies stimmt nicht.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Das habe ich nicht gesagt!)

– Doch, so steht es in der Begründung des Antrags. Lesen Sie ihn durch. Das sind die Zitate, die ich daraus entnommen habe. Es ist eine Übertragung von Haushaltsmitteln möglich. Es sind Zahlungsunterbrechungen möglich. Über die jährliche Kontrolle sind auch Veränderungen möglich. Ich wundere mich schon, wenn Sie von disponiblen Mitteln sprechen und die EU-Mittel mit den disponiblen Mitteln des Freistaates Sachsen vergleichen, die bei 3 bis 4 % liegen, und dann von Milliardenbeträgen sprechen. Wir haben einen Haushalt von 15 Milliarden Euro. Überlegen Sie, wie viel Prozent zum Beispiel die Straßenbaumittel ausmachen. Sie haben auch von Forschung und Entwicklung gesprochen. Sie kommen dort auf mehrere Milliarden. Dies zeigt: Die Grundrechenarten in diesem Bereich beherrschen Sie nicht.

(Lachen der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE –
Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Auf die wesentlichen Programme vonseiten der EU sind Sie nicht eingegangen, zum Beispiel zu den zentralen Themen, die von der EU vorgegeben werden, wie Innovationen und wissensbasierte Gesellschaft, Umwelt und Risikoprävention, Zugänglichkeit zu Leistungen der Daseinsvorsorge.

Wir können noch weitergehen. Wo sind denn Ihre Aussagen in Ihrem Beitrag zur Vorstellung der EU gewesen? Ich verweise nur auf die Lissabon-Strategie, die Fragen der Vollbeschäftigung, die Steigerung der Arbeitsplatzqualität und den sozialen Zusammenhalt.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Wo sind Ihre Forderungen und Ihre Darstellungen dazu, wie die EU die EFRE- und ESF-Mittel verteilen soll? Vonseiten der Staatsregierung wird eine Verteilung von einem Viertel ESF-Mittel und drei Viertel EFRE-Mittel angestrebt. Ich möchte darauf verweisen, dass der EU-Kommissar Spidla ein Drittel der Mittel im ESF-Bereich einsetzen will.

Ja, die GRÜNEN fordern einen Bericht. Sie wollen von den Vorstellungen der Staatsregierung Kenntnis erlangen, um dort einzelne Korrekturen vorzunehmen. Wir werden dem nicht im Wege stehen. Wir haben allerdings eigene Vorstellungen und diese werden wir demnächst dem Parlament vorlegen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS –
Antje Hermenau, GRÜNE: Wunderbar, super!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD-Fraktion, bitte. Herr Abg. Pecher.

Mario Pecher, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir alle hier im Raum sind uns einig, dass die Festlegung der Operationellen Programme für die EU-Förderperiode bis 2013 eine der wichtigsten Entscheidungen dieses Jahres ist. Aus diesem Grunde ist das Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchaus nachvollziehbar.

Rückblickend ist festzustellen, dass der Freistaat seit 1990 Ziel-1-Fördergelder bekommt, mit denen viel erreicht wurde. Das ist mein erster Ansatz. Frau Hermenau, Ihre letzte Argumentation muss ich deswegen zurückweisen, weil meines Wissens im Freistaat Sachsen keine EU-Fördergelder zurückgegeben wurden. Alle Mittel wurden verbraucht. Deshalb kann man nicht von der Gefahr sprechen, dass dem Freistaat Geld verloren geht – Geld aus der disponiblen Spitze plus diese EU-Mittel. Diese Argumentation hat meines Wissens in der Vergangenheit nicht gegriffen. Ich denke, sie wird auch in der Zukunft nicht greifen.

Konvergenz, ehemals Ziel 1, regionale Wettbewerbsfähigkeit, ehemals Ziel 2, europäische territoriale Zusammenarbeit, ehemals Interreg – nicht nur diese neuen

Formulierungen zeigen, dass sich in dem Bereich EU-Strukturfonds einiges ändern wird.

Etwas zu diesem komplexen Vorgang. Es gibt die strategischen Leitlinien – das sind die Gemeinschaftsprioritäten. Diese auf EU-Ebene zu verhandeln ist schwierig genug. Es gibt nationale strategische Rahmenplanungen, NSR. Das ist der Job der Bundesregierung. Die Inhalte sind umstritten, weil die EU Vorgaben macht. Das ist das ehemalige gemeinschaftliche Förderkonzept. Darunter gibt es die Operationellen Programme für die Gebiete – hier speziell für Sachsen. Hierbei gibt es die Änderung, dass es mehrere Operationelle Programme je Ziel und Fonds gibt.

Die Komplexität des Prozesses zeigt den Knackpunkt beim BÜNDNIS-90-Antrag, dass erstens die von Ihnen geforderte Zeitschiene nicht machbar ist und zweitens – das glaube ich zutiefst – dieses Thema so komplex ist, dass man es inhaltlich wirklich in den Ausschüssen und nicht hier im Plenum beraten muss.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Können Sie machen!)

Ansonsten müsste man wirklich jeden einzelnen Bestandteil im Plenum sehr intensiv beraten.

Unsere Staatsregierung, insbesondere unser Wirtschaftsminister, hat sich gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Kollegen für die Fortsetzung der Förderung stark gemacht. Gleichzeitig brauchen wir Planungssicherheit. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass sich die Staats- und Regierungschefs im Dezember vergangenen Jahres auf einen gemeinsamen EU-Haushalt für den Zeitraum bis 2013 geeinigt haben. Das sind Gesamtausgaben von 862 Milliarden Euro. Für die EU-Struktur (Kohäsionspolitik) stehen damit zirka 307 Milliarden Euro zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was bedeutet das für Sachsen? Leipzig ist nicht mehr Ziel 1, nicht mehr Konvergenzgebiet. Chemnitz ist es noch. Dresden ist es knapp. Das bedeutet insgesamt: Es werden im Ergebnis weniger Mittel an die neuen Bundesländer fließen. Das ist eine Tatsache, mit der wir umgehen müssen. Insgesamt sind zurzeit zirka 13 Milliarden Euro für die neuen Bundesländer vorgesehen, wobei noch unklar ist, wie viele ESF-Mittel sich die Bundesregierung vorbehält.

Aus diesem Grund müssen wir uns intensiv mit der Frage auseinandersetzen, wie wir die auf uns entfallenden Mittel in Sachsen vernünftig einsetzen können. Wir brauchen Investitionen, die sich arbeitsmarktpolitisch nachhaltig amortisieren. Frau Hermenau, hier ist der zweite Knackpunkt in Ihrer Vorlage. Es gibt unterschiedliche Auffassungen in der Staatsregierung und in der Koalition, wie die Aufteilung EFRE/ESF erfolgen soll. Richtig ist, dass die SPD so herangeht: 70 % EFRE, 30 % ESF. Es gibt andere Auffassungen.

Mir sei eine Nebenbemerkung gestattet zu dem, was Sie gesagt haben hinsichtlich der Mitwirkung des Parlaments, Transparenz des Vorgangs. Im ESF sind bis jetzt meines Wissens 60 und im EFRE 34 Vorhaben angemeldet. Es

wird ein ganz komplexes Gebilde gesellschaftlicher Organisationen, Vereine, Verbände, Kammern und Wirtschaft angesprochen, die in diesem Prozess mitwirken. Von daher kann man mangelnde Transparenz in der Mitwirkung wirklich nicht behaupten, es sei denn, man würde es wie Sie auf diesen Saal hier einengen wollen.

Nicht nur die Aufteilung ist ein Problem, es gibt auch unterschiedliche Auffassungen darüber, was man mit den Mitteln – das betrifft insbesondere die EFRE-Mittel – letztendlich fördert.

Wir gehen als SPD ganz klar von einem neuen Investitionsbegriff aus. Wir wollen „investiv“ definieren als Förderung in Bildung, Forschung, Entwicklung, Hochschulen, Hightech, Patente usw. Da, Frau Hermenau, liegen wir, so denke ich, ziemlich nah beieinander.

Ich bin auch zutiefst davon überzeugt, dass Deutschlands und damit auch Sachsens Chancen als Wirtschaftsstandort in hoch qualifizierten Tätigkeiten und damit verbundenen hoch qualifizierten Arbeitsplätzen liegen. Der erste Arbeitsmarkt ist immer mehr ein hoch qualifizierter Arbeitsmarkt.

Ich möchte nochmals betonen, dass aus sozialdemokratischer Sicht und auch aus meiner tiefsten Überzeugung heraus das oberste Ziel der Förderung Investitionen in Wissen ist und nicht primär Investitionen in Beton. Wissen ist gleich Arbeitsplätze und damit gleich Nachhaltigkeit in der Wirtschaft. Hier ist innerhalb der Koalition die Schlacht noch nicht geschlagen bzw. der Kompromiss noch nicht gefunden. Über die Verteilung der Mittel zwischen ESF und EFRE wird zurzeit auf Regierungsebene unter Beteiligung der Landtagsausschüsse diskutiert. Hier möchte ich auch noch einmal auf die Klausurtagung im Kabinett verweisen, die eine Voraussetzung für den weiteren Prozess innerhalb der Koalition ist.

Im Übrigen, Frau Hermenau, wurden die Vorstellungen der Staatsregierung bezüglich der Operationellen Programme nach meinem Kenntnisstand ausführlich im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr erläutert. Dort gehört der Antrag der GRÜNEN im Übrigen nach meiner Überzeugung auch hin. Initiativen seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden bisher nicht gestartet. Es vergeht auch kaum eine Sitzung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, in der nicht über diese Thematik von Staatsminister Jurk informiert wird.

Auch im Finanzausschuss wurde das von Ihnen, Frau Hermenau, angesprochen. Auch dort wurde nach meinem Kenntnisstand von Herrn Metz zugesagt, zeitnah zu berichten, wenn eine Diskussionsgrundlage seitens der Koalition vorliegt.

Man kann davon ausgehen, dass erst im Juni/Juli 2006 durch das Europäische Parlament, durch den Europäischen Rat und durch die Europäische Kommission die entscheidenden Grundlagen für die Strukturfonds beschlossen werden. Es gibt eine Evaluierung, die voraussichtlich erst im September 2006 abgeschlossen sein wird.

Gleichzeitig bedarf es noch einer Abstimmung im Bund. Die Ausgestaltung des nationalen strategischen Rahmenplanes ist noch nicht abgeschlossen. Alles ist noch im Fluss. Auch als Haushälter sehe ich keine Beschneidung des Budgetrechts, denn die Programmierung der Strukturfonds wird sich natürlich auch im Haushalt des Freistaates wiederfinden, und gerade die Parallelität dieses Vorgangs birgt aus meiner Sicht durchaus eine Chance, zeitnah und aktuell in der Haushaltsdebatte auf entsprechende Erfordernisse in der EU zu reagieren. Aus diesem Grund lehnt die SPD-Fraktion Ihren Antrag ab.

Vielen Dank, Meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD hat noch 17 Sekunden. Das will ich Ihnen nur sagen.

(Alexander Delle, NPD: Danke!)

Die FDP-Fraktion, bitte. – Herr Morlok.

Sven Morlok, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir unterstützen das Anliegen der GRÜNEN, wie sie es hier beantragt haben, nämlich endlich einen Entwurf der Staatsregierung bis zum 30.04. auf den Tisch zu bekommen. Wir sehen es wie die GRÜNEN, dass wir im Rahmen der EU-Strukturförderperiode wesentliche Weichenstellungen haben, nämlich für die EU-Förderung, aber auch für den Staatshaushalt und die tatsächlich freien Haushaltsmittel. Das Ende der Strukturförderperiode fällt auch zusammen mit dem Beginn der Abschmelzung der Mittel aus dem Solidarpakt. Das kommt noch hinzu. Die Dinge, die wir hier fixieren, wirken über diese Zeit hinaus.

Einmal genehmigt – und hier irren die Koalitionsfraktionen –, sind die Operationellen Programme nur noch sehr schwer zu verändern. Das wurde uns in Brüssel letzte Woche, als wir dort als Fraktion weilten, bestätigt. Deswegen ist die Diskussion darum auch so wichtig.

Diese Operationellen Programme binden nicht nur diese Staatsregierung, sondern auch diesen 4. Sächsischen Landtag. Aber sie binden aufgrund ihrer Laufzeit auch den 5. Sächsischen Landtag, weil diese Strukturförderperiode bis in die Amtszeit des nächsten, noch zu wählenden Landtages hineinreicht. Das, was wir jetzt gemeinsam beschließen oder auch nicht, bindet bereits die Abgeordneten, die erst noch für den nächsten Sächsischen Landtag zu wählen sein werden. Das zeigt noch einmal die Bedeutung dieser Angelegenheit, die wir momentan eigentlich gemeinsam besprechen sollten, die allerdings gegenwärtig nur in der Staatsregierung besprochen wird.

Sie behandeln die Erarbeitung dieser Programme quasi als geheime Kommandosache. Es ist nämlich nicht so, dass Transparenz herrscht. Wenn wir im Wirtschaftsausschuss nachfragen und wissen wollen, wo die Schwerpunktsetzung sein soll, welche Vorstellungen eingereicht wurden oder was die Stellungnahmen der Wirtschafts- und Sozialpartner sind, dann beantworten Sie uns das nicht. Das ist

einfach eine Verweigerung von Informationen. Wenn ich eine Kleine Anfrage hier im Parlament einreiche und eine Stellungnahme der Staatsregierung bzw. eine Auflistung dessen, was vorgelegt worden ist, haben möchte, dann bekomme ich keine Antwort, sondern nur den Verweis darauf, dass dies Regierungshandeln und nicht Sache des Parlaments sei. Das ist Ihre Haltung. Weil das die Haltung der Staatsregierung ist, ist der Antrag der GRÜNEN auch so wichtig.

(Beifall des Abg. Dr. Jürgen Martens, FDP)

Wir haben den Hinweis der Staatsregierung aufgenommen, wir könnten doch die Wirtschafts- und Sozialpartner selbst anschreiben und sie fragen, was sie eingereicht haben. Dieser Anregung sind wir als Fraktion gern nachgekommen. Daraufhin erhält man nicht nur das, was die Wirtschafts- und Sozialpartner eingereicht haben, sondern diese nehmen auch Stellung zum Verfahren. Daran wird sehr deutlich, dass man überhaupt nicht mit der Verfahrensweise der Staatsregierung einverstanden ist.

Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen. Der SSG nennt es in seinem Antwortschreiben an unsere Fraktion Besorgnis erregend, dass noch kein Entwurf vorliegt. Das ist die Position des SSG. Wir teilen diese Besorgnis, weil für die nächsten Jahre so wichtig ist, was in diesen Operationellen Programmen steht.

Selbstverständlich wissen wir, dass zum jetzigen Zeitpunkt nur ein Entwurf, vielleicht auch nur ein grober Entwurf, vorgelegt werden kann. Wenn wir aber darauf warten, dass nach der Sommerpause alles bis zum Letzten ausgearbeitet ist und wir darüber diskutieren können, dann sind wirklich alle Messen gesungen und es ist zu spät, Einfluss zu nehmen.

Wenn die Informationspolitik der Staatsregierung in diesem Bereich etwas offener wäre, glaube ich nicht, dass der Druck von den GRÜNEN und auch von uns so groß wäre, weil wir dann auf die Zusammenarbeit mit der Staatsregierung vertrauen würden. Aber genau dieses Vertrauen fehlt. Wenn man in Brüssel nachfragt – und wir haben es getan –, dann hört man sehr wohl – und nicht nur hinter vorgehaltener Hand –, dass man dort die mangelnde Transparenz in Sachsen deutlich kritisiert. Wir waren letzte Woche dort und es wurde uns als lobendes Beispiel Sachsen-Anhalt genannt, das besser mit dieser Frage umgeht und die Wirtschafts- und Sozialpartner, aber auch die Parlamente einbezieht. Sachsen-Anhalt wurde als lobendes Beispiel dargestellt, während man Sachsen kritisierte.

Deswegen stimmen wir dem Antrag der GRÜNEN zu, auch wenn wir die Begründung in einzelnen Punkten nicht nachvollziehen können, wie Sie vielleicht verstehen werden, Frau Hermenau, weil das, was Sie zum Thema Straßenausbau gesagt haben, nicht unserer Position entspricht.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Aber wir teilen Ihre Auffassung, dass endlich Fakten auf den Tisch müssen. Wenn es noch keine detaillierten Entwürfe gibt, dann brauchen wir zumindest Grobkonzepte, damit wir über diese diskutieren können – wenn Sie dies wünschen, auch gern im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von den Fraktionen weiter das Wort gewünscht? – Frau Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Morlok, es steht nicht der Begründungstext zur Abstimmung, sondern nur dieser eine Satz, den ich am Anfang zitiert habe. Insofern ist es egal, welche verschiedenen Motive uns antreiben.

Herr Hermsdorfer, wenn Sie denken, dass Sie das Grundanliegen mit uns teilen, was Sie hier in der Diskussion behaupten, kann ich Sie eigentlich nicht ernst nehmen. Ich habe gedacht: Der Mann könnte ruhig ein bisschen mehr Selbstbewusstsein zeigen und zum Beispiel einen Änderungsantrag formulieren. Das wäre möglich gewesen. Der Antrag liegt seit zehn Tagen vor. Zum Beispiel könnte man statt des 30. Aprils den 31. Mai oder den 30. Juni vorschlagen. Das wäre kein Problem gewesen. Sie hätten einen Änderungsantrag von wenigen Worten schreiben können. Das wäre in zehn Tagen keine Überforderung gewesen. Aber das haben Sie nicht getan. Insofern nehme ich Ihre Einwendungen auch nicht ernst.

Herr Flath wurde heute in der Zeitung öffentlich zitiert. Er stellte ein Operationelles Programm zum Europäischen Strukturfonds vor und sagte, dass das entschieden sei.

Offensichtlich ist es wirklich schon entschieden.

Sie haben Angst, meine Damen und Herren von der Koalition, vor der Falle, in die Sie gelaufen sind beim Thema „Gesetz zu Schulen in freier Trägerschaft“, dass Ihnen dasselbe jetzt wieder passiert. Aber so leicht können Sie es sich nicht machen. Wissen Sie, was bei der ganzen Sache die wirkliche Falle ist? Die demografische Entwicklung, die hier gar nicht diskutiert worden ist. Straßen sind als Investitionsschwerpunkt im Aufbau Ost durch. Das können Sie hier mit funkelnden Augen weder weiter behaupten noch ernsthaft vertreten. Lesen Sie im Dohnanyi-Bericht aus dem Jahr 2004 nach, konsultieren Sie das Wirtschaftsforschungsinstitut in Halle oder auch den Text der Staatskanzlei, den ich zitiert habe! Sehen Sie in die Unterlagen der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“! Dieser Investitionsschwerpunkt ist kein Investitionsschwerpunkt für die Zukunft mehr.

Wenn Sie behaupten, dass die Kommission in Brüssel in Zukunft vielleicht flexibler in die Diskussion geht, so werde ich das prüfen müssen. Das werden wir alle prüfen müssen. Aber wir wissen es nicht. Das sind Absichtserklärungen. Darauf kann ich mich bei einem so hohen Gut wie dem Budgetrecht des Parlamentes doch nicht verlassen. Was ist das denn?

Herr Hilker, es kann schon sein, dass es die PDS sehr schmerzt, dass sie nicht mehr die einzige Oppositionsfraktion in diesem Landtag ist. Das haben wir heute gemerkt.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Wir sind in der Mehrheit!)

– Quantität ersetzt keine Qualität, Herr Porsch, das wissen wir alle.

Aber sehen Sie, es gibt jetzt mehrere Oppositionsfraktionen, die auch ihre Stärken haben, und Sie werden in Zukunft damit leben müssen, dass Sie nicht mehr die einzigen Platzhirsche zu diesem Thema sind. Wenn Sie das Thema „verpennt“ haben, weil es Sie vielleicht nicht genug interessiert hat, weil Sie vielleicht noch daran arbeiten wollen, dann können Sie das in Zukunft in anderen Plenartagungen hier vorlegen. Das haben Sie jetzt auch angekündigt. Aber die Begründung, Herr Hilker, auf die Sie sich hier bezogen haben, ist nicht Abstimmungsgegenstand. Es geht nur um diesen einen Satz. Da wäre Ihnen nichts aus der Krone gebrochen, wenn Sie sich darauf hätten verständigen können. Sie können es eigentlich besser, ich kenne Sie aus dem Haushaltsausschuss und weiß das.

Ich denke, dass es nicht darum geht, dass wir hier einen Konsens brauchen, sondern es geht darum, dass wir die Sachen einmal gründlich durchdiskutieren. Es wird sowieso wieder nach Mehrheiten gehen, das nennt man Demokratie. Konsens brauchen wir da nicht. Aber sich hier hinzustellen, Herr Hilker, und zu fragen: Wo sind denn Ihre Diskussionsbeiträge zu dieser Fondsstrategie?, ist unverschämt. Es war unsere Fraktion, die im Februar 2005 diese Debatte angestrengt hat. Was ist gewesen? Keinen hat es interessiert – das steckt dahinter –, weil man sich das Thema Europa erst langsam erschließt und begreift, was das für uns alle bedeutet.

Herr Pecher, wenn Sie selbst sagen, dass die Operationellen Programme eine der wichtigsten Entscheidungen des Jahres sind, zumindest für uns in Sachsen, und dass das Argument nicht stechen würde, da ginge Geld verloren, wenn man zum Beispiel Straßenbau betreibt – dann ist das nicht mein Argument. Mit mir hat das überhaupt nichts zu tun. Das behaupten die Beamten aus dem SMWA, wenn sie versuchen, mit funkelnden Augen den Straßenbau zu rechtfertigen und ihn weiter als Investitionsschwerpunkt hinstellen und damit begründen, warum sie diesem den Vorzug vor anderen Fördermaßnahmen für die Wirtschaftspolitik geben, zum Beispiel vor Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Wissen Sie, ich habe mit Absicht darauf verwiesen, dass diese künstliche Verbilligung des Straßenbaus durch das Gemeindefinanzierungsgesetz – etwas Besonderem in Deutschland – zustande kommt. Da muss man schon genau hinschauen. Hätten Sie wirklich Kritik an der Zeitschiene und an dem Ort der Diskussion, auch Sie hätten innerhalb von zehn Tagen ein paar Zeilen zu Papier bringen können, in denen ein anderes Datum steht, zu dem der Entwurf vorgelegt wird und, bitte schön, in den

Fachausschüssen und nicht im Parlament, im Plenum. Das können Sie alles in Änderungsanträge schreiben. Sonst ist die Koalition immer fleißig im Überschreiben unserer Anträge mit eigenen Änderungsanträgen. Hier haben Sie das nicht getan. Deswegen glaube ich, dass das fadenscheinig ist, was Sie hier vorgetragen haben. Ich kann das nicht akzeptieren.

Sie haben gemeint, die Sozial- und Wirtschaftspartner wären ordentlich beteiligt. Ich höre von denen anderes. Wenn ich auf der einen Seite mit den Gewerkschaften spreche

(Beifall bei den GRÜNEN)

oder mit den Vertretern der Industrie- und Handelskammer, dann höre ich eigentlich von beiden Seiten, sowohl von den Wirtschafts- als auch von den Sozialpartnern, dass sie nicht wirklich einbezogen sind. Sie dürfen nicht einmal ihre Minderheitenmeinung vernünftig zu Protokoll geben, um das einmal auf den Punkt zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Ich glaube überhaupt nicht, dass wir jetzt zur Klausur am Wochenende einen Entwurf bekommen. Ich habe das Gefühl, dass da auch wieder mit der Stange im Nebel gestochert werden soll, weil sich zwei Parteien nicht einig werden können. Aber das können Sie sich doch auf Kosten der Zukunft dieses Landes nicht leisten. Vielleicht bekommen Sie ja sogar für Ihre Position hier Unterstützung im Parlament, liebe Kollegen von der SPD. Das hätte ich mir an Ihrer Stelle nicht entgehen lassen wollen. Ich glaube nicht, dass die Staatsregierung es schafft, am Wochenende im Kabinett einen ordentlichen Entwurf zustande zu bringen, sonst hätten die Vertreter der CDU und der SPD nicht versucht, hier eine Verteidigungshaltung einzunehmen, sondern wären sehr wohl auf diesen Antrag eingegangen.

Was die Klage betrifft – das ist ganz einfach, Herr Hilker –, so geht diese natürlich an den Sächsischen Verfassungsgerichtshof, und das ist ein Organstreitverfahren. Das ist doch ganz klar. Es geht um Artikel 81 der Sächsischen Verfassung oder materiell um das Recht auf eine effektive Mandatsausübung. Da bin ich auch dankbar, dass sich die FDP auf unsere Seite schlägt. Sie wollen ja immer eine Verbesserung der Effizienz und Stärkung des Parlamentes. Das ist solch ein Punkt, das denke ich jedenfalls. Der verfassungsrechtliche Status eines Abgeordneten ist auch in Artikel 38 Grundgesetz festgelegt oder in Artikel 39 der Sächsischen Verfassung. Es geht darum, die Informationen und die Kontrollmöglichkeiten in der Haushaltsdebatte zu verbessern und zu verstärken. Das Bundesverfassungsgericht bescheinigt der Legislative eine überragende verfassungsrechtliche Stellung im Verhältnis zu den anderen beteiligten Staatsorganen, wenn es um Budgetfragen geht. Ich sehe in dieser konkreten Frage schon die Gefahr der Budgetflucht. Das hat damit zu tun, dass wir eine Sondersituation im Osten haben, nämlich ganz viele Zuschüsse von außen, zum Beispiel von der EU.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es weiteren Redebedarf vonseiten der Fraktionen? – Das ist nicht der Fall. Herr Minister Jurk, bitte.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Wieder schön langsam, das war alles zu schnell!)

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: – Ich habe es leider nicht verstanden, Kollege Porsch. Sie müssten dann schon einmal ans Mikrofon gehen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Selbstverständnis der Europäischen Gemeinschaft gehört eine gemeinsame Strukturförderpolitik zum mittel- und langfristigen Ausgleich der inneren Entwicklungsunterschiede. Das Prinzip der gemeinsamen Hilfe zur Selbsthilfe gehört zur konstituierenden Philosophie der europäischen Einheit.

Wir in den neuen Ländern haben gleich von Anfang an davon profitiert, weil wir mit der deutschen Einheit Teil der europäischen Einheit geworden sind. Ich betone dies auch deshalb, um deutlich zu machen, vor wem wir den Einsatz dieses Geldes verantworten: Wir verantworten es auch vor dem Europäischen Parlament.

Die europäischen Strukturfonds, meine sehr verehrten Damen und Herren, stehen nicht für alles und jedes zur Verfügung. Sie können auch nicht als Lückenbüßer eingesetzt werden. Nein, sie sind – das ist der gemeinsame europäische Wille – ausgerichtet auf klare strategische Ziele. Es geht zu allererst um nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und damit auch um eine europäische Beschäftigungsstrategie. Beim Verfolgen einer solchen Strategie geht es um Schwerpunkte und Prioritäten. Hier findet übrigens gerade europaweit eine Abkehr von einem veralteten Investitionsbegriff statt, der Investition gleichsetzt mit Beton und Asphalt. Es geht am Ende um Projekte und Maßnahmen, die geeignet sind, diese Prioritäten umzusetzen. All das findet sich im Operationellen Programm wieder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade weil es sich bei dem Operationellen Programm um Fragen von grundsätzlicher Tragweite handelt, ist es nicht eine Arbeit, die nur im stillen Kämmerlein der Ministerien gemacht werden kann. Deshalb sieht die Europäische Kommission zu Recht vor, dass die regionalen, sozialen und Wirtschaftspartner einbezogen werden. Gerade weil es bei der Strukturfondsförderung um Zukunftsfragen des Landes geht, steht sie völlig zu Recht kontinuierlich auf der Tagesordnung des Landtages.

Wir haben auf der 29. Sitzung des Sächsischen Landtages am 23. September 2005 anlässlich eines Antrages von Bündnis 90/DIE GRÜNEN über die Möglichkeit der Einbeziehung lokaler und regionaler Akteure bei der Ausgestaltung der Förderperiode 2007 bis 2013 für EU-Struktur- und -Landwirtschaftsfonds diskutiert. Wir haben am 25.11.2005 ausführlich im Ausschuss für Wirtschaft,

Arbeit und Verkehr über den Stand der Vorbereitung für die neue Strukturfondsförderperiode ab 2007 informiert. Wir waren darüber hinaus auch am 13.01.2006 im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr anlässlich eines Antrages der Linksfraktion.PDS über „Neues Herangehen zur Gewährung einer nachhaltigen EU-Strukturförderperiode“ miteinander im Gespräch. Auch dieser Antrag der GRÜNEN bietet eine weitere gute Gelegenheit, im Plenum über die Strukturfonds zu diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was die Vorbereitung für die Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 angeht, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, da wir in der Staatsregierung Nägel mit Köpfen machen müssen. Das Wirtschaftsministerium hat als zentrale Verwaltungsbehörde der EU-Strukturfonds bereits vor Weihnachten seine Hausaufgaben erledigt. In der Haushaltsdiskussion des Kabinetts an diesem Wochenende sollen nun wichtige Vorentscheidungen getroffen werden.

Damit Sachsen die Verhandlung mit der Kommission aufnehmen kann, werde ich darauf drängen, dass spätestens im August/September 2006 ein verhandlungsreifer Entwurf des Operationellen Programms für EFRE und ESF vorliegt. Parallel dazu muss bis September/Oktobre dieses Jahres die Ex-ante-Evaluierung durchgeführt werden, deren Ergebnisse einschließlich einer strategischen Umweltprüfung für den EFRE in die Operationellen Programme Aufnahme finden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung ist – auch darauf muss ich hinweisen – bei der Erarbeitung der Operationellen Programme auch von Rahmenbedingungen abhängig, die die EU und der Bund setzen. Es handelt sich eben nicht um ein Taschengeld zur freien Verfügung. Wir wissen zum Beispiel noch nicht, wie der nationale strategische Rahmenplan aussehen wird. Offen ist die Frage der Kompensation des Rückgangs der EU-Mittel durch den Bund im Rahmen des Korbes 2 des Solidarpaktes. Das wird natürlich noch Einfluss auf die Operationellen Programme haben.

Die Staatsregierung wird den Landtag bis zur Genehmigung der Operationellen Programme über wesentliche Schritte und Ergebnisse unterrichten. Ich kann in dem von mir geschilderten Verfahren beim besten Willen keine Beschneidung der Rechte des Parlaments erkennen. Im Gegenteil, die Programmierung der EU-Strukturfonds findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern sie findet auch im Haushaltsplan des Freistaates ihren Niederschlag. Das liegt schon allein daran, dass die notwendige Kofinanzierung der Programme durch Landesmittel im Haushalt sichergestellt werden muss.

Die Strukturfondsförderung ist ein Instrument der europäischen und nationalen Förderpolitik, aber kein Gesetzgebungsverfahren. Eine Einflussnahme des Parlaments auf die Details der Ausgestaltung der Strukturfondsförderung entspricht nicht der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive.

Ein Wort noch zur Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner. Wer auf welche Weise beteiligt wird, hängt

natürlich von deren institutionellen, rechtlichen und finanziellen Befugnissen ab. Die wichtigsten und repräsentativsten Partner wirken im Begleitausschuss zum Operationellen Programm mit und haben als Multiplikatoren ihrer vertretenen Institutionen und Bürger zur Strukturfondsförderung 2007 bis 2013 Stellung genommen. Alle bisherigen Stellungnahmen der Wirtschafts- und Sozialpartner wurden ausgewertet und in die Vorbereitung der Operationellen Programme einbezogen.

Was die Schwerpunkte und die Mehrzahl der Maßnahmen betrifft, gab es große Übereinstimmung mit dem Konzept der Staatsregierung. Je weiter die Arbeiten fortschreiten, desto intensiver wird die Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern werden. Wir sind übrigens von verschiedenster Seite dafür gelobt worden – auch von der grünen Europaabgeordneten Gisela Kallenbach aus Leipzig –, dass die Einbeziehung sehr viel besser klappt als bei den Vorgängerregierungen in Sachsen.

(Lachen der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

– Frau Hermenau, ich freue mich, dass Sie das freut.

Ihre Aussage allerdings, sehr verehrte Frau Hermenau, dass weder das Parlament – so steht es wohl auch in der Antragsbegründung – noch die Wirtschafts- und Sozialpartner an den Programmen beteiligt seien, entspricht nicht der Wirklichkeit. Ich füge hinzu: Die von Ihnen und Ihrer Fraktion benannten Schwerpunkte für die zukünftige Förderperiode trage ich in weiten Teilen mit. Ich kann Ihnen besonders zustimmen, was die zentrale Bedeutung von Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung angeht. Jeder Euro und jeder Cent, den wir in diese Bereiche stecken, sind Investitionen in die wirtschaftliche Dynamik Sachsens.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung wird das Parlament und dessen Ausschüsse weiter über wichtige Fragen der Zielstellung, der Schwerpunkte, der Maßnahmen und der Mittelverteilung der Operationellen Programme unterrichten. Ich erinnere Sie auch daran, dass wir Ihnen im November ganz in der Nähe, im Internationalen Kongresszentrum, in einer hochkarätig besetzten Veranstaltung wichtige Informationen geliefert haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im September wird der Haushaltsentwurf einschließlich Aufteilung der Strukturfondsmittel dem Landtag vorgelegt.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir hören noch ein Schlusswort. Frau Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Es gibt ein altes Liedzitat aus DDR-Zeiten: „Alles wird besser und nichts wird gut“. Wenn Sie Frau Kallenbach dafür gelobt hat, dass Sie etwas verbessert haben, dann heißt das noch lange nicht, Herr Jurk, dass es gut ist. Aber darüber können wir ein anderes Mal diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben davon gesprochen, dass die EU-Fördermittel nicht als Lückenbüßer für politisch liegen gebliebene Aufgaben dienen könnten und kein Taschengeld zur nationalen Verfügung seien. Das hat hier auch niemand gesagt. Ich habe einfach deutlich gemacht, dass wir innerhalb dessen, was uns die EU mit diesem Geld zu tun erlaubt, genau überlegen müssen, wo die Förderschwerpunkte für die nächsten Jahre liegen sollen, damit Sachsen wirtschaftlich massiv vorankommt. Sie haben es soeben gesagt: Der Bereich Bildung, Forschung und Entwicklung ist dabei wichtig.

Wenn man aber Erkenntnisse nur aus dem gewinnen kann, was man bis jetzt richtig kennt, nämlich die Förderperiode 2000 bis 2006, dann kommt man allerdings zu der Schlussfolgerung, dass Sie noch nicht richtig wissen, wo Sie den Förderschwerpunkt setzen wollen. Ich wiederhole es: Wenn Sie Forschung und Entwicklung aus Landesmitteln kofinanzieren wollen, dann wird Sie das vierzigmal mehr kosten als die Straße. Das müssen Sie in Landesmitteln darstellen, das muss im Haushalt stehen. Es geht nicht um allgemeine Grundsätze, sondern um viele Details in Haushaltstiteln. Über diesen Punkt streiten wir hier.

Diese Arbeit ist aufwändig. Das wissen alle, die sich schon einmal damit beschäftigt haben. Das Parlament muss diese Arbeit gründlich begleiten und darf nicht erst auf den letzten Drücker einbezogen werden. Wenn im Haushaltsentwurf, den Sie dem Parlament im September übergeben werden, steht, wie Sie was kofinanzieren wollen, dann heißt das noch lange nicht, dass wir die Möglichkeit haben, das zu ändern. Ich habe vorhin auf die bisher gängige Praxis verwiesen. Sie können Ihre Vorstellungen im Haushaltsentwurf niederlegen; wir können die unsrigen aber nicht mehr einbringen. Das ist das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich kann man darüber streiten, ob der Investitionsbegriff veraltet ist. Ich gebe Ihnen völlig Recht: Die Bundeshaushaltsordnung schreibt das vor. Natürlich richtet sich auch die Sächsische Haushaltsordnung da-

nach. Das ist ganz klar. Es ist ein Problem, dass der Investitionsbegriff Beton gegenüber Bildung, Forschung und Entwicklung bevorzugt. Damit gewinnen wir die Zukunft nicht. Diese Erkenntnis setzt sich in allen Parteien mehr und mehr durch. Ich gehe davon aus, dass die Bundeshaushaltsordnung irgendwann geändert und der Investitionsbegriff erweitert wird. Das muss einfach sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis dahin müssen wir uns Gedanken machen, wie wir das mit den Kofinanzierungsmitteln hinbekommen wollen.

Ich freue mich übrigens, dass Sie die lokalen und regionalen Partner stärker einbeziehen. Deshalb hatten wir den Antrag im Herbst letzten Jahres eingebracht. Aber es muss Ihnen doch klar sein, Herr Jurk, dass es nicht nur darum gehen kann, die lokalen und regionalen Partner einzubeziehen, sondern dass Ihnen das Parlament mindestens genauso viel wert sein muss.

(Beifall bei den GRÜNEN
und der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 4/4538. Ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen, bitte. – Stimmenthaltungen? – Keine.

(Zurufe: Doch!)

– Herr Schiemann, war das mit der Stimmenthaltung richtig?

(Marko Schiemann, CDU: Gegenstimme!)

– Das war aus Versehen, gut.

Es gab auch von der Linksfraktion.PDS Stimmenthaltungen. Bei einigen Stimmenthaltungen und einer Reihe von Stimmen dafür ist der Antrag dennoch mehrheitlich abgelehnt worden. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 10

Wahl der Vertrauensleute für den Wahlausschuss nach § 23 der Finanzgerichtsordnung für die Wahl der ehrenamtlichen Richter der Finanzgerichtsbarkeit

Drucksache 4/4330, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Ich schaue in die Runde: Möchte dennoch ein Abgeordneter das Wort nehmen? – Das sieht nicht so aus.

Wenn es keine Aussprache gibt, gehe ich davon aus, dass auch nicht der Bedarf nach einem Schlusswort besteht. – Gut.

Ich stelle nun die Drucksache zur Abstimmung.

(Heiterkeit bei der FDP)

– Ich bitte auch die FDP abzustimmen.

(Torsten Herbst, FDP: Aber gern!)

Ich rufe die Drucksache 4/4330 auf und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gibt es Stimmen dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Reihe von Stimmenthaltungen. Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 11

Jahresbericht 2005

Drucksache 4/3602, Unterrichtung durch die Sächsische Ausländerbeauftragte

Drucksache 4/4541, Beschlussempfehlung des Innenausschusses

Es ist eine Redezeit von 10 Minuten je Fraktion festgelegt worden. Die Reihenfolge in der ersten Runde lautet: CDU-Fraktion, Linksfraktion.PDS, SPD-Fraktion, NPD-Fraktion, FDP-Fraktion, GRÜNE-Fraktion, Sächsische Ausländerbeauftragte, Staatsregierung.

Ich rufe jetzt die CDU-Fraktion zur Diskussion auf. Wird das Wort gewünscht? – Herr Abg. Bandmann, bitte.

Volker Bandmann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Arbeit der Ausländerbeauftragten ist vielfältig und häufig wohl auch nicht ganz einfach. Das haben wir sowohl bei ihrem Bericht als auch natürlich bei der Tätigkeit von Herrn Sandig immer wieder erfahren. Es war sicherlich nicht leicht, dieses Amt, das vom Vorgänger über Jahre bestens ausgefüllt und vor allem von der ihm eigenen Art geprägt worden ist, zu übernehmen und den Anspruch zu haben, es mit gleichem Erfolg fortzuführen und mit einem persönlichen Stempel zu versehen.

Unserer Kollegin Friederike de Haas ist dies in eindrucksvoller Weise gelungen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Der Jahresbericht 2005, den sie uns vorgelegt hat, zeigt dies deutlich. Es ist ihr erster eigener Bericht – nämlich die erste eigene Legislatur –, in dem sie Auskunft über das erste Jahr ihrer Tätigkeit gibt.

Es lässt sich unschwer feststellen, dass sie das Amt auf demselben hohen Niveau und mit demselben Engagement wie ihr Amtsvorgänger Heiner Sandig fortführt und eben doch mit eigenen Schwerpunktsetzungen erfüllt. Die hohe Akzeptanz, die sie mit ihrer Arbeit gerade auch bei den Betroffenen erreicht, bestätigt diese Einschätzung. Ich möchte deshalb an dieser Stelle für die CDU-Fraktion den Dank an Frau de Haas für ihre geleistete Arbeit, den ich bereits im Innenausschuss abgestattet habe, noch einmal ausdrücklich vor dem Hohen Haus wiederholen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einen Punkt vorweg gesondert aufgreifen. Die Sächsische Ausländerbeauftragte hat ihr Amt zu einem Zeitpunkt übernommen, zu dem das Ausländerrecht kurz zuvor einige wesentliche Änderungen erfahren hat. Ich denke hier vor allem an das neue Zuwanderungsgesetz des Bundes. Den Vollzug dieses Gesetzes zu begleiten, Erfahrungen mit der neuen Rechtslage zu sammeln und in diesem Zusammenhang vor allem die Einrichtung und den Aufbau der Härtefallkommission, die vor etwa einem halben Jahr ihre Arbeit aufgenommen hat, gehören mit

Sicherheit zu den Arbeitsschwerpunkten in ihrem ersten Amtsjahr.

Auch wenn sie selbst darauf hinweist, dass es für einen Erfahrungsbericht noch zu früh sei, gehe ich davon aus, dass gerade die Arbeit der Härtefallkommission einen wichtigen Baustein im Vollzug des Ausländerrechts darstellt, mit dem für immer wieder auftretende Härtefälle der von besonderen persönlichen Problemlagen betroffenen, an sich ausreisepflichtigen Ausländer sachgerechte Lösungen gefunden werden müssen und vor allem vor dem Hintergrund, dass mit dieser Härtefallkommission mitunter völlig überzogene Erwartungen verbunden waren, da der rechtsstaatliche Weg in jedem Fall zunächst schon beschritten gewesen ist.

Der Bericht zeigt deutlich die Bandbreite des Aufgabenspektrums der Ausländerbeauftragten, das sich weit über das immer wieder wichtige Kümern um Einzelfälle hinaus erstreckt. Er gibt ein beredtes Beispiel dafür, auf welche vielfältige Weise die Belange der Ausländer mit dem täglichen Leben im Freistaat Sachsen verwoben sind. Ich denke hier etwa an die hochinteressanten Ausführungen zu den Fragen der Arbeitsmigration, die mit der EU-Erweiterung verbunden sind. Ich denke aber auch an die Fragen und Probleme, die auftreten können, wenn verschiedene Kulturen und Religionen aufeinander treffen.

Wie brisant dieses Thema ist, erleben wir ja, da wir in Sachsen nicht auf einer Insel leben, sondern durch die internationalen Kommunikationsmöglichkeiten doch im Weltgeschehen unmittelbar Reaktionen auslösen. Wir haben das an verschiedenen Stellen in den letzten Monaten gesehen. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass sich die Ausländerbeauftragte eben nicht nur als Ansprechpartnerin in Einzelfällen sieht, sondern in ihrer Arbeit vor allem der Frage des gegenseitigen Miteinanders zwischen Deutschen und Ausländern, deren Zusammenleben hier in Sachsen große Aufmerksamkeit widmet und vor allen Dingen bei den Veranstaltungsreihen „Weltoffenes Sachsen“ besondere Akzente setzt.

Ich denke, eines macht dieser Bericht besonders bei der Beschreibung der Zielsetzung und der Arbeit des Kuratoriums für weltoffenes Sachsen, aber auch an anderen Stellen ganz deutlich: wie wichtig es ist, immer wieder für Toleranz und gegenseitiges Verständnis im Umgang zwischen Deutschen und Ausländern zu werben, unabhängig davon, ob sie Sachsen als Tourismusziel haben oder eben auch, dass wir hier Ausländer als aktive Investoren im Land haben, also Menschen, die nicht herkommen, um etwas zu wollen, sondern weil sie Sachsen als einen attraktiven Standort ansehen, ihre Chancen hier in

Sachsen für ihre Unternehmen sehen und wir natürlich als Sachsen im Ausland unmittelbar darauf angewiesen sind, unsere Produkte zu verkaufen.

Wie weit es geht und wie schwierig auch dieser Komplex ist, zeigt die Tatsache, dass wir im Moment um zwei Sachsen bangen, die im Ausland derzeit verschleppt sind, wozu in Leipzig immer wieder Mahnwachen abgehalten werden, und auch um Verständnis im Ausland dafür ringen, dass wir unsere Leute in friedlicher Absicht ins Ausland schicken. Wir hoffen, dass die beiden Entführten gesund nach Sachsen zurückkommen. Auch da ist eine Wechselbeziehung vorhanden.

(Beifall bei der CDU, der Linksfraktion.PDS,
der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Auch wenn das nun noch kein Bestandteil dieses Berichtes ist, möchte ich dies doch ganz bewusst als einen Punkt ansprechen, der uns hier im Sächsischen Landtag nicht unberührt lässt. Dafür bedarf es der ständigen Sensibilisierung und Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen, sei es in unserem Lande oder auch bei den Verantwortungsträgern, die für uns im Ausland arbeiten.

Ein ausländerfreundliches Sachsen wird auch in Zukunft ein lohnendes Ziel sein, und sei es auch im Sport. Wir bereiten uns gerade aktiv auf die Fußballweltmeisterschaft vor. Das gilt ebenso für den schulischen und kulturellen Bereich oder eben auch, wie ausgeführt, für die Wirtschaft.

Gerade in einer Zeit, in der eine rechtsextreme Partei – ich bin mir da ganz sicher – nur vorübergehend im Sächsischen Landtag sitzt und mit neonationalsozialistischen Parolen in unverantwortlicher und menschenverachtender Weise immer wieder versucht,

(Jürgen Gansel, NPD: Wiederholen
Sie das ruhig gebetsmühlenartig!)

Ängste und Fremdenfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung zu schüren, ist dies von großer Bedeutung.

– Herr Gansel, ich bin mir ganz sicher, dass sich Ihre Mutter Ihrer Worte, die Sie hier oftmals sagen, persönlich schämt. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall bei der CDU, der Linksfraktion.PDS,
der SPD, der FDP und den GRÜNEN –
Lachen bei der NPD)

Sachsen ist ein weltoffenes Land, und die sich gesetzestreu und rechtmäßig hier aufhaltenden Ausländer sind uns herzlich willkommen. Sie sollen sich hier genauso sicher fühlen und friedlich leben können wie die Deutschen und die Chance erhalten, sich hier bestmöglich zu integrieren.

Ich bin Frau de Haas sehr dankbar, dass sie gerade diesen Aspekten und dem Werben für gegenseitiges Verständnis – der Bericht zeigt es – besonderes Augenmerk schenkt. Ich möchte sie ausdrücklich ermutigen, auf diesem Weg fortzufahren.

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Sachsen hat derzeit einen Ausländeranteil von 2 %. Wenn ich an

manche Urlaubsregion des europäischen Auslands denke, sind zu mancher Zeit wesentlich mehr Deutsche dort anzutreffen, fahren freudig in Urlaub und sind froh, wenn sie dort partnerschaftlich behandelt werden.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Volker Bandmann, CDU: Es tut mir Leid, ich gestatte keine Zwischenfrage.

Da ist eine Wechselbeziehung vorhanden. Wir wollen als Gäste unsere Tage im Ausland angenehm verbringen und wir sind froh, wenn Ausländer mit uns dieses Land aufbauen und die wirtschaftlichen Chancen, die da sind, mit uns stärken. Deswegen herzlichen Dank für diesen Bericht. Wir nehmen den Bericht dankend zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt
bei der Linksfraktion.PDS, der SPD,
der FDP und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion.PDS, bitte.

Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute habe ich zum ersten Mal Herrn Bandmann Beifall gespendet, stelle ich fest. Auch nicht schlecht!

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und der CDU)

Die Berichterstattung der Ausländerbeauftragten – –

(Zuruf des Abg. Uwe Leichsenring, NPD)

– Das macht Sie nervös!

– ist keine Formalität. Als Interessenvertretung, als Lobby, als Mittler zwischen den Kulturen sind Ausländerbeauftragte wirklich unverzichtbar. Oft sind sie Rufer in der Wüste. Das weiß niemand besser als Sie selbst, Frau de Haas, gerade in Zeiten, da die Ellenbogenkämpfe zugenommen haben und die deutsche Leitkultur Konjunktur hält, in Zeiten, da Nazis lieber Rückführungsbeauftragte hätten und die Regierung häufig wenig Mut hat, Integration als höchstnützliche Chance zu erkennen.

Umso mehr geht der Dank unserer Fraktion an Ihre Adresse, Frau de Haas. Das meine ich sehr ehrlich, weil ich weiß, dass Sie sich in der kurzen Zeit ein gutes Image bei Flüchtlingsverbänden und Interessenvertretungen aufgebaut haben. Das ist offen gestanden für mich etwas ganz Wichtiges. Damit führen Sie eine wichtige Tradition von Herrn Sandig weiter.

Ich glaube, dass ich in Ihrem Sinne spreche und im Sinne sehr vieler Ausländerbeauftragter in Sachsen, wenn ich hinzufüge, dass Ausländerbeauftragte nicht allein die Zuständigen für Integration sind. Zuständig sind wir alle, die wir hier sitzen, und darüber hinaus. Das muss deutlich gesagt werden.

Wir haben es begrüßt, dass eine Härtefallkommission entstanden ist, die eine ganze Reihe von vernünftigen

Entscheidungen getroffen hat. Nicht alle passen mir, das ist bekannt. Eine Härtefallkommission kann auch nicht alle Probleme lösen. Wir müssen zwei Dinge unterscheiden: die Härtefälle und die Notwendigkeit von Bleiberechten. Ich hoffe, dass in einem der nächsten Berichte, vielleicht schon im nächsten, auf die Problematik der Notwendigkeit eines Bleiberechtes für lange hier lebende Ausländerinnen und Ausländer eingegangen wird. Meine Fraktion und die Linkspartei.PDS, kann ich sogar sagen, sind für eine großzügige bundesweite Regelung zum Bleiberecht für lange hier lebende Ausländerinnen und Ausländer. Das ist außerordentlich wichtig. Dafür gibt es eine große bundesweite Lobby.

(Uwe Leichsenring, NPD:
Für wen ist das wichtig?)

Auch in Sachsen gibt es zahlreiche ausländische Familien und Einzelpersonen, die über zehn Jahre hier sind. Sie kommen aus Afghanistan, dem Irak, dem Iran, aus den verschiedensten Ländern; die Türkei und der Kosovo nicht zu vergessen. Abschiebungen in diese Länder sind de facto nicht möglich. Das weiß man relativ genau. Deshalb ärgert mich das erpresserische Spiel – wenn ich das einmal so sagen darf – mit Abschiebungen gegenüber denjenigen, die es betrifft. Wir halten das für verantwortungslos. Die gegenwärtig laufende Debatte, man könne a priori Afghanen doch irgendwie abschieben, jedenfalls die Straffälligen, wer auch immer das ist, man könne Minderheiten in den Kosovo zurückführen, man könne durchaus auch Kurden in die Türkei zurückschicken – das ginge ja irgendwie –, halte ich menschenrechtlich für sehr bedenklich, und um Menschenrechte geht es hier.

(Jürgen Gansel, NPD: Reden Sie mal über Kuba!)

– Wir reden auch über die Menschenrechte in Kuba.

Warum diese Flüchtlinge keine Aufenthaltserlaubnis erhalten, versteht niemand. Im Übrigen kommt diese Kritik nicht nur von uns; sie geht bis weit hinein in die CDU. Auch in der CDU gibt es erhebliche Kritik an dieser Praxis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will ganz offen sagen, Asylpolitik muss endlich auf dem Boden der Realität ankommen. Asylpolitik als ideologische Schlacht halte ich für das Schlechteste, was man machen kann, möglicherweise noch im Namen einer Leitkultur. Auch die Debatte, wir müssten die Terrorverdächtigen abschieben, kann man ja führen. Ich habe die Kleine Anfrage gestellt, wer terrorverdächtig ist und wo die großen Straftäter sind. Ich habe auf meine Kleine Anfrage keine Antwort bekommen, weil es da einfach nichts gibt. Ich will nicht bestreiten, dass es kein Problem ist, aber man kann unter dieser Fuchtel nicht Asylrecht etablieren. Das geht einfach nicht. Was momentan läuft, ist ein großer Fehler.

Es kommt noch etwas hinzu. Das Leben mit jahrelanger Duldung, immer im Schwebezustand, immer zwischen Baum und Borke, schafft Integrationsprobleme in Größenordnungen. Das wissen alle, die hier sitzen und sich

damit beschäftigen, auch sehr viele Leute in der CDU-Fraktion.

Am meisten regt mich bei der Bleiberechtsproblematik der Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen auf. Das sind Kinder, die aus verschiedensten Gründen hierher kommen und, nachdem sie 16 Jahre alt geworden sind, in die Asylbewerberheime abdriften, dort herumhocken und keine Perspektive haben. Wenn ich den Innenminister, der jetzt sehr im Gespräch mit Herrn Hähle ist, um eines bitten darf, dann ist es, sich dieser Sachlage anzunehmen. Minderjährige Flüchtlinge brauchen geregelte Perspektiven und ein Bleiberecht. Darüber muss man ernsthaft diskutieren und ich hoffe, dass es passiert.

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik kann ihren demokratischen Konsens nur wahren, wenn sie eine offene Gesellschaft ist. Abschottung und einseitiger Selbstbezug führen zu geistiger und kultureller Enge.

(Jürgen Gansel, NPD: Wer nach allen
Seiten offen ist, der ist nicht ganz dicht!)

– Ja, ja, das ist Ihr Niveau, Herr Gansel. Es ist schon klar. Denken Sie an die Vogelgrippe!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Integration ist eine Chance für uns alle, und weil dem so ist, kann ich nicht verstehen, dass man die gegenwärtige Situation nicht nutzt. Es gibt, wie wir alle wissen, einen gravierenden Rückgang der Asylbewerberzahlen. Warum nutzen wir das nicht für Integration? Warum müssen die Leute immer noch in diesen großen Heimen hocken? Das kann mir keiner erklären. Warum müssen wir noch Magazine haben? Warum müssen wir noch Pakete verteilen? Ja selbst, warum müssen wir in Dresden noch das Chipkartensystem einführen, von dem ganze 200 Leute betroffen sind bzw. im Grunde genommen 66 Asylsuchende, für die von der Stadtverwaltung ein Chipkartensystem eingerichtet wird?

(Uwe Leichsenring, NPD:
Verteilen Sie Fahrkarten!)

Ein Irrsinn! Das ist viel zu teuer. Für diese zirka 220 Dresdner Personen sind acht Mitarbeiter zuständig. Stellen Sie sich vor, acht Mitarbeiter müssen sich damit beschäftigen, dass die Leute laufend ihre Marken bekommen usw. Ein solcher Aufwand ist unververtretbar. Ich kann das wirklich nicht nachvollziehen.

Ein Letztes. Asylpolitik muss auch menschlich sein. Ich frage Sie in aller Ruhe: Welche Botschaft wird aus Sachsen gesendet, wenn wir, wie gestern gemeldet, hören, dass ein dreijähriges angolaneses Kind aus einer Kita in Dresden gekidnappt wird – ich kann das nicht anders sagen –, und zwar von niemand anderem als der Polizei, aufs Polizeirevier geschleppt wird; von dort aus ruft man die Mutter an und sagt: „Hallo, kommen Sie hierher, hier ist Ihr Kind, wir wollen Ihre Abschiebung vollziehen!“ Es wurde kolportiert, ich weiß nicht, ob das stimmt, dass der Beamte sogar geäußert hat: „Sonst schicken wir Ihr Kind

allein runter.“ Das sind Verhältnisse, die mit Menschenwürde nichts zu tun haben.

(Widerspruch des Abg. Mario Pecher, SPD)

Das sind Verhältnisse, die mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun haben. Ich erwarte, dass hier Aufklärung durch den Innenminister erfolgt und dass er dazu Stellung nimmt. Wenn das wirklich so war, dann muss es Konsequenzen haben, und zwar nicht nur ideelle, sondern auch personelle Konsequenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Zurück zum Bericht der Ausländerbeauftragten. Wir wünschen uns, dass auch solche Themen eine Rolle spielen, die uns alle bewegen und die etwas mit Ausländerpolitik zu tun haben. Wir sind allerdings optimistisch, dass wir in diesen Fragen aufeinander zugehen. Ich hoffe, dass die Zusammenarbeit, die zwischen Ihnen und uns gut angefangen hat, so weitergeht. – Vielen Dank, Frau de Haas.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich rufe die SPD-Fraktion auf. Herr Bräunig, bitte.

Enrico Bräunig, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau de Haas, ich habe die Ehre, Ihnen und Ihren Mitarbeitern ganz herzlich im Namen der SPD-Fraktion für die geleistete Arbeit zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Es war Ihr erstes Jahr im Amt der Sächsischen Ausländerbeauftragten. Sie haben nach der Übernahme der Amtsgeschäfte von Herrn Sandig nicht nur die Kontinuität der Arbeit gewahrt, sondern sich in überzeugender und engagierter Art und Weise um die Migrations- und Integrationsarbeit im Freistaat Sachsen verdient gemacht, indem Sie eigene Akzente gesetzt haben. Beispielhaft genannt sei Ihr Engagement im Kuratorium für ein welt-offenes Sachsen und in der sächsischen Härtefallkommission, deren Vorsitzende Sie sind.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Marko Schiemann, CDU)

Wir verbinden unseren Dank zugleich mit dem Wunsch, dass Sie dieses Engagement weiterhin zum Wohle der sächsischen Bürgerinnen und Bürger fortführen mögen, vor allem derer mit Migrationshintergrund.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass unser Verständnis von Migration und Integration insgesamt auf den Prüfstand muss.

Frau de Haas, Sie haben dies im Vorwort zu Ihrem Bericht zutreffend beschrieben: Wir müssen Migration als einen globalen Prozess akzeptieren, der nicht aufgehalten werden kann.

Vorfälle wie an den Grenzanlagen der spanischen Nordafrika-Enklave Ceuta – das ist sicherlich allen noch in

Erinnerung – werfen erneut die Frage auf, ob eine europäische Politik der Abschottung auf Dauer funktionieren kann oder ob stattdessen nicht vielleicht doch eine Verschiebung der Prioritäten hin zu verstärkten Integrationsbemühungen bei Migrantinnen und Migranten langfristig der bessere Weg ist.

Dass sich bestimmte Migrationsströme nicht aufhalten, sondern lediglich und dann auch nur für eine gewisse Zeit räumlich verdrängen lassen, zeigt wieder einmal die aktuelle Entwicklung. Die Grenzanlagen an der Schengener Außengrenze in Ceuta – für diese Außengrenze sind alle Schengener Staaten verantwortlich, auch die Bundesrepublik Deutschland – sind noch einmal verstärkt worden mit der Folge, dass jetzt die Kanarischen Inseln massiv mit Flüchtlingsströmen konfrontiert werden. Wer die Nachrichten in dieser Woche verfolgt hat, der wird wissen, dass dort innerhalb von zwei Tagen so viele Flüchtlinge gelandet sind wie sonst durchschnittlich in einem ganzen Monat. Das ist der Verdrängungseffekt als Folge der aktuellen Politik. Doch zurück zu Sachsen.

Ein im Bereich der Migrationspolitik im Freistaat Sachsen herausragendes Ereignis des vergangenen Jahres war mit Sicherheit die Konstituierung der Härtefallkommission im Sommer 2005. Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass es erst die neuen politischen Konstellationen, hervorgebracht durch die Landtagswahl 2004, waren, die den Weg zur Bildung dieser Härtefallkommission letztlich freigemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Mittlerweile liegt auch eine erste Bilanz, eine Halbjahresbilanz, vor. Einhelliges Fazit bis dato: Die Arbeit der Härtefallkommission war in dieser Zeit erfolgreich. 21 Personen konnte in diesem halben Jahr ein rechtmäßiger Aufenthalt aus dringenden humanitären Gründen gewährt werden.

Dennoch, wenn man sich die Fälle etwas näher betrachtet, bleibt ein Wermutstropfen. Denn genau in den Fällen, die in der Härtefallkommission behandelt wurden, in denen die Betroffenen bereits länger als zehn Jahre in Deutschland wohnen und zuletzt der so genannten Kettenduldungspraxis unterworfen waren, ist eigentlich das Aufenthaltsgesetz die einschlägige Rechtsnorm. Die Härtefallkommission kann die Probleme dieser Ausländergruppen, die massiv von dem Problem der Kettenduldungen betroffen sind, nicht lösen.

Beispielhaft seien hier die Angehörigen ethnischer Minderheiten aus dem ehemaligen Jugoslawien angeführt. Die Härtefallkommission ist das falsche Gremium, um dieses Problem zu lösen.

Damit wäre ich auch schon bei dem Problemkomplex, dem Zuwanderungsrecht. Wir erinnern uns alle noch an das Gezerre um das neue Zuwanderungsrecht, das wahrlich kein Glanzstück bundesrepublikanischer Politikgeschichte war. Nun ist das neue Aufenthaltsgesetz seit einem Jahr in Kraft und hat bisher nicht die gewünschte

Wirkung in Bezug auf die Rechtssicherheit der Personengruppen, von denen ich sprach, gebracht.

Es gibt Bundesländer, in denen die neuen rechtlichen Möglichkeiten, die das Aufenthaltsgesetz bietet, genutzt werden und in denen ein Ende dieser Kettenduldungspraxis abzusehen ist. Der Freistaat Sachsen gehört bisher nicht zu diesen Bundesländern.

Wir müssen uns vor Augen führen, dass den Betroffenen, den Geduldeten, quasi keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist, weil sie eben in einer Gemeinschaftsunterkunft mit ihrer gesamten Familie wohnen müssen, weil sie von Sachleistungen abgesehen von einem kleinen Taschengeld abhängig sind, weil sie keinen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, und das alles, weil ihnen ein vorübergehender Aufenthaltsstatus verwehrt wird.

Diese Situation, von der in Sachsen – und das sind jetzt Zahlen aus dem Bericht der Ausländerbeauftragten – zirka 7 500 Personen betroffen sind, davon geschätzt ein Drittel mit einer Aufenthaltsdauer von zehn Jahren und mehr, wollte der Bundesgesetzgeber ganz klar entschärfen.

Unter den Betroffenen sind viele Familien mit kleinen Kindern, die zum großen Teil hier geboren wurden. Also Sachsen ist quasi die Heimat dieser Kinder. Über dieses Problem – das soll auch ein Appell in Richtung des Innenministers sein – sollten wir uns noch einmal ernsthaft unterhalten. Das Aufenthaltsgesetz kann aus meiner Sicht auch im Freistaat Sachsen besser als bisher im Sinne der Ausländer ausgelegt werden. Der Gesetzgeber hat den Behörden einen entsprechenden Ermessensspielraum zubilligt. Lassen Sie uns gemeinsam nach einer Lösung streben, damit auch die sächsischen Ausländerbehörden diesen Ermessensspielraum in Zukunft ausüben können. Die Härtefallkommission ist keine geeignete Alternative zur Lösung der Praxisprobleme bei der Umsetzung des Zuwanderungsrechts.

Bundesweite Bleiberechtsregelungen, Frau Dr. Ernst, sind zwar eine gute Sache. Aber wir wissen, dass die Innenministerkonferenz einstimmige Beschlüsse fassen muss. Daran sind auch die jüngsten Vorschläge, die jüngsten Bestrebungen nach Bleiberechtsregelungen gescheitert. Unser Innenminister ist nur einer unter 16. Wir sollten zunächst das nahe liegende versuchen.

Bleibt noch eine Sache, die mir persönlich am Herzen liegt. Ich habe im letzten Jahr an dieser Stelle bei der Debatte zum 11. Jahresbericht der Sächsischen Ausländerbeauftragten einen Denkanstoß weitergegeben, der ursprünglich von Heiner Sandig stammt, und zwar die Umbenennung des Amtes in Sächsische Migrations- und Integrationsbeauftragte.

Ich glaube, dieser Titel würde dem Aufgabenspektrum und dem Anspruch des Amtes besser gerecht und dies auch nach außen dokumentieren. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass es nicht nur Integrationsbedarf bei Ausländern gibt, dass nicht nur Integrationsbedarf

bei Ausländern besteht, sondern in hohem Maße auch bei den deutschen Spätaussiedlern.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Vielleicht kann sich das Hohe Haus für meinen Vorschlag erwärmen. Wenn nicht, werde ich diese Forderung im nächsten Jahr an gleicher Stelle wiederholen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD; Herr Apfel, bitte.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal kann es ja für Politiker erhellend sein, sich nicht nur mit Politik zu beschäftigen, sondern auch einmal ins Kino zu gehen. Dort ist nämlich dieser Tage ein Film angelaufen, den ich Ihnen allen ans Herz legen möchte.

(Zuruf des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

Damit Sie mir jetzt nicht wieder meine angebliche Ausländerfeindlichkeit um die Ohren hauen, der SPD-Bürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowski, hat ihn auch angesehen. Die Rede ist von dem Spielfilm „Knallhart“ von Detlef Buck. In diesem Film geht es darum, wie Banden von halbwüchsigen türkischen Schlägern in Neukölln Jagd auf gleichaltrige Deutsche machen, sie verprügeln und demütigen. Die dort gezeigten Szenen hat sich der Regisseur nicht etwa ausgedacht, um Klischees zu bedienen. Diese Szenen finden tagtäglich in den Städten statt.

In einem Interview mit der „taz“ erklärte Buschkowski schließlich, der sich diesen Film angesehen hatte, am 6. März – ich zitiere –: „Es gibt Leute, für die ist Multikulti der Inbegriff für eine fröhliche Rutschbahn ins Paradies. Für die Leute ist so ein Satz wie ‚Multikulti ist gescheitert‘ die reine Kampfansage, weil sie nicht wahrhaben wollen, dass es zu Problemen kommen muss, wenn in einer Stadt wie Berlin die unterschiedlichsten Kulturkreise aufeinander stoßen.“ Zitatende.

Damit sind wir, Frau de Haas, auch schon bei Ihrem Jahresbericht. Denn genau der gleichen naiven scheinheiligen Glorifizierung der multikulturellen Gesellschaft begegnet man in Ihrem Bericht von der ersten bis zur letzten Seite.

(Zuruf der Abg.
Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS)

Dieses Elaborat liest sich wie ein Erfahrungsbericht eines realitätsgestörten Therapiepatienten

(Proteste bei der CDU – Staatsminister
Dr. Albrecht Buttolo: Das ist schon stark!)

oder wie ein Livemitschnitt aus dem Elfenbeinturm.

Natürlich, meine Damen und Herren, können Sie darauf verweisen, dass der Ausländeranteil im Landesschnitt bei vergleichsweise niedrigen 2 bis 3 % liegt.

Aber das war auch in den alten Bundesländern einmal der Fall. Wenn aus einstmalig 2 % in vielen Ballungsgebieten wie Frankfurt/Main, Berlin, Köln, München heute 25 oder 30 % geworden sind, dann tragen dafür genau die gleichen Amokläufer die Verantwortung, die den Menschen in Sachsen das gleiche Schicksal zugebracht haben.

So alarmierend die offiziellen Zahlen schon sind, umso dramatischer ist die Entwicklung, da in den offiziellen Zahlen die Eingebürgerten und die Doppelpass-Deutschen nicht mehr erfasst werden. Pass-Deutsche tauchen in keiner Statistik über Ausländerkriminalität und Ausländersozialmissbrauch mehr auf. Durch die Einbürgerung von Ausländern wollen sich die Multikulti-Lobbyisten die multikulturelle Gesellschaft schönreden.

Traurig, aber wahr, man muss es feststellen: In Deutschland existiert inzwischen ein Staatsbürgerschaftsrecht, das Sorge dafür trägt, dass der Personalausweis nicht einmal mehr das Papier wert ist, auf dem er gedruckt wird, und es wird wohl nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die deutsche Staatsangehörigkeit auf dem Flohmarkt oder beim Glücksrad erhältlich ist nach dem Motto: „Ich nehme das Fahrrad und für meinen Schwager die deutsche Staatsangehörigkeit.“

(Beifall bei der NPD)

Sie können sicher sein, meine Damen und Herren, dass wir nicht tatenlos zusehen werden, wie die multikulturelle Gesellschaft in Sachsen genauso zur sozialen Eiterbeule wird wie in den alten Bundesländern.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS:
Ha, ha, ha!)

Man muss bei der Lektüre des Ausländerberichtes schon manchmal an das geflügelte Wort denken: „Der Letzte macht das Licht aus.“ Es mag ja sein, dass den Mitarbeitern der Ausländerbehörde einfach noch die einschlägigen Erfahrungen im Umgang mit einer multikulturellen Gesellschaft fehlen, mit Schulen wie der Eberhard-Klein-Oberschule in Kreuzberg, wo inzwischen der letzte deutsche Schüler die Flucht angetreten hat. Aber all das entschuldigt nicht die Naivität, mit der Sie das offenkundige Scheitern der multikulturellen Gesellschaft immer noch schönreden und den Menschen als Zukunftsperspektive verkaufen wollen. Sie tun das mit den ewig gleichen Stereotypen, dass es eine Bereicherung sei – Zuwanderung als Chance.

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst,
Linksfraktion.PDS)

Aber das ist schon im Detail falsch, Frau Dr. Ernst, denn auf Seite 60 des Berichtes heißt es – Zitat –: „Die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommen aus 120 Ländern und bringen mit ihrer Zwei- und Mehrsprachigkeit eine wichtige Bildungsressource mit.“ – Genau das stimmt aber nicht. Längst widerlegen Untersuchungen

das Märchen, dass Mehrsprachigkeit mit einem Mehr an Bildungs- und Berufschancen verbunden wäre.

Prof. Esser erklärte dieser Tage zweisprachige Integrationsprogramme für Ausländerkinder rundum für nutzlos, da diese eben keine besseren Chancen für den Arbeitsmarkt bringen.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS: Blödsinn!)

Wörtlich sagte er: „Bilinguale Probleme dienen vielleicht der Wellness, aber nicht der Fitness.“ – Dies ist ein kleines Detail, aber es zeigt, dass der Verfasser des Jahresberichtes realitätsfremd oder naiv ist.

Der Teufel, meine Damen und Herren, steckt aber noch in einem anderen Detail; denn der Bericht steht schon unter formalen Gesichtspunkten auf einer äußerst wackligen Grundlage, sodass man die Seriosität dieses Berichtes wirklich infrage stellen muss. Die Zahlen, die Sie in Ihrem eigenen Bericht vorlegen, weichen erheblich voneinander ab, und es verwundert kaum, dass Sie sich auf die bequeme, weil erheblich niedrigere Zahl des Ausländerzentralregisters in Köln berufen und nicht auf die des Statistischen Landesamtes, was doch eigentlich nahe läge.

In Ihren folgenden Aufschlüsselungen stützen Sie sich auf Angaben des Ausländerzentralregisters, und dies, obwohl der Anteil um sage und schreibe 26 % abweicht, nämlich 85 719 Ausländer laut Ausländerzentralregister gegenüber 116 245 laut Statistischem Landesamt. Dieser erstaunliche Umstand ist Ihnen gerade mal eine Fußnote wert – Zitat –: „Die Zahl der Ausländer in Sachsen wird je nach Quelle unterschiedlich angegeben.“

Man kann es auch anders formulieren, und einige von Ihnen lassen ja immer wieder durchblicken, dass Sie eine besondere Affinität zum Kriegsverbrecher Winston Churchill haben, von dem der Spruch stammt: „Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.“

Frau de Haas, in Ihrem Bericht sprechen Sie von den in Sachsen lebenden Ausländern so, als handele es sich um eine zu vernachlässigende Größe. Aber diese 2 bis 3 % sind eben nicht vernachlässigenswert, wenn wir uns die Bevölkerungsentwicklung in Westdeutschland anschauen, wo inzwischen ein Ausländeranteil von 25 % und mehr traurige Realität ist. Wir Nationaldemokraten wollen nicht, dass es hier in Sachsen so weit kommt. Wir akzeptieren nicht, dass Sie den Menschen ständig einreden wollen, wir müssten uns damit abfinden, dass Zuwanderung, Migration und Überfremdung ein Naturgesetz in einer Welt ohne Grenzen seien. Nein, damit werden wir uns nicht abfinden, und wir wissen viele Menschen in diesem Lande an unserer Seite, die genauso wie wir wollen, dass Sachsen das Land der Deutschen bleibt!

(Beifall bei der NPD – Dr. Jürgen Martens, FDP:
Sachsen – das Land der Deutschen?! –
Torsten Herbst, FDP: Sachsen?!)

Meine Damen und Herren! Dies hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, sondern mit der Sorge um unsere

Zukunft als Deutsche im eigenen Land. Inzwischen gibt es viele Länder, die sich mit der weiteren Zuwanderung von Ausländern nicht abfinden wollen. An diesen Ländern sollten wir uns orientieren: Zum Beispiel Norwegen, denn dort ist es innerhalb eines einzigen Jahres, von 2003 bis 2004, gelungen, die Zahl der Asylanträge von 16 000 auf 8 000 zu halbieren. Der dänischen Regierung ist es in den letzten vier Jahren gelungen, den Ausländeranteil von 7 auf 5 % zu reduzieren. Meine Damen und Herren, nur wollen muss man es natürlich.

Die NPD ist nicht gewillt, die finanziellen und sozialen Folgekosten der von Ihnen billigend in Kauf genommenen oder gar geförderten Zuwanderung einfach so hinzunehmen. Wir wollen wissen: Welcher Schaden entsteht der Solidargemeinschaft durch die Erschleichung von Sozialleistungen durch Asylbewerber, durch die Alimentierung von De-facto-Bleiberechtsflüchtlingen, durch die von Ausländern und Asylbewerbern begangenen Straftaten?

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS: Das ist eine Frechheit und Dummheit zugleich! – Empörung des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Selbst Sie, Frau de Haas, müssen in Ihrem eigenen Bericht einräumen, was außer realitätsfernen Multikulti-Fanatikern niemand ernsthaft bestreiten wird: dass bei dem von Ihnen festgestellten Ausländeranteil von 2 % immerhin 13 % aller Tatverdächtigen Ausländer sind!

Bemerkenswert ist auch, dass die Medien seit geraumer Zeit immer wieder berichten, dass Tausende hier lebender Türken in ihrer Heimat Vermögensgewinne erzielen, diese Gewinne aber den deutschen Finanzbehörden verschweigen. Schon damit entgeht der Volkswirtschaft viel Geld. Allein in Baden-Württemberg, wo nach einer Stichprobe über 560 Strafverfahren eröffnet wurden, wird der Schaden auf 30 Millionen Euro geschätzt, bundesweit auf sage und schreibe 300 Millionen Euro. Wir würden schon gern wissen, welche Summe davon auf Sachsen entfällt. Warum lesen wir dazu nichts im Bericht? Gibt es keine vergleichbaren Betrugsfälle, in denen dieselben auch noch Arbeitslosenhilfe beziehen? Hat sich die Bundesagentur nicht mit den Finanzämtern im Freistaat in Verbindung gesetzt? Was ist dabei herausgekommen? – Fragen über Fragen, aber keine Antworten. Warum verklären Sie so blumig die angebliche Bereicherung, die Ausländer angeblich für uns bedeuten sollen, und verschweigen den Menschen hierzulande die Folgekosten? Das ist unredlich. Sie sollten sich schämen!

(Beifall bei der NPD – Empörung des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Meine Damen und Herren! Sie dürfen sicher sein, dass die NPD-Fraktion weiterhin für den Substanzerhalt des deutschen Volkes arbeiten wird.

(Allgemeine Empörung – Zuruf des Abg. Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD)

– Da können Sie sicher sein, Herr Prof. Weiss. – Hierzu gehören der Stopp weiterer Zuwanderung und die nachdrückliche Förderung deutscher Familien und ihres Nachwuchses. Anders als die etablierten Überfremdungsparteien hat die NPD aber nicht nur den festen Willen, keine weitere Zuwanderung zuzulassen, sondern eine spürbare Reduzierung der Ausländerzahlen durchzusetzen, so wie dies auch in Dänemark und Norwegen der Fall ist.

Marie-Louise Beck hat erst vor Kurzem erklärt, dass in Deutschland heute schon über 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben. Meine Damen und Herren! Es ist deshalb wirklich an der Zeit, nicht immer nur über einen Einwanderungsstopp zu reden, sondern darüber, wie wir einen Großteil der in Deutschland lebenden Ausländer endlich wieder in ihre angestammte Heimat zurückführen können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP; Herr Dr. Martens, bitte.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man wissen will, was Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhass sind, so haben wir gerade ein hervorragendes Beispiel dafür erlebt, wie so etwas funktioniert.

Hier wird mit einer Kette von Halb- und Unwahrheiten versucht, eine Stimmung zu erzeugen, bei der aus 2 % Ausländeranteil auf einmal 25 % werden, die es angeblich in Westdeutschland geben soll.

(Holger Apfel, NPD: Sie wissen es doch am besten!)

Dies führt dann unmittelbar zu Überfremdung, der Sachsen in wenigen Jahren, wenn nicht energisch eingeschritten wird, anheim fällt. Da wird Ausländerhass betrieben, da kommen in Beiträgen die Ausländer grundsätzlich als Kriminelle, Sozialbetrüger oder halbwüchsige türkische Schläger, die Jagd auf deutsche Jugendliche machen, vor. Eine andere Art und Weise der Befassung mit und Wahrnehmung von Ausländern in diesem Land bringt die NPD überhaupt nicht zustande.

(Uwe Leichsenring, NPD: Nächstens werden es die Wähler machen!)

Halbwahrheiten, geschickt verpackt, meine Damen und Herren! Da wird Norwegen zitiert, das die Anzahl der Asylbewerber auf 8 000 gesenkt hätte. Norwegen hat, glaube ich, vier oder viereinhalb Millionen Einwohner

(Holger Apfel, NPD: Rechnen Sie es mal hoch!)

und hat jetzt nicht mehr 16 000, sondern 10 000 Asylbewerber, und das stellen Sie als leuchtendes Beispiel hin?! Wissen Sie, wie viele Asylbewerber in Sachsen leben? Sie wollen es gar nicht wissen: 8 000, wie im hoch gepriesenen Norwegen. Aber bei uns droht natürlich die

Überfremdung. Der Substanzerhalt der deutschen Nation, des deutschen Volkes wird gefährdet.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD und den GRÜNEN)

Ja, meine Damen und Herren, so hätten Sie das gerne. Nein, so funktioniert es nicht. Sie müssen Tatsachen zur Kenntnis nehmen und dürfen nicht alles eklektizistisch auseinander schnippeln und dann zu einem ziemlich hässlichen Puzzle zusammensetzen, so wie Sie es meinen verkaufen zu können.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Jürgen Martens, FDP: Nein.

Meine Damen und Herren! Wenn die Arbeit der Ausländerbeauftragten gewürdigt werden muss, dann gerade auch angesichts solcher Beiträge, wie Sie sie gerade vor mir gehört haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD und den GRÜNEN)

Ich danke namens der FDP der Sächsischen Ausländerbeauftragten ausdrücklich für die im letzten Jahr geleistete Arbeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD und den GRÜNEN)

Diese Arbeit ist gerade in Sachsen notwendig, denn wir wollen nicht, dass der Ruf Sachsens als offenes und tolerantes Land beschädigt wird. Wir wollen, dass die hier lebenden Ausländer Integration erfahren, dass sie aufgenommen werden, dass sie auch Verständnis erfahren, dass man sich ihrer Sorgen annimmt, damit sie tatsächlich in der Mitte der Gesellschaft leben können und nicht in Neben- oder Parallelgesellschaften oder kleinen Gettoisierungen; denn das wollen wir nicht.

Meine Damen und Herren, die Arbeit der Ausländerbeauftragten ist notwendig. Für das vergangene Jahr möchten wir es noch einmal als bemerkenswert herausstellen, dass die Härtefallkommission ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Arbeit, die diese Härtefallkommission leistet, wird sicherlich nicht zu der von manchen hier beschworenen Überfremdung und ungezügelter Einwanderung führen. Nein, sie nimmt sich der Menschen an, die auf dem normalen Rechtsweg eben keine Chance mehr haben, aber gleichwohl aus humanitären Gründen eine abweichende Regelung erfahren sollten.

Vielen Dank für den Bericht, Frau de Haas, insbesondere für den Teil mit den Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Thema „Ausländer in Sachsen“. Es ist notwendig, diese Aufklärungsarbeit zu leisten. Bitte, fahren Sie damit fort! Zeigen Sie, dass die Ausländer in Sachsen keine Bedrohung sind, dass uns keine Überfremdung droht, sondern dass wir uns bemühen, mit ihnen in Sachsen in

einem vernünftigen Verhältnis zusammenzuleben, damit unsere Toleranz und auch unsere Liberalität erhalten bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der Linksfraktion.PDS, der SPD und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Fraktion der GRÜNEN. Frau Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Ausländerbeauftragten Frau Friederike de Haas und ihrem Team für die geleistete Arbeit, eine Arbeit, deren Wichtigkeit der vorliegende Bericht und die heutige Debatte unterstreichen.

Die Themenvielfalt des Berichtes macht deutlich, dass der Name „Ausländerbeauftragte“ die Arbeit von Frau de Haas und ihrer Mitarbeiter nur unzureichend beschreibt. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen durchaus nicht nur Menschen, die keinen deutschen Pass haben. Die Bezeichnungen „Integrationsbeauftragte“ oder „Migrationsbeauftragte“ würden der Arbeit weit eher gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Titel werden in anderen Bundesländern verwendet. Integration ist eben kein Ausländerproblem, Integration setzt die Bereitschaft dazu auf beiden Seiten voraus. Dafür zu werben und diese Bereitschaft einzufordern gehört zu den Aufgaben der Sächsischen Ausländerbeauftragten. Dass diese Aufgabe ernst genommen wird, zeigt sich im vorliegenden Bericht ebenso wie Erfolge und Schwierigkeiten der Integrationspolitik in Sachsen.

Wir sprechen über ein sensibles Thema – nicht etwa deswegen, weil hier seit mehr als einem Jahr die NPD-Fraktion das Thema nutzt, um ihre Hasstiraden vorzutragen – eine Fraktion übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das ist die Ironie der Geschichte, die ganz offensichtlich durch die massenhafte Einwanderung westdeutscher Politikernomaden dezimiert wurde. Sensibel ist das Thema deshalb, weil, wie Heiner Sandig es mild formulierte, Sachsen fremdenunfreundlich ist.

Frau de Haas bemüht sich um Aufklärung, um Ängstlichkeiten zu begegnen oder Feindlichkeit vorzubeugen und auch Feindlichkeit abzubauen. Das Kapitel 9 des vorliegenden Berichts trägt den verheißungsvollen Titel „Häufige Fragen zu Ausländern in Sachsen“ und lässt Informationen über die Herkunftsländer, über die Kultur und die Menschen erwarten. Doch stattdessen wird auf den folgenden Seiten mit besonders hartnäckigen Vorurteilen gegen Ausländer aufgeräumt.

Leider brauchen wir noch immer diese Richtigstellungen, die Richtigstellung zum Beispiel, dass der Ausländeranteil bzw. der Anteil von Asylbewerbern in Sachsen kontinuierlich sinkt. Ja, wir brauchen diese Aufklärung schwarz auf

weiß für die Aufhetzer und die Realitätsverweigerer von rechts, für jene falschen Propheten, die ständig den Untergang unseres Landes an die Höhlenwände malen und sich insgeheim nichts sehnlicher wünschen als den Untergang der Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelte bei der Linksfraktion.PDS)

Der Anteil der Ausländer in Sachsen ist mit 2 % im Vergleich zu Gesamtdeutschland sehr gering. Das heißt doch, dass viele Menschen im Land gar keine Erfahrung mit Ausländern und Asylbewerbern haben. Was bedeutet das? Ich möchte das anhand aktueller Forschungsergebnisse illustrieren.

Seit Jahren beobachtet ein Forscherteam um den Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer die Entwicklung der so genannten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Anfang 2006 ist der nunmehr vierte Band der „Deutschen Zustände“ erschienen. Er zeigt deutlich: Seit Jahren steigt die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland an. Ein Gemisch aus Angst vor sozialem Abstieg, aus Verunsicherung und eben aus fehlenden Kontakten und Erfahrungen mit Ausländern hat dazu geführt, dass Schwache und Minderheiten zunehmend abgewertet werden.

Aus der historischen Erkenntnis, dass immer diejenigen Gruppen in der Gesellschaft Opfer von Gewalt sind, die ohnehin schon gesellschaftlich diskriminiert sind, wächst doch auch die Einsicht, dass die bisherigen Integrationsbemühungen ungenügend waren und dass unsere Integrationsbemühungen eben anders aussehen müssen als die in den alten Bundesländern mit wesentlich höherem Ausländeranteil.

Beispiel: Die bildungsfernen Migrantinnen bleiben weiter eine Randgruppe. Es gibt noch nicht einmal ein Deutschlehrbuch, das den Interessen und Bedürfnissen dieser Gruppe gerecht wird. Das heißt doch, dass wir uns auch mit der Lebenswirklichkeit dieser Frauen auseinandersetzen müssen, damit ihre Integration gelingen kann.

Was immer noch fehlt, ist ein Integrationskonzept für Sachsen. Integration ist ein vielschichtiger Prozess, der entsprechende Strukturen, Effektivität, Kontinuität und auch finanzielle Voraussetzungen braucht. Erinnerung sei an dieser Stelle an die Anhörung im Innenausschuss. Integrationspolitik ist mehr als Sprachförderung, mehr als Eingliederungshilfe oder ein streitbares Treuebekenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beispiele sächsischer Integrationspolitik sind im Bericht zu finden. Aber weder ein Kuratorium für ein weltoffenes Sachsen noch Feste ersetzen ein Integrationskonzept.

Lassen Sie mich jetzt noch Anmerkungen zu zwei mir wichtigen Punkten machen.

Erstens: die sächsische Härtefallkommission. Auf das gemeinsame Drängen von GRÜNEN und Linksfraktion wurde sie im letzten Sommer endlich eingerichtet. Selbst wenn wir die konkrete Ausgestaltung kritisch sehen –

endlich gibt es für Härtefälle einen offiziellen Anlaufpunkt. Und auch das zeigt der Bericht: Offensichtlich gibt es für dieses Gremium auch tatsächlich einen Bedarf, obwohl dies von den Kritikern immer wieder bestritten wurde.

Zweitens: illegale Einwanderung. Auf der Liste verdrängter und ausgeblendeter Probleme steht das Thema illegale Einwanderung ganz oben. Nicht zuletzt die katholische Kirche hat diesen Umstand mit klaren Worten kritisiert. Ich zitiere den verstorbenen Johannes Paul II.: „Der Status der Ungesetzlichkeit rechtfertigt keine Abstriche bei der Würde des Migranten, der mit unveräußerlichen Rechten versehen ist, die weder verletzt noch unbeachtet gelassen werden dürfen.“

Hier besteht nach unserer Meinung dringender Handlungsbedarf. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus ihre unveräußerlichen Rechte auch einfordern können. Dazu gehören vorrangig die medizinische Behandlung, der Schulbesuch von Kindern und der Schutz vor rassistischen Übergriffen. Nicht zuletzt muss die humanitär motivierte Hilfe für diese Menschen endlich entkriminalisiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend: Wir müssen es MigrantInnen ermöglichen, ein gleichberechtigter, mündiger, kritischer Teil unserer Gesellschaft zu sein. Das heißt konkret, dass wir neben dem Erreichen der formal rechtlichen Gleichstellung gesellschaftliche Benachteiligungen etwa im Bildungssystem offensiv beseitigen. Es darf nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft an den Auswahlmechanismen unserer Bildungssysteme scheitern.

In diesem Zusammenhang habe ich mit besonderem Interesse das Kapitel 11 des vorliegenden Berichtes gelesen. Dort wird über das Modellprojekt „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ der Bund-Länder-Kommission berichtet. Natürlich braucht Integration Sprachkenntnisse, sie braucht eine Aufenthaltsperspektive und Rechtssicherheit, sie braucht aber auch einen Ort in unserer Gesellschaft.

Integration braucht konkrete Projekte, aber vor allem unser Interesse, unsere Neugier und unsere Offenheit. Wir sind offen für eine weitere gute Zusammenarbeit mit der Sächsischen Ausländerbeauftragten und wir danken ihr für das Engagement im letzten Jahr.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion.PDS,
der FDP und vereinzelt bei der CDU und der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Jetzt spricht die Ausländerbeauftragte. Frau de Haas, Sie haben das Wort.

Friederike de Haas, Sächsische Ausländerbeauftragte: Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Zum zwölften Mal steht im Sächsischen Landtag der Bericht

eines, heute besser einer Sächsischen Ausländerbeauftragten auf der Tagesordnung. Ich komme damit nicht nur meiner gesetzlichen Pflicht nach, Sie, meine Damen und Herren, über die Tätigkeit meines Amtes und die Situation der gemeinsam mit uns in Sachsen lebenden Ausländerinnen und Ausländer zu informieren. Indem damit auch die Regierung wie die Öffentlichkeit über die Arbeit unterrichtet werden, setze ich bewusst ein Signal zugunsten eines gewollten und tatsächlich erlebten weltoffenen und toleranten Sachsens.

(Beifall bei der CDU, der Linksfraktion.PDS,
der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Kontinuität und Veränderung bestimmten mein erstes Jahr im Amt und so stehe ich wie mein Amtsvorgänger den mit uns lebenden Ausländerinnen und Ausländern selbstverständlich als verlässliche Ansprechpartnerin für Bitten, Beschwerden, Petitionen gern zur Verfügung. Jedoch sind zugleich vielfältige neue Herausforderungen in rechtlicher wie politischer Hinsicht zu bewältigen.

Da wäre zunächst das Zuwanderungsgesetz. Erfüllt es die vielseitig begründeten Erwartungen und Hoffnungen, die mit seinem In-Kraft-Treten verbunden waren? Wie steht es um drängende gesellschaftliche Fragen zu einer zeitgemäßen Migrations-, Integrations- und Sicherheitspolitik? Wie ist Pluralität in Meinung, wie Kultur zu fördern und wie die Integration als wechselseitiger Prozess zu begleiten oder die Entschlossenheit zur Bekämpfung von Rassismus wie Radikalismus?

Meine Damen und Herren, das sind Herausforderungen, die auch weiterhin einer intensiven Begleitung bedürfen. Die wohl wichtigste mit In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes verbundene Neuerung war – nun vom Allgemeinen zum Besonderen – die Möglichkeit der Einrichtung einer Härtefallkommission. Parteienübergreifend sind Sie darauf eingegangen. Diese Kommission arbeitet seit dem Sommer 2005 unter meiner Leitung. Sie trägt eine besondere Verantwortung nicht nur für das persönliche Schicksal der Betroffenen, sondern auch die Interessen der Gesellschaft, und wir nehmen unsere Verantwortung in dieser Kommission sehr bewusst wahr.

In vielen Fällen zählen Familien zu den Betroffenen, die lange hier in Deutschland und Sachsen gelebt haben, mit Kindern, die zum Teil hier geboren wurden oder zumindest den größten Teil ihres bisherigen Lebens mit uns verbracht und die Schule hier besucht haben.

In vier Sitzungen konnten 13 Anliegen mit insgesamt 41 Personen beraten und in sieben Fällen ein Härtefallersuchen an das Sächsische Staatsministerium des Innern gerichtet werden. Dieses hat in bislang sechs Fällen jeweils die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen veranlasst.

Dennoch stehen wir vor einer Schwierigkeit. Die Kommission ist nach dem Gesetz berufen, bei den Betroffenen den spezifischen Härtefall aus persönlichen oder humanitären Gründen im Einzelfall festzustellen. Sie ist hingegen kein geeignetes Instrument zur Lösung sämtlicher offener

Fälle. Wir müssen uns deshalb nach wie vor die Frage stellen, wie wir mit Menschen und insbesondere Familien umgehen, die seit Langem in Deutschland leben, deren Kinder hier geboren sind, die unsere Schule besuchen, die deutsch sprechen und ihr Heimatland nur aus den Erzählungen ihrer Eltern kennen und die über kein gesichertes Aufenthaltsrecht verfügen, sondern lediglich geduldet sind.

Womit ich beim nächsten Problem und einer unerwarteten Hoffnung an das Zuwanderungsgesetz wäre. Die Zahl der so genannten Kettenduldungen konnte nicht signifikant reduziert werden. Die jetzt stattfindende Evaluierung des Gesetzes begrüße ich außerordentlich und werde sie mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln auf Länder- wie auf Bundesebene begleiten.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS,
der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es muss eine Lösung für diese Menschen, die zum Teil zehn Jahre und länger in unserem Land leben, gefunden werden. Im Übrigen ist dies kein spezifisch sächsisches Problem.

Zum nächsten Punkt, der Integrationspolitik. Wo müssen wir in Sachsen ansetzen, wenn wir anerkennen, dass Integration keine Einbahnstraße ist, sondern Zuwandernde wie Einheimische gleichermaßen gefordert werden? Die Förderung der Sprache als Schlüssel der Integration und die Sicherung des Zugangs zu Arbeit, Bildung und Ausbildung stehen dabei im Mittelpunkt unserer Politik. Nun gelingt Integration nicht auf Konferenzen oder während einer Parlamentsdebatte. Sie gelingt oder misslingt vor Ort in den jeweiligen Kommunen mit den dort lebenden Menschen. Wir können und müssen diesen Prozess begleiten. Dies will ich über gezielte und umfassende Öffentlichkeitsarbeit tun.

Sie können es im Jahresbericht nachlesen: In Sachsen leben etwa 86 000 Ausländer aus 177 Ländern. Das macht etwa 2 % der Wohnbevölkerung aus. Das ist wenig, verglichen mit den Zahlen der alten Bundesländer, bei denen etwa 8 % der Wohnbevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit sind. Großstädte, also Ballungszentren, erreichen Ausländeranteile von etwa 25 %. Unsere Ballungszentren Dresden und Leipzig sind bei etwa 5 bis 7 %.

(Uwe Leichsenring, NPD:
Ja, Dr. Martens, aufgemerkt!)

Meine Damen und Herren! Wenige Ausländer bedeuten nicht wenig politischen Handlungsbedarf; denn ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht zuletzt der geringe Anteil mit uns lebender ausländischer Menschen ist, der Fremdenfeindlichkeit ermöglicht. Wenn kaum persönliche Berührungspunkte zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung bestehen,

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und den
GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD und der
FDP sowie des Abg. Marko Schiemann, CDU)

bleibt das Fremde abstraktes Phänomen und kann leicht als Spielball irreführender Ausgrenzungsideologie missbraucht werden.

(Beifall bei der Linksfraction.PDS und den GRÜNEN und vereinzelt Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraction.PDS: Sehr richtig!)

Wir haben auch heute wieder ein eindeutiges Beispiel bekommen. Hier sind wir alle, hier ist nach wie vor auch die Politik gefordert. Berührungspunkte zu ermöglichen und zu vermitteln wird durch die kommunalen Ausländerbeauftragten in vorbildlicher Weise praktiziert. Sie sind erste und vertrauensvolle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, sie haben immer in allen Fragen ein offenes Ohr für die gemeinsam mit uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer.

Integration beginnt auch bei institutioneller Gewährleistung. Wer hier sparen will, der spart letztlich am Erfolg der Integration.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Kommunale Ausländerbeauftragte sind unverzichtbar als Schaltstelle zwischen Zuwanderern und Bevölkerung wie Verbänden und Vereinen.

(Beifall bei der Linksfraction.PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN sowie des Abg. Marko Schieman, CDU)

Meine Damen und Herren! Vorrangige Aufgabe der Politik muss es sein, durch gezielte und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit den Bereicherungsaspekt hier lebender und zuwandernder Menschen ausländischer Herkunft für alle Bereiche der Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, zu betonen.

Mit dem Kuratorium für ein weltoffenes Sachsen sowie den von mir ins Leben gerufenen Veranstaltungen zu aktuellen Themen wie Zuwanderung und demografische Entwicklung oder Bereicherung durch kulturelle Vielfalt leiste ich dazu einen Beitrag. Es sind aber weitere Anstrengungen aller gesellschaftlichen wie politischen Bereiche notwendig.

Meine Damen und Herren! Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Wir dürfen darüber nicht die Gedanken, Anregungen und Wünsche derjenigen überhören, für deren Wohl ich mich – wie viele andere auch – einsetze und deren Interessen und Anliegen ich vertrete. Dies ist einer der Gründe, warum ich mich entschieden habe, sie in meinem nächsten Jahresbericht zu Wort kommen zu lassen. Ich bitte die hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie diejenigen, die hier eingebürgert worden sind, über ihre eigenen hier gesammelten Erfahrungen mit Land und Menschen zu berichten; denn ich möchte ihnen – fern der streng rational geführten statistischen integrationswissenschaftlichen oder wirtschaftspolitischen Diskussionen – wirksam Gehör verschaffen. In meinem

Bericht finden Sie dazu einen Aufruf, den ich Sie bitte weiterzugeben.

Meine Damen und Herren! Ihre Anerkennung hat mich sehr gefreut und ich danke Ihnen dafür.

(Beifall bei der CDU, der Linksfraction.PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Meinen Dank möchte ich an Sie weitergeben; denn Ihre Unterstützung, Ihre Anregungen und hin und wieder Ihre Kritik erleichterten mir mein erstes Jahr im Amt nicht unwesentlich. Auf dieses Fundament gemeinsamer Zusammenarbeit baue ich sehr gern auf und hoffe auch weiterhin auf Ihre – auch kritische – Begleitung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Linksfraction.PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön, Frau de Haas. – Die Staatsregierung, vertreten durch Herrn Staatsminister des Innern, Dr. Buttolo, bitte.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jedes Jahr befassen wir uns mit dem Bericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten. Auch in diesem Jahr haben wir einen Bericht vorgelegt bekommen, der sowohl für das Parlament, die Regierung, die Behörden als auch für die Bevölkerung von Sachsen sehr wichtig ist. Für alle gibt er einen Einblick in die Situation der Ausländer im Freistaat Sachsen aus der Sicht der Sächsischen Ausländerbeauftragten.

Dies sind wichtige Erkenntnisse. Der Bericht enthält bedeutsame Anregungen. Es ist der erste Bericht – wie schon mehrfach erwähnt – unserer Ausländerbeauftragten, Frau de Haas. Frau de Haas, auch ich möchte dies zum Anlass nehmen, Ihnen für diesen gelungenen Bericht zu gratulieren und mich für Ihr Engagement für die Belange der Ausländer im Freistaat Sachsen ganz herzlich zu bedanken.

(Beifall bei der CDU, der Linksfraction.PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ihr Engagement wird sehr deutlich, wenn man in dem Bericht über die Vielzahl der Veranstaltungen liest, die Sie organisiert und meist persönlich tatkräftig unterstützt haben. Gerade, nachdem die NPD mit ihren ausländerfeindlichen Zielen in diesen Landtag gewählt worden ist, ist es wichtig zu zeigen, dass Sachsen wirklich ein weltoffenes Land ist und Ausländer willkommen sind, wenn sie sich hier an Recht und Gesetz halten und unsere Gastfreundschaft nicht missbrauchen.

Erforderlich ist natürlich eine nüchterne Betrachtung der Probleme fernab aller ideologischen, moralischen Überspitzungen und fernab von irgendwelchen Missbräuchen. Genau diese nüchterne Betrachtung gelingt Ihnen in Ihrem Bericht. Das gilt nicht zuletzt für Ihre schlüssigen Antworten auf die Fragen: Gibt es in Sachsen zu viele

Ausländer? Nehmen Ausländer den Deutschen die Arbeit weg?

(Zuruf von der NPD: Ja!)

Wir müssen leider allzu oft feststellen, dass Menschen durch falsche Antworten auf solche Fragen in die Irre geführt werden.

Lassen Sie mich nun noch einmal auf ein Fachthema eingehen, das in Ihrem Bericht näher erläutert und von meinen Vorrednern mehrfach erwähnt wurde, nämlich die Härtefallkommission. Der Bericht und die jüngst von Ihnen, Frau de Haas, herausgegebene Presseerklärung über die bisherige Arbeit der Härtefallkommission bestätigen mich in meiner Überzeugung, dass die seit zirka einem halben Jahr bestehende Kommission eine wichtige Hilfe für die Entscheidung über ein Bleiberecht aus humanitären Gründen ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle hervorheben, welche besondere Verantwortung der Härtefallkommission zukommt. Es geht letztendlich darum, Ausländern, die aufgrund der bestehenden Rechtslage eigentlich ausreisen müssten, ein Bleiberecht zu gewähren. Wenn wir in Deutschland schon so großzügig sind, Menschen, die keinen Rechtsanspruch darauf haben, hier bleiben zu dürfen, aus besonderen humanitären Gründen dann doch ein Bleiberecht zu gewähren, müssen wir damit sorgfältig und verantwortungsbewusst umgehen. Nur wenn wir jeden Missbrauch ausschließen, werden die Bürger dieses Landes die großzügige zusätzliche Bleiberechtsregelung akzeptieren.

Ohne diese Akzeptanz, meine Damen und Herren – damit sage ich Ihnen nichts Neues –, könnte diese Regelung in der Demokratie auf Dauer keinen Bestand haben. Lassen Sie mich an dieser Stelle Ihnen, Frau de Haas, aber auch den Mitgliedern Ihrer Härtefallkommission, ausdrücklich für diese verantwortungsvolle Tätigkeit danken.

(Beifall bei der CDU, der SPD,
der FDP und den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir bitte zwei weitere Bemerkungen. Frau de Haas, Ihr Appell hinsichtlich der kommunalen Ausländerbeauftragten ist bei mir angekommen. Ich werde in meinem nächsten Gespräch mit den Spitzenverbänden darauf zurückkommen.

Nun noch etwas zur generellen Bleiberechtsregelung. Wie Sie wissen, haben wir uns auf der Innenministerkonferenz im Dezember darauf verständigt, dass wir die Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes zunächst vorliegen haben

wollen, um dann über eine Bleiberechtsregelung zu diskutieren und eine Bleiberechtsregelung eventuell einzusetzen. Wir möchten nicht, dass dies in den Ländern der Bundesrepublik in unterschiedlicher Weise geschieht. Wir Innenminister haben uns das Ziel gesetzt, zu einer bundeseinheitlichen Bleiberechtsregelung, wenn sie erforderlich ist, zu kommen. Ich halte es für den richtigen Ansatz, dass wir versuchen, innerhalb Deutschlands gleiche Regelungen zu finden.

Es wird noch in diesem Jahr – ich gehe davon aus, dass der Bericht zur Evaluierung Mitte des Jahres vorliegen wird – eine Arbeitsgruppe auf Ministerebene geben, die länderoffen ist und sich mit dem Thema der Bleiberechtsregelung beschäftigen wird.

Nun zu dem von Ihnen angesprochenen Vorfall, Frau Dr. Ernst. Ich kann Ihnen versichern, dass ich an einer strikten Aufklärung sehr interessiert bin. Ich gehe davon aus, dass ich in absehbarer Zeit tatsächlich erfahren werde, wie die Situation gewesen ist. Sie wissen, dass ich mich, was Vorverurteilungen anbelangt, immer sehr zurückhalte. Wenn sich das, was Sie dargelegt haben und was mir bereits von anderer Seite vorgetragen wurde, bestätigt, muss es natürlich entsprechende Konsequenzen geben. Ich denke, bevor wir über die Einzelheiten reden, sollten wir den Bericht über den tatsächlichen Hergang aus der PD abwarten, um dann wirklich sagen zu können, was getan werden muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir abschließend nochmals den Dank an Frau de Haas auszusprechen. Ich freue mich, Frau de Haas, auf die weitere angenehme Zusammenarbeit mit Ihnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Linksfraktion.PDS,
der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön, Herr Staatsminister. – Ich frage den Berichterstatter des Ausschusses, Herrn Brangs, ob er noch das Wort ergreifen möchte. – Das ist nicht der Fall. Danke schön.

Meine Damen und Herren! Wir stimmen jetzt ab über die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 4/4541. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit übergroßer Mehrheit ist der Beschlussempfehlung des Hauses zugestimmt worden. Dieser Tagesordnungspunkt ist abgearbeitet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 12**Vergabebericht für das Jahr 2004****Drucksache 4/2461, Unterrichtung durch die Staatsregierung****Drucksache 4/4562, Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

(Heiterkeit bei der FDP – Uwe Leichsenring, NPD:
Vergabeberichte machen Spaß!)

Das Präsidium hat auch hier eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion eingeräumt. Die Reihenfolge ist bekannt. Ich frage die Fraktion der CDU. – Hier gibt es offensichtlich keinen Bedarf. – Entschuldigung, Frau Schmidt.

(Holger Apfel, NPD: Sie will auch mal was sagen, weil sie sonst nichts sagen darf!)

Für die CDU spricht die Abg. Schmidt.

Jutta Schmidt, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe meine Rede zu Protokoll.

(Beifall bei der CDU, der FDP und
vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte aber, dass die Angaben, die im vorliegenden Bericht fehlen und die wir für die weiteren Vergabeberichte der nächsten Jahre anfordern, im Protokoll festgeschrieben sind.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gibt es Redebedarf bei der Linksfraktion.PDS? – Das ist nicht der Fall. SPD-Fraktion? – NPD-Fraktion? – Herr Brangs, bitte etwas schneller.

(Uwe Leichsenring, NPD: Er kann nicht anders!)

Stefan Brangs, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich folge dem Beispiel meiner Kollegin Schmidt, auch wenn die Gefahr besteht, dass die braune Soße rechts auch diesen Antrag nehmen würde, um wieder über das Thema Ausländerfeindlichkeit und EU-Verdrossenheit zu sprechen. Diese Gefahr gehe ich ein. Ich gebe die Rede zu Protokoll.

(Uwe Leichsenring, NPD: Das ist auch besser so!
– Alexander Delle, NPD: Da wäre wahrscheinlich die rote Soße ins Auge gelaufen!)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die NPD-Fraktion hat schon verzichtet. – Die FDP-Fraktion? – Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lichdi, ich kann nichts zu Protokoll geben, weil ich keine Rede vorbereitet habe, da ich hier frei

spreche. Deswegen möchte ich in aller Kürze zwei, drei Bemerkungen machen.

Wir werden uns als Fraktion beim Vergabebericht enthalten.

Ich denke, es wäre besser, wenn der eine oder andere in diesem Parlament öfter frei sprechen würde, anstatt hier vorbereitete Texte abzulesen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Wir werden uns bei der Abstimmung enthalten, weil wir der Auffassung sind, dass der Vergabebericht deutlich besser geworden ist als im Vorjahr. Das habe ich im Ausschuss auch schon betont. Er entspricht aber nach wie vor nicht den Bestimmungen der Durchführungsverordnung, weil im Vergabebericht zwar die Anzahl der Vergaben in und außerhalb Sachsens ausgewertet wurden, aber die entscheidende Frage, welche Auftragswerte in Sachsen verblieben sind, nicht im Bericht beantwortet wurde. Aber das ist es, was wir wissen wollen, nicht, wie oft man in Sachsen vergeben hat, sondern wie viele Aufträge monetär in Sachsen tatsächlich geblieben sind.

Ich gehe davon aus, Herr Minister, dass das beim nächsten Mal noch besser werden wird. Mit dieser Hoffnung möchte ich heute schließen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich rufe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. – Kein Redebedarf. – Die Staatsregierung? –

(Staatsminister Thomas Jurk: Selbstverständlich!)

Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, Herr Jurk, bitte.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrter Herr Morlok, ich möchte Ihnen zu gerne die vorbereitete Rede vortragen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Aber nein, ich möchte es relativ kurz machen. Ich werde mir anschauen, was Frau Schmidt zu Protokoll gegeben hat.

Ich bin ein bisschen überrascht, aber Überraschungen sind auch im Parlament das Salz in der Suppe. Es wäre ja sonst nicht spannend, wenn von vornherein alles geklärt wäre.

Ich will anknüpfend an Herrn Morlok nur Folgendes sagen: Es ist richtig, dass man den Bericht natürlich immer mehr erweitern kann. Man muss dann immer schauen, wie sinnvoll das ist, weil natürlich die Forde-

rung, zusätzliche Zahlen zu erheben, die Frage aufwirft, ob der Erkenntnisgewinn dadurch vergrößert wird.

Wir müssen bei all den Anregungen, die ich gerne prüfe und zum Teil auch umsetzen möchte – was Sie gerade angesprochen haben, ist sicher sehr interessant –, sehen, dass wir auf Bundesebene vor einer Novellierung des Vergaberechtes stehen. Ich möchte daher verhindern, dass wir, wenn wir jetzt Veränderungen im Vergaberecht vornehmen, dann zu einer Novelle der Novelle kommen müssen. Wir greifen gern Anregungen auf. Wir sollten aber immer darüber nachdenken, wie diese uns bei unserer Tätigkeit konkret helfen.

Im Übrigen sollten wir darüber hinaus berücksichtigen, dass bundesgesetzliche Veränderungen anstehen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD –
Staatsminister Thomas Jurk gibt
seine Rede zu Protokoll.)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich frage den Berichterstatter, Herrn Abg. Pfeiffer, ob er das Wort noch einmal ergreifen möchte. – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Damit stimmen wir ab über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in der Drucksache 4/4562. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei keinen Gegenstimmen und einer größeren Anzahl von Stimmenthaltungen ist dieser Beschlussempfehlung zugestimmt worden und dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Erklärungen zu Protokoll

Jutta Schmidt, CDU: Grundlage für die Vorlage eines jährlichen Vergabeberichts ist das Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge im Freistaat Sachsen – kurz: das Sächsische Vergabegesetz. Dieses schreibt im § 6 Abs. 1 vor: „Die Staatsregierung berichtet dem Landtag jährlich bis zum 30. Juni über die Entwicklung des Vergabewesens einschließlich des Vergabewesens bei den staatlichen Unternehmen des Vorjahres.“

Der vorliegende Vergabebericht umfasst den Zeitraum vom 01.01. bis zum 31.12.2004 und gibt die drei Bereiche wieder: erstens öffentliche Ausschreibungen, zweitens beschränkte Ausschreibungen sowie drittens freihändige Vergaben.

Dieser Vergabebericht listet die Anzahl der einzelnen Vergaben in den Volumina und die Auftragsvergabe innerhalb und außerhalb Sachsens auf. Es ist aber nicht zu erkennen, ob die zahlenmäßig geringen Aufträge, die nach außerhalb von Sachsen vergeben wurden, in Summe auch die geringere Auftragssumme ergeben.

Ich habe dazu als Vergleich den Vergabebericht meiner Heimatstadt Leipzig. In der dortigen Untergliederung werden die Vergaben in Gesamtsumme nach den Postleitzahlen, nach der Anzahl und nach dem Auftragsvolumen wiedergegeben. Weiterhin gibt es eine Aufstellung nach den Schwerpunkten im Bereich der Lieferungen und Leistungen. Ich verstehe dies als eine der Zielstellungen des Sächsischen Vergabegesetzes, dass Transparenz in die Auftragsvergabe kommt und wir dem Vorwurf unserer einheimischen Unternehmen entgegenreten können, dass diese nicht maßgeblich bei Vergaben im Freistaat berücksichtigt werden.

Folgende Punkte sind aus unserer Sicht in den nächsten Vergabeberichten zu ergänzen und zu präzisieren:

Erstens ist der Bericht um die Vergaben im Bereich der Rahmenverträge über Zeitvertragsarbeiten zu ergänzen.

Zweitens fehlen die Vergaben nach der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF). Sie sind aber

laut § 1 Teil des Sächsischen Vergabegesetzes. Demzufolge gehört der Teil VOF auch zur Berichtspflicht.

Drittens sind die in § 13 der Sächsischen Vergabedurchführungsverordnung geforderten sämtlichen Angaben zum Inhalt des Vergabeberichtes zu ergänzen, wie: eine Statistik über die Vergabe und deren Erläuterung, Angaben über Besonderheiten bzw. Auffälligkeiten bei der Vergabe, die Nachprüfungsstatistik der Vergabekammer und des Vergabesenats, die Statistik über durchgeführte Schulungsmaßnahmen sowie die Bewertung des Vergabegeschehens im Freistaat Sachsen.

Der Vergabebericht 2004 liegt vor. In den nächsten Berichten sollten die Anregungen, die auch die Anhörung am 13.01.2006 ergeben hat, aufgenommen werden. Ein transparenter Vergabebericht ist für alle in der Wirtschaft Tätigen eine klare Ansage des Freistaates, dass alle Aufträge der sächsischen Staatsministerien, des Sächsischen Rechnungshofes und des Sächsischen Landtages öffentlich ausgeschrieben werden. Die regionalen Unternehmen haben so die Möglichkeit der Beteiligung an den öffentlichen Ausschreibungen und werden in einem qualifizierten Verfahren in der überwiegenden Mehrheit aus nahe liegenden Gründen das wirtschaftlichste Angebot abgeben können und somit auch den Zuschlag erhalten.

Damit wäre die Zielstellung erfüllt, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt.

Stefan Brangs, SPD: Um den Tagesordnungspunkt nicht unnötig in die Länge zu ziehen, möchte ich mich weder auf den Bericht des Ausschusses noch auf den Vergabebericht direkt beziehen, da die entsprechenden Unterlagen im Internet des Landtages zur Verfügung stehen und wir dazu schon Ausführungen gehört haben.

Festzustellen ist, dass der durch das Wirtschaftsministerium vorgelegte Vergabebericht den gesetzlichen Anforderungen entspricht und sich der Vergabebericht nach der

einheitlichen Auffassung des Ausschusses deutlich qualitativ verbessert hat.

Auch der Geschäftsführer der Auftragsberatungsstelle Sachsen, Herr Gerlach, führte in der öffentlichen Anhörung aus, dass in dem sächsischen Vergabegesetz Aspekte enthalten sind, die besonders den Mittelstand fördern. Des Weiteren wurde das Sächsische Vergabegesetz durch die Kammern als Erfolg gewertet.

Darüber hinaus wurde in der Anhörung am 20. Januar 2006 durch den Sächsischen Baugewerbeverband zu Recht darauf hingewiesen, dass der Vergabebericht nur einen ganz kleinen Teil des Vergabewesens in Sachsen widerspiegelt, nämlich ausschließlich die Vergaben des Freistaates Sachsen.

Unberücksichtigt bleibt zurzeit das Vergabeverhalten der Kommunen und der Landkreise, die immerhin etwa 80 % der Vergaben der öffentlichen Hand ausmachen. Positiv ist in diesem Sinne die Stadt Leipzig hervorzuheben.

Von Initiativen anderer sächsischer Kommunen und Landkreise ist mir nichts bekannt. Auch wenn es gesetzlich für Kommunen und Landkreise nicht vorgeschrieben ist, begrüße ich solche Initiativen wie in Leipzig. Bevor dies jedoch gesetzlich geregelt werden sollte, appelliere ich an die Verantwortlichen vor Ort, ohne gesetzliche Regelungen für eine Transparenz der Vergabe zu sorgen.

Völlig irritiert hat mich daher in diesem Zusammenhang unter anderem die Forderung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, die Wertobergrenzen für die Auftragsvergabe im Bereich der Verdingungsordnung Bau zu erhöhen, da angeblich der Verwaltungsaufwand zu hoch sei.

Natürlich kann ich viele solcher Forderungen unter der Überschrift „Bürokratieabbau“ verpacken. Festzustellen ist jedoch, dass der Wettbewerb ein zentraler Punkt der Marktwirtschaft ist. Zum Wettbewerb gehört die Möglichkeit für die Marktteilnehmer, sich die gleichen Informationen zu beschaffen. Insofern plädiere ich eindeutig für Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auch im Bereich der Kommunen.

Mangelnde Transparenz führt eben nicht dazu, dass sich der leistungsstärkste Wettbewerber durchsetzt, sondern der Wettbewerber, der – wie auch immer er sie erhält – bessere Informationen hat. Wir brauchen einen Wettbewerb mit gleichen Bedingungen für alle Marktteilnehmer.

Ich verhehle ebenfalls nicht, dass zu den gleichen Wettbewerbsbedingungen gehört, dass die Unternehmen gezwungen werden, den entsprechenden Tariflohn zu zahlen. Was in Bayern funktioniert, muss auch für Sachsen gelten.

Die IG BAU forderte in der öffentlichen Anhörung völlig zu Recht, dass dem Angebot des Unternehmers eine Tariftreueerklärung oder zumindest eine eidesstattliche Erklärung der Firmen beigelegt werden muss, welche belegt, dass das Angebot auf der Grundlage von Tarifverträgen kalkuliert wurde.

Natürlich soll der Unternehmer den Auftrag erhalten, der am kostengünstigsten anbietet, aber – hier schränke ich ein – es muss sichergestellt werden, dass wir die Firmen mit öffentlichen Aufträgen ausstatten, die seriöse Arbeits- und Ausbildungsplätze vorhalten und damit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für gute Leistungen auch angemessene Bezahlung gewährleisten.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Der Ihnen vorliegende Bericht über die Entwicklung des Vergabewesens im Freistaat Sachsen für das Jahr 2004 entspricht den Anforderungen des Sächsischen Vergabegesetzes und der dazu erlassenen Vergabedurchführungsverordnung. Er ist dem Landtag fristgemäß übermittelt worden und enthält alle erforderlichen Angaben.

In der vom Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zum Vergabebericht 2004 am 13. Januar 2006 durchgeführten Anhörung sowie der Sitzung des Ausschusses am 3. März 2006 hat es eine Vielzahl von Anregungen und Hinweisen zum Vergabebericht, aber auch zum Vergaberecht gegeben. Diese werden von uns geprüft und ausgewertet.

Einige Ergänzungen für den Vergabebericht 2005 wurden bereits bei der im Dezember 2005 an die Ressorts, den Landtag und den Rechnungshof versandten Bitte um Zuarbeit abgefragt.

Hier sind zu nennen:

- Auftragswert der Vergaben an Auftragnehmer innerhalb Sachsens/außerhalb Sachsens;
- Angaben über Verfahren bei den Nachprüfungsbehörden gemäß § 9 Sächsische Vergabedurchführungsverordnung.

Natürlich kann in die nächsten Vergabeberichte noch mehr aufgenommen werden. Die Frage ist jedoch, was man mit den abgefragten Daten anfangen, welchen Erkenntniszuwachs man dadurch erreichen kann.

Viele Daten zu sammeln ist die eine Seite. Welche qualitative Bewertung mit diesen Daten vorgenommen wird, ist die andere Seite. Daher wird sich nicht jede der geäußerten Anregungen im Vergabebericht wiederfinden.

So habe ich zum Beispiel Zweifel, ob Berichte über die Qualität der Leistungen oder darüber, in welchen Regionen Aufträge vergeben wurden, zu einem großen Erkenntniswert führen.

Inwieweit – wie vom Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr angeregt – Hinweise und Handlungsempfehlungen für Vergabestellen und Bieter in den Vergabebericht aufgenommen werden oder ob diese gegebenenfalls in anderer Form aufbereitet werden sollten, wird noch zu prüfen sein.

Nicht nachvollziehbar ist dagegen der Hinweis, dass im Vergabebericht die Auswertung der Auftragswerte fehle und es nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche, nur die Zahl der Vergaben anzugeben.

Insofern darf ich auf die Seiten 16 bis 19 des Berichts verweisen, auf denen Ausführungen zu den Auftragswerten gemacht werden.

Soweit die Anregungen des Ausschusses Änderungen des sächsischen Vergaberechts betreffen, können diese erst umgesetzt werden, wenn klar ist, wie sich das Bundesvergaberecht entwickelt. Hierzu gibt es bisher lediglich die Information, dass bis zum Herbst das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und die Neufassung der Vergabeverordnung durchgeführt werden sollen. Weitere Informationen oder gar Entwürfe des Bundes liegen noch nicht vor.

Im Zuge der Novellierung des Sächsischen Vergabegesetzes wird dann auch zu klären sein, ob und wie die Vergabepaxis der sächsischen Kommunen in den Vergabebericht aufgenommen werden soll. Dies ist auch in der Anhörung am 13. Januar 2006 gefordert worden.

Hierfür spricht einiges, zumal so ein Überblick über das gesamte Vergabewesen im Freistaat entstehen würde.

Da aber die Kommunen auf der jetzigen gesetzlichen Grundlage nicht zur Zuarbeit zum Vergabebericht verpflichtet sind, bedürfte es dafür einer Änderung des Sächsischen Vergabegesetzes.

Sicherlich könnten wir das sächsische Vergaberecht schnell novellieren. Da wir aber nicht wissen, wie das Vergaberecht des Bundes aussehen wird, laufen wir Gefahr, in Kürze eine Novelle der Novelle durchführen zu müssen. Das sollten wir vermeiden.

Die Unterrichtung durch die Staatsregierung über das Vergabewesen im Freistaat Sachsen im Jahre 2004, kurz: der Vergabebericht 2004, enthält alles, was im Sächsischen Vergabegesetz und der dazu erlassenen Durchführungsverordnung gefordert wird. Die Anregungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr werden, soweit dies mit einem sinnvollen Aufwand und jetzt noch möglich ist, im Vergabebericht 2005 berücksichtigt.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 13

Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse

– Sammeldrucksache –

Drucksache 4/4558

Wird dazu das Wort gewünscht? – Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Wird Einzelabstimmung gewünscht? – Dies ist nicht der Fall. Dann stelle ich, wenn kein Protest erfolgt, die Zustimmung des Plenums entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. –

Damit ist der Sammeldrucksache im Sinne der Geschäftsordnung zugestimmt und dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 14

Beschlussempfehlungen und Berichte zu Petitionen

– Sammeldrucksache –

Drucksache 4/4559

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich frage, ob einer der Berichterstatter mündlich ergänzen möchte. – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! In verschiedenen Beschlussempfehlungen haben die Linksfraktion.PDS bzw. die Fraktion der NPD ihre abweichende Meinung bekundet. Die Zusammenstellung dieser Beschlussempfehlungen liegt Ihnen in der Drucksache 4/4559 schriftlich vor.

Meine Damen und Herren! Damit kann eine Gesamtanfrage erfolgen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das

ist nicht der Fall. Ich stelle also fest, dass der Landtag dem zugestimmt hat.

Meine Damen und Herren! Damit haben wir die 43. Sitzung des Sächsischen Landtages abgearbeitet. Das Präsidium hat die 44. Sitzung auf morgen Früh, 10:00 Uhr, festgelegt. Tagesordnung und Einladung liegen Ihnen vor.

Einen schönen Abend und eine gute Nacht.

(Schluss der Sitzung: 20:43 Uhr)

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488